

Anfang des Jahres planten wir zuerst ein Sonderheft, das das Debakel der Rettungsaktion um die Cap Anamur aufarbeiten und zu den exterritorialen Lagerplänen Stellung beziehen sollte. Rasch wurde aber klar, dass wir den rasanten Entwicklungen nur beobachtend hinterhinken konnten. Die von Schily vorgeschlagenen Lager in Nordafrika stellten nur einen sommerlichen Versuch dar, legitimatorisches Feld gegenüber den toten Boat People gutzumachen. Die Lagerwirklichkeit an den Rändern des Mittelmeeres hatte längst unsere Vorstellungen gesprengt. So vereinigt das Heft informierende und analysierende Artikel, die aus der Tages- und Produktionsheftik entstanden sind und längere Recherchen zur Mittelmeermigration, die schon auf ihre Veröffentlichung gewartet hatten.



AusgeLAGERt

Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch  
an den Mittelmeergrenzen

Flüchtlingsrat Niedersachsen,  
Komitee für Grundrechte und Demokratie,  
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

FLÜCHTLINGSRAT  
Zeitschrift für Flüchtlingspolitik  
in Niedersachsen  
©Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Ausgabe: September 2005  
Heft 110

FFM Heft 10  
ffm@ipn.de

HerausgeberInnen:  
Forschungsgesellschaft Flucht und Migration,  
Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.,  
Komitee für Grundrechte und Demokratie

Redaktionsanschrift und Bezug:  
Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Langer Garten 23 B, 31137 Hildesheim  
Tel: 05121/15605, Fax: 05121/31609  
redaktion@nds-fluerat.org  
<http://www.nds-fluerat.org>  
ISSN 1433-4488  
Alle Rechte vorbehalten

Assoziation A  
Berlin, Hamburg 2005  
[www.assoziatiion-a.de](http://www.assoziatiion-a.de)  
ISBN 3-935936-44-3  
Buchhandelsbestellungen bitte an SOVA, Frankfurt/M.

Spenden: Postbank Hannover, BLZ: 250 100 30, Kto.-Nr.: 8402-306  
Verantwortlich und ViSdP: Maria Wöste, c/o Geschäftsstelle Nds. Flüchtlingsrat  
Redaktion: Helmut Dietrich, Dirk Vogelskamp, Maria Wöste  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des  
Herausgebers und der Redaktion wieder.  
Foto: Solidaritätskomitee für die Flüchtlinge auf Chios, Chios (Griechenland)  
Gestaltung und Satz: Silke Doepner, Göttingen  
Druck und Bindung: Druckerei Lühmann, Bockenem  
1–3 Tausend, September 2005

# **AusgeLAGERt**

Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch  
an den Mittelmeergrenzen

Flüchtlingsrat Niedersachsen ♦ Komitee für Grundrechte und  
Demokratie ♦ Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

Assoziation A



Editorial . . . . .	7
---------------------	---

## Recherchen: Flüchtlingsabwehrpolitik

Cap Anamur: Interview mit Elias Bierdel (Angela Huemer) . . . . .	17
Das Mittelmeer als neuer Raum der Abschreckung (Helmut Dietrich) . . .	29
I. Einleitung . . . . .	29
II. Sterben im Mittelmeer . . . . .	32
III. Hilfe aus der Bevölkerung versus Notstandsmaßnahmen . . . . .	40
IV. Lampedusa . . . . .	43
V. Feindbilder: ›Organisierte Kriminalität‹ aus dem Osten – ›Islamistischer Terror‹ aus dem Süden . . . . .	48
VI. Libyen: Öl, Sicherheitswahn, Personenerfassung . . . . .	51
VII. Überwachungsdispositiv: SIVE, virtuelle Grenze, Marineeinsätze . .	56
VIII. Das Haager Programm, das Konzept der Frontstaaten und die künftige EU-Grenzpolizei . . . . .	64
IX. Italien, Spanien: Abschiebungen und Lager . . . . .	71
X. Lager und neues Grenzregime in Nordafrika . . . . .	77
XI. Schluss . . . . .	93
Koloniale Lagergeschichte in Libyen (Helmut Dietrich) . . . . .	100
Die Verdammten der Sahara (Fabrizio Gatti) . . . . .	107
Der Krieg gegen die trikontinentale Massenarmut (Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp) . . . . .	111

## Konzeptionen: Lagervisionen

Chronologie der EU-Lagerpläne (Cornelia Gunßer) . . . . .	127
Konzepte der EU-Lagermodelle (Christopher Nsoh) . . . . .	138

## Dokumentation: Gegenaktionen

Griechenland: Flüchtlingslager auf Chios (Solidaritätskomitee für die Flüchtlinge auf Chios) . . . . .	147
---	-----

Cap Anamur: Italienische Gegenbewegungen (Alessandra Sciorba) . . . . .	153
Erklärungen zur Cap Anamur (kanak attack/Karawane/kmii; Komitee für Grundrechte und Demokratie) . . . . .	158
Italien: Aktuelle Proteste gegen Flüchtlingslager (Enrica Rigo/Maria Wöste) . . . . .	161
Deutschland: Proteste gegen Lager (Gregor Samsa) . . . . .	165
Hamburg: Proteste gegen Abschiebehelfer aus Guinea (Cornelia Gunßer) . . . . .	171
Marokko: Appell zu den Lagern von Bel Younech (AFVIC) . . . . .	174
Internationaler Aufruf gegen Lager an den Grenzen Europas . . . . .	177
Internationaler Appell zu exterritorialen Lagern der EU (Komitee für Grundrechte und Demokratie; FFM). . . . .	179
Statement to end the Warehousing of Refugees (U.S. Committee for Refugees and Immigrants) . . . . .	184

## Anhang

Material . . . . .	188
Karte »Migrant/innen-Lager in Europa«, Migreurop (beigelegt)	

Am 12. Juli 2004 konnte das deutsche Schiff Cap Anamur der gleichnamigen humanitären Hilfsorganisation, dessen Crew 37 schiffbrüchige Flüchtlinge aus Seenot Tage zuvor gerettet hatte, in den sizilianischen Hafen Porto Empedocle einlaufen. Vorausgegangen war ein tagelanges politisches Gezerre der aufgescheuchten deutschen und italienischen Innenbehörden, wie mit der bislang beispiellosen öffentlichen Rettungsaktion umgegangen werden sollte.

Denn diese rückte für einen Augenblick schlaglichtartig den Überlebenskampf tausender Migrantinn/en in den Mittelpunkt kurzatmiger Medienaufmerksamkeit. Die medial hergestellte Öffentlichkeit kam nicht umhin, widerwillig des Sterbens unzähliger Flüchtlinge gewahr zu werden, die ihr Leben auf der Suche nach einem besseren verloren und das Mittelmeer in ein Massengrab verwandelt haben. Das Sterben an den südlichen Rändern Europas wurde als Folge einer technisch hochgerüsteten und militarisierten Grenzsicherung gegen die unerwünschte Migration kurzzeitig kenntlich. Die europäische Verantwortung für die Toten ebenso.

Während in Italien rasch eine breite Solidaritätsbewegung agierte, die sich für die Aufnahme der Geretteten einsetzte und an der selbst Bürgermeister italienischer Städte teilnahmen (vgl. den Beitrag von Alessandra Sciorba), verharrte die deutsche Solidaritätsszene in Bedenken gegenüber einer vermeintlich unpolitischen, bloß humanitären Hilfsaktion. Genährt wurde diese Haltung durch Medienberichte, die die Rettung der Schiffbrüchigen teils als mediales Spektakel zugunsten der »Cap Anamur-Organisation« denunzierten und sie bewusst verzerrt darstellten. In Deutschland jedenfalls kam keine politisch mobilisierende Unterstützungsinitiative zustande.

Die Aktion endete schließlich in einem Debakel: Kriminalisiert wurden die Retter; der Schiffskapitän, der erste Offizier sowie der Leiter der Hilfsorganisation wurden zeitweilig inhaftiert, das Schiff beschlagnahmt; die geretteten Flüchtlinge hingegen wurden umgehend in Aufnahmelager interniert, durch ein rechtsförmig verkürztes Asylverfahren ohne tatsächliche Chance auf Zuflucht getrieben und letztlich binnen Wochen deportiert (siehe das Interview mit Elias Bierdel in diesem Heft).

Genüsslich nutzte der deutsche Innenminister, unterstützt von seinem italienischen Amtskollegen, die Gunst der Stunde, Auffanglager in den nordafrikanischen Anrainerstaaten zu fordern. Um der menschlichen Tragödie im Mittelmeer begegnen zu können, müsse Flüchtlingen Gelegenheit gegeben werden, bereits in nordafrikanischen »Zentren« ihre Asylgesuche zu stellen, die von EU-Beamten entgegengenommen und geprüft werden müssten (siehe dazu den Artikel von Cornelia Gunßer).

In verschiedenen Varianten trug der deutsche Innenminister seine Lager visionen vor, fand Gehör, Zustimmung aber auch Ablehnung in der europolitischen Klasse. Der humanitäre Gestus, mit dem die extritorialen Lagerpläne offeriert wurden, konnte die strategischen EU-Interessen hingegen kaum kaschieren: Die nordafrikanischen Staaten sollten stärker in den europäischen Abwehrriegel eingeflochten und das europäische Grenzregime in Form von Außenlagern, exportierten Kontroll- und Überwachungstechniken sowie durch Verbindungsbeamte auf den Maghreb ausgedehnt werden. Nordafrika wurde zum vorrangigen Frontabschnitt erklärt, an dem die Bekämpfung der unerwünschten Migration zukünftig intensiviert werden sollte.

Viele Asyl-, Menschenrechts- und Migrationsorganisationen protestierten gegen die Lagerpläne der EU und versuchten mit kleineren Initiativen, Öffentlichkeit zu mobilisieren. Exemplarisch sei der internationale Appell vom März diesen Jahres genannt, mit dem die FFM und das Komitee für Grundrechte und Demokratie die Mitglieder des europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ersuchten, die Lager rund um das Mittelmeer aufzusuchen und sich für deren Schließung einzusetzen (siehe Dokumentation). Auch auf der politischen Ebene der EU gab es Wider- und Einsprüche gegen die Lager (z. B. im Europaparlament), und es stoßen sich politische Differenzen im Rat. Alle politischen Bruchlinien zusammen könnten dazu beigetragen haben, dass von offizieller Seite nichts mehr zu den EU-Lagerplänen verlautbart wurde, obwohl noch im Frühjahr extritoriale Lager in verschiedenen Staaten projektiert wurden.

Die Entwicklung im europäischen Abwehrkampf gegen die transnationale Migration an Europas Südgrenze ist hingegen seit der »Cap Anamur-Affäre« mit rasendem Tempo vorangetrieben worden, die in einer zerstreuten Öffentlichkeit überhaupt nur noch bruchstückhaft wahrgenommen wird. In diesem weiteren Kontext des Kriegs gegen die transnationale Migration haben Lager dennoch weiterhin ihren festen Platz.

Wir fassen deshalb in diesem Editorial einige Ereignisse und die allein in diesem einen Jahr politisch von der EU auf den Weg gebrachten Entscheidungen kurz zusammen, um deutlich zu machen: auch wenn die öffentliche Diskussion um extritoriale EU-Lager abgebrochen ist, eine verborgene Lagerinfrastruktur besteht bereits. Diese wird teils aus Europa finanziert, gefördert, politisch geduldet und – vor allem – praktisch genutzt (vgl. dazu den tiefer schürfenden Artikel zur Mittelmeermigration von Helmut Dietrich in diesem Heft). Am 14. April 2005 verurteilte das EU-Parlament mehrheitlich die menschenrechtswidrigen Massendeportationen von der italienischen Insel Lampedusa nach Libyen vom Oktober 2004 und März 2005. Die italienischen Behörden hatten auf Grundlage eines bilateralen »Antimigrationsabkommens« mit Libyen Hunderte von Flüchtlingen, die auf Lampedusa gestrandet waren, ohne Überprüfung ihrer

Fluchtgründe mit Militärmaschinen umgehend wieder nach Libyen deportiert. Dort seien sie, so das EU-Parlament, vor willkürlichen Festnahmen, Internierungen und Abschiebungen jedoch nicht sicher. Der italienische Journalist Fabrizio Gatti berichtet im L'Espresso vom 24.3.2005 (L'ultimo viaggio die dannati del Sahara) über die Internierungen im libyschen Wüstenlager Gatrún und über das Sterben von über Hundert aus Libyen abgeschobenen Flüchtlingen, unter denen sich auch aus Italien zurückgeschobene Migrantinnen/en befunden haben sollen (siehe in diesem Heft: Die Verdammten der Sahara). Zur gleichen Zeit wie das EU-Parlament tagte der EU-Rat Justiz und Inneres in Brüssel und beriet über eine engere Kooperation mit Libyen bei der Bekämpfung der »illegalen Migration« nach Europa. Gemäß dem »Haager Programm zur Stärkung von Freiheit, Sicherheit und Recht in der EU« (11/2004), mit dem auch der Bereich Asyl und Migration für die nächste Jahre strategisch konzipiert wird, erhält die Zusammenarbeit mit den Transitstaaten der Migration erhöhte Priorität. Derzeit steht Libyen im Zentrum des EU-Interesses, um die Migrationsbewegungen schon weit vor der Europäischen Union abzufangen und lagerverbracht zu kontrollieren.

Auf dieser Sitzung des EU-Rates wurde der bis dahin unveröffentlichte Report der ersten »Technical Mission to Libya on illegal immigration (27. Nov. – 6. Dec. 2004)« vorgestellt. Eine EU-Delegation, bestehend aus Verwaltungs-, Migrations- und Polizeibeamten, hatte mehrere Lager und Haftzentren in Libyen besichtigt und mit internierten Migrantinn/en Gespräche geführt. Im Anhang des Berichts wird detailliert auf die Kooperation zwischen Italien und Libyen eingegangen. Demnach hat die italienische Regierung im Rahmen eines gemeinsamen »Antimigrationsabkommens« Grenzüberwachungstechnologie und Ausstattungen für »Flüchtlingsquartiere« geliefert und im Norden Libyens im Jahr 2003 die Errichtung eines ganzen Internierungslagers finanziert. Sie beabsichtigt, für zwei weitere Abschiebelager die Finanzierung bereitzustellen. Desgleichen kam sie bislang für etwa 60 Abschiebeflüge von Libyen in Staaten Afrikas und Asiens auf. Den Tod vieler MigrantInnen wohl einkalkulierend, lieferte Italien gleich 1.000 Leichensäcke mit. Das italienische Magazin L'Espresso, das als erste Zeitung am 29. April 2005 über den Report und die fortgeschrittene italienisch-libysche Zusammenarbeit berichtete, betitelte den Artikel mit: »I Lager della libertà«. Das deutsche Wort Lager braucht nicht übersetzt zu werden. Und libertà?

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte unterbindet am 12. Mai 2005 kurzzeitig die Lagerabschiebungsrouten von Lampedusa nach Libyen. Zugleich bereiten am 1. Juni 2005 die europäischen Innen- und Justizminister die migrationspolitische Zusammenarbeit mit Libyen vor. Schon Ende Juni wird im Rahmen einer erneuten EU Delegation der »Dialog« mit Libyen in Fragen der »illegalen Immigration« aufgenommen. Eine Delegation der Linksfraktion im

EU-Parlament hingegen beabsichtigte, Lager rund um das Mittelmeer zu besichtigen, unter anderem das Lager auf Lampedusa. Dort angekommen, sind die meisten Flüchtlinge in der Nacht zuvor aus dem Lager weggeschafft worden. Schließlich wurden auf dem europäischen G 5-Gipfel in Evian am 4./5. Juli 2005 gemeinsame Charterflüge für »kollektive Repatriierungen«, wie es euphemistisch heißt, verabredet.

Es bestehen keine Zweifel, eine Lagerinfrastruktur entsteht in Nordafrika, die in zwischenstaatlichen Abkommen modellhaft und wegbereitend vorweggenommen wird. Nicht umsonst hat der italienische Ministerpräsident Berlusconi die Zusammenarbeit mit Libyen bei der Bekämpfung der »illegalen Einwanderung« als ein »Modell für Europa« bezeichnet (vgl. FAZ vom 30. August 2004). Bereits heute wird, wie die Erfahrungen der Deportierten von Lampedusa zeigen, bei Massenabschiebungen auf einen bestehenden, zum größten Teil versteckten Lager- und Internierungskomplex zurückgegriffen, in denen viele der deportees verschwinden. Migrantinn/en, die in die Maghrebstaaten zurück- oder abgeschoben werden, landen zumeist erneut in Internierungs- oder Abschiebelagern, verdammt ein Leben von Lager zu Lager zu fristen. Das bestätigt u. a. die Untersuchung des italienischen Politologen Paolo Cuttitta für Tunesien: »In Tunesien gibt es inzwischen dreizehn mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehafteinrichtungen. Eine davon befindet sich in der Nähe von Tunis, eine in der Nähe von Gabès. Die anderen liegen an geheimen Orten. Niemand außer Regierung und Polizei weiß, wo. Keiner soll erfahren, was mit den Flüchtlingen passiert, die aus Italien nach Tunesien zurückgeschoben oder schon vor der Überfahrt von der tunesischen Polizei aufgegriffen werden. [...] Laut inoffiziellen Informationsquellen werden viele Migranten von den italienisch-tunesischen Abschiebelagern einfach an die Südgrenze zu Algerien begleitet und dort in der Wüste abgesetzt.« (vgl. Paolo Cuttitta, Das diskrete Sterben, in: FR vom 14. August 2004). Das ist den politischen Entscheidungsgremien der EU nicht unbekannt. Dennoch wird diese Praxis weiterverfolgt u. a. mit der strategischen Absicht, möglichst viele Transitstaaten langfristig in »geeignete Erstasylstaaten« umzuwandeln und UNHCR-kompatibel zu machen, so dass die deutsch erdachte »Drittstaatenregelung« Anwendung finden könnte. Rechtsförmig soll die Aussonderung der unerwünschten Migration schon erfolgen.

In dem europäischen Versuch, die transnationale Migration nach Europa zu unterbinden, festzusetzen und in die weltweiten Elendszonen zurückzuschieben, markieren die Lager an den Mittelmeerrändern entscheidende Knotenpunkte der Migrationskontrolle. Die Lager, Internierungs- und Haftzentren bilden ein unerlässliches Element, um Menschen gewaltsam, massenhaft und effektiv aus Europa herauszuhalten oder wieder herauszuschaffen. Auf der anderen Seite des Mittelmeeres setzt sich die Logik der Lagergewalt fort und steigert sich bis ins

»Sterben lassen in der Wüste«. Die »Bekämpfung der illegalen Migration«, zum Schwerpunkt der Europäischen Migrationspolitik seit einigen Jahren erhoben, hat viele Seiten: eine technische, eine politische, eine soziale und geographische, eine militärische, eine wirtschaftliche und eine migrantische, um nur die wesentlichen zu nennen. Die »Bekämpfung der illegalen Migration« kann in all diesen Facetten nicht losgelöst werden von der geographischen Ausdehnung, die aus der neuen europäischen Sicherheitsdoktrin erfolgt, indem die Region jenseits des Mittelmeeres zur existenziellen Sicherheitszone Europas erklärt wird, und von der ökonomischen Freihandelsexpansion Europas nach Süden, die in den diversen wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Durchdringungsprozessen vorangetrieben wird (siehe insbesondere den Beitrag von Helmut Dietrich und Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp).

Dass inzwischen der globale »Krieg gegen den Terrorismus«, der jetzt als »globaler Kampf gegen den Extremismus« weniger martialisch etikettiert werden soll, mit dem europäischen »Kampf gegen die illegale Migration« militärpraktisch und rechtfertigungsöffentlich Hand in Hand geht, braucht nicht zu verwundern. Handelt es sich doch auch um einen Krieg gegen die Massenarmut aus den drei Kontinenten, die in der transnationalen Migration ihrem Elend und Sterben zu entrinnen sucht und darin die uneingelösten bürgerlichen Menschenrechtsversprechen von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit transportieren. Gefährliche Massen und extremistische Klassen also, die die globale, gewaltsam aufrechterhaltene Ungleichheitsordnung zu unterwandern drohen. Gegen die Aspirationen der Weltarmut, denn nur diese ist gezwungen die todbringende Route über das Mittelmeer einzuschlagen, an dem sich die globalen Zonen des Todes und des Wohlstands urlaubsparadiesisch und flüchtlingseelig überlappen; gegen das Eindringen der Peripherie in die Zentren der bürgerlichen Wohlanständigkeit also richtet sich der Aufmarsch der EU an den Mittelmeergrenzen. Denn diese Migrantinnen und Migranten, die als die Weltüberflüssigen betrachtet werden, sind die lebendige Antithese zum gegenwärtigen Kapitalismus, der alle nicht globalisierungskompatiblen Existenzweisen gewaltsam zu unterwerfen droht. Sie aber wollen ein »kleines Stück vom europäischen Traum«, wie es in der Erklärung der Migrantinnen und Migranten von Bel Younech heißt (siehe ihre Erklärung in diesem Heft, ebenso die Artikel von Conni Gunßer sowie von Thomas Hohlfeld und Dirk Vogelskamp).

Anfang des Jahres planten wir zuerst ein Sonderheft, das das Debakel der Rettungsaktion um die Cap Anamur aufarbeiten und zu den exterritorialen Lagerplänen Stellung beziehen sollte. Rasch wurde klar, dass wir den oben angedeuteten rasanten Entwicklungen nur beobachtend hinterhinken konnten, von denen die konzeptionell aufgewärmten exterritorialen Lagerstrukturen nur einen sommerlichen Versuch darstellen, legitimatorisches Feld gegenüber den Toten, den

»Kollateral-toten« der Festung Europa gutzumachen. Die Lagerwirklichkeit an den Rändern des Mittelmeeres hatte längst unsere Vorstellungen gesprengt. So vereinigt das Heft Artikel, informierende und analysierende, die aus der Tages- und Produktionshektik entstanden sind, längere Recherchen zur Mittelmeer-migration, die schon lange auf Veröffentlichung gewartet haben und denen dennoch ein gewisser Zeitmangel anhaftet, um sie noch gründlicher abrunden zu können. Es bleibt bei einem solchen editorischen Unterfangen nicht aus, dass sich in den einzelnen Artikeln Darstellungen und Ereignisse wiederholen, die zu den jeweiligen Argumentations- und Interpretationslinien der Autorinnen und Autoren gehören. Vermeiden ließ sich das in der Kürze der Zeit nicht. Insofern sind es vorläufige Arbeiten, die die Schrecken der Wirklichkeit bald eingeholt haben werden. Wir sind aber überzeugt, dass wir dennoch der bislang kleinen interessierten Öffentlichkeit genügend brauchbares Material, vorläufige Analysen, Interpretationen und Assoziationen vorlegen, aus denen sie sich selbst ein ungefähres Bild über die Schärfe des Konflikts zwischen den migrierenden Weltarmen und dem expansiv wohlstandsverteidigenden Europa wird machen können. Das ist nicht viel. Was bleibt uns anderes, als auf eine informierte Öffentlichkeit zu setzen, die nicht bereit ist, die Wiederkehr der Lager, eingedenk unserer nationalen und der europäischen Kolonialgeschichte, hinzunehmen.

Weltweit wird inzwischen die vermehrte Einschließung von Flüchtlingen in Lagern und separierten Behausungen als Problem erkannt sowie als menschenrechtswidrig kritisiert und ein Ende dieser Praxis gefordert (siehe in diesem Heft: US Committee for refugees and immigrants, Statement calling for solutions to end the warehousing of refugees). In dieser von mehr als 200 NGOs getragenen Erklärung heißt es, dass von den annähernd 12 Millionen Flüchtlingen gegenwärtig mehr als 7 Millionen ihr Leben in Lagern verbringen müssen: they are warehoused, wie es dort heißt. Auch wenn das US Committee vor allem die Verlagerung politisch Verfolgter wider die UN-Flüchtlingskonvention anprangert, markiert es damit jedoch einen politischen Trend, dem alle Migrantinnen und Migranten unterworfen werden. Ob sich die herrschenden Flüchtlingsdefinitionen angesichts der politischen, sozialen und ökologischen Verwerfungen im Zuge neoliberaler Globalisierung sinnvoll aufrechterhalten lassen, sei hier dahingestellt (vgl. Dirk Vogelskamp, Einwandern nach Deutschland – Oder: Die Aussonderung der Überflüssigen, unter: <http://www.materialien.org/migration/texte/einwanderung.pdf>). Je weiter jedoch die Lagerorte von den metropolitanen Zentren entfernt sind, desto offener scheint die Gewalt in den global verstreuten und teils bewusst verborgen gehaltenen Lagerorten zu sein. Dort werden den Menschen weder bürgerliche noch Menschenrechte zuerkannt und mancherorts werden sie, um sich ihrer zu entledigen, dem Sterben in der Wüste überlassen. Die Lager, gleichwo auf der Welt, dienen der Unterbindung und Kontrolle der Migration

sowie der Festsetzung, man könnte auch sagen: Konzentrierung der Menschen, um sie leichter deportieren zu können – ein Terminus übrigens, der wieder Eingang in den Sprachschatz der FAZ gefunden hat. Lager, gleich welcher Art, ob als rechtsförmig ordentliche oder als Wüstenlager betriebene, sind ihrer inneren Logik nach jenseits der Menschenrechte angesiedelt, sie sind Instrumente der Menschenverwaltung und Menschenunterwerfung. Ihrer Funktionslogik inhärent ist das Abdriften in die bodenlose Rechtlosigkeit.

Dagegen begehren Migrantinnen und Migranten in vielen Lagerorten weltweit auf, initiieren Proteste und verweigern, sich freiwillig in bloße Objekte eines globalen Migrationsregimes verwandeln zu lassen. Sie setzen ihren selbstgewählten kollektiven Aufbruch, ihre »Abstimmung mit den Füßen« und ihre Aspirationen sowie ihr Recht auf Flucht und Freizügigkeit gegen die Lagerordnung eines versachlichten und verwalteten Lebens, unterstützt von Menschen vor Ort (vgl. die Beiträge zu Protesten vor und hinter den Lagerzäunen aus Griechenland, Italien und Deutschland in der Dokumentation). Darum ruft das Komitee für Grundrechte und Demokratie in Kooperation mit dem No-Lager-Netzwerk am 24. September 2005 zu einer öffentlichen Inspektion und Demonstration am Rückführungslager Bramsche Hesepe auf unter dem Motto: Wer Menschen in Lager steckt, erniedrigt sie als Menschen, kappt ihre Chancen, menschlich zu leben. Die Leserinnen und Leser sind eingeladen, an diesem Aktionstag mitzutun.

*Berlin, Göttingen und Köln im Juli 2005*

*Helmut Dietrich (FFM)*

*Dirk Vogelskamp (Komitee für Grundrechte und Demokratie)*

*Maria Wöste (Nds. Flüchtlingsrat)*



Recherchen  
**Flüchtlingsabwehrpolitik**



## Cap Anamur: Die Rettung der Bootsflüchtlinge 2004 Interview mit Elias Bierdel

Die Kölner Hilfsorganisation Cap Anamur füllte das mediale Sommerloch vor einem Jahr. Ende Juni 2004 rettete ihr gleichnamiges Frachtschiff auf einer Testfahrt 37 afrikanische Bootsflüchtlinge von einem Schlauchboot mit Motorschaden. Nach der Rettung wurde zunächst ein anderes Schiff in Seenot Richtung Malta eskortiert. Auf dem anschließenden Weg nach Italien erwies sich der Hafen von Lampedusa als zu klein für das Schiff, also steuerte man den sizilianischen Hafen Porto Empedocle an. Die italienischen Behörden verweigerten jedoch überraschend am 1. Juli die Einfahrt. Ein Kräftemessen folgte, das Schiff war in internationalen Gewässern blockiert. Nachdem der Kapitän am 11. Juli einen Hilferuf gesandt hatte – einige der Schiffbrüchigen hatten damit gedroht, sich umzubringen – hob Italien die Blockade auf. Sobald sie an Land waren, wurden die 37 Afrikaner in ein Abschiebelager nach Agrigento gebracht, der Kapitän, der Erste Offizier sowie der Leiter von Cap Anamur, Elias Bierdel, wurden mit der Anklage der Begünstigung illegaler Einreise verhaftet, das Frachtschiff beschlagnahmt. Sie kamen nach vier Tagen wieder frei, mit der Auflage, sich künftig nicht mehr in Süditalien (Kalabrien, Apulien oder Sizilien) aufzuhalten. Die Flüchtlinge schob man bis auf zwei in einem rechtsstaatswidrigen Verfahren nach Ghana und Nigeria ab.

In den deutschen Medien war die Debatte nicht bestimmt vom Schicksal der geretteten Bootsflüchtlinge und der vielen anderen Menschen, die auf der Flucht nach Europa ihr Leben verlieren. Vielmehr dominierten diverse Vorwürfe gegen Elias Bierdel die Berichterstattung in Deutschland, die von »Instrumentalisierung für Organisations-PR« bis zur Frage reichten, warum er die Flüchtlinge nach Europa und nicht nach Malta brachte (gerettet wurden sie 100 Meilen vor Lampedusa und 180 Meilen von Malta entfernt). Öffentliche Schelte des umstrittenen früheren Leiters der Hilfsorganisation Cap Anamur, Rupert Neudeck, trug zur Entsolidarisierung bei. Und Bundesinnenminister Schily machte Schlagzeilen mit seinem perfiden Vorschlag, Leben zu retten, indem man Lager (»Begrüßungszentren«) in Nordafrika einrichtet. Kein Ruhmesblatt für die Unabhängigkeit deutscher Medien.

In Italien verlief die Debatte anders. Hilfsorganisationen und antirassistische AktivistInnen versorgten die Cap Anamur während der Blockade vor dem Hafen

von Port Empedocle und verfolgten das Schicksal der Flüchtlinge vor Ort (vgl. den Bericht von Alessandra Sciorba in diesem Heft). Eine Delegation der Regionalverwaltung Venetien und Friaul reiste nach Sizilien, um den 37 Flüchtlingen ein kommunales Asyl anzubieten. Eine Initiative verschiedener Bürgermeister wollte je einen der 37 Flüchtlinge aufnehmen. Sie alle wurden von den Behörden mit diversen Manövern ausgetrickst, die Flüchtlinge in ungeheurer Geschwindigkeit zu den Abschiebeflughäfen transportiert. Der deutsche und italienische Innenminister hatten von Anfang an ihre Entschlossenheit erklärt, keinen »Präzedenzfall« entstehen zu lassen.

Im Oktober 2004 wurde Elias Bierdel als Leiter von Cap Anamur entlassen. Das Frachtschiff hat man im April 2005 verkauft, nachdem es gegen Kautions von den italienischen Behörden zurückerstattet wurde. Der Prozess gegen Bierdel, den Kapitän und Ersten Offizier ist noch anhängig. In den deutschen Medien sind die Toten im Mittelmeer und in der Wüste immer noch ein Randthema, auch wenn Tausende nach der Ankunft in Italien rechtswidrig nach Libyen abgeschoben werden und vermutlich fast täglich Menschen auf dem Weg übers Meer nach Europa ihr Leben verlieren.

Im folgenden Interview mit Elias Bierdel vom 29. Juli 2004 geht es um Fragen wie die Militarisierung des Mittelmeers, den Hergang der Rettung und wie selbstverständliche Handlungen, das Retten von Menschenleben, plötzlich kriminell und politisch unerwünscht sind. Zudem sprachen wir über das harte Vorgehen der italienischen Behörden bei der Verhaftung der Besatzung und der Abschiebung der Flüchtlinge.

## Interview

*Angela Huemer: Was habt Ihr im Mittelmeer während der Fahrt gesehen, ist es wahr, dass es so militarisiert ist?*

Elias Bierdel: Das Mittelmeer ist nach unserem Eindruck eine Hochsicherheitszone. Wir haben Flottenverbände verschiedener Nationen selber angetroffen, auch einen großen Flottenverband der deutschen Bundesmarine. Wir sind, sobald wir das erste Mal überhaupt auf die Höhe von Lampedusa kamen, von einem italienischen Militärflugzeug überflogen worden, mehrfach, und am nächsten Morgen kam die italienische Fregatte Danaide und hat uns gecheckt, also abgefragt. Die wollen wissen woher kommt Ihr, wer sind Eure Besatzungsmitglieder, das geht sehr, sehr weit. Wir wissen, dass niemand auf offener See einen anderen belästigen darf, eigentlich, nach dem Völkerrecht, aber wir haben dennoch diese Fragen beantwortet, weil wir ja nichts weiter zu verbergen haben und um zu sehen, was

ist hier eigentlich das normale Verfahren. Das war so im Mai. Das Flugzeug hat das Schiff viele, viele Male überflogen in den nächsten Wochen, fast täglich kann man sagen und sicherlich fotografiert und dokumentiert. Am 19. Juni – ein Tag bevor die Rettung stattfand – bin ich in Malta von Bord gegangen, an diesem Tag gab es auf Malta ein großes gemeinsames Manöver von Marine und anderen Schiffen, der Malteser und der Italiener zusammen, deren Szenario war, ein Schiff, was sich Malta nähert, zu stoppen und der General hat gegenüber der Presse in Malta auch ganz offen gesagt, hier geht es darum, die illegale Migration auf dem Meer zu kontrollieren.

*Was sagen Sie zur Debatte, dass Cap Anamur einen Präzedenzfall schaffen wollte, um das Tor zu öffnen für die Rettung von Migranten im Meer durch Nichtregierungsorganisationen?*

Das Ziel unserer Arbeit ist, über 25 Jahre hinweg, eigentlich immer dasselbe, nämlich zu versuchen, Menschen zu retten, in Situationen in denen sie unmittelbar existentiell bedroht sind, durch Krieg, auch durch Naturkatastrophen, wie auch immer und wo auch immer. Das ist geradezu ein Reflex, ganz einfach. Einfach sage ich deshalb, weil wir bei der Rolle bleiben, die wir eben können, wofür wir legitimiert sind und was unsere Mission ist; die Spenderinnen und Spender – wir werden ja nur privat finanziert – statten uns genau dafür aus, dass wir versuchen, auch in schwierigen Situationen solchen beizustehen, die sonst ohne Schutz wären, ganz ohne Schutz wären. Und aus unserer Sicht trifft das eben für diese Gruppe, nämlich den Ertrinkenden von den Migranten, in besonderem Maße zu, weil es augenscheinlich niemanden gibt, der sich mit dem Thema sonst helfend, direkt beschäftigen kann oder möchte. Die Wahrnehmung von Europa, wir erkennen, dass die Rechtsvorschriften ja nur ein Stein in der Festungsmauer sind, die insgesamt darauf aus sind, die Menschen wegzuhalten. Schon die Formulierung, hier soll ein Präzedenzfall geschaffen werden, trifft nicht mehr unseren Ausgangspunkt. Unter keinen Umständen werden wir jemals akzeptieren, dass das normal sein soll, dass die halt irgendwo da draußen zu verrecken haben. An der Stelle, wo aber jetzt dieser relativ einfache aber auch klare humanitäre Auftrag kollidiert mit einer Politik auf der Seite der europäischen Union, hier nur exekutiert durch die italienischen Behörden, an der Stelle wird das politisch dann schwierig, aber wir würden uns am liebsten ganz fernhalten aus dieser Diskussion. Genau diese Tatsache, dass wir nämlich jetzt eine Gruppe von Menschen, die eben nicht ohne weiteres kriminalisierbar sind, da sie ja noch nicht einmal ohne Papiere über eine Grenze gegangen sind, die sind ja nicht mal in dem Sinne »illegal«, dass sie eben die Küstengewässer erreichen, ohne Papiere, oder Pass. Sondern sie sind auf einem europäischen Schiff, das sie ganz ordnungsgemäß anmeldet an Land. Und wenn ich das richtig verstanden habe,

aber das ist nicht mein Denken, ist das wohl mit der entscheidende Punkt, warum die Regierungen so große Angst davor haben, weil sie sagen, hier entsteht etwas, das ist ein neuer Zugang, den wir bisher sozusagen vergessen haben. Und sie werden sicherlich alles dazu tun, das auch noch zu verstopfen, so wie man die bisher kennen gelernt hat, diese Regierungen.

*War angesichts Ihrer Tradition schon vorab die Idee vorhanden daraus, wenn eine Rettungsaktion passieren sollte, denn steuern kann man das wohl nicht, daraus auch einen Fall zu machen?*

Wir sagen, das lassen wir uns von niemandem verbieten, Menschen zu retten, das würden wir sowieso immer tun, weil das ist unser Eigenstes. Wir können nicht hinnehmen, als Europäerinnen und Europäer, dass dies ein normaler Zustand sein soll. Würden wir das so akzeptieren, dann würde uns das sehr stark selbst beschädigen. Aber das wurde bisher eben nicht richtig wahrgenommen. Nur so konnten sich Leute frei von Schuld fühlen, oder sich die Diskussion ersparen, indem sie sagen, ich hab zwar mal gelesen in der Zeitung, fünf Tote irgendwo, aber ich weiß nichts genaues darüber. Dazu allerdings möchte ich nun sehr viel beitragen, dass die Informationen verbreitet werden. Ich denke schon, dass das ja ein Effekt ist, der auf jeden Fall ja schon einmal erzielt ist, dass da eine breitere Diskussion auch darüber stattfindet, was und um welchen Preis da eigentlich passiert, im Mittelmeer.

*Gab es also den Willen, die Frage anzustoßen, aber gleichzeitig auch ein zurückziehen auf Eure Rolle, also wir machen das, was wir können, wollen aber nicht weiter politisch involviert werden.*

Für uns ist die Erfahrung neu, dass Menschen retten irgendwie was Verbotenes sein sollte. Wir kennen, dass irgendein Regime dagegen ist, dass wir bestimmten Leuten helfen. Aber dass wir in Europa davon abgehalten werden sollten, das ist für uns eine völlig neue Erfahrung und das ist natürlich auch eminent politisch. Völlig klar. Aber letztlich würde uns das eindeutig überfordern, was sozusagen die Innensicht angeht in Europa, wie kommen Menschen hier überhaupt noch an und was passiert mit ihnen dann. Da würde ich auch als Verantwortlicher einfach sagen, stopp, hier müssen wir uns einfach zurücknehmen, weil wir uns sonst verzetteln, bei allem Engagement. Ich finde gut, dass dieser Fall wie ein Initial gewirkt hat, so wie ich das wahrgenommen habe, für eine Art europäische Vernetzung, die hier einfach getestet wurde durch Fakten. Also wir haben uns sozusagen auch da reingeworfen in ein Netz, von dem wir nicht genau wussten, ob es existiert, ja vielleicht noch nicht einmal die, die daran beteiligt sind, wussten das wirklich, ob es existiert und ob es halten würde. Und das fand ich sehr ermutigend. Das ist ja auch etwas, was mit Identität zu tun hat, in Europa. Das

war für mich eine sehr gute Erfahrung zu sehen, wie viele Menschen da sind in Italien, auch die Erfahrung die wir persönlich gemacht haben, mit Italienern auf der Strasse. Wir wissen, dass Italien nun wirklich keinen Anstoß braucht, um das Thema der Illegalen, dort heißen sie clandestini, wahrzunehmen. Aber das darüber hinausgehende, nämlich jene zu bedenken, die eben nicht mal mehr an der Küste ankommen, das ist dann schon auch noch, glaube ich, wieder neu gewesen, dass mal deutlich und fokussiert zu sehen.

*Inwieweit war nun die Aktion geplant oder nicht?*

Entweder wird uns vorgeworfen, wir hätten das alles genau vorher bestimmt, oder es wird uns vorgeworfen, wir wären da einfach nur blauäugig reingesammelt. Und beides stimmt nicht und beides stimmt. Man kann ja überhaupt nicht ein Schiff kaufen ohne darüber nachzudenken, was wäre eigentlich wenn und so weiter und so fort, denn, um das ganz klar zu sagen, die Frage von boatpeople, Bootsflüchtlingen, oder von Schiffbrüchigen, die spielt auf allen Weltmeeren eine Rolle, überall. Bei unserer Tradition, unserer Geschichte, dem inneren Kern unserer Arbeit, ist das völlig logisch, das wir das bedenken. Schon im Februar kam zu uns an Bord ein deutscher Reeder, den Mann habe ich noch niemals vorher gesehen und hat uns bekniert geradezu, um Himmels willen dieses Thema nicht zu vergessen. Er sagt, das ist so schrecklich, die Schiffe fahren über die Boote drüber. Der hat uns deshalb Ferngläser und Nachtsichtgeräte geschenkt, damit uns das auf jeden Fall nicht irgendwo passiert. Dann sind wir nach Westafrika gefahren und hatten auf den Kanaren einen Stop. Da kamen Menschen zu uns an Bord, die da wohnen, und die zeigten uns solche Zeitungsartikelstapel mit Fotos von Leichen an Strand und so weiter. Wir haben so was noch nie gesehen. Die Bootsbesatzung hat daraufhin am nächsten Tag sofort ein Bootsmanöver organisiert, das war im März, April, auf der Hinfahrt nach Westafrika, für den Fall, dass wir jemand treffen, damit wir den sofort retten können. Wir haben aber nie ein Boot in der Weise gesehen. Natürlich habe ich mich mittlerweile dafür interessiert, was ist da eigentlich, was weiß man darüber. Und so wars wohl auch mit der Entscheidung in Richtung Mittelmeer zu fahren, wo wir nach Irak wollten. Den Namen Lampedusa, den kennt man, man weiß, dass das eine Gegend ist, wo das passiert. Als wir nach Malta kamen, wo wir wegen der kaputten Maschine hinmussten, habe ich da auch versucht Informationen zu bekommen. Da habe ich mich mit dem Jesuit Refugee Council in Verbindung gesetzt. Wir ignorieren doch nicht, wenn wir da irgendwo durchfahren, wie die Lage da ist.

*Was habt ihr nach der Rettung zu den Flüchtlingen gesagt?*

Also, wir haben immer nur dasselbe gesagt, wir haben euch aufgesammelt und wir bringen euch in einen sicheren Hafen. Und der sichere Hafen kann nicht in

Tripolis, Lybien sein. Das war schon mal klar. Das heißt, für uns ging's Richtung Europa, das haben wir auch ganz eindeutig gesagt.

*Warum kam Malta nicht in Frage?*

Malta war für uns überhaupt keine Diskussion, das hat sich hier später so ergeben, aber Malta hat ja auch dann selber gesagt, bei uns nicht, dann sollen sie halt nach Libyen, egal. Malta ist ein ganz kleines Land, nicht mal ansatzweise in der Lage, damit adäquat umzugehen, was ja auch die EU schon moniert hat, aber das war nicht unsere Argumentation.

*Habt ihr mit ihnen Kontakt gehabt, mit maltesischen Behörden nach der Rettung? Was geschah nach der Rettung der 37 Flüchtlinge am 20. Juni bis zur Einfahrt in den Hafen Porto Empedocle?*

Wir haben das ganz einfach so aufgefasst, wo sind die aufgesammelt worden, hier, vor Lampedusa. Und deswegen ist der nächste logische Hafen Lampedusa, da wollten wir hin. Das muss ich noch mal wiederholen, weil das wird hier quasi ignoriert, auch in den Medien. Dann stellte sich heraus, der Hafen von Lampedusa ist zu klein. Für uns war klar, wenn wir das aufgeben, dieses klare System, da haben wir sie gefunden, das ist für uns der nächste italienische Hafen, dann schicken die uns auf eine Odyssee durch das ganze Mittelmeer. Und das wurde ja auch in Italien versucht, zu sagen, fahrt doch nach Spanien, da ist es ja auch sehr schön. Was hätte wohl Spanien zu uns gesagt, fahrt doch nach Frankreich oder nach Portugal. Nach Finnland.

*Wann habt ihr zum ersten Mal die italienischen Behörden verständigt, nach der Rettungsaktion und wie haben sie geantwortet?*

Wir haben sie nicht informiert in dem Sinne, dass wir die Leute gerettet haben, weil wir davon ausgingen, dass das im wesentlichen keinen interessiert, weil sie ja erst mal bei uns sicher waren. Man muss sich klarmachen, wie's da draußen zugeht. Dass da täglich Meldungen erscheinen, über irgendwelche Boote, die irgendwo versinken, aber es kümmert sich keiner drum. Das ist die Wahrheit. Also dachten wir nicht, dass wir da eine Mitteilungspflicht haben, die ist ja aus der Seefahrt nicht herleitbar. Es gibt zwar eine Praxis, wie man damit umgeht im Mittelmeer, aber die kannten wir nicht, ehrlich gesagt. Wir sind gern bereit, die uns noch mal anzuschauen, zu sehen, ob die für uns auch gilt. Wir haben gesagt, wir machen ein ganz normales Procedere, wir wollen auch hier keinen dramatischen Ausnahmefall von uns aus provozieren oder akklamieren, sondern wir wollen sagen, wir haben hier diese Menschen aufgesammelt und die müssen in einen sicheren Hafen und wir melden die ganz ordnungsgemäß an, wie jedes Schiff, das in einen Hafen fährt. Und das geht so, man hat erst mal die Reederei,

die muss einen Agenten beauftragen, der Agent übernimmt das Ding, der kriegt dann die Information, die Crewliste, ganz normal, wie das ein Schiff nun eben tut.

*Wie lange nach der Rettung war das und was ist dann geschehen?*

Wir haben das erst am 29. Juni gemacht. Das hatte aber den Grund mit den Häfen, und dass das Schiff in der Zeit weiter rumjagte, wir eskortierten ein prekär aussehendes Flüchtlings Schiff in Richtung Malta. Ich selber war einen Tag vor der Rettung, am 19. Juni, von Bord gegangen, und kam dann in der Nähe von Djerba wieder an Bord. Ich dachte, dass es da vielleicht noch mal einen Klärungsbedarf gibt, das man da sich noch mal unterhalten muss. Aber nicht im geringsten hätte ich jemals mir träumen lassen, dass wir mit einer geradezu militärischen Schutzmacht konfrontiert werden und anschließend noch ins Gefängnis wandern. Wir sind also, nach dem normalen Procedere, an Lampedusa vorbeigefahren. In der Nacht vom 30. Juni, das war kurz vor Mitternacht, auf der Höhe von Linosa, das ist nördlich von Lampedusa, kriegten wir plötzlich einen Funkspruch: Cap Anamur, ihr sollt doch lieber nach Lampedusa fahren. Da haben wir gesagt, das können wir nicht, der Hafen ist zu klein, oh, Pause, ja aber ihr sollt doch nach Lampedusa fahren. Da haben wir gesagt, erstens, wir sind ja schon an Lampedusa vorbei, zweitens, wir haben alles organisiert für Porto Empedocle, und drittens, Lampedusa ist zu klein, da fahren wir weiter, oh, hat er gesagt, ja dann, good watch, so sagt man in der Seefahrt, das war Feierabend. Der Kapitän hat gesagt, ich kann doch nachts niemand erreichen. Und so kamen wir dann morgens eben da an, am Morgen des ersten Juli. Es sah alles für uns normal aus, der Lotse war bestellt, der Lotse kam, wir waren ein bisschen zu früh, und daraufhin hat der Kapitän noch mal nachgefragt, ist das jetzt in Ordnung für die Hafenbehörde? Jeder Hafen hat eine Anmeldefrist. Offiziell. Porto Empedocle hat 24 Stunden Anmeldefrist und wir waren zwei Stunden da drunter. Also wir waren nur 22 Stunden angemeldet, da hat er einfach noch mal gefragt, ist ein deutscher Kapitän, also ganz korrekter Mann. Alles in Ordnung, macht nichts, wir starteten die Maschine. Etwa 20 Minuten dauert das, bis dann die Maschine wieder läuft. Und dann sind wir losgefahren, und in dem Moment kommt plötzlich die Coastguard und sagt: Stopp, Cap Anamur, Sie haben keine Genehmigung in die italienischen Hoheitsgewässer einzufahren, also nicht nur nicht nach Empedocle, sondern jetzt offensichtlich überhaupt nicht mehr zur Küste rein. Da sind wir wirklich in dem Moment so grade noch in der letzten Sekunde umgedreht, und haben gesagt, was ist los, warum. Acht Tage lang hat man uns gar nichts gesagt. Der Agent sagte uns, diese Order kam direkt aus Rom. Und der Agent sagte dann schon am zweiten Tag, ich kann hier nichts mehr tun, dies ist jetzt eine diplomatische Affäre geworden, da müssen andere entscheiden.

*Wie war die Situation in der Zeit an Bord?*

Wir haben die MSF (Ärzte ohne Grenzen) gebeten, an Bord zu kommen und einen Check zu machen. Die kamen mit drei Leuten, mit einer Ärztin, sehr gute Ärztin. Außerdem erhielten wir Lebensmittel von Hilfsorganisationen wie Emergency und da war auch schon jemand, der eine Rechtsberatung mit den Leuten gemacht hat.

*Gab es guten Kontakt mit den Schiffbrüchigen?*

Ja, die Besatzung hat ja mit denen gelebt. Das waren ja permanent mindestens zwei da bei ihnen und die haben zusammen gegessen und alles. Der Kapitän und ich, wir haben uns bewusst hier ein bisschen ferngehalten, um noch so eine andere Ebene darzustellen auf dem Schiff. Wir haben viel mit denen zusammengegessen, haben diskutiert, wir haben ja auch gebetet, auch zusammen mit den Priestern, die dann kamen. Übrigens bin ich selber gar kein Christ. Das war nur für mich ganz klar, wir brauchen geistigen Beistand und der war sehr sehr gut. Die beiden Priester, die da gekommen sind, Combonianer Missionare, das ist mit die schönste Begegnung, die ich hatte in dieser ganzen Zeit. Zwei wunderbare, mutige Männer.

*Haben Sie Eine Erklärung dafür, warum von Seiten der italienischen Behörden da mit so brutaler Härte agiert wurde, die Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt wurde? Sowohl Euch gegenüber, mit der Inhaftierung, aber natürlich auch bei den Flüchtlingen, die in drei verschiedene Abschiebelager kamen und dann einfach so abgeschoben wurden.*

Ich habe dafür keine richtige Erklärung. Am letzten Abend, als wir immer noch vor den italienischen Hoheitsgewässern festgehalten wurden und dann rüber zu den Lichtern von Porto Empedocle sahen, da stand neben mir jemand, einer von den Priestern und ich sagte, oh Mensch, hoffentlich kommen wir jetzt endlich in diesen Hafen rein. Und da sagte der, ich glaube schon, dass ihr morgen in den Hafen kommt. Aber du weißt auch, worum es dann gehen wird. Ja natürlich, wir müssen gucken, dass hier die Leute versorgt werden, aber für uns ist es auch gut, jetzt endlich mal an Land zu kommen, weißt du, wir sind ja auch Menschen. Und da sagt er, ja aber das meine ich nicht. Worum es jetzt gehen wird, ist Rache. Und ich habe gesagt, ich kann das nicht glauben, weil das ist doch für alle schlecht gelaufen ist, das kann doch keiner wollen, dass das jetzt weiter geht, jetzt ist doch wirklich Schluss, das muss doch jeder sehen, dass das jetzt keinen Sinn mehr hat. Da sagte er, ich glaube, dass du die italienische Mentalität falsch einschätzt. Ich kann dazu gar nichts weiter sagen, so war das, aber ich will auch sagen, die italienische Mentalität, das muss ja auch die Mentalität der Unterstützer sein, zum Beispiel. Das muss auch die Mentalität der jungen Polizisten sein, die sich ent-

schuldigt haben beim Kapitän, für die unwürdige Behandlung, die er erfahren hat, das muss ja auch die Mentalität der Mitarbeiter am Flughafen sein, die uns ganz viel geholfen haben, die gehört haben, Cap Anamur, und uns geholfen haben, der Crew, mit 160 kg Übergepäck in die Maschine zu kommen ohne Geld. Also wir haben auch ganz viel Sympathie gespürt, aber der Staat und das italienische Recht ist uns in einer Weise entgegengetreten, die uns überrascht hat, das sag ich jetzt mal ganz vorsichtig, denn ich bin da kein Spezialist, ich war auch noch nie im Gefängnis. Ich würde schon sagen, das Ganze hatte wenig damit zu tun, wie ich mir ein rechtsstaatliches Verfahren vorstelle.

*Wie war der Aufenthalt im Gefängnis? (Anmerkung: der Kapitän, der Erste Offizier und Elias Bierdel wurden am 12.7. verhaftet, als sie an Land gingen, am 16.7. wurden sie mit der Auflage, Süditalien zu verlassen, freigelassen).*

Im Gefängnis hab ich die ersten Schlepper meines Lebens überhaupt kennen gelernt. Die waren nun sehr interessiert an unserem Fall, die haben das ja auch in den Medien verfolgt. Und beim Hofgang in Petrusa in einem Gefängnis wurden wir gefragt, wie groß ist euer Schiff noch mal, ja, hab ich gesagt, so 95 Meter, oh, was hat das gekostet? Soundsoviel, 1,8 Millionen Euro, mensch, mensch, mensch, und wie viele Leute habt ihr gebracht, 37? Ja seid ihr denn verrückt? Und dann haben die uns vorgerechnet, dass sie auf so ein Schiff ja bis zu 3000 Leute packen würden, haben sie so gesagt, weiss ich ja nicht, und dass sie dann mit einer einzigen Fahrt dieses Schiff refinanzieren könnten. Dass man also sozusagen mit einer einzigen Fahrt den Kaufpreis des Schiffes wieder raus hat und noch dazu eine Million, die man verdient hat. So haben die das gerechnet, so haben die das gesagt. Das war nur ein Hinweis für mich, dass wir in Schlepperkreisen auch als die letzten Versager gelten müssen.

*Zu den Abschiebungen der Afrikaner, was denkt Ibr darüber?*

Also ich kann das von mir selber sagen, ich bin sehr traurig darüber, wie das ausgegangen ist, speziell für diese Gruppe. Und mich belastet die Vorstellung, dass sie dadurch besondere Nachteile hatten, dass sie mit uns und unter diesen Umständen da hingekommen sind. Das finde ich ganz schlimm, denn das darf ja gar nicht sein. Und ich muss das einfach für mich noch genauer überlegen, was daran leider stimmt, dass wir es für sie dann am Ende noch schwerer gemacht haben als sie es vielleicht anderswie gehabt hätten. Andererseits, durch die Tatsache, dass wir sie eben da auf hoher See aufgefischt haben, was ja ein reiner Zufall ist, ist eben diese schicksalhafte Beziehung entstanden. Ich bin ja noch einer Gruppe von denen, nämlich 14, im Flugzeug begegnet. Als ich selber das Land verlassen musste, bin ich mit ihnen zusammen von Catania nach Rom geflogen und wurde Zeuge davon, wie sie im Grunde da abgeschoben werden sollten, offensichtlich,

heimlich. Ich konnte noch versuchen, wenigstens Menschen zu informieren darüber, dass die jetzt da auf dem Flughafen sind, das ist mir auch noch gelungen, aber es war, es ging mir nicht gut dabei.

*Was sagen Sie zur Reaktion der Medien?*

Zunächst mal war das eine ausschließlich in Italien stattfindende Geschichte, die für uns von der Öffentlichkeitswirkung hier in Deutschland überhaupt keine Rolle spielte, die wurde auch gar nicht beachtet hier. Deshalb ist für mich auch der Vorwurf so besonders absurd, wir hätten hier eine Werbeaktion oder irgendwas gemacht, denn in Italien brauchen wir das nicht, das hilft uns ja überhaupt nichts als Organisation. Erstaunlich war, wie schnell die Position des deutschen Innenministers übernommen wurde. Der hat sich ja geäußert in einer Weise und so schnell, das ist eine Sache, die wird irgendwann einmal zu besprechen sein. Es gab aber auch andere Leute in der Regierung, die das dezidiert abgewiesen haben, der ist damit so nicht bei allen durchgedrungen. Aber bei den Journalisten, die dann wenig wussten in dem Moment, weil es eben nicht medial vorbereitet war, für die tauchte das als Thema erst mal plötzlich auf. Und zwar ziemlich genau am 8. Juli, vorher haben die das nicht wahrgenommen, erst mit dem Beginn der Fernsehberichterstattung am 8. Juli. Das stellt auch die Frage nach der Sorgfalt der Medien, offensichtlich war bei vielen, nicht bei allen, das Bedürfnis größer, hier eine »Affäre« Cap Anamur zu suchen. Ich find es auch gut, wenn Medienverantwortung sichtbar wird, Journalisten haben auch eine Verantwortung, und ich frag manchmal jetzt Ex-Kollegen, warum ist dieses Thema von euch 10 Jahre lang im Grunde nicht aufgegriffen worden, in den wichtigen, großen Medien. Immer nur punktuell, hier ein paar Tote in Lampedusa.

*Kann das eine Art Panikreaktion sein, so wenn dir plötzlich wie aus einem Spiegel die Toten anschauen, eine Panik gegenüber diesem Tod?*

Das ist ganz entscheidend. Du kannst das nur, solange du das nicht wahrnimmst. Denn sonst greift bei jedem einzelnen ja die Schuld. Die Frage, das darf ich nicht zulassen, da muss ich was machen.

*Was ist Ihr vorläufiges Fazit?*

Dass wir in der, im Netz der europäischen Menschenrechtsbewegung, und das kann man auch anders nennen, dass wir da irgendwie unseren Platz mit drin haben, als eine von vielen kleinen Gruppen, das find ich total klasse, das hab ich richtig gespürt und das möchte ich auch gern weiter spüren und ich bin sehr daran interessiert, dass wir auch weiterhin Kontakt nicht nur nach Italien halten, sondern auch zu anderen europäischen Organisationen, themenbezogen. Wie die Sache nun ausgegangen ist am Ende, muss man ja genau hingucken, was ist mit

den Menschen passiert, die wir gerettet haben, die sind in furchtbarer Weise auch mitbestraft worden für unsere Aktion, entsetzlich, das lastet auf mir, das finde ich schlimm. Und es ist eben die Frage, ob man künftig in einem anderen Verfahren, denn darum muss es weiterhin für mich gehen, auch mit der Regierungsseite, aber im wesentlichen auch mit den NGO [Nichtregierungsorgansiationen], die da spezialisiert sind und seit vielen Jahren sich engagieren, dann eben den Weg austüftelt, nach dem es gehen kann. Nur mal davon ausgehend, dass die Rettung von solchen Menschen erlaubt sein muss. Wenn sie erlaubt ist, welchen Weg soll sie dann nehmen? Wie soll das passieren. Darüber müssen wir dann sprechen. Egal ob das wir dann tun oder andere.



Schlauchboot  
aus der Ferne

»Erst war nur ein kleiner, gelber Strich am Horizont zu sehen. Dann erkannten wir ein Schlauchboot und schließlich Menschen, die verzweifelt winkten: Mitten auf der offenen See, irgendwo zwischen Libyen und der italienischen Insel Lampedusa, trieb das völlig überfüllte Boot mit Motorschaden hilflos auf den Wellen. Das Festland war 90 Kilometer entfernt, die Trinkwasser-Vorräte bereits aufgebraucht.«  
(Cap Anamur, 21.6.2004)

37 Menschen  
in einem Schlauchboot



An Bord  
der »Cap Anamur«



Fotos: Cap Anamur-Büro Köln

# Das Mittelmeer als neuer Raum der Abschreckung Flüchtlinge und MigrantInnen an der südlichen EU-Außengrenze

I. Einleitung ♦ II. Sterben im Mittelmeer ♦ III. Hilfe aus der Bevölkerung versus Notstandsmaßnahmen ♦ IV. Lampedusa ♦ V. Feindbilder: »Organisierte Kriminalität« aus dem Osten – »Islamistischer Terror« aus dem Süden ♦ VI. Libyen: Öl, Sicherheitswahn, Personenerfassung ♦ VII. Überwachungsdispositiv: SIVE, virtuelle Grenze, Marineeinsätze ♦ VIII. Das Haager Programm, das Konzept der Frontstaaten und die künftige EU-Grenzpolizei ♦ IX. Italien, Spanien: Abschiebungen und Lager ♦ X. Lager und neues Grenzregime in Nordafrika ♦ XI. Schluss

## I. Einleitung

Tanger, Marseille, Tunis, Alexandria, Piräus – die Hafenstädte des Mittelmeers hatten stets eine internationale Bevölkerung. In Kalabrien siedeln seit Jahrhunderten AlbanerInnen, an der sizilianischen Küste TunesierInnen, in ägyptischen Küstenstädten GriechInnen. Das Mittelmeer stellt in geschichtlicher Hinsicht einen gemeinsamen sozialen und kulturellen Raum von Fischern, reisenden Händlern und mobilen Unterschichten dar. Dieses »dichte historische Geflecht« (Braudel 1997: 95) überdauerte den Einfluss unterschiedlicher Zivilisationen, Religionen und Großmächte. Der Kolonialismus zerschneidet zwar viele Bande zwischen der Armutsbevölkerung diesseits und jenseits des Mittelmeers. In der jüngsten Geschichte dämpften dann die Ost-West-Blockkonfrontation und die nationalstaatliche Abkapselung den transmediterranen Austausch. Aber dennoch blieben im Mittelmeerraum soziale Gemeinsamkeiten vorherrschend. Wichtige soziale Spaltungen verliefen dagegen innerhalb Europas: Zwischen Andalusien und Madrid, zwischen dem Mezzogiorno und Mailand, zwischen dem Balkan und Österreich.

All dies scheint einer grauen Vorzeit anzugehören. Denn seit einem Jahrzehnt ist das Mittelmeer zu einem wahrhaft trennenden Graben geworden. In Europa präsentiert man diese soziale Kluft als eine natürliche Gegebenheit, die der Geographie der unterschiedlichen Kontinente entspricht. Auf der einen Seite

erhebt sich ein Europa, dessen alte kolonialistische Raffgier und Herrschsucht mehr und mehr durchscheinen. Auf der anderen Seite erkennt man schemenhaft die »gefährlichen Klassen«, die sich durch Armut, Migration und Unberechenbarkeit auszeichnen. Nie zuvor haben die europäischen Staaten die soziale Frage im Mittelmeerraum derart ungeschminkt geopolitisch umgedeutet, und nie zuvor haben sie die Bewegungen aus dem Süden so massiv in die Schiffbrüchigkeit und in den Tod auf See getrieben.

Dieser Graben ist mit der jüngsten EU-Erweiterung noch tiefer geworden. Die Finanzströme Westeuropas gehen vorzugsweise nach Warschau oder Budapest. Bald wird auch dem Balkan die EU-Perspektive angeboten. Damit dehnt die EU in Mittelost- und Südosteuropa ihre Außengrenze weiter aus. Die Beitritts-Bevölkerung erhält schrittweise den Status von EU-BürgerInnen. Für TouristInnen aus Polen und Tschechien war die Visapflicht bereits Anfang der 1990er Jahre gefallen, als sich Warschau und Prag verpflichteten, illegal Eingereiste wieder zurückzunehmen. Nun legalisiert die EU allmählich auch die migrantische Arbeitsmobilität aus jenen Regionen. Die Länder jenseits der neuen EU-Außengrenze stuft die EU in einer neuen Raumordnung graduell ab. Die Ostgrenze wird in ein Programm der länderüberschreitenden Verständigung eingebettet. (CEPS 2001) Zugleich baut die EU die Grenzanlagen gegenüber Sans-Papiers (Papierlosen) geradezu monströs aus: mit Sensorentechnik und Videokameras, mit Wachtürmen und Helikoptern, mit Nachtsichtgeräten und schnellen Eingreiftruppen. (Dietrich 2002)

Eine ähnliche Pufferzone gibt es an der südlichen EU-Außengrenze nicht. Die Euro-Mediterrane Partnerschaft, mit der die EU seit 1995 einen Aufschwung der Wirtschaft und der Demokratie an ihrer Südgrenze versprach, ist zur Phrase geworden.<sup>1</sup> Die europäische politische Klasse hält den Regimes von Marokko bis zur Türkei die Stange. Die DissidentInnen des Südens finden in Europa kein Gehör. Der europäischen Wirtschaft geht es allein darum, den Zugang zum Erd-

1 An der euro-mediterranen Partnerschaft (EMP) beteiligen sich neben der EU derzeit Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Türkei. Libyen verfügt seit 1999 über einen Beobachterstatus. Einen Überblick über die Entwicklung der EMP vermittelt die EU-Kommission (EU Kommission 2002 b). Weiteres offizielles Material zur EMP findet sich unter den Internetadressen: [http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/med/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/med/index_en.htm); [http://europa.eu.int/comm/external\\_relations/euromed](http://europa.eu.int/comm/external_relations/euromed); <http://europa.eu.int/comm/world>. Ein regierungsnahes Strategiepapier eines deutschen Ministeriums weist bereits im Jahr 2001 darauf hin, dass das Programm der euromediterranen Partnerschaft zu kurz greife. Es sei nötig, Alternativen auszuarbeiten. Möglicherweise müsse die südliche Mittelmeerbevölkerung in größerem Ausmaß »subventioniert« werden, und grundsätzlich solle sich die EU auf »worst case«-Szenarien einstellen (BMZ-Spezial 2001).

ölgeschäft zu sichern und bis 2010 eine euro-mediterrane Freihandelszone für Industriegüter zu schaffen. Damit führt sie auf ihre Weise die Struktur Anpassungsprogramme des IWF und der Weltbank aus den 1980er Jahren fort, mit denen die nationalen Wirtschaftsräume aufgebrochen und bis heute dereguliert werden. Nennenswerte Investitionen sind ausgeblieben, wenn man von Israel und vielleicht dem Nachkriegsbeirut absieht. Armut breitet sich vor allem unter jungen Leuten in Großstädten aus. In dem Maß, wie der Neoliberalismus den gesamten Mittelmeerraum durchdringt, schwindet die Integrationskraft der Hoffnungen auf nachholende Entwicklung. Den Ausweg aus der Misere verspricht nicht mehr ein nationaler Fünfjahresplan, sondern die Flucht übers Mittelmeer. Die Migrationsstatistiken vermerken, dass die Wanderungsbewegungen aus den südlichen Mittelmeerländern nach Europa seit Jahrzehnten kontinuierlich zunehmen. Aber die Umstände haben sich gründlich geändert. Ende der 1980er Jahre sind die Ausreisekontrollen in den arabischen Staaten gefallen. Im Gegenzug führte Westeuropa im Frühjahr 1991 generelle Einreiserestriktionen ein.<sup>2</sup> In den Vormonaten hatte der Zweite Golfkrieg stattgefunden, Bush Senior hatte eine neue Weltordnung verkündet, und in Nordafrika sah man die Visapflicht auch als ein Ergebnis dieser neuen weltpolitischen Verhältnisse. Als Marokko, Algerien, Tunesien und andere arabische Länder sodann willfährig Rückübernahmeabkommen unterzeichneten, erlangten sie als Gegenleistung nicht – wie seinerzeit Polen und die Tschechische Republik – die Abschaffung der EU-Visapflicht. Früher musste der Kampf um Auswanderung innerhalb der nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten geführt werden. Es ging darum, wie man einen Pass und eine Ausreisegenehmigung erlangen konnte – heute geht es darum, wie man heimlich übers Mittelmeer und in die europäischen Großstädte kommt.<sup>3</sup> Das sind die Bedingungen, unter denen 1991/92 das große Sterben im Mittelmeer begonnen hat.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, die Geschichte der Boat People im Mittelmeer in den Kontext der mediterranen Gesellschaften und der ausgreifenden EU-Politik zu rücken. Ihr Sterben und Überleben ist kein davon losgelöstes Phänomen.

Seit 14 Jahren kommen im Mittelmeer Flüchtlinge um – aber warum rückt diese Tragödie erst jetzt in die europäische und internationale Aufmerksamkeit? Die Doppel-These, mit der diese Frage untersucht werden soll, lautet: Erstens hat die EU erst jetzt eine geographisch ausgreifende Machtfülle entwickelt, und

2 Die Quoten, die Spanien und Italien jährlich für maghrebinische Werkvertragsarbeiter anbieten, haben vor diesem Hintergrund nur kosmetischen Charakter. Diese marginale legale Rotationsmigration ist nicht Gegenstand dieses Aufsatzes.

3 Vgl. die dokumentarische Rückschau in dem Film von Leïla Kilani »Tanger, le rêve des brûleurs« (Kilani 2002).

gegenüber den Ländern des Südens tritt sie dabei in die Fußspuren des Kolonialismus. Ob man die neuerliche Ausweitung Europas als Kolonialismus, Neokolonialismus, Postkolonialismus oder mit einem anderen Begriff zu kennzeichnen hat, kann aufgrund der Aktualität der Sache noch nicht beantwortet werden. Wohl aber sollte an den Stellen, wo Europa in Nordafrika Fuß fasst, nachgegraben werden: Deswegen wird die Archäologie des Wissens wichtig, mit der die Vergangenheit des Kolonialismus bloßgelegt werden kann; und hier werden die Fußspuren erkennbar, in die die gegenwärtige Politik tritt.

Der zweite rote Faden, der als These diesen Aufsatz durchzieht, ist die Lagerthematik. Lager werden als »Lösung« für die Boat-People-Frage präsentiert. Diese Idee lag in den 1990er Jahren noch völlig außerhalb der realitätsnahen Phantasie der politischen Klasse der EU. Lager am Rande oder außerhalb der EU, die die unerwünschten MigrantInnen und Flüchtlinge weit im Vorfeld auffangen, gab es zwar als Hirngespinnste schon in den 1980er Jahren – aber nur an manchen Schreibtischen der Ministerialbürokratien, weit von jeglicher Umsetzbarkeit entfernt. Erst durch die ausgreifende Politik der EU ist ihre Realisierung in greifbare Nähe gerückt. Europa als zivile Macht, die sich von den Barbareien der Peripherie abgrenzt: Dieses Bild aus der Propagandakiste stimmt nicht, wenn man sich die Ausreisezentren, die Abschiebegefängnisse, die Erstaufnahmestellen und Sammellager innerhalb der EU vor Augen führt. Aber genau das schafft den derzeitigen Druck, die Brutalisierung aus dem Inneren zu »externalisieren«, in Außenlager der Peripherie abzuleiten. Das ist die zweite These, mit der das Material an Notizen und Recherchen zu durchforsten ist.

Aus all dem ergibt sich, so werden die LeserInnen feststellen, noch kein festumrissenes Bild. Es kann hier noch keine Systematik oder Vollständigkeit der gegenwärtigen Entwicklung ausgebreitet werden. Stattdessen gibt es Grabungen und Schürfungen in unterschiedlicher Tiefe und sicher auch in unterschiedlicher Qualität, die die Zukunft besser ausleuchten wird.

Bei der Darstellung konnte bewusst die Geschichte der internationalen Beziehungen – Stichwort Barcelona-Prozess – vernachlässigt werden. Im Vordergrund steht dagegen die möglichst genaue Beschreibung der Kontrollsysteme, ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen und ihrer Rückwirkungen auf die staatlichen Formierungen.

اليتيم عنده ميات بو

*Waisen haben hundert Väter*

## II. Sterben im Mittelmeer

Die Menschen, die heimlich über das Mittelmeer fliehen, kommen zur Hälfte aus den mediterranen Ländern, zur Hälfte stammen sie aus Ländern südlich der Sahara. Letztere kommen aus den entkolonialisierten Staaten, deren Wirtschafts-

entwicklung vollends gescheitert ist. Sie fliehen vor den Spätfolgen des Kolonialismus und vor den Auswirkungen heutiger europäisch-nordamerikanischer Afrika-Interessen: Dem dreißigjährigen afrikanischen Bürgerkrieg. Auf ihrer Flucht nach Norden reisen sie durch zahlreiche Länder bis ans Mittelmeer visafrei oder zumindest ohne systematische Visa- und Passkontrollen. Dagegen hat die EU ihre Einreiserestriktionen für Staatsangehörige aus dem Kongo, aus Sierra Leone oder aus dem Sudan enorm verschärft. Für einen Antrag auf ein Touristenvisum müssen Geldsummen vorgewiesen werden, die für die allermeisten afrikanischen Menschen ihr Leben lang unerschwinglich bleiben.

Im östlichen Mittelmeer machen KurdInnen aus der Türkei und aus dem Irak sowie AfghanInnen einen großen Teil der Boat People aus. Ihre Herkunftsregionen sind durch Kriege verwüstet worden, deren Gründe man ebenfalls im geopolitischen Kontext der amerikanisch-europäischen Weltordnung zu suchen hat.

Die Boat People sind nicht die Kinder der Eliten ihrer Länder. Der Weg über das Mittelmeer in einem Holzboot oder in einem rostigen Frachter kostet nicht so viel wie der legale Weg, für den man ein Mehrfaches an Geld ansammeln muss. Zu den Boat People stoßen diejenigen, die nicht über ein Netz von Verwandten in Europa verfügen, die einen vielleicht nach Ende des Sommerurlaubs im Auto auf die Fähre nach Europa mitnehmen und mit Trick und Glück durch die Hafenkontrollen bringen.<sup>4</sup> Zu Boat People werden diejenigen, die trotz fehlenden Vermögens und/oder fehlender Familienbande in Europa fest entschlossen sind, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Die heimliche Fahrt übers Mittelmeer zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie unter völlig unterfinanzierten und deswegen gefährlichen Bedingungen stattfindet. Viele Menschen verdursten oder ertrinken, weil die Überfahrt nicht gelingt: Der Motor setzt aus, das Schiff sinkt wegen technischer Mängel oder wegen Überladung, es gibt keine technisch gestützte Wettervorhersage und keine Kommunikationsverbindungen für den Notfall. Für das Navigieren fehlen zudem häufig Kenntnisse über lokale Meeresströmungen.

Boat People aus Marokko, Algerien und Tunesien müssen an der europäischen Küste anlanden, ohne dass die Küstenwache, das Militär oder die Polizei sie bemerkt. Sonst werden sie sogleich zurückgeschoben. Anders ist es mit Flüchtlingen aus fernerer afrikanischen und asiatischen Ländern, die keine Pässe haben und nur unter bestimmten Bedingungen abgeschoben werden können. Es reicht, dass deren Schiffe in die Territorialgewässer eines EU-Mitgliedsstaats gelangen und die Küstenwache sie dann an Land zieht. Sie werden in Lager gebracht, und

4 EU-Fahnder schätzen den Anteil der »illegalen« Fahrten auf Fähren auf 15 Prozent der heimlichen Mittelmeerpassagen. In den Sommermonaten werden nur 20 bis 30 Prozent der Passagiere nach Schengen-Regeln gecheckt. (Civipol 2003: 13f.)

trotz zunehmender Abschiebungen gilt, dass viele von ihnen nach einer gewissen Zeit freigelassen werden oder einfach entweichen. Für alle angelandeten Boat People ist ein guter Kontakt zu den spanischen, italienischen oder griechischen Einheimischen oder dort ansässigen MigrantInnen entscheidend, um in die europäischen Großstädte weiterfliehen zu können. Ohne Unterstützung ist ein Durchkommen fast unmöglich.

Das soziale Geflecht über das Mittelmeer hinweg ist, was die Boat People angeht, mehr und mehr fadenscheinig geworden. Es gibt einen Trend zur Schifffahrt ohne jegliche Fluchthilfe. An einem Vergleich sei dies kurz skizziert:

In den 1990er Jahren war die Meerenge zwischen Süditalien (Apulien) und Albanien, über die im Laufe von zehn Jahren wohl weit über hunderttausend Menschen heimlich übersetzten, noch ein regelrechtes Investitionsfeld. Zunächst brachte die italienische Seite das Kapital ein, mit dem Schnellboote gekauft wurden. Nach und nach übernahm die albanische Seite die größeren Geschäftsanteile. Immer leistungsstärkere Schlauchboote kamen zum Einsatz. Schmuggel und kommerzielle Fluchthilfe ergänzten sich. Die Überfahrt erfolgte mit Garantie: Sollte man unmittelbar nach der Landung gefasst und abgeschoben werden, hatte man das Recht auf eine zweite Überfahrt. In jedem Boot habe es einige kostenlose Plätze für Bedürftige gegeben, so ergab eine systematische Auswertung der süditalienischen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren. (Monzini 2004:41ff.) Der Sprung über die 80-Kilometer-Meerenge erfolgte im Rahmen der albanischen Wirtschaftstransformation. Von der anderen Seite dehnten sich die italienischen Produktionszonen Richtung Balkan aus. Die Massenmigration war der sichtbarste Ausdruck eines sozialen Aufbruchs, der mit ökonomischen Mitteln nicht mehr integriert werden konnte. Mit der albanischen Krise von 1997 erreichten die Fluchtbewegungen über die Adria ihren Höhepunkt. Mit dem NATO-Krieg um das Kosovo 1999 schlug die adriatische Flüchtlingsabwehr ins militärische Containment um. Der wachsende Verfolgungsdruck veranlasste die Flüchtlingschiffe zu immer waghalsigeren Manövern. Häufig kam es zu tödlichen Unfällen. Der Einsatz der italienischen Marine in internationalen Gewässern der Adria und die Stationierung italienischer Polizei, Carabinieri und Militärs an der albanischen Küste machten dieser Schifffahrt den Garaus.

Ganz anders sieht es mit der Flucht über die Meerenge von Gibraltar oder nach Lampedusa, nach Sizilien oder auf die griechischen Inseln aus. Von spanischer, italienischer oder auch griechischer Seite gibt es überhaupt keine fluchthelfende Investition in die nordafrikanischen und nahöstlichen heimlichen Passagen. Der Schmuggel nutzt andere Transportmittel. Die Boote, mit denen Flüchtlinge übersetzen, stammen häufig aus den Restbeständen der lokalen Fischerei, die sich in der Umstrukturierung befindet. Die kleinen Fischer werfen ihre Netze nach wie vor zumeist jenseits der staatlich kontrollierten Schifffahrt aus. Zum Know-

How der Fischerdörfer gehört, wie man Holzboote selber baut. Doch inzwischen bringt der Rationalisierungsschub nicht nur diesen Wirtschaftssektor unter Druck, sondern zielt auch auf die Erfassung und Kontrolle der lokalen Arbeit.

Leute, die übersetzen möchten, müssen sich nicht unbedingt in die Abhängigkeit großer Kartelle bringen, sondern wenden sich an die gesellschaftlichen Zentren der kleinen Fischerei. Selbst für die strafverfolgenden Behörden macht es nicht viel Sinn, hier von transnationaler Organisierter Kriminalität oder der italienischen Mafia auszugehen; auch die Transitreise durch die Sahara und die nordafrikanischen Länder komme ohne Organisierte Kriminalität zustande. (Monzini 2004:41ff.; Civipol 2003: 18f.) Doch den Nachteil sollte man nicht verschweigen: Die Unterfinanzierung, also die Armut, vergrößert die Lebensgefahr.

Die Boote, mit denen die meisten überzusetzen versuchen, taugen nur für die Überquerung der Meerengen

- zwischen El Aiun und den Kanarischen Inseln;
- bei Gibraltar;
- zwischen Tunesien, Libyen und den süditalienischen Inseln und Malta;
- zwischen der Türkei und den ostgriechischen Inseln.

Auf diese schmalen Gebiete hat sich die EU-Grenzüberwachung der vergangenen zwei, drei Jahre konzentriert. Die Fahnder nennen sie »fokale Routen«, im Unterschied zu den »Random-Routen« der großen Schiffe, mit mehreren hundert Flüchtlingen an Bord, die im vergangenen Jahrzehnt in Albanien, in der Türkei, im Libanon und in Syrien abgelegt haben sollen, mit Kurs auf Süditalien. Auf den fokalen Routen würden sich 70 bis 80 Prozent der heimlichen Mittelmeerpässagen abspielen, in 2002 wurden hier 48.000 Boat People aufgespürt. Aber die mediale Aufmerksamkeit gilt meistens den Geisterschiffen (auf den Random-Routen), die nur zwei Prozent der heimlichen Pässagen im Mittelmeer ausmachen sollen. Das Aufkreuzen dieser großen Schiffe ist nicht vorhersehbar; die EU-Fahnder gehen aber davon aus, dass lokale Polizeibehörden ihre Abfahrt aus der Levante mitbekommen müssen. Da die polizeiliche Zusammenarbeit im östlichen Mittelmeer ausgebaut wird, verschwindet dieses Phänomen der großen Flüchtlingsschiffe. Eine Verdrängung findet offensichtlich statt, in Richtung Holz- und Schlauchboote. Vor allem gegen sie richten sich die neue Techniken des Aufspürens und der Meeresüberwachung, von denen nachfolgend die Rede sein soll.

In Spanien bringen MigrantInnen- und Menschenrechtsorganisationen erstmals 1996/1997 den massenhaften Tod vor Gibraltar in die internationale Öffentlichkeit.<sup>5</sup> Da sie Verbindungen zu marokkanischen Küstenorten haben, errechnen

5 Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía, APDHA ([www.apdha.org](http://www.apdha.org)); Asociación de Trabajadores e Inmigrantes Marroquíes en España, ATIME ([www.atime.es](http://www.atime.es)); Andalu-

sie, dass zwischen 1991 und 1996 wahrscheinlich allein in der Meerenge von Gibraltar zwischen 2.000 und 4.000 Menschen umgekommen sind. Der Starfotograf Sebastião Salgado erstellt 1997 eine Bildreportage über die Boat People in der Meerenge (Salgado 2000), und am 26. Oktober 1997 veröffentlicht die spanische Zeitung El País eine Wochenbeilage über die »Mauer aus Wasser zwischen zwei Welten«, mit denen die Recherchen und Schätzungen der Menschenrechtsorganisationen bekannt werden. (Rodríguez 1997)

In der andalusischen Stadt Cádiz hält die Menschenrechtsgruppe Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía (Vereinigung für die Menschenrechte in Andalusien, apdha) seit 1996/97 jedes Mal, wenn Leichen an der Küste dieser Provinz gefunden worden sind, eine Mahnwache auf dem Rathausplatz ab. Sie setzen durch, dass sich auch Sans-Papiers an diesen Demonstrationen beteiligen können, ohne Festnahmen fürchten zu müssen. Apdha dokumentiert, dass die Zahl der Toten von Jahr zu Jahr ansteigt, und beschreibt dies als Auswirkung der verschärften Überwachung der Meerenge.

Seit 1999/2000 kommen mehr und mehr Boat People vor den Kanarischen Inseln um. Im Jahr 2002 übertrifft die Zahl der Boote und der Personen, die die spanischen Behörden dort festnahmen, erstmals die Statistik an der Meerenge von Gibraltar. (Kreienbrink 2004: 211) Die heimliche Überfahrt auf die Kanarischen Inseln ist eine Folge der verschärften Überwachung der Meerenge von Gibraltar. Es kommt aber auch hinzu, dass die Zukunftsperspektive für Saharaouis in diesen Jahren immer düsterer wird.<sup>6</sup>

Für 2004 konnte apdha nachweisen, dass 289 Menschen auf dem Meerweg nach Spanien umgekommen sind – die Vereinigung geht aber davon aus, dass ein großer Teil der Tragödien nicht belegbar ist, und kommt für das Jahr 2004 auf eine Schätzung von über 800 Toten. (apdha 2004)

Die marokkanische Vereinigung der Freunde und Familien von Opfern der illegalen Einwanderung (AFVIC) gründet sich wegen der zunehmenden Todesfälle im Mittelmeer im Jahr 2001 im südmarokkanischen Khouribga.<sup>7</sup> Die Phos-

---

cía acoge ([www.acoge.org](http://www.acoge.org)); Red Dos Orillas (<http://redasociativa.org/dosorillas/>). Indymedia speziell zur Sit. in der Meerenge (<http://madiq.indymedia.org/news/2004/08/8578.php>)

6 Die Kanarischen Inseln liegen gegenüber von El Aiun, der Hauptstadt der Westsahara. Das Land war von 1940 bis 1976 spanische Kolonie. Marokko annektierte es nach dem Rückzug Spaniens. Viele Saharaouis leben bislang als Flüchtlinge in Wüstenlagern auf der algerischen Seite. Derzeit diskutiert die Unabhängigkeitsbewegung Polisario, ob sie den bewaffneten Kampf wieder aufnimmt. Sollten die Flüchtlinge aus den algerischen Lagern in die Küstenregionen zurückkommen, wird die heimliche Überfahrt auf die Kanarischen Inseln noch ganz andere Dimensionen annehmen.

7 Association des amis et familles des victimes de l'immigration clandestine, AFVIC ([www.afvic.fr.st](http://www.afvic.fr.st)).

phatregion um Khouribga war in den 1950er und 1960er Jahren ein Zentrum der Binnenmigration, nun befindet sie sich im Niedergang. Viele Boat People stammen von hier. Die Assoziation AFVIC berichtet, dass zwischen 1997 und 2001 beiderseits der Meerenge 3.286 Leichen angeschwemmt worden sind. (Marokko-Portal 2004; siehe auch <http://www.bladi.net>)

In einer Studie der »Global Commission on International Migration« heißt es: »Nach einer Mitteilung aus dem Jahr 2002 an das UN-Generalsekretariat (United Nations, Economic and Social Council, E/CN.4/2002/NGO/45) sind zwischen 1997 und 2000 über 3.000 Migranten gestorben, hauptsächlich bei dem Versuch, die Meerenge von Gibraltar zu überqueren.« (Pécoud 2005)

Der Marokko-Experte Pierre Vermeren resümiert: »Geht man davon aus, dass nur jeder dritte Tote gefunden wird, würde dies bedeuten, dass in den vergangenen fünf Jahren [1997–2002] allein in der Meerenge von Gibraltar über 10.000 Auswanderer umgekommen sind.« (Vermeren 2002)

Eine umfassende Zählung der Toten der Meerenge von Gibraltar für den gesamten Zeitraum 1991–2004 existiert nicht. Summiert man die Schätzungen für die verschiedenen Zeitspannen, kommt man auf 12.–14.000 Tote. Ohne Zweifel handelt es sich bei der Meerenge von Gibraltar um das größte Massengrab Nachkriegseuropas.

In den Jahren 1996/97 beginnen auch italienische Gruppen damit, die Toten im Mittelmeer systematischer zu registrieren. Die Ausgangspunkte bilden zwei große Tragödien. Das erste »Unglück«: Am 25. Dezember 1996 sterben bei einem Schiffsunfall mindestens 286 Menschen. Ein Fischkutter, der zwischen Sizilien und Malta Boat People von einem großen Frachter namens »Iohan« übernimmt, stößt dabei mit diesem zusammen und geht unter. Einen Monat lang leugnen die italienischen See- und Polizeibehörden dieses Ereignis. Die Zeitungen bringen die Notiz höchstens als winzige Meldung über ein angebliches Unglück. Tamilischen und pakistanischen Überlebenden gelingt es kurz nach dem Unglück, den Hergang in detaillierten Schilderungen in ihre europäische Exilpresse zu bringen. Engagierte Journalisten der italienischen Zeitung »Il Manifesto« bringen diese Nachricht mit Hilfe von Flüchtlingsunterstützern auf die erste Seite ihrer Zeitung und beginnen eine Recherche. Sie stellen fest: Mehr als hundert Überlebende befinden sich in italienischen Polizeigefängnissen oder sind – da eines der am Unglück beteiligten Schiffe weitergefahren war – in griechische Haft gekommen. Die Tatsache, dass sie alle in den polizeilichen Befragungen den Hergang des Unglücks übereinstimmend beschrieben hatten, bestätigt, dass zu Weihnachten 1996 die größte Tragödie der Mittelmeerschiffahrt seit 1945 stattgefunden hat. Nur in Griechenland, das damals noch nicht auf Kurs der Schengen-Politik gebracht war, wagt es ein Staatsanwalt, eine Klage wegen Massenmord zu erheben. (FFM 2002a)

Die zweite Schiffstragödie passiert am vierten Tag der italienischen militärischen Adriablockade im März 1997. Der albanische Staat ist zusammengebrochen, Aufstände flammen auf. Die italienische Marine hat den Befehl erhalten, die erwarteten albanischen Boat People in internationalen Gewässern aufzuhalten. Am 28. März rammt um 19 Uhr das italienische Kriegsschiff »Sibilla« das albanische Flüchtlingsschiff »Kater i Rades« im Kanal von Otranto, 35 Kilometer vor der italienischen Küste. 110 Flüchtlinge, vor allem Frauen und Kleinkinder, sind an Bord. Fast alle ertrinken, nur 16 Personen werden gerettet, die in den folgenden Jahren zusammen mit den Verwandten der Ertrunkenen einen Prozess gegen die verantwortlichen Militärs anstrengen. Das Verfahren wird über Gebühr in die Länge gestreckt, der wichtigste Anwalt stirbt vor einem wichtigen Termin auf mysteriöse Weise, schließlich wird die Initiative im Sand des Justizbetriebs aufgerieben. (FFM 2002a)

Von noch weit mehr Toten in der Adria wird, wenn man die kleinen Zeitungsmeldungen zusammenfasst, jahraus jahrein berichtet. Dabei handelt es sich um AlbanerInnen und KosovarInnen, die im Kanal von Otranto auf Schlauchbooten überzusetzen versuchen. Die kleinen Schiffe können dank starker Außenbordmotoren auf See sozusagen Haken schlagen und der italienischen Marine und Küstenwache zumeist entkommen.<sup>8</sup> Über hunderttausend Flüchtlinge gelangen mit diesen schnellen kleinen Fähren nach und nach über die Meeresenge. Doch auch diese Boote sind gegen Unwetter nicht gefeit. Zudem sterben viele bei den ersten Manövern vor ihren italienischen Verfolgern schon an den Klippen im albanischen Küstengewässer.

Die italienischen Gruppen, die 1998 das Thema der toten Boat People aufgreifen, formulieren ihre Kritik in der Sprache einer europäischen oder universalen Zivilgesellschaft. Es sei nötig, die Grundrechte weltweit auszuweiten. Unter diesem Vorzeichen buchen im Dezember 1998 italienische AktivistInnen die Autofähre »Illyrus« für eine Fahrt vom süditalienischen Brindisi in das albanische Vlorë und zurück. Überlebende der versenkten Kater i Rades sind mit an Bord. »Traghetto della cittadinanza universale«, Schiff der Weltbürgerschaft wird das Boot getauft. Grenzkontrollen werden weder auf der Hin- noch auf der Rückfahrt akzeptiert. In Vlorë steht beim Empfang in der örtlichen Sporthalle auf Transparenten in albanischer und italienischer Sprache »Keine Mauer mitten im Meer!«.

8 Die Investition in leistungsstarke Außenbordmotoren der ansonsten billigen Boote war möglich geworden, nachdem sich die italienische Wirtschaft – und auch die Schattenwirtschaft – nach 1990/91 nach Albanien hin ausgeweitet hatte. Der Schmuggel und die Mafia hatten beispielsweise in Vlorë bedeutende Einkommenszweige geschaffen, auf denen dann die kommerzielle Fluchthilfe aufbauen konnte.

Doch der Krieg der NATO um das Kosovo bringt im Jahr 1999 große Rückschläge für die italienische Flüchtlingssolidarität. Der Krieg wird als humanitäre Intervention inszeniert. Mit den Bildern der kosovarischen Flüchtlinge, die nach Albanien und Mazedonien kommen und dort in unzähligen Lagern aufgehalten werden, entsteht während des Kriegs eine regelrechte italienische Jugendbewegung, die den medial sichtbaren Opfern in Albanien Hilfe zukommen lassen will. Neue Organisationen werden aus dem Boden gestampft, die die »zivilen Helfer« nach Albanien lotsen und in den Flüchtlingslagern anstellen. Aus den Jugendhelfern werden im Handumdrehen kleine Lagerverwalter. Dass zugleich hunderte Roma-Flüchtlinge über Montenegro nach Italien zu flüchten versuchen und dabei in der Adria ertrunken sind, wird kaum wahrgenommen. In den folgenden Monaten fassen die italienischen Militärs, Carabinieri und diverse Polizeieinheiten an der albanischen Küste und in der Hauptstadt Tirana dauerhaft Fuß. Flüchtlinge und MigrantInnen aus anderen Ländern meiden seitdem die Gegend. Italien hat damit an diesem Abschnitt die EU-Außengrenze wirksam vorverlagert. Das ist für ganz Europa ein Präzedenzfall, der bislang noch keine kritische Beachtung findet. Italienische Gruppen haben es bislang nicht geschafft, die kolonialistische Tradition offen zu legen, in der diese exekutiv-territoriale Ausdehnung stattfindet.<sup>9</sup>

Seit 2000/2001 sterben mehr und mehr Menschen im Meer zwischen Sizilien, Tunesien und Libyen. Nach einer Aufstellung des Politologen Paolo Cuttitta sind dort im Jahr 2003 mindestens 411 Menschen umgekommen. Dabei hat er nur die elf Unglücke berücksichtigt, über die Zeitungen berichtet haben. (FR 20.7.2004)

In Griechenland haben erst relativ spät kritische Gruppen ihr Augenmerk darauf gerichtet, dass in der Ägäis Boat People umkommen. In Thessaloniki gibt es inzwischen zwei Vereinigungen, eine von Juristen und eine anarchistische unter dem Namen Schwarze Katze, die mit einer Dokumentation der Toten begonnen haben. Sie konnten bislang knapp 100 Todesfälle nachweisen. (Siehe auch das Bildmaterial des Solidaritätskomitee für die Flüchtlinge auf Chios in dieser Veröffentlichung) Eine offiziöse Studie der EU vermerkt, dass man aus dem Mangel an Berichten über Tote an der griechisch-türkischen Meeresgrenze nicht falsche Schlussfolgerungen ziehen sollte. Anders als in italienischen oder spanischen Territorialgewässern würden Flüchtlingsschiffe in Griechenland nach Möglichkeit nicht an Land gelassen, sondern zurück an den Herkunftshafen eskortiert.<sup>10</sup>

9 Teile des Nachbarlands hatte Italien 1912 zum seinem Protektorat erklärt, 1939 hat Italien das Land okkupiert.

10 Die militärische Rückführung der Flüchtlingsschiffe, mit der jedes Asylbegehren verunmöglicht wurde, veranlasste 1998 Amnesty International, eine schwere Rüge gegen Griechenland auszusprechen.

Die griechische Grenze in der Ägäis sei »der verletzbarste Punkt der Seegrenze der Schengen-Zone«. (Civipol 2003: 15, 35, 37)

Zur Frage der Boat People im Mittelmeer arbeiten bisher nur die wenigsten Initiativen länderübergreifend: Oben erwähnt sind die spanisch-marokkanischen Gruppen, die sich auf die Arbeit von MigrantInnen selbst stützen. Sie haben sich mit der französischsprachigen Initiative unter dem Namen migreurop vernetzt. (www.migreurop.org) Mit der Rettungsaktion der Cap Anamur im Mittelmeer im Sommer 2004 ist eine kurzzeitige italienisch-deutsche antirassistische Zusammenarbeit entstanden (siehe dazu in diesem Heft den Beitrag von Alessandra Sciarba, Rete Antirassista Siciliana). Eine Zählung der Toten der Festung Europa mit Quellennachweis führt das Netzwerk United for Intercultural Action mit Sitz in Amsterdam. Auf der Liste, die das Netzwerk kontinuierlich fort schreibt und veröffentlicht, sind in der Zeit zwischen dem 1.1.1993 und dem 9.6.2004 5.017 Tote vermerkt, allerdings nicht nur der Mittelmeerregion, sondern an den gesamten Außengrenzen der Europäischen Union. (United 2004)

مال الخسيس الشيطان

*Des Geizigen Vermögen gehört dem Teufel*

### III. Hilfe aus der Bevölkerung versus Notstandsmaßnahmen

Die Medien berichten, dass die südeuropäische Küstenbevölkerung darüber aufgebracht sei, dass die Boat People bei ihnen ankämen. Auf der italienischen Insel Lampedusa fürchten die Leute, dass mit jedem anlandenden Flüchtlingsboot der Tourismus stärker in Mitleidenschaft gezogen wird. Sie haben Angst um ihre Einnahmen aus dem europäischen Reisegeschäft. Zahlreiche Reportagen liegen über die andalusische Stadt Tarifa vor. Am dortigen Strand werden im Sommer häufig Flüchtlingsleichen angetrieben, und zugleich gilt dieselbe Küste als das Surferparadies Europas. Dass in denselben Wellen Menschen umkommen, die auf der Flucht sind, schert sie nicht.

Die Gegenbeispiele der Anteilnahme und Freundlichkeit sind jedoch viel zahlreicher. In den 1990ern, also im ersten Jahrzehnt, in dem die Boat People in Südeuropa anlanden, nimmt die Bevölkerung die Ankommenden zumeist wohlwollend auf. Dieser Eindruck bestätigt sich jedes Mal, wenn man die Landung von Frachtern mit hunderten von Flüchtlingen genauer untersucht, und verdient angesichts des ansonsten vorherrschenden Rassismus größere Aufmerksamkeit.

Die zweite Konstante, auf die man bei der Ankunft großer Flüchtlingschiffe trifft, sind die staatlichen Machtdemonstrationen. Notstandsähnliche Maßnahmen werden eingeleitet oder gar der Notstand ausgerufen. Damit übernehmen Polizei, Küstenwache und Marine das Kommando in der jeweiligen Hafenstadt, flankiert vom Roten Kreuz und anderen Organisationen. In Großeinsätzen werden die Flücht-

linge von der lokalen Bevölkerung getrennt und vorzugsweise in Fußballstadien eingesperrt. Polizisten und Helfer behandeln sie auf Distanz, tragen Handschuhe und vielleicht sogar Mundschutz. Versorgungsgüter werden en Gros ausgegeben. Die Trennung der Flüchtlinge von der Bevölkerung erfolgt im Rampenlicht der Medien. Politiker kommen mit ihrer flüchtlingsfeindlichen Hetze ausführlich zu Wort, die Flüchtlinge selbst oder die helfenden Einheimischen dagegen nie.

Eine Chronologie des letzten Jahrzehnts mag verdeutlichen, in welcher konfliktreichen Beziehung sich Flüchtlingshilfe und Notstand entwickelt haben:

1991, Italien: Als albanische Flüchtlinge auf rostigen großen Schiffen in Bari ankommen, versammeln sich viele BewohnerInnen der Stadt am Hafen, sie bringen Essen und Kleidung mit. Die Flüchtlinge werden unter den Scheinwerfern der großen Medien in das Stadion von Bari gebracht. Dort müssen sie ohne sanitäre Anlagen ausharren, ab und an werden sie vom Strahl eines Wasserwerfers durchnässt. Die Nahrung wird ihnen von Hubschraubern zugeworfen. Später plakatiert die Firma Benetton ein überdimensionales Foto in ihrer europaweiten Werbestrategie: Ein völlig überfülltes Schiff kommt im Hafen an, von dem sich junge Albaner springend und wegschwimmend zu retten versuchen.

1992, Marokko: Nachdem Spanien im Vorjahr die Visumpflicht eingeführt hat, brechen im Sommer schätzungsweise 30.000 Menschen auf kleinen Holzbooten an der Meerenge von Gibraltar nach Spanien auf. Zum Teil sind es MarokkanerInnen, zum Teil aber auch AfrikanerInnen, die schon durch viele Länder Richtung Norden geflüchtet waren. Der damalige spanische Innenminister José Luis Corcuera fliegt in die marokkanische Hauptstadt Rabat, übt Druck aus und bringt finanzielle Versprechen mit. Als bald werden 2.000 afrikanische Flüchtlinge in nordmarokkanischen Großstädten gefasst, in die Stierkampfarena von Tanger gesperrt und im Laufe von mehreren Monaten ausgeflogen.

1997, Italien: Am 24. August landen 485 kurdische Flüchtlinge an der italienisch-kalabrischen Küste bei dem Städtchen Badolato. Angesichts der drohenden staatlichen Notstandsmaßnahmen entschließt sich die Gemeinde, sofort selber zu handeln. Der Bürgermeister Gerardo Manello berichtet: »Ich beschloss, alle Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungsangestellte, Politiker, die Bürgermeister der Umgegend, die Freiwilligen zu einer offenen Kommunal-sitzung einzuladen. Es kamen sehr viele, das Ergebnis war einhellig: alle stimmten dafür [für die Aufnahme der Flüchtlinge]. Ermutigt erließ ich einen Aufruf an die Besitzer der nicht bewohnten Häuser, damit sie diese für die Flüchtlingsfamilien zur Verfügung stellten: ich fand mich wieder mit den Schlüsseln von 80 Wohnungen, während das Projekt nur 10 vorgesehen hatte und wir uns nur zu zusätzlichen weiteren 10 entschlossen hatten. [...] Die Integration in unsere Schulen und in unser soziales Netz, die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Kurden und Badolatesen werden Nachahmer finden. Dies wird im Respekt zu ihrer Kultur und ihre

Herkunft geschehen, denn sie müssen nicht ihre eigenen Wurzeln und einen Teil ihres Lebens verleugnen, der sich als so feindlich zeigte.« In rascher Folge kommen weitere Schiffe in der Gegend an, insgesamt verzeichnet die Gemeinde im Jahr 1997 1.311 neue MitbürgerInnen. (FFM 2002a)

2000, Griechenland: Die Küstenwache bringt Anfang August vor Kreta ein Holzschiff mit 334 afghanischen und kurdischen Flüchtlingen auf, darunter 97 Kinder. Die Polizei nimmt sie fest und hält sie auf einem Fußballfeld der Stadt Ierapetra auf Kreta fest.

2000, Spanien: Im Oktober 2000 nehmen die Guardia Civil und die Polizei 500 heimlich Eingereiste in einer Nacht an der Meerenge von Gibraltar fest und konzentrieren sie im Stadion von Tarifa, einer kleinen Stadt an der Meerenge. Als sie am nächsten Tag auf der Fähre nach Marokko zurückgebracht werden sollen, und zwar in den Frachträumen, eingeschlossen in Polizeiwagen, verweigert der Kapitän José María Badillo den Transport.

2001, Frankreich: Am 17. Februar landen 911 Passagiere der »East Sea« unter kambodschanischer Flagge am südfranzösischen Strand Boulouris nahe Saint-Raphaël. Es sind überwiegend Menschen aus dem Nordirak, unter ihnen ungefähr 300 Kinder unter 10 Jahren, auf der Schifffahrt kamen drei Babies zur Welt. Manche der Reisende sind in hohem Alter. Die Gendarmerie, das Militär und das Rote Kreuz hindern sie daran, die Gegend zu verlassen, und sperren sie in eine Flugzeughalle eines Marineinfanterieregiments im nahegelegenen Frejus. Das Lager wird zur Transitzone erklärt, damit sollen die Angekommenen nicht als Eingereiste gelten. Seit Beginn der Internierung versammelten sich AnwohnerInnen, viele aus einer nahen RentnerInnensiedlung, am Lagerzaun. Sie warten stundenlang und fragen die Militärs immer wieder, wie sie den »armen Leuten« Kleidung, Essen und anderes zukommen lassen könnten. Jeden Gefangenen-LKW, der vorbei ins Lager fährt, begrüßen sie freundlich-stürmisch. In den nächsten Tagen gehen die Versammlungen an den Zäunen weiter. Von einer nahen Straße aus gehen die Leute zu den Absperrungen und werfen Plastikbeutel mit Kleidung und Zigaretten über die Zäune. Selbst die Frauen der Militärs sollen angefangen haben, untereinander Kleidersammlungsinitiativen zu starten. Schließlich befürchten die Rotkreuzleute, die die Versorgung der Internierten übernommen hatten, und die Militärs, dass ihnen die Kontrolle entgleitet. Sie rufen die AnwohnerInnen dazu auf, Kleider und sonstige Spenden nur noch an einem Zelt des Roten Kreuzes weit weg in der Stadt abzugeben. Aus Paris und anderen Städten reisen Flüchtlingsunterstützer an. Die öffentliche Stimmung verwandelt sich auch in den Medien zugunsten der Flüchtlinge. Nach und nach müssen alle Internierten nach individuellen Anhörungen freigelassen werden. Manche von ihnen nimmt in den folgenden Tagen der deutsche Bundesgrenzschutz bei gezielten Fahndungsaktionen nahe der französisch-deutschen Grenze fest.

2001, Griechenland: Am 5. November strandet der türkische Frachter »Erenler« an der westgriechischen Insel Zakynthos, an Bord 714 türkisch-kurdische und zentral- wie südasiatische Flüchtlinge, die nach Italien wollen. Den Ärzten, die sofort an Bord kommen, ist es vermutlich zu verdanken, dass die Menschen nicht sofort abgeschoben werden, sondern zunächst einmal eine umfassende Notversorgung erhalten. Dann kommen die Bewohner Zakynthos an den Hafen und sorgen dafür, dass die Flüchtlinge in die Stadt gebracht werden. Aus allen Ecken der Insel werden Kleider, Nahrung und Decken gespendet. Familien waschen die Kinder der Flüchtlinge und singen für sie Kinderlieder, berichten die Zeitungen. Seine Gemeinde kümmere sich seit einer Woche um nichts anderes als um die Versorgung der Flüchtlinge, sagt der Bürgermeister Jiannis Agalianos. In den folgenden Monaten können sie nach und nach weiterreisen. Die griechische Regierung beklagt, dass sie nicht die Mittel für eine wirksame Migrationspolitik habe, und fordert gemeinsame Anstrengungen der EU.

Die Anteilnahme und Hilfe aus der Bevölkerung einerseits und die Notstandsmaßnahmen andererseits bilden einen temporären Mikrokosmos, der von Bezugsereignissen auf globaler Ebene kontrastiv begleitet wird. So kam es vor, dass in den gleichen Fernsehnachrichten zunächst von der Anlandung irakischer Flüchtlinge und im internationalen Nachrichtenüberblick von der Bombardierung des Iraks durch die amerikanische und britische Luftwaffe berichtet wird. Manchmal handelt es sich just um die aktuelle Verwüstung jener Landstriche, aus denen die Flüchtlinge gekommen sind. Ähnliche Bezüge gibt es bei ankommenden kurdischen Schiffsflüchtlingen, deren Dörfer in der Türkei in den 1990er Jahren zerstört wurden, und bei afghanischen Boat People. Dennoch wird in den Nachrichten nie ein Zusammenhang zwischen der Ankunft der Flüchtlingsschiffe und den Kriegsaktionen hergestellt. Im Mikrokosmos einer kalabrischen oder griechischen Hafenstadt verwandeln sich die Konflikte zwischen helfender Bevölkerung und staatlicher Übermacht nicht in Auseinandersetzungen über die Weltpolitik, obwohl die Flüchtlingssolidarität sicherlich davon genährt wird, dass es sich bei den Flüchtlingen um Zivilbevölkerung aus Kriegsgebieten handelt. Vor Ort am Hafen wird in jedem Fall deutlich, dass der humanitäre Gestus, mit dem die mächtigsten Staaten dieser Welt ihre Kriege rechtfertigen, eine Farce ist.

الغربة كربه

*Exil bedeutet Leid*

#### IV. Lampedusa

Im Oktober 2003 waren 13 Tote in einem Boot vor Lampedusa gefunden worden, allesamt waren auf der Überfahrt verdurstet. Das Fernsehen war dabei, als das Boot an Land gezogen wurde. Die Aufnahmen dieses Totenschiffs haben Millionen ItalienerInnen gesehen und bilden einen wichtigen Bezugspunkt für die

anschließenden Notstandsmaßnahmen des italienischen Staats. Doch wie haben sich die flüchtlingspolitischen Verhältnisse vor Ort entwickelt? Die folgenden Berichte zeichnen ein Bild von der Situation auf der italienischen Insel Lampedusa, die zwischen Sizilien und dem afrikanischen Kontinent liegt.

Le Monde bringt am 28.9.2004 eine Reportage über Lampedusa, aus der folgende Notizen stammen: Bis zu den Stränden von Sfax sind es 140 Kilometer, die Insel gehört geologisch zum afrikanischen Kontinent. Es gibt 6.000 InselbewohnerInnen. Jahr für Jahr kommen Hunderttausende TouristInnen auf das Eiland. Die Verwaltung unternimmt alle Anstrengungen, damit niemand etwas von der Existenz der anlandenden Boat People mitbekommt.

Meist handelt es sich um kleine Boote, die ankommen, aber 2004 haben auch große Flüchtlingsschiffe mit bis zu 465 Passagieren an Bord Lampedusa erreicht. Bei dieser Größenordnung werden die Schiffe auf dem Meer aufgespürt und schließlich in den nächsten Hafen gebracht. Seit zehn Jahren gilt die Regierungorder, dass die Schiffe grundsätzlich beschlagnahmt und verschrottet werden müssen. Das kostet die öffentliche Hand in Lampedusa 100. bis 250.000 Euro pro Jahr. Aberhunderte Schiffe wurden dort bereits verschrottet.

»Die erste (Flüchtlings-)Anlandung fand 1992 statt, damals kamen 71 Personen auf einmal an«, sagt Giglione Baldassare, ein Café-Betreiber. Er erinnert sich, dass das wie ein großes Fest ablief: »Von Seiten der Bevölkerung gab es eine unerhörte Solidaritätsbekundung. Die Leute brachten Kleidung, Decken und heiße Getränke.« In Lampedusa sind die Flüchtlingsanlandungen immer häufiger geworden: 2002 kamen 6.500, 2003 6.000, und bis September 2004 8.000 Personen. »Früher mussten sie in Zweierreihen die Stadt durchqueren, um ins Aufnahmelager zu kommen. Jetzt gibt es Kleintransporter, um sie unauffälliger dorthin zu bringen«, erklärt Michele Niosi, der Hafenkommendant. Das Aufnahmezentrum besteht aus schlichten Baracken neben dem Flughafen und zählt 180 Betten. Das Behelfsmäßige ist zum Dauerzustand geworden: die Bevölkerung hat vor einigen Monaten dagegen mobilisiert, dass die Anlage dort auf 500 modernere und freundlichere Plätze erweitert wird. Die Flüchtlinge bleiben im Allgemeinen nur einige Stunden oder Tage in diesem Lager, bevor sie in andere Zentren in Italien – oder aber zurück in ihr Herkunftsland verbracht werden. Mit seinen stacheldrahtbewehrten Zäunen hat das Aufnahmezentrum nichts, was seinem Namen gerecht würde. Die Leute von Lampedusa haben es »Guantanamo« getauft. Die Nichtregierungsorganisation Misericordia führt das Lager, bewacht wird es von Carabinieri – also den italienischen Paramilitärs, die dem Verteidigungsministerium unterstehen. Der Misericordia-Direktor des Lagers meidet Interviews, ganz nach dem Rat der Präfektur. Den Ärzten ohne Grenze ist seit April 2004 der Zutritt untersagt. »Das ist ein Ort des Nicht-Rechts, sehr schockierend, jenseits aller Kontrolle«, findet Giusi Nicolini, ein Öko-Aktivist,

der bei der Umweltvereinigung Legambiente mitmacht. »Selbst die Parlamentarier benötigen eine Genehmigung der Präfektur, um dort hineinzukommen.« Für den Bürgermeister, den Arzt Bruno Siragusa, der vor zwei Jahren unter dem Banner der Forza Italia von Silvio Berlusconi gewählt wurde, sind diese Isolierungsmaßnahmen gegenüber den clandestinen MigrantInnen überlebenswichtig für »eine Insel, die zu 80 Prozent vom Tourismus lebt.«

Die Italiener haben den Charme Lampedusas Anfang der 1980er Jahre entdeckt. Seitdem kommen pro Jahr ungefähr 150.000 auf die Insel, um auf den weißen Sandstränden in der Sonne zu braten, im blauen Lagunenwasser zu baden und in den Diskotheken zu tanzen. Aber das Image dieses kleinen Paradieses hat unter der öffentlichen Aufmerksamkeit gelitten, die auf die ankommenden Klandestinen [ital. Clandestini, Illegale] gerichtet ist. »Wenn man die Presse liest, wird die Insel belagert und unser Meer ist voller Leichen«, wundert sich Bruno Siragusa, der Bürgermeister. Der Verband der Hoteliers schätzt, dass »das ständige Anschleppen von Booten Klandestiner allmählich die touristische Saison kaputt macht«. Die Ankunft der MigrantInnen wird für die Krise des Tourismus verantwortlich gemacht, die möglicherweise ganz andere Gründe hat. Oder auch auf Gerüchte wie solches zurückgeht: Im Juli 2003 hat die Presse fälschlicherweise behauptet, dass es unter den Flüchtlingen einen Fall von Meningitis gebe, und in der Folge ist es zur Stornierung vieler Buchungen gekommen. Aber tatsächlich ist es eben so, dass sich die Wege von TouristInnen und Flüchtlingen auf Lampedusa niemals kreuzen. Auf dem berühmten »Hasenstrand« holt man sich seine Sommerbräune, ohne dass man mit der Landung eines übervollen Schiffs rechnen muss. Dieser Cordon Sanitaire, den die Behörden installiert haben, reicht Angela Maraventano nicht, der Gründerin einer etwas ausgefallenen Sektion der Liga Nord auf Lampedusa. Die Besitzerin des Restaurants Il Sarraceno (Spezialität Couscous!), 40 Jahre alt, schlägt starke Töne an: »Man muss das Business der klandestinen Migration stoppen, die Lampeduser wollen nicht zu Komplizen des organisierten Verbrechens werden. Was ist die Lösung? Es reicht, wenn man zwei Militärschiffe an der Grenze der Territorialgewässer stationiert, um diese Leute abzufangen und sie aus unserem Sichthorizont zu entfernen. Wir haben Angst davor, dass sich Terroristen einschleichen, aber auch vor ansteckenden Krankheiten, die die Klandestinen auf die Insel einschleppen könnten.« Nachdem sie gegen das neue Aufnahmezentrum gewettert hat, das der Innenminister einrichten will, verspricht Angela Maraventano gegen Ende der touristischen Saison »eine Blockade des Hafens mit Fischerbooten«. Auf der Insel leben, im Unterschied zu Norditalien, keine klandestinen MigrantInnen. Sicher haben die InselbewohnerInnen zahlreiche Anlässe zur Unzufriedenheit. »Wir haben kein Krankenhaus, keine kontrollierte Mülldeponie, keinen ausreichenden öffentlichen Nahverkehr«, zählt Angela Maravetano auf. »Man hat uns aufgegeben, in Wirk-

lichkeit sind wir die Drittstaatler Italiens.« Letzten Winter wurden zwanzig Autos angezündet, eines davon gehörte dem Bürgermeister. Anonyme Briefe, Einschüchterungen und Anschläge haben sich von Oktober bis März gehäuft. Die Ermittlungen haben nichts ergeben, und die Ruhe ist inzwischen wieder hergestellt, ohne dass die Ursache des Fiebers entdeckt worden ist.

Von seinem Büro der Hafenleitung aus verfolgt Kommandant Michele Niosi die Meeresüberwachung. Seine 60 Leute verfügen über zwei Schnellboote. Sie werden von einem Militärschiff weiter draußen und von Luftpatrouillen unterstützt. Der Marineoffizier glaubt nicht den Schätzungen in der Presse, die auf Eintausend Tote diejenigen beziffert, die im Kanal von Sizilien den Tod gefunden haben. »Das ist ein sehr überwachtes Meer, das von sizilianischen Fischern stark befahren wird, von Handelsschiffen, dann sind da die Öl-Plattformen, die Linienflüge usw. Wie könnten all diese Leichen unbemerkt bleiben?«

So weit die Reportage in Le Monde. In einem Feature von Roman Herzog, ausgestrahlt vom NDR am 5.6.2005, sagt der Bürgermeister Bruno Siragusa: Im Sommer 2004 gab es auf der Insel einen »Ausnahmезustand«, »weil es zu diesem Rekord kam, von 1.300 Menschen Menschen im Aufnahmezentrum, das höchstens zweihundert beherbergen kann. Diese Menschen werden 40 bis 60 Meilen südlich von Lampedusa abgefangen. Sich auf einer touristischen Insel mitten im Flughafen ein Aufnahmezentrum zu leisten, ist irrsinnig, die Sicherheitsaspekte, das Ansehen und auch die Hygiene, denn es fehlt dort ein adäquates Abwässersystem.«

Weiter heißt es in dem Feature, dass seit 1996 italienische Staatsanwälte immer wieder Fischer verklagt haben, die schiffbrüchige Flüchtlinge an Bord genommen und an Land gebracht hatten, wegen Beihilfe zur illegalen Einreise. Auch deshalb findet sich heutzutage kaum noch ein Fischer, der selbst helfend tätig wird. Ein Fischer namens Pasquale sagte dem Reporter noch, »aber erst, als ich das Band abstellte, dass viele Fischer aus Angst niemals sagen, was sie gefangen haben. Sie sagen nichts, sondern sortieren einfach nur die Leichenteile aus den Netzen.«

Romeo Cavalin, Kommandant der Guardia di Finanza in Lampedusa: »Auf hoher See operiert die Marine mit einem großen Kriegsschiff und kann mit den Radargeräten das Meer recht weit überblicken. Sie nimmt eine erste Ortung vor und teilt sie uns mit. Wir operieren dann innerhalb der 24-Meilenzone und die Küstenwache wird bei Rettungsaktionen eingesetzt. Na und dann dürfen wir natürlich nicht die permanente Luftraumerkennung vergessen. Wir haben auf der Insel Helikopter und große Militärmaschinen, die in dreißig bis fünfzig Meilen Entfernung Patrouille fliegen. – Neuerdings werden sie [die Flüchtlinge] direkt auf dem Meer zurückgebracht, also von uns in den internationalen Gewässern von ihren Schiffen auf die tunesischen Wachschiffe umgeladen, die sie zurück-

bringen. Außerhalb der 12-Meilenzone liegt ja noch keine Straftat der illegalen Einreise vor. Wir versuchen, sie vor den italienischen Gewässern zu blockieren.« Die 24-Meilenzone, von der Cavalin spricht, widerspricht dem gültigen Seerecht. Seit Jahren macht die Europäische Union in internationalen Gremien Druck, die nationalen Gewässer von 12 auf 24 Meilen auszuweiten.

Fulvio Vassallo, Anwalt und Juraprofessor in Palermo zum Flughafen-Lager: »Ein Zentrum für 150 Personen, in dem bisweilen 1.200 an einem Tag ankommen, kann wohl kaum eine adäquate Versorgung gewährleisten. Im Sommer sind im Zentrum auf Lampedusa immer vier, fünfhundert Menschen, die ohne Decken auf dem Boden schlafen und keine menschenwürdigen, hygienischen Einrichtungen haben, denn es existieren nur drei, vier Toiletten. Zugleich müssen sie kontinuierlich den Appellen der Polizei folgen, die kontrolliert, dass die Menschen nicht fliehen und alle sechs Stunden die Namen per Appell verliest. Die einzige Kontrolle könnte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof sein, wenn man dort klagen könnte. Aber dafür muss ein Mensch ein Schriftstück unterschreiben können und leider wird dies im Falle Lampedusas verunmöglicht. Genau deswegen untersagt die Polizei uns Anwälten den Zugang zu den Aufenthaltszentren, denn sie haben Angst, dass aus Strassburg ein Abschiebestopp verhängt wird. Um das zu verhindern, werden die Abschiebungen im Schnellverfahren, nachts und ohne formale Dokumente vorgenommen, so kann man nicht einmal mittels dieses materiellen Beweisstücks klagen. Die Menschen werden mit Handschellen ins Flugzeug geführt, und man kann nicht klagen. Italien hat so eine völlig neue Kategorie geschaffen, nämlich die ein paar Tage auf den Zugang ins Land folgende Zurückweisung. Und wir befürchten, das wird die Norm« Weiter unten wird auf die Massendeportation aus Lampedusa nach Libyen ab Oktober 2004 und auf eine erste Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs im Frühjahr 2005 zurückzukommen sein.

Salvatore Martello, ehemaliger Bürgermeister von Lampedusa: »Wenn sie sagen, dass es ein Problem der Clandestini gibt, einen Ausnahmezustand, dann werden alle Maßnahmen auf der Insel zum Ausnahmerecht. Auf Lampedusa sind heute ich weiss nicht wie viele Schnellboote des Hafenamts, der Carabinieri, der Guardia di Finanza, der Küstenwache und der Marine. Der politische Wille dieser Regierung ist, Lampedusa in eine Militärbasis zu verwandeln. Vorher ist ihnen das nicht gelungen, aber so langsam sind wir zu einer Militärbasis geworden, als Eingangstür Europas für die Nichteuropäer.«

Die Geschichte des Lagers von Lampedusa ist eine Geschichte von Aufständen. Die erste und die letzte Notiz zu dortigen Lagerrevolten seien hier zitiert: In der Nacht vom 29. zum 30. Juli 1998 versuchten 146 »clandestini« aus Marokko und Tunesien, dem Lager auf der süditalienischen Insel Lampedusa zu entfliehen, indem sie ihre Baracken anzündeten. Zwanzig von ihnen wurden

in der Folge verhaftet sowie der Gewaltanwendung und der Sachbeschädigung angeklagt. Nur fünf gelang die Flucht. Zur gleichen Zeit revoltierten in Palermo und Caltanissetta, später auch in Ragusa und Trapani Abschiebe-Gefangene gegen ihre drohende Abschiebung und versuchten ebenfalls zu fliehen. – Mitte Mai 2005 revoltierten über 1.000 Flüchtlinge und MigrantInnen im Lager von Lampedusa. Es ist derzeit für die Aufnahme von bis zu 190 Personen ausgelegt, aber seit Mitte Mai mit über 1.000 Personen belegt.

القافلة رفعت

*Die Karawane ist aufgebrochen*

## V. Feindbilder: »Organisierte Kriminalität« aus dem Osten – »Islamistischer Terror« aus dem Süden

Als im Herbst 1997 große Schiffe mit jeweils mehreren hundert kurdischen Asylsuchenden an Bord an der italienisch-kalabrischen Küste strandeten (siehe oben), entstand in den Schengener Gremien Krisenstimmung. Der damalige deutsche Innenminister Manfred Kanther prägte in dieser Situation den geradezu wahnwitzigen Begriff der »kriminell organisierten illegalen Wanderungsbewegungen«. Man müsse sie bereits am »Ausgangsherd« stoppen. Einen Monat später verabschiedete der Rat der EU den Irak-Aktionsplan (»Influx of migrants from Iraq and neighbouring regions«), der auf die Arbeit und das Konzept vor allem des deutschen Bundesgrenzschutzes (BGS) zurückging. (FFM 2000) Der BGS hatte über Monate Daten zum Migrationsweg von Kurden vor allem über den Balkan gesammelt. Eine Nebenroute führte über das östliche Mittelmeer nach Italien. Mit dem Irak-Aktionsplan sollte weit außerhalb der EU den Fluchtbewegungen Hindernisse in den Weg gelegt werden: Das Maßnahmenbündel sah unter anderem vor, dass die Transitländer ihre Visapolitik und die Grenzkontrollen verstärken sollten, dass bestimmte Wirtschaftszweige polizeilich kontrolliert werden müssten und dass Razzien an vorgegebenen Orten erfolgen sollten. Im Rückblick wird deutlich, wie stark die Migrationsbekämpfung jener Zeit von dem Feindbild der Organisierten Kriminalität (OK) gekennzeichnet war. Die Behörden fahndeten gegen die OK und versuchten dadurch, gewisse Folgeerscheinungen der ost- und südosteuropäischen Transformation unter Kontrolle zu bekommen – und den westeuropäischen polizeilichen Radius bis nach Warschau, Zagreb oder Istanbul auszudehnen. Von einer Kontrolle des Mittelmeers waren die Polizeien der Europäischen Union damals noch ziemlich weit entfernt. Sie konzentrierten sich auf die Zusammenarbeit mit den südosteuropäischen und vor allem türkischen Polizeien und untergruben damit die lokalen gesellschaftlich-polizeilichen Voraussetzungen, die für das Ablegen der ganz großen Flüchtlingsschiffe nötig waren. Im Rückblick halten die deutschen Behörden ihre Arbeit für maßgeblich,

die heimlichen Passagen aus dem östlichen Mittelmeer in Richtung Libyen und Tunesien verdrängt zu haben.<sup>11</sup> (BKA 2004)

Wie unterscheiden sich die heutigen Feindbilder von denen der Kanthersehen Prägung? Die Errichtung von Lagern steht heutzutage stärker im Zentrum der Abschottungspolitik. Die Boat People im Mittelmeer, die für ihr Migrationsziel sogar ihr Leben riskieren, können kaum noch als Opfer von übermächtigen Schleuserbanden präsentiert werden. So richten sich die Lagervorhaben offen gegen die Flüchtlinge und MigrantInnen selbst. Gegen zwei Zielgruppen richten sich zumindest propagandistisch die Lagerpläne: In Osteuropa sind es die tschetschenischen Flüchtlinge, die in den Beitrittsländern inzwischen die Mehrheit der AsylbewerberInnen darstellen. (Dietrich 2005) Des Weiteren handelt es sich um die Boat People im westlichen Mittelmeerraum. Ihnen widmet sich das neue Fünfjahresprogramm für den Ausbau des »Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« (»Haager Programm«, 2004, siehe unten) in mehrfacher Hinsicht. Unter Punkt 1.6. (»Die externe Dimension von Asyl und Zuwanderung«) heißt es dort: »Der Europäische Rat stellt fest, dass unzureichend regulierte Wanderungsbewegungen zu humanitären Katastrophen führen können.« Mit den »humanitären Katastrophen« sind die Boat-People-Tragödien gemeint, »die sich im Mittelmeer bei Versuchen abspielen, illegal in die Europäische Union einzureisen. Er [der Rat] ruft alle Staaten auf, stärker zusammenzuarbeiten, um den Verlust weiterer Menschenleben zu verhindern.« (ebda.) Die Beschreibung atmet den Geist des Katastrophenschutzes und des Desastermanagements: Verantwortlich für den massenhaften Tod im westlichen Mittelmeer sei die unzureichende Regulierung der Wanderungsbewegungen, also »zu wenig staatliche Kontrolle«, um es einfach auszudrücken. Unter diesem Blickwinkel der EU-Strategieschmieden findet die Diskussion um die Errichtung von »Auffanglagern« in Nordafrika seit 2003 statt.

Dass das westliche Mittelmeer dabei in den Vordergrund der EU-Aufmerksamkeit gerückt ist, liegt sicherlich nicht allein an den dortigen »illegalen Einreisen« oder gar an humanitärer Sorge um die zahlreichen Todesfälle. Ein große Rolle spielt bei dieser geographischen Schwerpunktbildung der Antiterrorismus seit 2001, insbesondere nach den Anschlägen in Casablanca (2003) und Madrid (2004). Die Militarisierung des Mittelmeers und der Meerenge Gibraltars hat

11 BKA und BGS-Direktion arbeiten inzwischen direkt zur Flüchtlingsabwehr im Mittelmeerraum; auf der Website des BMI heißt es 2004: »Im internationalen Projekt MARE werden z.Zt. unter Federführung Deutschlands (Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutzdirektion) Handlungsleitlinien für die Bekämpfung der international organisierten Schleusungskriminalität im Mittelmeerraum entwickelt.« [http://www.bmi.bund.de/services/externalViews/ExternalViews.jsp?template=singleFrameset&category=artikel&ixpf=3825\\_artikel&categoryVariant=bmi\\_DF&Thema=64&language=de&hits=49&phits=95127%2c95083%2](http://www.bmi.bund.de/services/externalViews/ExternalViews.jsp?template=singleFrameset&category=artikel&ixpf=3825_artikel&categoryVariant=bmi_DF&Thema=64&language=de&hits=49&phits=95127%2c95083%2)

damit stark zugenommen. Die Anschläge nehmen die westeuropäischen Regierungen zum Anlass, ihren polizeilichen Einfluss nach Nordafrika auszudehnen. Die verschiedenen Bedrohungsszenarien – eben auch durch das Aufkommen der Boat People – amalgamieren dabei zu einem neuen Feindbild, dem des gefährlichen Südens. Die Bekämpfung des »Islamismus« wirkt hier wie ein Katalysator der flüchtlings- und migrationspolitischen Abschottungspolitik.

Dabei bildet sich eine neue Art von Kerneuropa heraus: Die Treffen der Innenminister der fünf »großen« westlichen EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien) sind inzwischen unter dem Label G-5 etabliert, sie erfolgen seit Mai 2003 regelmäßig alle drei Monate. Antiterrorismus und die Bekämpfung der heimlichen Flucht und Migration nach Europa sind stets die Toppunkte auf der Agenda der G-5. So heißt es in der FAZ vom 21.10.2003 zum G-5 am 19./20.10. in La Baule: »EU-Innenminister. Paris schlägt Sicherheitszone im westlichen Mittelmeer vor. Vor dem Hintergrund neuer Drohungen des Al-Qaida-Anführers Bin Laden und Flüchtlingstragödien an den Küsten Italiens und Spaniens haben fünf europäische Innenminister im französischen La Baule zwei Tage lang die Themen Terrorismusbekämpfung und illegale Einwanderung erörtert.« Dabei »schlug der französische Innenminister Sarkozy die Schaffung einer »Sicherheitszone« im westlichen Mittelmeer vor. Zur Eindämmung der Einwanderung sollten in einem »Drei-plus-drei«-Projekt die Mittelmeeranrainer Spanien, Frankreich und Italien »effektiver« mit Marokko, Algerien und Tunesien zusammenarbeiten, den drei nordafrikanischen Maghreb-Staaten, aus denen die meisten Illegalen kommen.« Tatsächlich gibt es seit ein, zwei Jahren gemeinsame US-amerikanisch-marokkanische und spanisch-marokkanische Patrouillen vor den Küsten Marokkos.

Dass die Innenminister und Polizeistrategen den Antiterrorismus mit der Flüchtlingsabwehr verknüpfen, ist an sich nicht neu. Auch die Schengener Initiative, die zum EU-Außengrenzregime geführt hat, ist ursprünglich aus der Antiterror-Koordination der damaligen Europäischen Gemeinschaft entstanden. Besonders beunruhigend ist nun, seit dem G-5-Treffen in La Baule, dass gemeinsame Fahndungseinheiten gebildet werden sollen, ausgehend von der Annahme, dass die nordafrikanischen Netzwerke, auf die sich die Islamisten stützten, auch die Boat People befördern helfen.

Unmittelbar nach dem G-5-Treffen in La Baule wird am 20.10.2003 das obengenannte Boot mit dreizehn Leichen nach Lampedusa gezogen. Das Boot war zwei Wochen lang auf dem Meer zwischen Libyen und Lampedusa herumgetrieben. Von den 85 Flüchtlingen, die damit nach Italien kommen wollten, überlebten nur 15 Personen. Die meisten von ihnen waren verdurstet, und die Überlebenden haben einige Leichen genutzt, um sich vor der Sonne zu schützen. Die Fernsehbilder von diesem Totenschiff haben die italienische Öffentlichkeit

nachhaltig erschüttert. In der italienischen öffentlichen Wahrnehmung der Boat People im Mittelmeer bilden sie eine Art Zäsur. Italienische Regierungskreise antworteten auf diese Tragödie mit dem Vorschlag, Lager in Nordafrika zu errichten, und verknüpften seitdem die heimlichen Passagen im Mittelmeer mit dem »Islamismus«. Eine parallele Strategie wird knapp ein Jahr später in Deutschland genutzt, als der deutsche Innenminister Schily nach der Cap Anamur-Rettungsaktion seine humanitär verbrämten Pläne für Lager in Nordafrika in der Öffentlichkeit lanciert.

المال في الغربه وطن  
و الفقر في الوطن غربه

*Reichtum im Exil bedeutet Heimat,  
und Armut in der Heimat Exil*

## VI. Libyen: Öl, Sicherheitswahn, Personenerfassung

Öl und Erdgas-reiche Gebiete gelten weltweit als »areas of vital interest« der USA und zunehmend auch der Europäischen Union. Früher rekrutierten die internationalen Petro-firmen noch ihr Proletariat im Förderland. Diese Zeit gehört der Vergangenheit an. Die ortsansässige Bevölkerung gilt als potentieller Störfaktor. Sie ist von dem geförderten Reichtum mehr und mehr ausgeschlossen. In dem Maß, wie seit wenigen Jahren Algerien und Libyen ihre Erdöl- und Erdgasförderung privatisieren, werden mobile firmenimportierte Arbeiter eingesetzt. Soziale Auseinandersetzungen sind damit vorgezeichnet.

Das scheint das Motiv zu sein, das die Industrie des Petroleums mit der der Sicherheitsanlagen, der Rüstung und mit den Strategen der Kriegsführung zusammenbringt. Zäune, Stacheldraht, High-Tech-Überwachung auch aus der Luft ist einfach auszumachen, aber welche gesellschaftspolitischen Eingriffe treibt das Petro-Kriegs-Bündnis voran?

Diese Frage ist nicht auf empirischem Weg einfach zu beantworten, handelt es sich doch weitgehend um präventive Strategien, die auf Annahmen und »worst-case«-Szenarien beruhen. Blickt man auf die policy-Beratung der großen Think-Tanks, so fällt jedenfalls auf, dass die Investitions-, Entwicklungs- und Migrationspolitik inzwischen in einem übereinstimmen: Man geht davon aus, dass die schnelle Ansiedlung von Kapital ein Anspruchsdenken der lokalen Bevölkerung und einen statistischen »Migrationsbuckel« hervorruft, der sich nach Jahrzehnten wieder abflacht. Petro-Interessen gelten zugleich als höchst vital und verletzlich. Diese vermutete Gemengelage bringt nicht nur Öl-, Sicherheits- und Kriegsindustrie zusammen, sondern führt auch zu einem neuen Zugriff auf die demographischen Verhältnisse.

Vielorts werden die lokalen Bevölkerungen jetzt erstmals systematisch erfasst. Feste Siedlungen sollen zur ausschließlichen Norm werden, mobile und

erst recht grenzüberschreitende Lebensweisen werden durch erneuerte Grenzbeziehungen eingeschränkt, die Personenchecks auf den Straßen nehmen zu – und Lager werden errichtet. Diese bevölkerungspolitischen Implikationen der privatkapitalistischen Ressourcenausbeutung sollten mitbedacht werden, wenn man sich ansehen will, was hier die »Bekämpfung der Fluchtursachen« sowie die Migrations- und Flüchtlingspolitik im Sahel und in den erdöl- und erdgasfördernden nordafrikanischen Transitländern bedeuten könnte. (Siehe dazu auch Kapitel X)

Seit Mitte der 1990er Jahre hat Ghaddafi die Wirtschaft des Landes und damit die Erdöl- und Erdgasförderung schrittweise ausländischen Investoren geöffnet. Libyen ist neben Russland der wichtigste außereuropäische Erdöllieferant der Bundesrepublik, während Deutschland nach Italien der bedeutendste Warenlieferant Libyens ist. 2002 kündigte der deutsche Wirtschaftsminister eine »Außenwirtschaftsoffensive« gegenüber dem Nahen Osten und Nordafrika an, gemeint war vor allem die Investition in den Erdöl- und Erdgassektor der Region. Da stehen die Potentiale Libyens an erster Stelle. Das Land wies in den 70er Jahren die meisten deutschen Investitionen in Nordafrika und im Nahen Osten auf, bevor die Wirtschaftskooperation eingeschränkt wurde. Nun sieht der Deutsche Industrie- und Handelskammertag für deutsche Firmen nicht nur in der Energiebranche, sondern auch in den Bereichen Infrastruktur, Telekommunikation und im Gesundheitssektor des Landes gute Chancen. Auch bietet die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln einen großen Markt, da die meisten Lebensmittel importiert werden müssen. Eine kleine Chronologie kann die rasante Entwicklung (wirtschafts-)politischer und strategischer Interessen im vergangenen Jahr verdeutlichen. In diesem Kontext finden zeitgleich die flüchtlingspolitischen Kooperationsdynamiken statt.

24. März 2004: Der britische Premierminister Tony Blair ist zu Besuch bei Ghaddafi. Der niederländisch-britische Ölkonzern Shell erhält einen Großauftrag zur Förderung von Erdgas und Öl in Libyen in einem Umfang von 165 Mio. Euro, der zur Grundlage »einer langfristigen strategischen Partnerschaft« werden soll. Die Rede ist von »Waffen gegen Öl«, denn der Rüstungskonzern BAE kann gleichzeitig Verhandlungen über umfangreiche Geschäfte mit Libyen einleiten. Libyens Streitkräfte wollen eine neue Ausstattung. Auf der Wunschliste stehen Nachtsichtgeräte und Flugradar ganz oben.

Im Juli 2004 macht Libyen den Weg für die Beteiligung von ausländischen Investoren an Staatsfirmen frei. Die Regierung beschließt die Privatisierung von 160 Staatsunternehmen. An 54 von ihnen sollen Ausländer nicht nur Anteile, sondern sogar die Mehrheit halten dürfen. Bis 2008 sollen insgesamt 360 Unternehmen privatisiert sein. Ende Juli spricht sich die Welthandelsorganisation (WTO) für die Beitrittskandidatur des Landes aus. Im August 2004 führt die Bundesregierung die Hermes-Bürgschaften für Libyen wieder ein.

Am 5. September 2004 versammelt der libysche Staat zahlreiche Firmeninteressenten aus aller Welt zu einer Präsentation neuer Erdöl- und Erdgasfelder. Der neoliberal agierende libysche Ministerpräsident Shukri Ghanim macht bekannt, dass in den kommenden Monaten eine Versteigerung der Förderungskonzessionen stattfinden soll. Nach neuesten Schätzungen verfügt Libyen über die achtgrößten Erdölreserven weltweit. Momentan produziert Libyen 1,6 Mio. Fass Rohöl pro Tag. Ziel ist es, mithilfe zahlreicher neuer Investitionen aus dem Ausland die Produktion bis 2010 auf 2 Mio. zu erhöhen – 1970 lag sie bei 3,5 Mio. Fass pro Tag. Als attraktiv gelten die niedrigen Produktionskosten und die hohe Qualität des libyschen Rohöls.

7. Oktober 2004: Der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi besucht zum vierten Mal in diesem Jahr Libyen: diesmal, um die Pipeline »Greenstream« des »West Libyan Gas Project« einzuweihen. Gebaut und betrieben wird sie von dem italienischen Energieriesen ENI, der die Nummer Eins bei den Auslandsunternehmen in Libyen ist. Investiert wurden 6,6 Mrd. Dollar in die über 520 Kilometer lange Pipeline, die nun Erdgas aus dem libyschen Mellitah nach Sizilien liefert. Es ist das bis dato größte Mittelmeerunternehmen seiner Art und macht eine zweite Pipeline-Planung für algerisches Gas hinfällig. Zur Einweihung hat man den »Tag der Rache« in Libyen ausgewählt, an dem man seit den 1970er Jahren der Sieg über die Kolonialisten feiert. Doch aus Rücksicht auf Berlusconi macht Ghaddafi daraus nun den »Tag der Freundschaft« und erklärt die einst aus dem Land geworfenen italienischen Kolonial-Siedler zu willkommenen Gästen.

11. Oktober 2004: Die in Luxemburg tagenden EU-Außenminister räumen die politischen Hindernisse für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Libyen beiseite. Der Ministerrat hebt die 1992 und 1993 von der Uno verfüigten Sanktionen auf. Auch das Waffenembargo wird durch das allgemeine EU-Regelwerk für Waffenausfuhren in Drittstaaten abgelöst. Voraussetzung war die libysche Zusage für Entschädigungen an die Angehörigen der Opfer des Anschlags auf die Berliner Diskothek im Jahre 1986 wie schon zuvor für die Zerstörung der Pan-Am-Maschine über Lockerbie. Außerdem übernimmt Libyen die neoliberalen Grundsätze der Wirtschaft, so wie sie die Euromed-Partnerschaft zwischen der EU und den Mittelmeer-Anrainer-Staaten festgeschrieben hat.

14./15. Oktober 2004: Bundeskanzler Schröder ist mit einem deutschem Wirtschaftstross auf Besuch bei Ghaddafi. Schröder unterzeichnet ein bilaterales Investitionsschutzabkommen und wohnt am Wüsten-»Bohrloch A 11« der Vergabe von Erdöl- und Erdgaskonzessionen an die deutsche Wintershall bei, eine Tochter des BASF-Konzerns, die schon seit 1958 im Land präsent ist und mit 1,2 Mrd. Dollar-Investitionen zu den führenden ausländischen Produzenten in Libyen gehört. Auch der deutsche RWE-Konzern steigt während der Kanzler-Reise in die Erdöl- und Erdgasförderung in Libyen ein, und der deutsche Siemens-

Konzern erhält Aufträge im Wert von rund 180 Mio. Euro. Schließlich geht es der Bundesregierung noch um Auftragsvergabe für »technisches Material wie Nachtsichtgeräte oder Wärmebildkameras für die Sicherung der Grenzen«. Schon heute soll Libyen wieder der Standort mit den meisten deutschen Investitionen in ganz Nordafrika sein. Im Abendprogramm weist Ghaddafi den Bundeskanzler darauf hin, dass Rommels Landminen noch immer für zahlreiche Unfälle sorgen und es überfällig wäre, sie zu räumen. Doch die deutsche Seite geht kommentarlos über diese Hinterlassenschaft hinweg.

Die deutsche Wirtschaft will ihre Investitionsziele in Nordafrika und im Nahen Osten ganz offen mit militärpolitischen Planungen abstimmen. Denn die entsprechenden Märkte seien »teilweise mit spezifischen Sicherheitsrisiken belastet«. Deswegen legen der BDI und der Bundesverband der deutschen Banken ihre »Finanzierungskonferenz zur Region Nordafrika Mittelost« auf den 11. Februar 2005 in München, in direkter Verbindung zur »Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik«. Die Sicherheitskonferenz wird jährlich abgehalten und dient den westlichen Industriestaaten dazu, Militärpolitik und Kriegsplanungen aufeinander abzustimmen. Außenpolitisch werden dort also flüchtlingspolitische, militärische und wirtschaftliche Strategien gegenüber der Mittelmeerregion und Mittelost miteinander verflochten.

Libyen könnte bald wie Pakistan und die Türkei ein bevorzugter Partner des Westens, als Bollwerk gegen »Islamismus« und zusammenbrechende Staaten (»failing states«) in Afrika werden. Ghaddafi verfügt wegen seiner maßgeblichen Rolle bei der Integration Afrikas in vielen abhängigen Ländern über einen besonderen Einfluss. Dies stellte er 2003 mit seinem Einsatz zur Befreiung von Geiseln aus der Schweiz, Deutschland und Österreich in der Sahara unter Beweis. Als im Sommer 2000 einige westliche Touristen, darunter Deutsche, auf den Philippinen von einer Extremistengruppe festgehalten wurden, halfen Unterhändler und Geld aus Libyen. Nun sollen britische Offiziere als Berater der libyschen Armee zum Einsatz kommen. Eine Militärkooperation auch mit Griechenland ist verabredet.

Libyen erwirbt in diesen Wochen von Italien die in 2003 vertraglich zugesicherten Boote, Jeeps, Radargeräte und Hubschrauber zur Grenzüberwachung. Italienische Ausbilder und Berater sind bereits im Land. Schon in den ersten Augusttagen lieferte Rom nach Medienberichten Zelte und anderes Material für drei Aufnahmezentren in Libyen. »Die Lager werden errichtet«, sagte Pisanu in einem Interview der Zeitung La Repubblica, »sie haben nie zur Diskussion gestanden.« Die italienische Marine überwacht inzwischen weite Teile der libyschen Küste.

Auch die Bundesregierung sorgt für die Aufrüstung der nordafrikanischen Küstenüberwachung. Wie das Verteidigungsministerium mitteilt, erhält Tunesien sechs Albatros-Schnellboote aus den Beständen der deutschen Marine. Bereits

vor zwei Jahren ist die Lieferung von fünf Schnellbooten nach Ägypten beschlossen worden. Im Jahr 2002 erhielt Algerien Überwachungssysteme für 10,5 Mio. Euro, Tunesien Kommunikationsausrüstung und Radargeräte für rund eine Mio., Marokko Militär-LKWs für 4,5 Mio. Euro.

Zwischen dem 28.11.2004 und dem 6.12.2004 besuchte eine offizielle Besuchergruppe Libyen: Die »Technical Mission to Libya on Illegal Immigration« reiste im Auftrag der EU-Kommission dorthin, sowohl als Fact-Finding-Mission, wie auch, um die Kooperationsperspektiven zwischen der EU und Libyen auf dem Feld der Flüchtlings- und Migrationspolitik weiterzuentwickeln. Die Delegation bestand aus Ministerialbeamten aus 14 EU-Mitgliedsstaaten, überwiegend aus den Innenministerien, Polizei- und Migrationsverwaltungen, und von Europol.

Unter anderem sind in dem Bericht der Stand der gegenwärtigen grenzpolizeilichen Ausrüstung, der Ausbildungsstand und Ausrichtung der Polizeikräfte, die generelle Migrations- und Flüchtlingssituation in dem Land und das Geheimabkommen zwischen Italien und Libyen dokumentiert, mitsamt den bisherigen Ergebnissen dieses Abkommens – errichtete Lager mit italienischer Hilfe, Abschiebungen mit italienischen oder EU-Geldern, bereits praktizierte italienisch-libysche Grenzüberwachungen.<sup>12</sup>

Den Hintergrund der europäisch-libyschen Kontrollanstrengungen bildet die Frage, wie das Land bevölkerungspolitisch systematisch erfasst werden kann. Bis vor kurzem kulminierte in Libyen in geographischer Hinsicht die Autonomie der afrikanischen Migration. Nicht nur aus den Nachbarländern Libyens, sondern von überall her, von Guinea bis Kenia, kamen MigrantInnen und Flüchtlinge nach Libyen. Von den 5,5 Millionen LibyerInnen sind viele nichtlibyscher Herkunft. Bis zum Jahr 2000 war es sehr einfach, die libysche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Zusätzlich leben ungefähr zwei Millionen NichtlibyerInnen in dem Land. Wie die besagte EU-Delegation kritisch vermerkt, ist es bislang faktisch unmöglich, den genauen Aufenthaltsstatus der ImmigrantInnen – von »illegalem« bis unbefristetem Aufenthalt – festzustellen, da es diverse Mischformen gibt. Man kann eine Arbeitsgenehmigung bekommen, ohne eine Aufenthaltsgenehmigung zu haben, usw. Mit anderen Worten: Eine staatlich durchgesetzte systematische Einteilung der Personen nach ihrem Rechtsstatus gibt es bislang nicht. Eine europäisch angeleitete Ausländerpolitik könnte massenhaft die MigrantInnen mit unklarem Rechtsstatus zu »Illegalen« in dem Land machen.

Dabei ist es nicht so, dass die nichtlibyschen Arbeitskräfte bislang einen festen Rechtsstatus hätten oder gar den libyschen grundsätzlich gleichgestellt wären. Die libysche Regierung hat das Land vor über einem Jahrzehnt aus ökonomischen

12 Der Bericht kann aus dem Internet heruntergeladen werden: <http://www.statewatch.org/news/2005/may/eu-report-libya-ill-imm.pdf>

Gründen für die afrikanische Immigration geöffnet. Aber gleichzeitig herrschen Rassismus und ein Willkürsystem. Nach ökonomischem Kalkül oder aus unerfindlichen Gründen lokaler Machthaber kann es passieren, dass plötzlich eine Razzia stattfindet und NichtlibyerInnen, auch mit legalisiertem Aufenthaltsstatus, ihrer Habe beraubt werden oder in Lager verschwinden. Trotz dieser Willkür hat Libyen einen besonderen Klang bei Flüchtlingen und MigrantInnen in Afrika. Es ist das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen und dem höchsten Arbeitsmigrationsanteil auf dem Kontinent.

Eine systematische Überwachung der libyschen Grenzen gibt es ebenso wenig wie ein libysches Ausländerzentralregister. Entweder werden für die Einreise gar keine Visa benötigt, oder aber – ohne zentrale Erfassung – ausgegeben. Zudem ist nicht festgehalten, wer von Geburt LibyerIn ist und wer später eingebürgert wurde. Wenn man weiter bedenkt, dass die Bevölkerungen in Südlibyen und den angrenzenden Ländern die staatlichen Grenzziehungen aus den Kolonialzeiten nicht anerkennen und grenzüberschreitende, mobile Lebensweisen pflegen, rundet sich das Bild ab, das für die Petro- und Sicherheitsindustrie der USA und der EU einem riesigen Unruheherd gleichkommen dürfte.

Das Vorhaben der europäisch-libyschen Flüchtlings- und Migrationspolitik richtet sich daher nicht nur gegen die unkontrollierte transnationale afrikanische Präsenz in dem Lande, sondern zielt auch auf die Erfassung und Identifizierung der libyschen und der angrenzenden Sahel-Bevölkerung.

Die Privatisierung der libyschen Öl- und Erdgasindustrie in den zwei, drei letzten Jahren macht die bisherige Herrschaftsform im Lande offensichtlich obsolet. In dramatischer Weise hat die libysche Regierung das Modell eines afrikanischen Einwanderungslandes aufgegeben, angesichts des Versprechens, dass sich das Land zu einem migrationspolitischen Vorposten europäischer und nordamerikanischer Staaten entwickeln könnte. (Siehe dazu auch den Artikel von Fabrizio Gatti in diesem Heft) Die internationale Sicherheitsindustrie soll damit zu einem Wachstumssektor und zu einem wichtigen Machtgarant im Lande werden. Grenzüberwachungstechnologie und polizeilich-militärische Dispositive sind integrale Bestandteile davon. Eine solche Neuausrichtung der Herrschaftsform würde im Rahmen der allgemeinen Aufrüstung im Mittelmeer stattfinden.

تراب من بعيد دواء العينين

*Staubige Erde, die von weit her kommt,  
ist Balsam für die Augen*

## VII. Überwachungsdispositiv

Im letzten Jahrzehnt haben die verschiedensten Behörden die Überwachung vor allem der kleineren Meere (Ostsee, Mittelmeer) und der Meerengen wie der von Gibraltar rasant weiterentwickelt. Da gibt es eine Reihe von neuen internationa-

len Abkommen, die jedes Schiff dazu verpflichten, bestimmte Kommunikationsstandards einzuhalten, Passagierlisten verfügbar zu machen und ihre Navigation in die Raumüberwachung einzubinden. Dann gibt es die technischen Neuerungen, die aus dem Militärbereich stammen, wie GPS, ständige Luftaufklärung und Verfolgung aller Schifffahrtbewegungen in Echtzeit durch Verknüpfung der Erkennungsdaten mit elektronischer Darstellbarkeit.

Die Folge ist, dass immer mehr Schiffe der Armutbevölkerung als »illegale« Objekte auf dem Meer ausgemacht werden können – ganz gleich, ob es sich dabei nun um Fischerei, einfachen Personen- und Warentransport, Schmuggel oder eben um Boote der Boat People handelt. Derzeit sind die internationalen Organisationen dabei, ein Interventionsrecht in internationalen Gewässern zu formulieren, das früher nicht nur rechtlich undenkbar, sondern auch technisch nicht zu realisieren war.

Wie die Daten der Schifffahrt inzwischen »in Echtzeit« mit anderen internationalen Daten zusammengeschlossen werden, demonstrieren die Abschiebe-Behörden Italiens: »Wenn ein Schiff mit Sri Lankanern an Bord in Italien ankam, baten die Italiener die ägyptischen Behörden, das nächste [sri-lankanische] Schiff im Suezkanal abzufangen und die Passagiere mit Egypt Air auf Kosten der italienischen Regierung zurückzuflogen.« (Civipol 2003:39) Italien hat der ägyptischen Regierung 600.000 Euro gezahlt, damit diese Sri LankerInnen auf Schiffen im Suezkanal aufspürt und nach Sri Lanka abschiebt. (Civipol 2003: 85)

Im Folgenden soll das spanische Meerüberwachungssystem SIVE, das derzeit an andere Mittelmeerküsten exportiert wird, dargestellt, dann die Strategie der vorverlagerten (»virtuellen«) Grenze und schließlich die Tendenz zu wachsenden Marine-Einsätzen gegen Boat People nachgezeichnet werden.

## SIVE

Das Sistema Integrado de Vigilancia Exterior (SIVE) soll die Guardia Civil erfunden haben. 2002 begannen die Installationen, und schon 2003 hieß es, dass damit die gesamte Südküste Spaniens bestückt worden sei, aber dies wurde jedes Jahr als neue Meldung herausgegeben. Offensichtlich befindet sich das System in permanentem Ausbau, was nicht nur seine geographische Ausbreitung, sondern auch seine Dichte und die technischen Kapazitäten angeht. Von Anfang an wird ihm eine Art Wunderwirkung zugeschrieben, die bereits zitierte Studie von Civipol beziffert nach dem bereits 2003 erreichten Rückgang die Chancen von Boat People, den Weg bis nach Spanien zu schaffen, auf nur noch 10 Prozent. (Civipol 2003: 27)

Bis 2002 hat die spanische Regierung im Laufe von sechs Jahren 142 Millionen Euro in die Überwachungsgerätschaft an der Meerenge investiert, 2003

betragen die Investitionen in SIVE über 29 Mio Euro, 2004 über 32 Mio Euro. Für 2005 sollen allein an der andalusischen Küste über 40 Mio Euro in SIVE investiert werden, hinzu kommen jeweils die Betriebskosten. Für SIVE auf den Kanarischen Inseln sind 2005 über 12 Mio Euro vorgesehen.

Die spanische Guardia Civil übernahm aus den neuen Militärstrategien den Ansatz, wie die optronische Ausspähung aus der Luft mit schnellem Angreifen am Boden beziehungsweise auf See zu verknüpfen ist. Sie stellte ab Sommer 2002 an der Meerenge Wachtürme auf, aus deren Höhe der Blick bis auf die marokkanischen Küste möglich ist – das Hindernis der Erdkrümmung kann durch den Turm-Ausguck auf bis zu 17 Kilometer überwunden werden. Auf den Wachtürmen befindet sich neben der Optronik ein Radar-Gerät. Zusätzlich gibt es auch mobile Wachtürme, d.h. ausfahrbares Gestänge, das auf Containern und Fahrzeugen installiert ist. Wird mit dieser Turm-Technik ein Boot im spanischen Küstengewässer ausgemacht, so sollen Hubschrauber oder Polizeiboote es innerhalb von 20 Minuten aufbringen.

Es ist schwer zu sagen, wie weit die technischen Leistungen dieses Systems tatsächlich gehen. Wesentlich dürfte auch allein schon die Kunde von diesen Geräten sein, die zu Verdrängungseffekten führt. Außerdem ist der Einsatz von High Tech leistungssteigernd, was die Motivation der Grenz- und Küstenpolizeien betrifft. Anstatt nächtelang ergebnislos auf dem Meer herumzuschippeln oder schläfrig auf einen Einsatzbefehl zu warten, wird die Kontrollarbeit mit dieser Technik aufgewertet.

Die Wachturm-Technologie gilt inzwischen als erprobt und ausgereift. So überträgt die Guardia Civil dieses Konzept nun auch längs der spanischen Mittelmeerküste und auf die Kanarischen Inseln, auch wenn von dort aus die marokkanischen Küsten optronisch und radarmäßig gar nicht zu erfassen sind. Das SIVE-System gilt nach Schengener Beurteilungen inzwischen als so erfolgreich, dass es auch in anderen Mittelmeerländern Verbreitung finden soll. In der CIVIPOL-Studie ist zwar die Rede davon, dass von den süditalienischen Inseln aus die Meerenge von Syrakus und der Golf von Syrte nur zum Teil mit dem SIVE-System durchdrungen werden kann, da die gegenüberliegenden Küsten oftmals zu weit entfernt liegen. Ein durchschlagendes Ergebnis wird dagegen davon erwartet, dass Griechenland auf seinen vorgelagerten Inseln direkt vor der türkischen Küste SIVE installieren wird. Auch Marokko soll bereits die ersten Experimente mit dem importierten SIVE machen.

## **Virtuelle Grenze; Stützpunkte außerhalb der EU**

Da weiterhin viele Boat People übers Mittelmeer kommen und die EU dabei ist, ihre Außengrenzenpolitik fortzuentwickeln, verabschiedete die EU im Jahr 2003

ein Programm zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung an den Seegrenzen. Es geht von dem Konzept der »virtuellen Seegrenze« aus (Rat der EU 2003a, S. 2). Hinter diesem Begriff versteckt sich das Bemühen, die Grenzüberwachung bis auf die gegenüberliegenden Küsten vorzuverlagern. Es handelt sich um eine Interventionspolitik, die bislang wenig kritische Aufmerksamkeit gefunden hat. Man stelle sich im Gegenzug vor, nordafrikanische Länder würden beanspruchen, die südeuropäischen Küsten mit eigenen Mitteln und eigener Präsenz zu überwachen.

Die Idee der Exterritorialisierung von Kontrolle über Fluchtbewegungen hat Vorläufer. Die Errichtung migrations- und flüchtlingspolitische Stützpunkte außerhalb der EU, aber unter faktischer Kontrolle eines EU-Staats, waren bereits 1997 in Albanien geplant, als es dort zu massenhaften Aufständen kam. Die Tageszeitungen vom 27.8.1997 berichteten von einem Vorschlag des früheren italienischen Außenministers Dini, der weit im Vorfeld des Kosovo-Kriegs und der EU-Aktionspläne des Jahres 1999 eine zukunftsweisende Perspektive der polizeilich-militärischen Abschottung aufzeigte: Flüchtlingslager sollten mit EU-Geldern in Albanien aufgebaut werden, um die Flüchtlinge im Vorfeld aufzuhalten und die Fluchtbewegungen zu »regionalisieren«. Es war die Zeit, als italienische Militärs, Carabinieri und Polizeien an der Küste des Landes Fuß fassten und nach und nach bis in die albanische Hauptstadt eigene Stationierungsorte aufbauten. Der italienische Zoll erhielt Eingriffsermächtigungen, die italienische Marine konnte die albanische Insel Sazan zur Militärbasis ausbauen, um von dort die Schiffs- und Fluchtbewegungen zu überwachen. Tirana wies dann allerdings den flüchtlingspolitischen Vorschlag der Lager zurück.<sup>13</sup> (Corriere della Sera, 28.10.1997)

Einen regelrechten Militäreinsatz führte die italienische Regierung gegen albanische Fluchtbewegungen im Rahmen der »Multinational Protection Force« (MPF) direkt in Albanien durch: Der Sicherheitsrat der UNO hatte dieser Operation unter dem Namen »Alba« am 28. März 1997 zugestimmt. Sie sollte mit 4.000 Soldaten vordergründig die Arbeit humanitärer Organisationen schützen – tatsächlich gab es damals aber kaum solche in Albanien. Das weitergehende und eigentlich Ziel waren Eskorten und Patrouillen in den beiden großen Hafenstädten, in der Hafenstadt Tirana und auf den Durchgangsstraßen, um »Brückenköpfe« für weitere Militäraktionen zu schaffen. So »verhinderte die MPF damit auch massivere Fluchtbewegungen über die größeren Häfen des Landes in Richtung Italien.« (Jedllaucnik 1999: 431f.)

Im westlichen Mittelmeer gibt es bis heute zwei Besonderheiten aus den Zeiten der kolonialen Expansion Europas: Ceuta und Melilla, zwei Städte auf

13 Zum italienisch-albanisches Kooperationsabkommen der Stationierung italienischer Streitkräfte und Carabinieri in Albanien vom 28.8.1997 siehe EU: Albanien, Juni 1999, S. 9

dem nordafrikanischen Terrain, die faktisch zum spanischen Staat gehören, aber von Marokko beansprucht werden. Diese beiden Städte haben spanisch- und arabischsprachige Bevölkerungen. Mit der Einführung der spanischen und EU-Visapflicht für MarokkanerInnen und der Schengen-Politik begann dort ein lang andauerndes spanisches Prozedere, wie die arabischsprachige Bevölkerung die spanische Staatsbürgerschaft erhalten und von der umliegenden marokkanischen Bevölkerung kontrolltechnisch und vom Rechtsstatus her getrennt werden könnte. Gleichzeitig begann der Bau von Zaun-Grenzanlagen, bestückt mit High Tech, rund um die beiden Enklaven, von der EU gefördert, die europaweit keinen Vergleich haben. Derzeit wird die Straße entlang des Doppelzauns erweitert, und eine Erhöhung der Zäune auf sechs Meter ist vorgesehen, die Arbeiten dafür beginnen in 2005. (apdha 2004)

Mit den beiden Enklaven Ceuta und Mellila besitzt Spanien migrations- und flüchtlingspolitische Vorposten auf der marokkanisch-nordafrikanischen Seite des Mittelmeers. Sowohl direkt vor den beiden Enklaven, in marokkanischen Wäldern, wie auch innerhalb der Gebiete von Ceuta und Melilla sind Auffanglager entstanden. In den Wäldern vor den Enklaven leben Flüchtlinge und MigrantInnen und warten darauf, dass sie nach Monaten eine kompliziert organisierte Chance zur heimlichen Überwindung des Zauns bekommen. Innerhalb der Enklaven wartet man, oft jahrelang, auf die Chance, dass eine spanische NGO die individuelle Flüchtlingsaufnahme auf dem Verwaltungsweg durchgesetzt hat. Faktisch besitzt Spanien dadurch vorgelagerte Flüchtlingslager auf dem afrikanischen Kontinent. Über die dortigen Kämpfe und die Razzien wird weiter unten die Rede sein.

Das Konzept der »virtuellen Grenze« klingt in seiner Bezeichnung nach neuen Technologien und verweist darauf, dass die »reale« Grenze nach wie vor durch das internationale Recht bestimmt ist. Mit dem Begriff wird vermieden, die Sache selbst zu bezeichnen, die ohne Zweifel an die kolonialistische Absteckung der Interessensgebiete von der See her anknüpft, mit der Schaffung einzelner Brückenköpfe an den neuen Küsten. Meeresspatrouillen vor diesen Küsten spielten dabei eine wesentliche Rolle.

## Marineeinsätze

Die Überwachung des Mittelmeers ist bei Gibraltar sicherlich am dichtesten. Die Meerenge ist nur 14 Kilometer breit, ungefähr 50 Kilometer lang, und als Zugang zum Mittelmeer hoch militarisiert. Die Nato ist rundum an Land und auf dem Wasser präsent.

Im Sommer 2002 gab es eine martialische Episode um die Petersilien-Insel in der Meerenge. Das unbewohnte Eiland liegt direkt vor der marokkanischen

Küste, wird jedoch von Spanien beansprucht. Der kurze »Kleinkrieg« zwischen Marokko und Spanien um diese Insel förderte die weitere Militärpräsenz in der Meerenge.

Im Februar 2003 hieß es, dass saudische Kaida-Mitglieder Anschläge auf Schiffe in der Meerenge von Gibraltar vorbereitet hätten – ein allein schon wegen der dortigen Strömung überaus waghalsiges Vorhaben, wenn es denn überhaupt geplant wurde. Die Verhafteten wurden nach ihrer Verurteilung in Marokko nach Saudi-Arabien überstellt und dort freigelassen.

Im Rahmen des weltweiten Antiterrorkampfes »Enduring Freedom« lässt die Nato dort seit 2003 zusätzliche Schnellboote patrouillieren, auch die Bundeswehr ist mit 200 Marinesoldaten dabei.

Ulysses/Odysseus: Unter diesen Namen führten Marinen von mehreren EU-Mitgliedstaaten im Februar 2003 gemeinsame Patrouillen und Übungen in dieser Meerenge und im Mai 2003 vor den Kanarischen Inseln durch. Das Ziel der EU-Staaten war die aktive und vollständige Kontrolle dieses internationalen Verkehrswegs. Da in der Meerenge wöchentlich 1.700 zivile Seefahrzeuge entlang schippern, aber nur zwei bis drei Mal pro Woche dort Geleitschutz angefordert wird und laut Zeitungsberichten amerikanisch-spanische Patrouillen nur ein Holzboot in spanischem Küstengewässer aufgebracht haben, ist das neue Konzept offensichtlich 2003 in Krise geraten. (Libération (Marokko) 29.4.2003; FR 11.12.2003; FAZ 20.9.2003; Ostsee-Zeitung 20.9.2003) Civipol führt auf, dass die Kriegsschiffe bei der ersten Ulysses-Aktion 11 Flüchtlingsschiffe mit 326 Personen an Bord aufgebracht hätten. Beim zweiten Manöver, vor den Kanarischen Inseln, sei zusätzlich zur Marine noch die Luftwaffe verschiedener Staaten beteiligt gewesen, sieben Flüchtlingsschiffe mit 139 Personen seien dabei aufgespürt worden. (Civipol 2003:27)

Zur gleichen Zeit, als die Gibraltar-Manöver stattfanden, befahl die italienische Regierung den regulären Einsatz von Marine-Einheiten. »Mit einem Dekret, das am Samstag in aller Eile von Innenminister Pisanu und Verteidigungsminister Martino unterzeichnet worden ist, will Italien die illegale Einwanderung endlich eindämmen. Das Dekret sieht vor, dass Marineeinheiten verdächtige Schiffe und Boote schon in internationalen Gewässern anhalten können.« (NZZ 16.6.2003) Bei dem Dekret handelte es sich um Ausführungsbestimmungen zum so genannten Bossi-Fini-Gesetz (2002). (Nach den beiden Ministern Bossi und Fini benanntes Migrationsgesetz.)

Damit weitete die italienische Regierung eine Praxis aus, die sie 1997 zu Wasser in der Adria und im Jonischen Meer begonnen hatte, parallel zur Vorverlagerung der Flüchtlingsabwehr zu Land (siehe oben). Gewissermaßen den Startschuss dafür hatte Irene Pivetti, die seinerzeitige Parlamentspräsidentin, abgegeben, kurz bevor eine italienische Fregatte am 28.3.1997 das albanische

Flüchtlingsschiff »Kater i Rades« rammt und dadurch versenkte. Sie verkündete unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit: »Man müsste sie alle ins Meer zurückschmeißen«.

Am 20. März 1997 erließ die italienische Regierung das Gesetz Nr. 60 zur Blockade der Flüchtlinge in der Adria durch den Einsatz italienischer Kriegsschiffe, immerhin in einem Gewässer, in dem jenseits der Küstenzonen formal internationales Schiffsrecht herrscht; am 23. März 1997 rief die italienische Regierung den Premierminister der provisorischen Regierung von Tirana nach Rom, um seine Zustimmung für den Einsatz der italienischen Marine an und vor der albanischen Küsten zu erhalten; in den folgenden Tagen unterzeichnete der albanische Verteidigungsminister eine entsprechende Vereinbarung. Am 24. März 1997 gab die italienische Regierung Anordnungen an die Marine, Schiffe aus Albanien »rigide zurückzuweisen«, auch wenn sie sich in internationalen Gewässern befinden sollten. Die italienische Regierung nutzte die Unruhen in Albanien, um mehrere Mittelmeerregionen – nicht nur den Kanal von Otranto, der sich zwischen der apulischen Küste und Albanien befindet – als »Südfront« zu militarisieren und dadurch Flüchtlinge abzuwehren. Eine zweite Einsatzzone der Kriegsschiffe aufgrund des Gesetzes vom 20. März 1997 befindet sich sozusagen unter der Hacke des italienischen Stiefels (Jonisches Meer südlich von Kalabrien) und eine dritte zwischen Sizilien und der afrikanischen Nordküste. (FFM 2002a)

Derzeit wird eine neue Überwachungstechnologie diskutiert: Aus militärischen Erfahrungen soll ein System unbemannter Seefahrtskörper übernommen werden. Die ferngelenkten Apparate zu Wasser könnten direkt neben Schiffbrüchigen Hilfsschlauchboote platzieren – damit Menschen in Seenot sofort an die südliche Ausgangsküste zurücktransportiert werden können. Die Autoren der Civipol-Studie schlagen Interventionen unter Rettungsnotperspektive (»marine rescue patrols«) auch kurzzeitig in den Küstengewässern der nordafrikanischen Länder vor, falls es eine stillschweigende Zustimmung gibt, damit sich ein »Abschreckungseffekt« ausbreitet.<sup>14</sup> (Civipol 2003: 57) Ein Frühwarnsystem solle aufgebaut werden, das auf halb-permanenten unbemannten Seestationen technisch installiert werden könnte. Denn die vorverlagerte Kontrolle etwa mithilfe einer Boje sei ein legales Vakuum. (ebda, 58f.) Die Pflicht, Menschen in Seenot zu retten, wird mit dem politischen Ziel ihrer Rückführung aufs Engste verflochten. Rettung und Rückführung fallen legitimierend ineinander.

14 Die Civipol-Studie empfiehlt, dass diese »Rettungs«-Interventionen vor der nordafrikanischen Küste auf keinen Fall von der spanischen oder italienischen Marine durchgeführt werden, sondern von den entfernteren EU-Staaten. Nur so könne die Kritik der nordafrikanischen Staaten abgefangen werden.

Derweil übt die italienische Luftwaffe den Einsatz von Drohnen über dem Mittelmeer, die auch an den nordafrikanischen Wüstengrenzen eingesetzt werden könnten. Im Oktober 2004 gab der Luftwaffenchef General Leonardo Tricarico bekannt, dass Italien fünf Predator-Drohnen zum Preis von 48 Millionen Dollar bei der kalifornischen Waffenfirma General Atomic Aeronautical Systems in San Diego gekauft hat. Eines der fünf ging bei Übungsflügen in den USA zu Bruch. Mit dem Predator jagen die USA Al Kaida; das unbemannte Flugobjekt kann auch Raketen abfeuern. Tricarico erklärte, dass die italienische Luftwaffe die Drohnen sowohl gegen den Terrorismus wie auch gegen die irreguläre Migration einsetzen wolle. Ende Oktober 2004 will die italienische Luftwaffe das erste Flüchtlingssschiff aus der Luft aufgespürt haben. (La Gazzetta del Mezzogiorno 7.10.2004; Liberazione 8.10.2004)

Alle diese nationalen, bilateralen und EU-Manöver versucht eine Initiative der G-5-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien) aufzugreifen und in ein umfassendes Überwachungsdispositiv umzuformulieren. Auf dem G-5-Treffen am 19./20.10.2003 in La Baule (siehe oben) schlug der französische Innenminister Sarkozy die Schaffung einer »Sicherheitszone« im westlichen Mittelmeer vor. (FAZ 21.10.2003) Ein Jahr später heißt es in der NZZ vom 22.12.2004: »Mehr Aufsicht über Schifffahrt im westlichen Mittelmeer: Verteidigungsminister und Vertreter der Streitkräfte aus zehn europäischen und nordafrikanischen Staaten haben am Dienstag verstärkte Sicherheitsmaßnahmen in der westlichen Mittelmeerregion vereinbart. Der Anfang werde mit einer ausgeweiteten Überwachung auf See gemacht, erklärte die sogenannte 5-plus-5-Gruppe am Dienstag. Die beteiligten Länder müssten sich gemeinsam verschiedenen Herausforderungen stellen, vom Kampf gegen den Terror bis zu Umweltkatastrophen, sagte die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie. An den Gesprächen der 5-plus-5-Gruppe nahmen Vertreter aus Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Malta sowie Algerien, Tunesien, Marokko, Mauretanien und Libyen teil. Im November hatten sich die Außenminister der zehn Staaten in Algerien mit der Bekämpfung von Terror und illegaler Einwanderung befasst.«

Dieses Überwachungsdispositiv, in dem sich flüchtlings- und sicherheitspolitische Strategien verschränken, erstreckt sich von den Küsten der EU-Außengrenzen über das Meer bis in die Länder auf den gegenüberliegenden Küsten. Die kolonialen Anknüpfungspunkte sind unübersehbar. Im letzten Jahrzehnt hat es bereits Vorstöße einer solchen Praxis der Vorverlagerung der Flüchtlingsabwehr gegeben. Insofern ist diese Entwicklung in der EU-Politik nicht neu. Sie scheint jedoch in jüngerer Zeit an Dynamik und Systematik gewonnen zu haben. Internationale humanitäre Verpflichtungen, Menschen in Seenot zu retten, werden dabei zu Abschottungszwecken instrumentalisiert.

## VIII. Das Haager Programm, das Konzept der Frontstaaten und die künftige EU-Grenzpolizei

Die EU hat ihre flüchtlingspolitischen Abschottungen seit 2003 verstärkt auf das westliche Mittelmeer ausgerichtet. Dabei konnte sie zwar auf die Strukturen und Kontakte zurückgreifen, die im Rahmen des Barcelona-Prozesses (Konferenz in Dublin, Mai 2004) entstanden sind. Diese Mittelmeer-EU-Ministerkonferenzen haben allerdings nie eine Wirkung wie die Mitteleuropa-EU-Ministerkonferenzen entfaltet, sondern waren zeitweise von Stagnation und Widersprüchlichkeit gezeichnet, angesichts der fehlenden EU-Beitrittsperspektive, der Abhängigkeiten und der wirtschaftlichen wie sozialpolitischen Krisen in den arabischen Staaten. Im westlichen Mittelmeer standen Marokko und Tunesien im Mittelpunkt der Abschottungsstrategien.

Für die nordafrikanischen Länder lassen sich folgende Auswirkungen der EU-Flüchtlingspolitik bis 2004 ausmachen:

Einer der ersten flüchtlingspolitischen Aktionspläne der EU betraf Marokko. (EU HLWG 1999) Es handelte sich bei diesen frühen Aktionsplänen um eine umfassende Bestandsaufnahme nicht nur zu den migrationspolitischen Verhältnissen des Landes, auf deren Grundlage dann eine ressortübergreifende Abwehrpolitik formuliert werden sollte. Wichtige Vorarbeiten zu dem Aktionsplan lieferte die IOM. (Erf 2002) Marokko wurde aufgrund der Politik des EU-Aktionsplans das erste nordafrikanische Land, in dem Transitmigration und Emigrationsverhinderung zu einem politischen und forschungsrelevanten Feld wurde. Der Aktionsplan trug dem Umstand Rechnung, dass es den langandauernden Fischereistreit mit Spanien und andere offene Fragen im marokkanisch-europäischen Verhältnis gibt, und zeichnet den eher zähen Weg einer allmählichen Einbindung Marokkos in die Festung Europa vor. Im Ergebnis entstanden in Marokko keine Ad-Hoc-EU-Lager, und trotzdem kann man heutzutage das Land als flüchtlingspolitischen »Gendarm Europas in Nordafrika« bezeichnen. (migreurop) Marokko nimmt in großem Umfang eigene Staatsangehörige aus Spanien, Italien und anderen EU-Ländern aufgrund von Rückübernahmeabkommen zurück und führt vermehrt Razzien und Abschiebeaktionen gegen Transitflüchtlinge durch. (siehe unten)

Neben dem EU-Aktionsplan zu Marokko bestätigt auch das MEDA PIN Programm der EU für Marokko, Laufzeit 2002 – 2004, diesen EU-Kurs. Es führt ein ganzes Kapitel zur Frage der Migrationskontrolle auf, vor allem zur Drosselung der Emigration aus Nordmarokko mithilfe ökonomischer Mittel (70 Millionen Euro), Unterstützung legaler Emigration (5 Millionen Euro) und

Zwangsmittel der Migrationsbekämpfung (40 Millionen Euro); der letztgenannte Punkt bezieht sich wesentlich auf die marokkanische Küstenüberwachung. (EU-Kommission 2002b) Nicht genannt sind in dem Programm die Einrichtung und der Unterhalt von Asylslagern und Abschiebezentren, ebenfalls gibt es dort keine Posten zur Organisierung und Finanzierung von Abschiebungen. (Ganz anders als zum Beispiel die Abkommen Italiens mit Libyen (siehe unten) oder Ägypten.) Aus der Struktur des MEDA PIN Programms kann man schließen, dass es in den letzten Jahren durchaus flüchtlingspolitische Koordinationsschwierigkeiten zwischen der EU und Marokko sowie evtl. anderen nordafrikanischen Staaten gab. Dabei besteht aber kein Zweifel daran, dass die marokkanische Polizei aufgegriffene Transitflüchtlinge festnimmt, in ihren Arrestzentren unkontrolliert festhält und von Zeit zu Zeit Abschiebeaktionen vor allem nach Westafrika durchführt.

Die aktuelle flüchtlingspolitische EU-Initiative gegenüber den arabischen Staaten des westlichen Mittelmeers findet im Rahmen des Haager Programms statt. Das Haager Programm definiert den »Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts« vor allem hinsichtlich seiner Außenwirkung. Es wurde am 4./5.11.2004 (Abl. der EU, 03.03.2005, C 53/5) verabschiedet und ist gewissermaßen eingerahmt durch die neue EU-»Nachbarschaftspolitik«, die eine feindstaatliche Frontbildung an den EU-Rändern verhindern soll, und durch die EU-»Sicherheitsdoktrin«, die die sozialpolitischen Unruhepotentiale in den Nachbarländern ins militärpolitische Visier nimmt. (EU-Kommission 2003h)

Flüchtlings- und migrationspolitisch beschreibt das Haager Programm im Anschluss an Tampere (1999 – 2004) einen weiteren Fünfjahresplan. Im Unterschied zu Tampere, das mit den flüchtlingspolitischen Aktionsplänen nur einige disparate Schwerpunkte in der EU-Außenwirkung benannte, setzt das Haager Programm auf die systematische Einbindung der an die EU angrenzenden Staaten (Transitstaaten) in die Asyl- und Migrationspolitik. Der Ausbau einer Flüchtlings- und Migrationspolitik in diesen Staaten, die Errichtung eines »integrierten [EU-Außen-]Grenzschutzsystems« auch durch die Schaffung einer EU-Grenzschutzagentur und die Ausrufung von »protection areas« außerhalb Europas, für Flüchtlinge, die nicht nach Europa kommen sollen, sind im Haager Programm als Arbeitsaufgaben für die nächsten fünf Jahre verankert. (EU-Kommission 2005a)

Mit der Schwerpunktbildung der Flüchtlings- und Migrationsabwehr im westlichen Mittelmeer hat jetzt der Barcelona-Prozess eine erneuerte Ausrichtung bekommen, und zusätzlich sind Foren der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit unter den Namen »5-plus-5« (Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Malta plus Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen) und des »Dialogs über Mediterrane Transit-Migration«, kurz: MTM entstanden. An beiden zwischenstaatlichen Foren, die ganz oder überwiegend von der Europäischen Kommission finanziert werden, nehmen auch der UNHCR und Europol teil.

Mit »5-plus-5« hat die IOM (International Organization for Migration) ein institutionelles Feld auch für ihre Mittelmeer- und Sahelinitiativen aufgebaut. Sie schult nicht nur die nordafrikanischen Polizeien bei der Ausrichtung auf den neuen Feind der »illegalen« Migration wie im Juni 2004 in der libyschen Polizeiakademie in Tripolis und bei einzelnen Abschiebeaktionen aus nordafrikanischen Ländern nach West- und Zentralafrika, sondern hat selbst wesentlich zum Entstehen der »5-plus-5«-Gruppe im Januar 2001 beigetragen. Von den nordafrikanischen Ländern hat Tunesien eine Initiativrolle bei den Treffen inne, die einmal pro Jahr stattfinden. (IOM 2005: 79ff.; [www.iom.int/en/know/dialogue5-5/index.shtml](http://www.iom.int/en/know/dialogue5-5/index.shtml)) Die »5-plus-5«-Tunis-Deklaration, 2002 verabschiedet, weist alle Elemente auf, die man von der Bekämpfung unkontrollierter Flucht- und Migrationsbewegungen europäisch-mitteuropäischer Konferenzen seit einer Dekade kennt. ([www.iom.int/en/know/dialogue5-5/index.shtml](http://www.iom.int/en/know/dialogue5-5/index.shtml)) Auf den Folgekonferenzen (Rabat 2003; Algier 2004) konzentrierten sich die »5-plus-5«-Staaten stärker als je zuvor auf die gemeinsame Erkennung von Fluchtrouten und Routen-Brennpunkten sowie auf die Bildung von »Experten«-Netzwerken. Außerdem wird die Abschottung zunehmend auf die Sahel-Zone ausgerichtet. Wie erwähnt übernimmt »5-plus-5« auch eine militärische Koordinationsfunktion in der Region.

Die MTM, also der Dialog über die Mediterrane Transit-Migration, leitet eine Organisation, die ebenfalls seit fast 15 Jahren die europäische Abschottung nach Osten und Südosten vorangetrieben hat – das ICMPD (International Centre for Migration Development, Wien; organisierte den »Budapester Prozess«). Die MTM findet zweimal jährlich statt und vereinigt Vertreter von über 60 Staaten. Ihr Ziel ist es, Innenministerien und Grenzpolizeien länderübergreifend zusammenzubringen und zu koordinieren, die Migrationsforschung nach polizeilichen Interessen auszurichten und die Grenzaufrüstung beratend mit voranzutreiben. IOM und ICMPD haben sich überdies auf die Personenerfassung migrierender Bevölkerungen spezialisiert.

In der Außengrenzpolitik kann man gewisse Momente sehen, mit denen kerneuropäische Staaten ihre Macht im geographischen Vorfeld zu sichern versuchen. In der Außengrenzpolitik wird seit kurzem unterschieden zwischen so genannten Frontstaaten – am Mittelmeer sind dies Spanien-Italien-Griechenland – und allen anderen. Wie können die mächtigen EU-Zentralstaaten die peripheren EU-Regionen und die dortigen Außengrenzen kontrollieren? Unter dem Schlagwort »Policing the police« werden derzeit diese hierarchisch-geographischen Fragen diskutiert, und das ist die Problemlage, die mit der Schaffung einer EU-Grenzpolizei bewältigt werden soll.

Den Aufbau einer EU-Grenzpolizei schlugen die Innenminister Deutschlands und Italiens erstmals im Jahr 2000 vor. Wenngleich sich auch die spanische Regierung sofort dem Vorschlag anschloss, ließ die Ausformulierung der Idee

lange auf sich warten. Viele Staaten, namentlich die östlichen Beitrittsstaaten, befürworteten zwar einen Lastenausgleich, aber befürchteten auch die Beschneidung ihrer hoheitlichen Aufgaben durch eine Zentralinstanz. Zum ersten Mal taucht das Konzept der Europäischen Grenzpolizei in den Beschlüssen des Europäischen Rats in Laeken am 14./15.12.2001 auf. Dort heißt es, dass der Aufbau eines EU-Grenzschutzes den »Kampf gegen Terrorismus, illegale Einwanderernetze und den Menschenhandel« verbessern soll. Zunächst unterbreiteten Think-Tanks verschiedene Denkmodelle, wie ein EU-Grenzschutz aussehen könnte: In der Diskussion waren sowohl ein europäisches Grenzschutzkorps, wie eine europäische schnelle Eingreiftruppe für die Außengrenze oder auch – als abgeschwächtes Konzept – eine EU-Vernetzung der nationalen Grenzpolizeien. Ohne hier auf die vorgeschlagenen Varianten eingehen zu können, seien im folgenden einige Neuerungen in der Mittelmeerabschottung skizziert, die den Weg zum Aufbau des EU-Grenzschutzes geebnet und zu ersten Fakten geführt haben:

Als erstes ist der EU-Aktions-»Plan für den Grenzschutz an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union« (APMEB) zu nennen, den der Rat »Justiz und Inneres« am 13. Juni 2002 annahm. Er ist ein Fünf-Jahres-Plan.

Mit APMEB wurden Ad-Hoc-Zentren geschaffen, als Operationszentren mit EU-Beratern, ohne Gesetzesgrundlage. Zwei EU-Zentren zur Überwachung des Mittelmeers entstanden damit, eines in Spanien, das andere in Griechenland. Ihnen obliegt die Integration der diversen nationalen Grenzpolizeien, aber auch zwischen Grenzpolizei, Zoll, Militär, Geheimdienst, Küstenwache. Sie sind mit der Koordination der Einsätze betraut, falls es zu Notständen und größeren Operationen kommen sollte, und wohl auch mit dem Transfer der Technologie und des organisatorischen Know Hows aus dem westlichen in das östliche Mittelmeer.

Diese beiden Mittelmeerzentren stehen in engem Kontakt mit einer neu geschaffenen EU-Agentur für Risikoanalyse (RAC, Finnland) an den Außengrenzen, an dem Europol, das EIC (European Intelligence Center) und Polizei-Spezialisten der Ostsee-Überwachung beteiligt sind. (Griechenland 2003; Civipol 2003:48) Alle drei Zentren sind 2003 in Betrieb gegangen und sind – neben anderen<sup>15</sup> – Vorläufer der künftigen EU-Grenzpolizei.

Mit der Risikoanalyse werden die Möglichkeiten oder Wahrscheinlichkeiten berechnet, dass ein Schaden eintritt. Damit werden die für notwendig gehaltenen Abwehrmaßnahmen mit Hilfe der Statistik in einer Kosten-Nutzen-Rechnung beschrieben. (Civipol 2003:45) Dieses Denken stammt aus der Versicherungs-

15 Zentrum für die Überwachung der Landgrenzen in Berlin/Kehl; Zentrum für die Ausbildung/Fortbildung der Grenzpolizeien (Österreich/Schweden), Zentrum für Kontrolltechnologie zum Aufspüren von Personen in Fahrzeugen (Großbritannien; anscheinend noch nicht in Funktion)

und Sicherheitstechnik. Welche »Schäden« werden nun im Zusammenhang mit Migrationsbewegungen konstatiert? Seit einigen Jahren gibt es ab und an in den Medien seltsame Meldungen: Es werden genaue Zahlen vorgestellt, mit denen der angebliche horrende jährliche Schaden durch die »illegale« Immigration in die EU beziffert wird. Diese Zahlen stammen von den einschlägigen Organisationen, etwa von Europol, der IOM, dem ICMPD oder von Geheimdiensten. Meist beziehen sich die Zahlen auf den Anteil, den die Irregulären an der Schattenwirtschaft haben sollen. Grundlage sind dann die ausfallenden Steuereinnahmen. Diese »Berechnungen« entbehren jeder objektiven Grundlage; seriöse Forschungsinstitute gehen gegenteilig davon aus, dass sich die Wirtschaft in der EU inzwischen in erheblichem Maß auf die Überausbeutung der Illegalisierten stützt. Bei der RAC-Risikoanalyse bleibt der Schaden, den der versagte Status bei den Sans-Papiers selbst anrichtet – also etwa der massenhafte Tod auf See –, außer Betracht. Die jährliche Bezifferung des angeblichen Schadens dient den Investoren, die Abhilfe an den Außengrenzen durch technologische Aufrüstung verlangen. Außerdem werden damit die Überwachungseinsätze gesteuert.

Die Kontrollen an den Außengrenzen sollen von einer Polizeigruppe inkognito hart gegengeprüft werden (»Policing the Police«). Überall an den EU-Außengrenzen zeigt es sich, dass die Schengenvorgaben in der Realität nicht einzuhalten sind. Bei der vorgeschriebenen »Komplettkontrolle« wären unübersehbare Staus die Folge. Wenn daher ein Inspektionsteam eine Kontrollstelle überprüft, werden diese Differenzen zwischen Vorschrift und Realität evident. Die zentral agierende Überprüfungspolizei wird ein leichtes Spiel haben, wenn sie Druck gegen Grenzpolizeien peripherer EU-Länder aufbauen will.

Zur Inspektionsgruppe entwickelt sich die PCU (»External borders practitioners common unit« – »gemeinsame Instanz von Praktikern für die Außengrenzen«)<sup>16</sup>, die mit der Risikobewertung, der Koordinierung der Maßnahmen vor Ort und der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die Koordinierung der einzelstaatlichen Politiken beauftragt wurde. (Europäische Union 2002) Es handelt sich dabei um eine Einrichtung ohne Rechtsgrundlage, sie ist im Rahmen des APMED entstanden. Organisatorisch ist sie an SCIFA und den »Ständigen Schengener Bewertungs- und Anwendungsausschuss« (Schengen evaluation – SCHEVAL) angebunden, der durch Beschluss des Schengener Exekutivausschusses eingerichtet wurde (Beschluss SCH/Com-ex 98, veröffentlicht im Amtsblatt L 239 vom 22.9.2000) und inzwischen als Arbeitsgruppe des Rates tätig ist.<sup>17</sup> (EU 2002)

16 Die PCU ist wohl identisch mit der Gruppe, die auf Bürokratendeutsch auch »Gemeinsame Fachinstanz Außengrenzen« genannt wird.

17 SCIFA (Strategic Committee for Immigration, Frontiers and Asylum) war als eine High-Level-Gruppe entsprechend des Amsterdamer Vertrags geschaffen worden, es berichtet dem

Seit Juni 2002 ist diese »Common unit« beschlossen und hat bereits 17 Operationen und Pilotprojekte an den Außengrenzen überwacht – wie die Manöver im Mittelmeer unter den Namen Ulysses, Rio IV, Pegasus, Triton, ORCA und Neptun. (EU-Rat 2003b, S. 3 – 14). Der griechische EU-Vorsitz hat den Vorschlag gemacht, dieses Gremium mit der Macht auszustatten, »Notoperationen« »auf schriftlichem Weg« ohne vorherige Unterrichtung des Rats anzuordnen und durchzuführen. (Monar 2003, Fußnote 10)

Die neue EU-Grenzschutzagentur hat im Mai 2005 unter dem Namen Frontex ihren Betrieb aufgenommen. Ihren Hauptsitz hat sie in Warschau, ihre Außenstelle für die EU-Außengrenze im Mittelmeer soll auf Malta eröffnet werden. Die PUC und alle anderen genannten Vorläufer dürften in Frontex aufgehen. Der EU-Fonds zur Aufrüstung der EU-Außengrenzen, den das Haager Programm vorsieht, soll ein Budget von 2,1 Milliarden Euro (!) bekommen und wird wahrscheinlich von Frontex mitverwaltet werden. (EU 2005; The Times 30.4.2005)

Die Flüchtlingsabwehr und die Vorverlagerung der Abschottung nach Nordafrika hat dazu geführt, dass sich ein westliches Kerneuropa herausbildet. Denn die wesentlichen Entscheidungen und Weichenstellungen treffen dabei die so genannten G-5-Staaten, während die Erprobungen unter dem Schirm der »5-plus-5« stattfinden und mithilfe Internationaler Organisationen praxisnah fortentwickelt werden. (s.o.)

Doch dieses neue Rundum-Abschottungskonzept geht bisher nicht auf, wie die Diskussion um Lager vor den EU-Außengrenzen, v.a. in Libyen, zeigt: Der deutsche Innenminister Schily hatte versucht, die G-5-Treffen für den politischen Durchbruch seiner Lager-Pläne zu nutzen: Die nordafrikanischen Staaten sollten Flüchtlinge und MigrantInnen in »Auffanglagern« von der Fahrt übers Mittelmeer abhalten und die aufgegriffenen Boat People dorthin zurücknehmen. Eine Zustimmung zu diesen Pläne erwartete Schily von den G-5-Staaten und arbeitete öffentlichkeitswirksam auf einen entsprechenden Durchbruch bei dem G-5-

---

COREPER (the Committee of Permanent Representatives) und ist beauftragt, strategisch zu Immigration und Asyl zu arbeiten. – SCIFA+ ist dieselbe Runde plus die Chefs der nationalen Grenzpolizeien. Laut griechischen Progress Report genehmigte SCIFA+ zwischen Juli 2002 und März 2003 den Beginn von 17 Projekten und entwickelte ein Netzwerk nationaler Kontaktpunkte für das Management der Außengrenzen. (Griechenland 2003) Die SCIFA+ wurde am 22.7.2002 eingerichtet. Hauptaufgabe: Implementierung des Aktionsplans nach den Vorgaben der Ratsitzung der EU in Sevilla. Jeden Monat ist SCIFA+ deswegen zu einer Sitzung zusammengetreten. (EU-Rat 2003 a) SCIFA und SCIFA+ wird von der Kommission wegen fehlender Effektivität kritisiert. Es habe zu große Teilnehmerkreise und eine allzu breite Agenda. Eine »Emergency«-Einheit sei nötig. Das stärkte die Herausbildung der PCU.

Treffen in Florenz am 19./20.10.2004 hin. Aber auf dieser Konferenz unterstützte nur der italienische Innenminister Schily. (NZZ 18.10.2004) Die G-5-Staaten folgten den andersgewichteten französischen Vorschlägen, und mit dem G-5-Treffen am 12.5.2005 in Paris konnte sich der französische Innenminister Sarkozy vorerst durchsetzen: Ein Inland-bezogenes Kontrollsystem gegen die heimliche Einreise und den heimlichen Aufenthalt wird in Frankreich drastisch verschärft und als Modell für die EU-Prioritäten im flüchtlingspolitischen Abwehrkampf präsentiert.<sup>18</sup> Die Idee der Lager in Nordafrika ist auf den G-5-Treffen anscheinend nicht konsensfähig. Übereinstimmung herrschte bei dem Vorschlag, ein zentralisiertes EU-Grenzpolizeikorps für Sondereinsätze an den Außengrenzen aufzubauen. (<<http://euobserver.com/?sid=22&aid=19050>>; Le Monde 17.5.2005) Diese Linie der Verschärfung der Reise- und Aufenthaltskontrollen an den Außengrenzen und im Inneren der EU wurde bei dem G-5-Treffen am 4./5.7.2005 in Evian nochmals bekräftigt. Otto Schily nahm an dem Treffen nicht teil. Verabredet wurde, dass es gemeinsame spanisch-französische Patrouillen im Mittelmeer geben wird. Auf italienischen Vorschlag sollen die Fluchtwege in Nordafrika von EU-Fahndungs- und Analyseteams erkundet werden. (Le Monde 4.7.2005; Le Monde 5.7.2005; Le Monde 7.7.2005; IAR-Noticias 6.7.2005; Statewatch online 3.7.2005) Damit scheiterte der Lagerplan für Nordafrika zum wiederholten Mal im politischen Feld. Er verbleibt aber als konkrete Aufgabe bei der EU-Kommissionsbürokratie und bei der bilateralen (geheimen) Zusammenarbeit: Die italienische Regierung ist am Aufbau von Lagern in Libyen, an Abschiebungen aus Libyen und an der dortigen Grenzüberwachung beteiligt (Die italienische Regierung weigert sich seit zwei Jahren, dem Parlament darüber Auskunft zu erteilen. Der Technical-mission-Bericht der EU-Kommission zu Lybien führt dagegen die Details auf, vgl. Kapitel X). Die deutsche Regierung hat sich besonders Tunesien zugewandt und liefert dorthin Rüstungsmaterial, das auch für die Grenzüberwachung taugt. Ob die deutsche Regierung die Lager in Tunesien mitfinanziert, deren genaue Lokalitäten größtenteils geheim sind, verbleibt im Ungewissen. (Cutitta 2004)

18 Der französische Plan sieht die Schaffung eines zentralen Migrationsdienstes und einer eigenen Migrationspolizei vor. Eheschließungen sollen stärker kontrolliert und mehr Personen abgeschoben werden. Der Migrationsdienst hat alle betroffenen Verwaltungsbereiche in Innen-, Justiz-, Sozial- und Außenministerium zu koordinieren. Die neue Migrationspolizei soll sich vor allem aus Beamten der Luft- und Grenzpolizei (PAF) zusammensetzen, die um 600 Mann aufgestockt wird. »Sie wird sich ausschließlich mit der Aufdeckung von Schlepperbanden und mit der Abschiebung illegaler Einwanderer befassen«, sagte Villepin. Außerdem soll ein Zentralamt zur Bekämpfung der Schwarzarbeit eingeführt werden. Bestimmte französischen Konsulate sollen demnächst nur noch Visa mit biometrischen Informationen ausstellen. <<http://www.lefigaro.fr/france/20050511.FIG0128.html>>

اللي عنده سميد كل يوم عيد  
*Jeder Tag ist ein Festtag,  
wenn man Gieß im Haus hat*

## IX. Italien, Spanien: Abschiebungen und Lager

Schätzungen besagen, dass ungefähr 500.000 Personen jährlich die Passage über das Mittelmeer machen, mit dem Flugzeug, auf den Fähren und zu einem kleineren Teil auf den Holzbooten. (Civipol 2003:7ff.) 50.000 Boat People jährlich werden insgesamt ungefähr im Mittelmeer auf See oder direkt nach ihrer Anlandung aufgegriffen.<sup>19</sup>

Auf den süditalienischen Inseln (einschließlich Sizilien) ist die Zahl der auf dem Meer oder direkt nach der Landung Aufgegriffenen gestiegen, von 5.000 (2001) auf 18.000 (2002), und 14.000 (2003). Die entsprechenden Zahlen in Apulien (Boat People aus Albanien) und in Ost-Kalabrien (große Flüchtlingsschiffe aus dem östlichen Mittelmeer) sind dagegen sehr zurückgegangen. (Cuttitta 2004). Als Gesamtzahlen der »Clandestini«, die in Italien angelandet und gleich aufgegriffen wurden, werden genannt: 26.817 (2000), 14.331 (2003).

Italien hat mit 28 Staaten Rückübernahmeabkommen abgeschlossen, Verhandlungen laufen mit weiteren 17 Staaten (Stand 2004). Mit der libyschen Regierung hat Rom geheime Abkommen der Zusammenarbeit und Rückübernahme abgeschlossen.

Laut italienischem Innenministerium sind in 2004 105.662 Personen heimlich in das Land eingereist, fast genau so viel wie im Vorjahr. Von diesen wurde die Hälfte (59.965) aus dem Land gebracht: 24.528 seien im Grenzbereich aufgehalten und zurückgewiesen worden, 2.563 von der Polizei abgeschoben worden, 16.270 an die Grenze zurückgeführt worden, 930 abgeschoben aufgrund einer richterlichen Entscheidung, 7.996 aufgrund von Rückübernahmeabkommen in die jeweiligen Herkunftsländer gebracht worden. (Staatsangehörige aus Marokko, Tunesien und Albanien werden, wenn sie in Küstennähe festgenommen werden, umgehend zurückgeschoben.) Gegen alle anderen Sans Papiers, die im Landesinneren bzw. weiter im Norden festgenommen werden, werden Abschiebeverfahren eingeleitet, und meist gestalten sich Abschiebungsvorhaben

19 Um diese und die folgenden Zahlen in europäischen Vergleich zu setzen, seien die Abschiebestatistiken aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien zitiert. Deutsche Behörden schoben 2003 allein auf dem Luftweg 23.944 Flüchtlinge und MigrantInnen ab (BT-Drucksache 15/2564); die französische Regierung will das Ziel von 20.000 Abschiebungen in 2005 erreichen (Frankreich 2005); die britischen Behörden haben in 2002 65.460 Personen abgeschoben. (Großbritannien, Innenministerium, 28.8.2003, laut NCADC (National Coalition of Anti-Deportation Campaigns), August 2003)

schwierig.<sup>20</sup> Ein Teil der Festgenommenen und in Abschiebehaft Genommenen muss früher oder später freigelassen werden.

Das ist die Gesamtsituation, die die italienische Regierung seit 2003 von Grund auf verändern will. Zum einen sollen durch die verschärfte Überwachung des Mittelmeers und der gegenüberliegenden Küsten kaum noch Boat People ankommen. Zum anderen sollen diejenigen, die die Überfahrt trotzdem schaffen, auf den süditalienischen Inseln solange in Abschiebehaft genommen werden, bis sie von dort aus nach Libyen und in andere nordafrikanische Länder zurückgeschoben werden. Das Abschiebelager auf Lampedusa zeigt diese Entwicklung: Es wird von Carabinieri bewacht, und inzwischen hat sogar der UNHCR Schwierigkeiten, die dortige Situation zu überprüfen. Mittlerweile werden in Süditalien drei neue Abschiebelager gebaut: Sie liegen in Bari, Foggia und Trapani und sollen um die 1.000 Personen aufnehmen. (AFP, Rom 11.11.2004)

In beiden Aspekten – der Meerüberwachung und den Großlagern im italienischen Süden – gelang Rom der Durchbruch in der geheimgehaltenen Zusammenarbeit mit Libyen. (Erst über den Bericht der Technischen Delegation der EU-Kommission gelangten die Details dieser Zusammenarbeit an die Öffentlichkeit.) Anfang Oktober 2004 schoben die italienischen Behörden über 1.000 Boat People von Lampedusa nach Lybien ab, die keinerlei individuelle Rechte geltend machen konnten. Es war nicht einmal bekannt, aus welchen Herkunfts- und Transitländern die Abgeschobenen gekommen waren. Da Libyen die Genfer Konvention nicht unterzeichnet hat, kein adäquates Asylverfahren garantiert, über eigene Lagerkomplexe verfügt und Flüchtlinge wie MigrantInnen, die seit Jahren in dem Land gearbeitet haben, in die Wüste oder auch per Flugzeug in die Herkunftsländer abschiebt, war die italienische Kollektivabschiebung ein

20 Laut dem Jahresbericht 2004 des italienischen Rechnungshofs (Corte dei Conti) haben italienische Behörden im Migrationsbereich für »Kontrastaktivitäten« – d.h. Abschiebehaft, Abschiebungen etc. – 2002 65,5 Millionen Euro, in 2003 164,8 Millionen Euro (ohne Notstandsmittel 115,5 Millionen Euro, davon 34 Millionen Euro für den Betrieb von Abschiebegefängnissen, CPT) ausgegeben. In 2004 wurden 49,7 Millionen Euro für die CPTs ausgegeben: 40,8 Millionen Euro für ihre Verwaltung, der Rest für Instandhaltungsarbeiten. Hinzu kamen 26,3 Millionen Euro für 800 Polizisten, Carabinieri und Beamte der Guardia di Finanza, die mit der Bewachung der CPTs beauftragt waren. Die tatsächlichen Zahlen sind noch höher, da auch ein Teil der Integrationsmittel de facto in das private Geschäft der Abschiebeknäste und Abschiebungen fließt. Diese Mittel sind, wie übrigens auch die Integrationsmittel, insofern gedeckt, als die staatlichen Lohnnebenkosten- und Zwangsgeld-Einnahmen von Flüchtlingen und MigrantInnen diese Beträge übersteigen. (Corte dei Conti 2005; Martin 2003:78) Im Jahresbericht 2004 des italienischen Rechnungshofs heißt es weiterhin, dass in den italienischen Abschiebegefängnissen 2004 15.647 Personen inhaftiert waren, von denen 7.895 abgeschoben wurden.

eklatanter und bewusster Bruch der Genfer Konvention. Ein Bruch des Non-Refoulement-Verbots, das die Abschiebung in Länder verbietet, die keinen (asylrechtlichen) Schutz von Leben und Freiheit gewährleisten. Mit dem Refoulement griff die italienische Regierung auf die Arrest- und Abschiebe-Infrastrukturen Libyens zu. In der Tat konnten Wochen später Flüchtlinge in Niger und Ghana einigen Reportern über ihre Kettenabschiebung aus Lampedusa via Tripolis und über Mitabgeschobene berichten, die ebenfalls wie sie in der Sahara ausgesetzt wurden und umgekommen waren. (Vgl. die Beiträge von Fabrizio Gatti und Thomas Hohlfeld/Dirk Vogelskamp in diesem Heft).

Wenige Tag nach der ersten italienischen Kollektivabschiebung, am 11. Oktober 2004, räumen die in Luxemburg tagenden EU-Außenminister die politischen Hindernisse für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Libyen beiseite. (vgl. Kap. VI) Nachdem Lybien so wieder EU-salonfähig geworden ist, gehen die Kollektivabschiebungen von Italien nach Libyen in großer Geschwindigkeit weiter.

März 2005: Italienische Behörden haben zum dritten Mal in sechs Monaten Boat People von Lampedusa nach Libyen abgeschoben und dabei wieder das internationale Recht eklatant verletzt – so dass Verbot von Refoulement, von Kollektivabschiebungen, von unmenschlicher und entwürdigender Behandlung. Während inzwischen UNHCR, amnesty international und andere Menschenrechtsorganisationen diese italienischen Abschiebungen nach Libyen verurteilen, gibt die EU-Kommission der italienischen Regierung für diese Praxis – die auch EU-Recht offen verletzt – Rückendeckung. Das Europaparlamente und zahlreiche Organisationen rufen die EU-Instanzen auf, die italienische Regierung deswegen zu rügen, diese Menschenrechtsverletzung zu beenden und zu sanktionieren.<sup>21</sup> (<http://pajol.eu.org/IMG/pdf/complaint-lamp-en.pdf>)

Am 11.5.2005 stoppte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg vorerst die Abschiebung von elf Bootsflüchtlingen aus Italien nach Libyen. »Grundlage seines vorläufigen Stopps war der Einspruch eines italienischen Anwalts gegen die Abschiebung von 79 Flüchtlingen, die im März in Lampedusa angekommen waren. Sie sollten, wie schon gut 1.000 vor ihnen, umgehend nach Libyen zurückverfrachtet werden. Der Einspruch gründete darauf,

21 Amnesty International, french section, France; ANAFE (Association nationale d'assistance aux frontières pour les étrangers), France; APDHA (Association Pro Derechos Humanos de Andalucía), Spain; ARCI (Associazione Ricreativa e Cultura Italiana), Italy; ASGI (Associazione per gli Studi Giuridici sull'Immigrazione), Italy; Cimade, France; FASTI (Fédération des associations de solidarité avec les travailleurs immigrés), France; FIDH (Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme); FIDH-AE (FIDH-Association Européenne); GISTI (Groupe d'information et de soutien des immigrés), France; ICS (Consorzio italiano solidarietà), Italy; LDH (Ligue française des Droits de l'Homme), France; SOS-Racismo, Spain.

dass Libyen keine menschenrechtskonforme Behandlung der Flüchtlinge gewährleiste und Italien sich zudem der international geächteten Kollektivabschiebung ohne Einzelfallprüfung schuldig mache. Der bisherige Gang des Verfahrens in Straßburg scheint gerade diesen zweiten Verdacht nachdrücklich zu bestätigen. Vom Gericht um Auskunft über den Verbleib der 79 ersucht, teilte das Innenministerium nur mit, das 14 zurückgeschickt worden seien und 11 vor der Abschiebung stünden. Über den Verbleib der anderen 54 konnten die italienischen Behörden keine Angaben machen – Indiz dafür, dass von detaillierter Einzelfallprüfung keine Rede sein kann.« (taz, 13.5.2005)

Aber die Abschiebungen gehen weiter. Am 10. August wurden im Entstehungszeitraum dieses Artikels letztmalig wieder 65 MigrantInnen (aus Ägypten) von Lampedusa per Charter-Maschine nach Lybien abgeschoben. Für die erste Kollektivabschiebung von Lampedusa im Oktober 2004 waren Militärmaschinen genutzt worden. Laut dem italienischen Innenministerium gab es seit Januar 2005 bis zum 10. August 61 Charter-Abschiebungen, mit denen 4.137 Menschen abgeschoben wurden, hauptsächlich aus Rumänien (1920) und Ägypten (1890). (La Repubblica, 10.8.2005) Soweit der Stand der Abschiebepaxis in Italien, vor dem Hintergrund der neu entwickelten Kooperationen mit dem vormaligen »Schurkenstaat« Lybien.

Mit Blick auf den anderen »Frontstaat« an der südlichen EU-Außengrenze, Spanien, ergibt sich folgendes Bild: Die Zahl der Boat People, die direkt vor oder nach ihrer Landung festgenommen wurden, lassen sich ungefähr mit den italienischen Zahlen vergleichen. Viel höher sind dagegen die Zahlen der Rückschiebungen (d.s. die Zahlen derjenigen, die direkt im Grenzbereich festgenommen und zurückgeschoben wurden) und die der Abschiebungen. Sie haben in Spanien sprunghaft zugenommen.

Ein Rückübernahmeabkommen haben Spanien und Marokko am 13. Februar 1992 unterzeichnet. Es sah die Rückübernahme auch von Drittstaatsangehörigen durch Marokko vor. In der Praxis funktioniert das meistens aber nicht. Marokko akzeptiert bisher nicht die formale Rückschiebung von Drittstaatsangehörigen, wohl aber das »wilde« Refoulement, d.h. die illegale Abschiebung direkt an den Zäunen von Ceuta und Melilla: Aufgegriffene werden durch eine Tür im Zaun einfach wieder nach draußen geschoben. Diese Praxis verletzt alle grundlegenden internationalen und spanischen Gesetze zu Flüchtlingen und Menschenrechten. Laut Guardia Civil haben im Laufe des Jahres 2004 rund 50.000 Versuche der Zaunüberwindung bei Ceuta und Melilla stattgefunden. (apdha 2004) (Zu den Flüchtlingslagern bei Ceuta und Melilla als Vorposten der EU in Nordafrika vgl. Kapitel VII und X).

Aufgriffe von Boat People durch spanische Behörden und Abschiebungen/  
Rückschiebungen aus Spanien – die Angaben zu 2004 basieren auf Schätzungen.  
(apdha 2004, S. 12f.)

	2001	2002	2003	2004
Kanarische Inseln	4.112	9.875	9.382	9.800
Meerenge Gibraltar	14.405	6.795	9.794	10.400
<b>Summe</b>	<b>18.517</b>	<b>16.670</b>	<b>19.176</b>	<b>20.200</b>
Ab-/Rückschiebungen	45.544	77.113	96.679	102.000

Auf den Kanarischen Inseln sind in den letzten Jahren vier Abschiebelager mit insgesamt 1.950 Plätzen entstanden. Ähnlich wie auf den süditalienischen Inseln handelt es sich um Einrichtungen auf Flugplätzen oder auf ehemaligen Militärbasen, sie werden paramilitärisch bewacht, nationale und internationale humanitäre Organisationen haben keinen oder nur sehr erschwerten Zugang zu diesen Orten. Ganz offensichtlich dienen auch diese überaus großen Anlagen in Südspanien dazu, dass Flüchtlinge und MigrantInnen nicht mehr regelmäßig von der Peripherie der EU in Aufnahmelager im Landesinneren und später eventuell in die europäischen Großstädte gelangen können. Vielmehr werden sie summarisch dort in Haft genommen, damit zumindest diejenigen sofort abgeschoben werden können, deren Herkunftsländer die Rücknahme akzeptieren.

Abschiebungen direkt von den Kanarischen Inseln, laut spanischer  
Immigrations- und Migrationsabteilung (ai 2005b: 83)

2002	2003	2004
5.248	4.826	2.631

Die Abschiebezentren in Fuerteventura und Lanzarote hat Human Rights Watch 2002 aufgesucht und berichtet, dass die Haftbedingungen härter als die gesetzlich vorgeschriebenen sind. Es herrscht eine Totalisolierung; für die Inhaftierten gibt es weder Telefonier- noch Besuchsmöglichkeiten; sie können die Gebäude nicht verlassen und keine Bewegungsübungen im Hof machen. Die Zentren sind überbelegt. Ärzte wohltätiger Organisationen haben 2002 aufgehört, in den Zentren zu arbeiten, um damit auf die sanitären Verhältnisse aufmerksam zu machen, die »sehr beunruhigend« seien. (hrw 2002)

Auf die kanarischen Abschiebegefängnisse ist ai (amnesty international) im Juni 2005 kritisch in einem Bericht eingegangen, der von der Erkenntnis getragen ist, dass die Lage der Flüchtlinge und MigrantInnen in den EU-Außenregionen mehr und mehr brutalisiert wird und von Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist. (ai 2005b) Ausführlich wird auf das Abschiebegefängnis El Matorral

auf Fuerteventura eingegangen. Berichte von Flüchtlingen und genaue Beschreibungen der Lokalität und mancher bürokratisch-polizeilicher Prozeduren sind in den Bericht aufgenommen, im Folgenden seien die Beschreibungen zu El Matorral auszugsweise vorgestellt. (ai 2005b:72ff.) Das Zentrum El Matorral wurde als »Aufnahmestelle für Ausländer« im Mai 2002 auf dem Flughafengelände eröffnet. Schriftliche Kriterien darüber, wer in dieses Lager einzuweisen ist, gibt es nicht. Vorher wurden festgenommene Boat People in einem alten großen Gepäckraum des Flughafens untergebracht, ausgelegt eigentlich für bis 50 Personen, tatsächlich ist er öfter mit 400, ja sogar mit 500 Leuten überfüllt gewesen. Es gab nur drei kalte Duschen und vier Toiletten, niemand durfte den Raum verlassen. Besucher, AnwältInnen oder Vertreter humanitärer Organisationen waren nicht zugelassen. Flüchtlings- und MigrantInnen-Hilfsorganisationen wie CEAR, SOS Racism, MSF, die apdha (Asociación pro Derechos Humanos de España) und die Asociación de Trabajadores Marroquíes en España (Verein marokkanischer Arbeiter in Spanien) haben diese Zustände wiederholt kritisiert. Daraufhin hat die Regierung das alte Flughafenlager geschlossen und im Mai 2002 das Zentrum El Matorral eröffnet. Dieses besteht aus fünf Gebäudeteilen und kann 1.200 Personen aufnehmen. Um das Lager leiten zu können, rekrutieren die Behörden zehn »Chairmen« aus der Flüchtlingsbevölkerung. Diese werden für ihre Vermittlungsarbeit nicht bezahlt, erhalten aber bessere Schuhe, doppelte Essensrationen und eine bessere medizinische Versorgung. Die Gefangenen werden nach ihrer Ankunft besonders harten Haftverhältnissen unterworfen, Zeugen haben die Zellen der ersten Station innerhalb des Lagers als Tierkäfige beschrieben. (*La Vanguardia*, 25.5.2004) Auf der zweiten und dritten Folgestation werden sie nach Herkunft und anderen Kriterien getrennt.

Den Hof können die Gefangenen zwei Stunden morgens und zwei Stunden abends nutzen. Es gibt dort allerdings keinen Schutz vor Sonne oder Regen, auch gibt es dort keine Sitzgelegenheiten. Ansonsten sind die Häftlinge in ihre Zellen eingeschlossen. Sie berichteten den Vertretern von amnesty international, dass sie von Polizisten geschlagen werden. Die medizinische Versorgung ist äußerst schlecht.

Die fünfte Station ist für massenhafte Notunterkunft gedacht, wenn mehrere hundert Menschen auf einmal eingesperrt werden. Die Räume können jeweils 260 und 290 Personen aufnehmen. Die kleinen Fenster sind vergittert. Evakuierungsmöglichkeiten für den Notfall gibt es nicht. Es gibt nur neun Waschgelegenheiten und Toiletten sowie fünf Duschen. – Insgesamt erfüllt das Lager nicht die minimale Standardausrüstung, die nach internationalem Recht für Haftzentren vorgeschrieben ist, es bietet keine Beschäftigungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten, keine Ausstattung für Erziehungs-, Bildungs- und religiöse Aktivitäten, keine Bibliothek.

Nach internationalem und spanischem Recht ist vorgeschrieben, dass es Besuchs- und Kontaktmöglichkeiten nach außen geben muss. Aber Handys werden in El Matorral beschlagnahmt, und zur Kontaktaufnahme mit Familienangehörigen oder RechtsanwältInnen stehen nur vier öffentliche Telefone im Hof zur Verfügung, aber zum Hof gibt es nur eingeschränkten Zugang. Zum Telefonieren braucht man spanische Münzen oder Telefonkarten, für deren Erwerb muss man mit den Angestellten zunächst Geld tauschen. Flüchtlingsräte, NGOs und Medien haben keinen Zugang zu El Matorral. Die Öffnung der Tore von El Matorral für MSF und ai im Mai 2004 war eine Ausnahme.

Was Griechenland angeht, so sei auf den Bildbericht des »Solidaritätskomitee für die Flüchtlinge auf Chios« in diesem Heft verwiesen. Die Flüchtlingslager in der Ägäis sind vergleichsweise neu, und die dortigen Verhältnisse sind noch von bürokratischer Improvisation geprägt.

Die länderübergreifende Tendenz scheint in den europäischen Mittelmeerländern eindeutig zu sein: Die größten Aufnahme- und Abschiebelager der EU entstehen in diesen Jahren ganz im Süden Südeuropas. Sie bilden die eine Hälfte der neuen Abschiebe-Infrastruktur. Die andere Hälfte soll in Nordafrika entstehen, wenn es nach den Vorschlägen mancher EU-Innenminister geht.

خرج من بلدك و تعيش

*Verlass dein Heimatland  
und du wirst leben*

## X. Lager und neues Grenzregime in Nordafrika

Neben den propagandistischen Verfechtern der Lager an der EU-Außengrenze ab 2003 – Blair, Pisanu, Schily – ist es die EU-Verwaltung selbst, die mit der Vergabe von Machbarkeitsstudien und Rechercheaufträgen zur Flüchtlingsroutenforschung die Lagervorhaben in den letzten Jahren mit vorangetrieben hat. Die »geschlossenen Aufnahmezentren für Asylbewerber« an den EU-Außengrenzen stehen als konkret anzustrebendes Ziel erstmals im Jahr 2003 in einem EU-Dokument. (EU-Kommission 2003b) In diesen Zentren sollen innerhalb eines Monats Asylschnellverfahren durchgeführt werden. Wie schon oben weiter ausgeführt, ist der jüngste Vorstoß, in Nordafrika exterritoriale Flüchtlingslager einzurichten, auf der politischen Ebene unter den EU-Staaten offiziell zur Zeit nicht konsensfähig. Auf der administrativen Ebene wird er jedoch weiter vorangetrieben (vgl. Kap. VIII), parallel zu der Planung von Lagern in den Herkunftsregionen (wie das EU-Pilotprojekt einer ersten Regional Protection Area, das die EU-Verwaltung im Juli 2005 starten will, siehe den Beitrag von Christopher Nsoh in diesem Heft). Faktisch bestehen bereits direkt oder indirekt von EU-Ländern finanzierte Haftzentren und Internierungseinrichtungen für Flüchtlinge, auf der Grundlage

von bilateralen Abkommen (z.B. das Geheimabkommen Italien-Lybien, dessen Finanzierung lybischer Lager durch Italien mit dem Bericht der Technischen Delegation der EU-Kommission aufgedeckt wurde), oder als längst existierende Abschottungs-Vorposten. (siehe Ceuta und Melilla)

Zu allen nordafrikanischen Ländern unterhält die EU im Rahmen des Barcelona-Prozesses formale Beziehungen auch in der Frage der Flüchtlings- und Migrationspolitik – mit der Ausnahme Libyens. Die formalen Beziehungen gestalten sich oftmals widersprüchlich und zäh. Auf den Vorschlag Otto Schilys, in den nordafrikanischen Ländern EU-Auffanglager einzurichten, reagierten auch einige nordafrikanische Staaten ablehnend: »Nach Marokko hat jetzt auch Algerien als zweiter Maghreb-Staaten die Anregung abgelehnt, in Nordafrika Auffanglager für Flüchtlinge einzurichten. Außenminister Abdelaziz Belkhadem sagte nach Angaben der örtlichen Presseagentur APS dazu jetzt in einer ersten offiziellen Stellungnahme: »Algerien kann es nicht akzeptieren, in einem Maghreb-Land Lager zu haben, in dem illegale Auswanderer geparkt werden, während ihre Zulassungsanträge in einem europäischen Land geprüft werden.« (FAZ 26.10.2004)

Die Zusammenarbeit Italiens und Maltas mit Libyen in der Abschiebe- und Grenzüberwachungspolitik kommt seit 2003 dagegen einem regelrechten Durchbruch gleich. Bilaterale Aktionen der Kettenabschiebung und Lagerpolitik wurden dort auf Antrieb möglich, die in den anderen Ländern noch in der jahrelangen formalen Verhandlungsphase stecken.

Ein Blick in die Geschichte ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. 1845 schrieb ein französischer Offizier während der kolonialistischen Inbesitznahme Nordafrikas: »Im Wesentlichen handelt es sich nämlich darum, dieses Volk neu zu gruppieren, das überall und nirgends ist, man muss es richtig in den Griff kriegen. Wenn wir es unter Kontrolle gebracht haben, können wir vieles angehen, was heute noch unmöglich ist, und vielleicht werden wir uns ihres Geistes bemächtigen, nachdem wir uns ihres Körpers bemächtigt haben.« (zit. n. Bourdieu 1964)

Wenn in Nordafrika auf europäische Initiative hin Flüchtlingslager errichtet werden, wäre die Kolonialfrage nochmals zu diskutieren. Lager zielen nicht nur auf die Isolierung der Eingesperrten, sondern auf den gesellschaftlichen Körper. Handelt es sich – nach der offiziellen Diktion – um die »externe Dimension« der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik, deren brutalsten Aspekte dorthin »externalisiert« werden, dann wird erneut das Schema produziert von dem »zivilisierten« Zentrum und der »gewalttätigen«, »wildem« Peripherie.

Die furchtbare Geschichte der Lager in den nordfranzösischen Kolonien war über Jahrzehnte verdrängt. Derzeit wird sie wiederentdeckt. Das Frühwerk von Pierre Bourdieu und Abdelmalik Sayad über die systematische »Entwurzelung« der algerischen Bevölkerung zur Zeit des Unabhängigkeitskampfes erscheint wie-

der. (Bourdieu 1964) Zwei Millionen Menschen, das war damals ein Viertel der damaligen muslimischen Bevölkerung Algeriens, wurde in Wehrdörfer umgesiedelt, Abertausende starben in der Folge an Unterernährung und grassierenden Krankheiten.

In Ostmarokko errichteten die französischen Truppen schon seit Ende der 1930er Jahre Lager, in die sie Spanienkämpfer aus dem Bürgerkrieg und muslimische Bevölkerungen verschleppten, die sie des Widerstands verdächtigten. Arbeitslager, Straflager und Internierungslager entstanden so längs der marokkanisch-algerischen Grenze, vom Mittelmeer bis weit in die Sahara hinein.

»Wie können Sie die Konzentrationslager vergessen, die die italienischen Kolonialisten in Libyen gebaut und in die sie Ihre große Familie, die der Obeidat, verschleppt haben? Warum fehlt Ihnen das Selbstbewusstsein, warum verweigern Sie sich nicht?« fragte der libysche Intellektuelle Abi Elkafi kürzlich in einem offenen Brief an den libyschen Botschafter in Rom. Der hatte die aktuelle Ausrichtung des Landes gen Westen mit eingeleitet. »Ich schreibe Ihnen wegen der widerlichen neuen Konzentrationslager, die auf Veranlassung der Berlusconi-Regierung auf libyschem Boden errichtet werden.«

Im Juni 1930 hatte der italienische Gouverneur Libyens, Marschall Petro Badoglio, einen Großteil der damals 700.000 BewohnerInnen des Landes internieren lassen. In den Wüsten-KZs starben in zwei Jahren mehr als 100.000 Menschen an Hunger und Krankheiten. Zur gleichen Zeit rüstete Badoglio die 300 Kilometer lange libysche Grenze zu Ägypten mit einem stacheldrahtbewehrten Zaun auf. Mit diesen Maßnahmen zerschlugen die italienischen Kolonialisten den libyschen Widerstand. Das war ihnen jahrelang nicht gelungen, nicht mit Bombardierungen der Dörfer und Oasen aus der Luft und auch nicht mit dem Einsatz von Giftgas. Die derzeitige italienische Regierung lacht über jede Entschädigungsforderung, schreibt Abi Elkafi. (Vgl. die Bilddokumente in diesem Heft)

Erste glaubhafte Berichte über heutige Internierungslager in Libyen erreichten die westliche Presse vor vier Jahren. Im September und Oktober 2000 war es zu Pogromen gegen ArbeitsmigrantInnen in Libyen gekommen. 130 bis 500 SchwarzafrikanerInnen wurden in der Hauptstadt Tripolis und Umgebung erschlagen. Um den Hetzjagden zu entkommen, flohen tausende Bauarbeiter und Betriebsangestellte aus dem Niger, aus Mali, Nigeria und Ghana nach Süden. Viele von ihnen blieben in der Sahara an Straßenkontrollen hängen und landeten in libyschen Militärlagern. »Le Monde Diplomatique« berichtet in diesem Zusammenhang von mehreren Camps, in denen schon seit 1996 MigrantInnen und Flüchtlinge interniert seien. In einem sollen 6.000 Ghanaer und 8.000 Nigerer untergebracht worden sein. Der ghanaische Präsident Jerry Rawlings habe das Lager aufgesucht, um einige hundert Landsleute zurückzuholen. Der Somali Consultative Council appellierte am 22.2.2004 an Ghaddafi, »die somalischen

Flüchtlinge, die sich in Ihrem Land in Haft befinden und vor zwei Wochen in den Hungerstreik getreten sind, bedingungslos freizulassen und nicht nach Somalia in den Bürgerkrieg zurückzuschicken.« Anfang Oktober 2004 hat das italienische Staatsfernsehen RAI Aufnahmen aus einem libyschen Flüchtlingslager gezeigt. Hunderte Menschen waren in einem Hof zu sehen, schwer bewacht, und in den Baracken sollte es nicht einmal Schlafstellen geben. Aktuelle Berichte von Somalis, die jetzt aus Italien nach Libyen abgeschoben wurden, bestätigen die Existenz dieser Lager.

Hatte die libysche Regierung diese Camps ursprünglich eingerichtet, um Großprojekten im Süden (»die Wüste begrünen«) nach Bedarf Arbeitskräfte zuzuführen? Oder handelte es sich um Maßnahmen zur Flüchtlingsabwehr im Transit? Jedenfalls ließ die libysche Regierung schon vor einiger Zeit verlauten, dass unkontrolliert Einreisende möglichst im libyschen Süden festgesetzt und abgeschoben werden sollten.

Zu Libyen sei aus den aktuellen Berichten Amnesty Internationals Folgendes zusammengefasst: (AI 2004; AI 2005c) Die libysche Polizei führt seit längerem umfangreiche Verhaftungsaktionen gegenüber west-, zentral- und ostafrikanischen AfrikanerInnen durch. Über viele Misshandlungen wird berichtet. Die Haftbedingungen festgenommener Flüchtlinge und MigrantInnen in Libyen sind jämmerlich. Umfangreiche Abschiebungen finden regelmäßig ohne Ansehen der Rechtssituation der Betroffenen statt. Vor diesem Hintergrund müssen die Abschiebungen aus Italien und Malta als »a matter of serious concern« betrachtet werden. Libysche Polizisten waren in 2004/2005 in Lampedusa und haben dort mit den italienischen Behörden Flüchtlinge verhört. Amnesty International hat dagegen protestiert, da damit grundlegende Prinzipien des Flüchtlingsrechts verletzt werden.

Die libysche Regierung hat zwar die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien im Juni 2004 unterzeichnet (die deutsche Regierung weigert sich nach wie vor, dies zu tun), aber nicht die Genfer Flüchtlingskonvention und verfügt über keine Verfahren zur Anerkennung der Flüchtlingeigenschaft. Die libysche Regierung hat die Konvention der OAU zu bestimmten Aspekten des Flüchtlingsproblems in Afrika unterzeichnet, setzt aber beispielsweise die darin enthaltene Vorschrift zur Zusammenarbeit mit dem UNHCR nicht um. Die Regierung erkennt nicht an, dass es in dem Land Flüchtlinge gibt, und sieht keine Zuständigkeit des UNHCR für diese. Dem UNHCR ist es dort nicht erlaubt, seinem Mandat nach zu handeln. Der UNHCR, der in Libyen ein Büro unterhält, schätzt, dass sich in dem Land Ende 2003 12.000 Flüchtlinge befinden, unter ihnen 9.000 PalästinenserInnen und eine große Zahl von SomalierInnen, die hauptsächlich in Tripolis wohnen. Im UNHCR-Büro in Tripolis haben 2003 391 Flüchtlinge eine Asylanerkennung

beantragt, im ersten Halbjahr 2003 anerkannte der UNHCR 42 Flüchtlinge, sechs lehnte er ab.

Am 21.7.2004 haben die libyschen Behörden über 110 Personen nach Eritrea abgeschoben, wo sie Gefahr laufen, gefoltert zu werden. Nach ihrer Ankunft wurden sie festgenommen und in ein geheimes Gefängnis in Totalisolation gebracht.

Am 27.8.2004 versuchten die libyschen Behörden, 76 Eritreer, darunter sechs Kinder, abzuschicken. Einige von ihnen entführten jedoch das Flugzeug während der Abschiebung und zwangen es in der sudanesischen Hauptstadt Khartoum zur Landung, wo sie Asyl beantragten. Einige der Abgeschobenen bezeugten regelmäßige Misshandlung in Libyen, sie waren ohne Grund inhaftiert worden, hatten keinen Zugang zu Anwälten oder zur Asylanerkennung, ihre Habe war beschlagnahmt worden.

März 2005: Nach Medienberichten (ANSA News 21.3.2005) beginnt die libysche Regierung mit der Abschiebung von 882 aus Italien (Lampedusa) Abgeschobenen nach Ägypten. Das hat die ägyptische Botschaft in Tripolis bekannt gegeben. Libysche Behörden haben ebenfalls ägyptische Boat People im Küstenbereich festgenommen. Am 23.12.2004 schob Libyen Dutzende vom UNHCR anerkannte Flüchtlinge nach Äthiopien, Somalia und Liberia ab.

Die italienischen Abschiebe-Aktionen datieren in ihrer Planung aus dem Jahr 2003. Damals hat die italienische Regierung mit Tripolis das o.g. Geheimabkommen geschlossen, das sie bis heute nicht veröffentlicht hat. Dem Bericht der Technischen Delegation der EU-Kommission (Technical Mission to Libya on Illegal Immigration, 4. April 2005), die sich Ende 2004 in Libyen aufgehalten hat, lassen sich Einzelheiten entnehmen (siehe unten). Die ausbleibenden kritischen Reaktionen anderer EU-Staaten lassen vermuten, dass die italienische Regierung nicht eigenmächtig gehandelt hat. Da ist die Initiative Blairs, Schilys und Pisanus zur Errichtung von EU-Lagern in Nordafrika, die seit 2003 immer wieder in neuen Varianten vorgebracht wird. Und dann gibt es die informellen Aktivitäten Internationaler Organisationen in Libyen ebenfalls seit 2003/2004, die der italienischen Initiative den Boden bereitet haben dürften. Insbesondere ist hier das »Programme for the enhancement of transit and irregular migration management in Libya« (TRIM) zu nennen, das die IOM nach Forschungen im Lande seit wahrscheinlich 2003 und nach einer Technical Assessment Mission der IOM in Libyen im Oktober 2004 mit einem geplanten Volumen von 3,56 Millionen Euro auflegt. (IOM 2005: 26; EU-Kommission 2005b)

An die Öffentlichkeit gelangten Informationen über die libysch-italienische Kooperation nur bruchstückhaft. Im Herbst 2004 wird bekannt, dass Italien Zelte und Decken nach Libyen schickt und zwei neue Abschiebelager im Zentrum Libyens erbauen lässt. Der Mitarbeiter des Innenministeriums Alessandro Pansa: »Libyens Aufnahmezentren sind in einem solch armseligen Zustand, dass sie nicht

renoviert werden können, deswegen helfen wir ihnen, zwei neue Zentren in der Wüste zu errichten.« (AFP Rom, 11.11.2004)

Im Frühjahr 2005 veröffentlicht italienische Presse Inhalte aus dem Bericht der o.g. Technischen Delegation der EU-Kommission, die ersten belegten Informationen zu dem geheimen Kooperationsabkommen. »Wozu liefert Italien 1.000 Leichensäcke?« schreibt der römische Taz-Korrespondent am 30.4.2005. »Zwei Jahre nach dem Antimigrationsabkommen zwischen Italien und Libyen informiert der Bericht einer EU-Mission über katastrophale Zustände in den libyschen Lagern. Selbst elementare Menschenrechte der Flüchtlinge sind nicht garantiert. Lieferungen von 100 Schlauchbooten aus Italien nach Libyen, dazu sechs Geländewagen und drei Reisebusse, Nachtsichtgeräte und Unterwasserkameras, 6.000 Matratzen, 12.000 Wolldecken, aber auch 1.000 Leichensäcke – erstmals werden jetzt Details der engen Kooperation zwischen Italien und Libyen bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung von Libyen nach Europa bekannt. Rom lieferte danach nicht nur Gerät, sondern finanzierte auch etwa 60 Abschiebeflüge von Libyen in andere Staaten Afrikas und Asiens; außerdem bezahlte die italienische Regierung schon im Jahr 2003 ein Lager im Norden Libyens und gab Zusagen für die Finanzierung zweier weiterer Abschiebelager im Süden des Landes.

Gestern machte die italienische Wochenzeitung L'Espresso einen internen Bericht der EU-Kommission öffentlich, der die Eindrücke der Libyenreise einer ›Technischen Mission‹ mit Vertretern aus 14 EU-Staaten zusammenfasst – Eindrücke, die zeigen, wie Italien schon heute massiv die Verlagerung der Flüchtlingsabwehr inklusive Camps auf nordafrikanischen Boden betreibt. Eindrücke aber auch, die zeigen, wie dabei Menschenrechte unter die Räder kommen.

Im Sommer 2003 hatten Silvio Berlusconi und Muammar al-Gaddafi ihren Antiimmigrantenpakt geschlossen; seitdem ist die Zahl der an Italiens Küsten angelandeten Bootsflüchtlinge drastisch zurückgegangen; seitdem auch hat Italien mehrfach Hunderte von Immigranten direkt nach der Ankunft auf Lampedusa wieder per Flugzeug nach Tripolis zurückgeschafft. Immer aber weigerte sich die Regierung in Rom, den genauen Inhalt der Absprachen mit Libyen publik zu machen. Stattdessen gab es bloß die allgemeine Auskunft, alles gehe ›mensenrechtskonform‹ zu.

Den EU-Vertretern bot sich auf ihrer Reise im Dezember 2004 ein entgegengesetztes Bild. Sie berichten von Lagern, in denen Abschiebekandidaten in Gemeinschaftsräumen für 200 Personen untergebracht sind, wobei Männer, Frauen, Familien, Minderjährige ohne Begleitung zusammengepfercht werden. Sie berichten von libyschen Beamten, die direkt vor dem Besuch die Camps haben reinigen lassen; trotzdem aber seien nicht einmal niedrigste hygienische Standards erfüllt. Sie berichten von Lagerküchen, die offenbar schnell mit Obst und Gemüse aufgefüllt wurden – während die Gefangenen erzählten, dass sie mit

Wasser und Brot ernährt werden. In manchen Lagern sei die Zahl der Insassen vor dem Besuch schnell von 700 auf 250 gesenkt worden.

Vor allem aber stellte die EU-Mission fest, dass Ausländer- und Flüchtlingspolitik in Libyen völlig willkürlich erfolgt. »Die libyschen Behörden lieferten keinerlei Information über Prozeduren und Kriterien der Festhaltung. Anscheinend wurden viele der in den Lagern angetroffenen Immigranten auf rein zufälliger Basis festgenommen. Die Entscheidung über die Repatriierung der Immigranten in ihre Herkunftsländer erfolgt anscheinend auf der Basis von Nationalitätsgruppen, statt auf Basis einer detaillierten Einzelfallprüfung.« Italiens Regierung wird jetzt zu erklären haben, woher sie die Sicherheit nimmt, dass die 1.500 in den letzten zehn Monaten von Lampedusa nach Tripolis Abgeschobenen in Übereinstimmung mit der – von Libyen nie unterzeichneten – Genfer Flüchtlingskonvention behandelt werden; und wozu Rom 1.000 Leichensäcke nach Tripolis schickte. Steckt dahinter die Gewissheit, dass bei der Vorwärtsverteidigung Europas auf libyschem Boden reichlich Opfer anfallen?« (taz 30.4.2005)

Wie aus dem Bericht der Technischen Delegation der EU-Kommission konkreter hervorgeht, ist eines der Lager bereits mit italienischen Geldern im Norden des Landes errichtet, zwei weitere würden im Süden in Kufra und Sebha gebaut. Der 2005-Jahresbericht des italienischen Rechnungshofs (Corte dei Conti) nennt diesbezüglich die Lager in Gharyan (bei Tripoli) und in Sebha. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die EU-Vertreter bei ihren feldforschenden Besuchen einiger Lager mit dem Habitus von Menschenrechtsvertretern viele nicht-libysche Lagerinsassen individuell befragten. Sie stellten übereinstimmend fest, dass die Gefangenen rundum nicht wussten, warum sie festgenommen worden waren und wie lange die Haft dauern würde. Generell hatten diese keine Möglichkeit, Kontakt nach außen, etwa zu Familienangehörigen oder Anwälten, aufzunehmen. Der Bericht vermerkt weiter, dass sie nicht nach MigrantInnen oder Flüchtlingen unterschieden wurden. In der Bewertung heißt es dann aber nicht etwa, dass diese Fakten einer EU-Kooperation entgegenstünden. Im Gegenteil zeigten sich die EU-Reisenden geradezu begeistert über die Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit. Die EU-Vertreter in der Technischen Delegation der EU-Kommission – allesamt hochrangige Beamte aus den Innenministerien, aus Polizei, Grenzpolizei und Asylbehörden – zogen folgende Konsequenz aus den eklatanten Zuständen: Der Bericht empfiehlt mit allem Nachdruck, sofort und umstandslos die »Kooperationsangebote« Libyens anzunehmen.

In Libyen sollen in drei Jahren die Verhaftungen von Staatsangehörigen aus den Nachbarstaaten Niger, Sudan und Mali von 895 auf 4.308 angestiegen sein. (IOM 2005: 79) Ende 2004 gab der libysche Innenminister Mabruk kommentarlos bekannt, Tripolis habe in den vergangenen Wochen rund 40.000 »Migranten« außer Landes geschafft. Der Bericht der Technischen Delegation

der EU-Kommission gibt an, dass die libysche Regierung mit italienischen Geldern auf dem Luftweg 5.688 Personen abgeschoben hat, und zwar vor allem nach Ägypten, Ghana und Nigeria.

Wenn man die Abschiebestatistik untersucht, so wird man die Abschiebungen in die südlichen Nachbarländer Libyens genauer betrachten müssen. Denn viele BewohnerInnen der libysch-nigrisch-malischen Grenzregionen haben keine eindeutige Staatsbürgerschaft und keine entsprechenden Papiere. Familienbande und mobile Lebensweisen richten sich dort nicht nach den Grenzen, die der Kolonialismus gezogen hat. Außerdem gibt es dort bislang keine Grenzmarkierungen und -überwachungen. Im Gegenteil: die dortigen Bevölkerungen stellen den libyschen und anderen nordafrikanischen Polizeien und Militärs die nötigen Wüstenführer.

Die rigide Klassifizierung der Bevölkerung in Libyen nach ihrem Aufenthaltsstatus wird in den Grenzregionen soziale Verwerfungen hervorrufen, denn bislang konnten die Staaten dort nicht ihre Personenstandskriterien durchsetzen. Die mobile Lebensweise und die grenzüberschreitenden familiären Lebensverhältnisse sind für die dortigen Bevölkerungen überlebensnotwendig. Ein neues Grenzregime, wie auch in dem Bericht der Technischen Delegation der EU-Kommission anvisiert, richtet sich somit nicht nur gegen die Flüchtlinge und MigrantInnen in den libyschen Großstädten und auf den Erdöl- und Erdgasfeldern, und nicht nur gegen die lokalen Bevölkerungen rund um die Petroindustrie, sondern auch gegen die Wüstenbevölkerung. Lokale Aufstände im Süden machen seit vielen Jahren den nordafrikanischen Staaten zu schaffen.

Im August 2004 vermelden die Medien: ein Strategiepapier der Römischen Regierung sieht vor, dass italienisches Militär und diverse Polizeieinheiten mit Jeeps, Flugzeugen und Schiffen die Landesgrenzen Libyens mitüberwachen, also 2.000 km Küste und 4.000 km Wüstengrenzen. Ghaddafi fordert, dass Italien eine 3.000 km lange Autobahn längs der Küste für 3 Mrd. Euro baut, auch als Entschädigung für den Kolonialismus. (Berliner Zeitung 26.8.2004) Ab Mitte September 2004 sollen italienische Militärs und Polizeieinheiten mit den libyschen Behörden gemeinsame Grenz-Patrouillen aufnehmen. (FAZ 26.8.2004)

Die aktuelle systematische Einbindung Libyens und der südlichen Mittelmeerländer zielt auch darauf, die grenzüberschreitenden Fluchtwege zu zerschlagen. Die langen Routen über Mali, Niger und andere Länder in die Maghrebstaaten werden seit ungefähr 2003 ausgeforscht. Aus den Erkenntnissen entstehen, offensichtlich in Übereinstimmung mit den ausgreifenden US- und EU-Militärplänen zur Sahelzone, Schwerpunkte künftiger militärisch-polizeilicher Intervention. Von besonderem Interesse scheinen die Punkte zu sein, wo sich die Transsahara-Wege kreuzen und gabeln – es sind dieselben Orte, die für die Karawanen Jahrhunderte lang wichtig waren und auf die es die kolonialistische Wüstendurchdringung besonders abgesehen hatte.

Der Bericht der Technischen Delegation der EU-Kommission sieht die EU-Libyen-Initiative in diesem Sahel-Kontext. Konkret gehe es darum, dass die Kommission in einer Pilot-Initiative die Zusammenarbeit mit dem Niger auf dem Gebiet der Migration prüft und zu diesem Zweck eine Mission auf den Weg schickt. (EU-Kommission 2005b)

Ein Kapitel in dem Delegationsbericht ist als »Case Study« aufgemacht, zum Thema »The Niger-Libyan Connection« (EU-Kommission 2005b). Mit Material des ICMPD wird da die bilaterale Migrationslage in einem Umfeld von Schmuggel und Bevölkerungsexplosion (in der Wüste!) dargestellt. Der länderübergreifende Kampf gegen den im Nordniger angeblich agierenden Terrorismus könnte Libyen und Niger auch in der Migrationsbekämpfung und im Aufbau eines entsprechenden Grenzregimes zusammenbringen.<sup>22</sup>

Zu den Verhältnissen in den anderen nordafrikanischen Ländern lassen sich folgende disparate Notizen zusammentragen, die bislang nicht nur ein uneinheitliches Bild ergeben, sondern selbst auch disparat und unsystematisch Auskunft geben:

**Mauretanien** Im Mai 2005 hat die Gendarmerie in Zouérate, einer Bergarbeiterstadt 900 Kilometer nördlich von Nouakchott, eine Gruppe von 46 Sans Papiers aus Mali, dem Senegal, der Elfenbeinküste, Gambia und aus Indien festgenommen, die nach Marokko weiterreisen wollten. Fluchthelfer konnten nicht verhaftet werden. Schon 2004 wurden zahlreiche Sans Papiers aus dem Land in ihre Herkunftsländer mithilfe der IOM abgeschoben. (PANA 7.5.2005; <<http://www.angolapress-angop.ao/noticia-f.asp?ID=339215>>) Diese Meldung zeigt an, dass die IOM in weiter abgelegenen Ländern zu illegalen Mitteln greift: In den europäischen Staaten ist es weiterhin enorm schwierig, Sofortabschiebungen nach West-, Zentral- oder Ostafrika oder auf den südindischen Kontinent durchzuführen. Abschiebungen völlig ohne Papiere, nur mithilfe sofortigen Schmiergelds, sind in der EU derzeit noch nicht durchsetzungsfähig, die Ausnahmen, die es ohne Zweifel gibt, verletzen nationales und internationales Recht.

**Marokko** hat im Juni 2003 gesetzliche und institutionelle Neuerungen eingeführt: Ein neues Ausländergesetz nach Schengener Vorgaben, die Zusammenführung aller migrationspolizeilichen Angelegenheiten in einem »Migration- und Grenzkontrolle-Direktorat« und der Aufbau eines marokkanischen Migrations-Observatorium erfolgten zu diesem Zeitpunkt. (EU-Kommission, 2004b) Ein

22 »Since there is Government concern about rebels in the North of Niger and international concern about possible terrorist links, this could offer a ground for a common understanding of the desirability of control and of addressing the issue of illegal immigration.«

Bericht der UNO (UNHCR 2003) konstatiert, dass »es nicht genügend klare Informationen über den Flüchtlingsstatus bei den Behörden gibt, die die öffentliche Ordnung, die Grenzen zu Luft, zu Wasser und zu Lande zu kontrollieren haben, wie auch bei den Justizbehörden.« (UNHCR 2003)

Die statistischen Angaben zu Abschiebungen aus Marokko schwanken je nach Herkunft enorm. Einerseits heißt es, dass jährlich höchstens 23. bis 25.000 Transitflüchtlinge und MigrantInnen aus anderen afrikanischen Ländern Marokko durchqueren. Auf der anderen Seite soll es in 2004 116 Razzien und Abschiebungen von 56.000 Personen gegeben haben. Die kanarische Regierung hat kürzlich »angeboten, in Marokko Auffanglager für Jugendliche, denen dort eine Berufsausbildung ermöglicht werden soll, mit jährlich 1,2 Millionen Euro zu finanzieren. Marokko hat dem Vorschlag – er ähnelt einer früheren, unter anderem in Spanien kritisierten Anregung von Bundesinnenminister Schily – im Prinzip zugestimmt. Über Einzelheiten muss noch verhandelt werden.« (FAZ 4.8.2005)

Ceuta und Melilla: In den Wäldern vor den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla leben afrikanische Flüchtlinge und MigrantInnen seit Jahren in selbstgeführten Lagern. Von dort aus bereiten sie ihre Flucht über den EU-Zaun der Enklaven vor. (vgl. Kapitel VII) In immer häufigeren Abständen werden diese Lager nun von Polizei-Razzien heimgesucht. Die Folge sind nicht nur Verhaftungen und Abschiebungen, sondern auch eine drohende dauerhafte Trennung der Flüchtlinge von der lokalen Bevölkerung, die sich inzwischen kaum mehr traut, Wasser und Lebensmittel an die Vorbeikommenden gratis auszugeben oder zu verkaufen. Die französische Flüchtlingshilfsorganisation Cimade hat 2004 einen Bericht über die Flüchtlinge in Gourougourou veröffentlicht. (Cimade 2004) Amnesty International hat in einem Bericht 2005 auf die zunehmenden Razzien und Ausweisungen in Marokko kritisch hingewiesen. Im Detail heißt es dort auch, dass die strafverfolgenden Behörden dabei nicht nur Gewalt anwenden, sondern dass sie auch Folter in der Haft praktizieren. Auch in bestimmten Stadtteilen von Rabat und Oujda unternimmt die Polizei immer häufiger Razzien gegen Flüchtlinge und MigrantInnen.

Im Februar 2005 haben die Behörden der Stadt Nador das Lager Gourougourou bei Melilla geräumt, wo ungefähr 500 Flüchtlinge aus West- und Zentralafrika gelebt hatten, unter ihnen auch Frauen und Kinder. Im April 2005 haben strafverfolgende Behörden zwei Nigerianer nahe an der Grenze zu Melilla erschossen. (ai 2005) Seit Mai 2005 führt die Polizei ständig Razzien gegen das Lager Belyounech bei Ceuta durch. Am 5. Juli 2005 hat die Polizei dabei ungefähr 20 Flüchtlinge aus West- und Zentralafrika festgenommen. Weitere selbstgeführte Lager liegen im Norden in Tanger (Mesnana), im Süden in der Westsahara, gegenüber den Kanarischen Inseln, bei El Aioun und Dejla, und im Osten in Oujda. (apdha 2004)

Der meistgenutzte Weg von Transitflüchtlingen und -migrantInnen nach Marokko führt durch die Sahara nach Algerien, und von dort nahe der Mittelmeerküste über die Grenze in die marokkanische Stadt Oujda. Dort gibt es auf dem Universitätsgelände ein improvisiertes, von Flüchtlingen selbstgeführtes Lager zur kurzzeitigen Unterkunft. Von dort aus teilen sich die Wege entweder in Richtung marokkanische Großstädte, oder direkt an die Mittelmeerküste, oder eben in Richtung der beiden spanischen Enklaven. Über diese Stadt Oujda schieben die marokkanischen Behörden viele festgenommene Sans Papiers auch wieder ab, entweder auf dem Landweg nach Algerien, oder auf dem Luftweg nach Nigeria oder andere Städte. Die Grenze zwischen Algerien und Marokko ist derzeit noch geschlossen, aber die Bevölkerung und die Durchreisenden wissen sich zu helfen. Am 18.6.2005 veröffentlichte Le Journal eine Reportage über die Stadt und die Grenzverhältnisse, die hier im Folgenden gekürzt wiedergegeben wird. Man muss sich vor Augen halten, dass staatliche Willkür, Abschiebungen, Razzien gleichzeitig stattfinden mit Schmuggel, Nischenökonomie und informellem Reiseverkehr über unkontrollierte Pisten jenseits der geschlossenen Grenzkontrollpunkte.

Oujda, die Hauptstadt des marokkanischen Ostens, liegt 15 Kilometer von der algerischen Stadt Maghnia entfernt. Man hofft auf eine baldige Grenzöffnung, auf den Wiederaufschwung des Handels und darauf, dass sich Familien wiedersehen können. Es gibt viele Familienbande über die Grenze hinweg zwischen Oujda und Oran, Tlemcen oder Maghnia. Bislang sind die Leute aus Oujda gezwungen, das Flugzeug über Casablanca zu nehmen, um auf die andere Seite zu kommen. Das kostet [umgerechnet] 300 Euro. Aber auch wenn die Grenzen jetzt noch geschlossen sind, sind die Straßen Oujdas voll mit algerischen Touristen. Dasselbe gilt auch für die Leute aus Oujda, die für [umgerechnet] 100 Euro hin und zurück nach Oran fahren, und zwar mit den berühmten Renault 18 der Schmuggler und Schleuser.

Das grenzüberschreitende Business ist in den 10 Jahren der Grenzschließung nie verschwunden. Ganz im Gegenteil. Das Brot, das man in Oujda isst, kommt aus den Bäckereien Maghnias. Das algerische Benzin nutzt die lokale Bevölkerung. Es kostet nur halb so viel wie an der marokkanischen Tankstelle. Die Zigaretten »made in Algeria« machen den Schmuggel-Zigaretten der US- und der spanischen Firmen Konkurrenz. Die Lebensmittel und Medikamente, die Elektrogeräte und Autos aus Algerien sind viel begehrt als die in Marokko legal verkauften Artikel. Auf die algerische Seite der Grenze gelangen Früchte, Oliven, Textilien, Schuhe und Haschisch aus Marokko. Die Grenze ist also porös in beide Richtungen. Tausende Jugendliche leben von diesen Geschäften.

**Algerien** El Watan meldet am 13.7.2005: 3.234 »klandestine Migranten« wurden von der nationalen Gendarmerie im ersten Halbjahr 2005 an der algerischen

Südgrenze festgenommen. Von diesen blieben 815 länger in Haft, 175 wurden auf freien Fuß gesetzt und 2.244 abgeschoben. Unter den Festgenommenen waren 316 Asiaten, darunter 136 Syrer, 88 Inder, 51 Bengalen und 41 Pakistanis. Aus den beiden südlichen Nachbarstaaten Niger und Mali kamen 1.521 beziehungsweise 674 Personen. Aus diesen statistischen Angaben wird nicht deutlich, ob es sich bei den Festgenommenen aus Niger und Mali tatsächlich um Süd-Nord-Flüchtlinge handelt oder aber um lokale, mobile Sans-Papiers-Bevölkerungen, die sich nicht an die Grenzvorschriften halten. Die nationale Gendarmerie setzt bei Tamanrasset in Südalgerien biometrische Kontrollgeräte ein, erhält aber im Unterschied zu den marokkanischen Behörden bislang keine Unterstützung aus der EU bei ihrem Kampf gegen die illegale Einreise.

Unruhen in Tamanrasset, dem wichtigsten Ort in Südalgerien: El Watan berichtet am 12.7.2005, dass wütende Jugendliche die Stadt Tamanrasset plündern. Die Stadt liegt 2.000 Kilometer südlich von Algier. Die Region erlebt seit drei Tagen eine Protestwelle aufgrund von »schlechtem Milieu, Arbeitslosigkeit und der Verteilung von Wohnungen, die als ungerecht beurteilt wird«. Andere sagen, dass die Unruhen auf fehlendes Engagement und wenig Präsenz lokaler Behörden zurückzuführen ist. Ein großer Teil des Gebäudes des Provinzparlaments (Volksversammlung des Wilaya) ist vorgestern in Brand gesetzt worden, wie auch die Sitze der Moudjahidin-Partei, der Jugend-, Sport-, Handels- und Transportverwaltung. Ebenso erging es dem Sitz der Sonarem (Leitung der Bergwerke) und dem Arbeitsamt. Ein Fahrzeug der Enor (Gesellschaft der Goldminen des Hoggar-Gebirges) ist abgebrannt und ein weiteres entwendet worden. »Am Montag schien Tam (Tamanrasset) wie im Ausnahmezustand zu sein. Fast kein Verkehr auf den Straßen der Stadt, mehr und große Spannung«, heißt es. Von außerhalb der Stadt sind noch immer Rauchfahnen zu sehen. Bewohner der Innenstadt raten in Telefongesprächen davon ab, dass man derzeit in die Stadt kommt. Schließlich wurde der große Markt gebrandschatzt, aber gleichzeitig heißt es, dass Händler die Wütenden beruhigen konnten. Es sollen Kinder, und nicht Jugendliche sein, die am Montag das Handelszentrum in Brand gesteckt haben. Verhandlungen der Behörden mit den Aufgebrachten hätten noch nichts ergeben. Unruhen hatte es Anfang Juli 2005 auch in Béchar im Südwesten Algeriens gegeben, nachdem der Strom ausgefallen war.

AP Algier meldet am 11.5.2005, dass Frankreich und Algerien ein Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit abgeschlossen haben. Die Kooperation erstreckt sich auf den Kampf gegen den Terrorismus, das organisierte Verbrechen, den Handel mit Drogen und Fahrzeugen sowie gegen die »klandestine Migration«. Im Wesentlichen handele es sich um einen ständigen Datenaustausch über den Personenverkehr. Außerdem unterstützt die französische Regierung den Aufbau einer Polizeischule in Tamanrasset in Südalgerien.

Die Wegeverhältnisse, denen die Transitflüchtlinge in der Sahara ausgesetzt sind, seien an einem aktuellen Beispiel erläutert: El Watan schreibt am 5.7.2005, dass eine Gruppe, die Waffen aus dem Norden Malis nach Algerien schmuggeln wollte, am letzten Donnerstag von Einheiten der algerischen Nationalen Volksarmee (ANP) zerschlagen wurde. Mindestens dreizehn Terroristen und ein Offizier der ANP kamen bei dieser Operation um, ein Helikopter wurde beschädigt. Es hat sich um einen Konvoi von drei Fahrzeugen gehandelt, die aus Kidal im Norden Malis in die Region Bordj Badji Mokhtar fuhren. Kampfhelikopter haben den Konvoi aufgespürt, noch bevor er die algerische Grenze erreicht hat. Eine intensive Bombardierung folgte dann, die Fahrzeuge wurden zerstört. Raketengeschosse haben aber einen Helikopter getroffen, und ein ANP-Offizier erlag auf dem Weiterflug nach Algier seinen Verletzungen. Die ANP-Militärs haben Verstärkung angefordert, die dann die Leichen identifiziert haben. Es hat sich um eine Bande aus Taoudenni gehandelt, die nach den Salzminen Taoudenni genannt werden, die in der Provinz Timbuktu liegen, und setzten sich aus Mitgliedern der algerischen GSPC und aus Hinzugestoßenen aus Mali, dem Niger und aus Mauretanien zusammen. Diese Gruppe war von Abderrazak El Para, sein wirklicher Name: Amar Saïfi, gegründet worden, der sich in algerischer Haft befindet, nach der Entführung von 32 westlichen Touristen Ende 2003 im Süden des Landes. 14 von ihnen waren in den Norden Malis verbracht worden, bevor die deutsche Regierung 5 Millionen Euro für ihre Befreiung bezahlte. El Para war von den tschadischen Rebellen gefasst und den algerischen Behörden ausgeliefert worden. Danach hat Mokhtar Belmokhtar die Führung übernommen und die Kontakte zu Schmugglern und mit Honoratioren der Targuis in der Region ausgebaut. Die Targuis sind völlig verarmte Stämme in der Region. Vor wenigen Monaten hat Mokhtar Belmokhtar eine Versammlung mit 200 Personen in der Nähe der Salzminen von Taoudenni abgehalten, wo die Geiseln längere Zeit festgehalten worden waren. An dieser Versammlung haben sehr bekannte Schmuggler der Region teilgenommen, und man muss hierbei an das Bündnis zwischen den Schmugglern und der GSPC erinnern. Die Schmuggler versorgen die GSPC mit Benzin und dienen ihnen als Führer, dafür sichert ihnen die GSPC freie Fahrt auf den Straßen. Die Operation der algerischen Nationalen Volksarmee (ANP) ist die zweite dieser Art in dieser Region. Die erste fand im Sommer 2003 bei In Salah statt, auch damals wurde ein Waffenkonvoi vollständig zerstört. Die jetzige Operation findet zeitgleich zu dem Manöver statt, an dem Spezialeinheiten der ANP seit Anfang Juni mit US-amerikanischen Truppen und Militärs aus sieben anderen Ländern des Sahel teilnehmen. Mit dem Manöver sollen Militärtaktiken geübt werden, um gemeinsam die Sicherheitszonen der Sahara besser unter Kontrolle zu bekommen.

**Tunesien** hat seit Februar 2004 ein neues Ausländergesetz und setzt zur Grenzkontrolle 13.000 Polizisten ein, die von einer 12.000 Mann starken paramilitärischen Truppe unterstützt werden. (EU-Kommission 2004c; IOM 2005: 79) Das Land betreibt mit Geldern Italiens und der EU bislang 13 Abschiebegefängnisse, von denen elf vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden. Viele der aus Italien Abgeschobenen würden in die tunesisch-algerischen Wüste transportiert und dort ausgesetzt. (Cuttitta 2004)

**Mali** Die Taz schreibt am 5.7.2005 zur »Operation Wüstensand. G 8 und Afrika: Militärhilfe als Entwicklungshilfe. Die USA haben sich längst Afrika als nächsten Schauplatz im Antiterrorkampf ausgeguckt. Strategische Verbündete sind Südafrika – und im Norden Mali. Die bitterarme Sahel-Sahara-Region gilt als neue Brutstätte für al-Qaida. Dass dort Menschen hungern, interessiert dabei wenig. Es war eine Nachricht, die zunächst völlig unterging. Die US-Armee habe »historische« Antiterrormanöver mit einer Reihe nord- und westafrikanischer Staaten begonnen, erklärte der US-Militärverantwortliche Holly Silkman Mitte Juni. »Noch nie haben so viele afrikanische Länder an einer gemeinsamen Übung teilgenommen«, sagte er und sprach von einer »gemeinsamen Maßnahme gegen Terrorismus an den Grenzen der Sahara, um zu zeigen dass überall dort, wo es Terroristen gibt, wir auch da sind und sie jagen«. Silkman äußerte sich in Malis Hauptstadt Bamako, die genau im Zentrum des Einsatzgebietes lag. Das auf zwei Wochen angesetzte Antiterrormanöver vereinte neben Mali die Staatsgebiete von Mauretanien, Algerien, Niger und Tschad – also die gesamte instabile Sahara-Sahel-Region. Beteiligt waren neben diesen Ländern aber auch Soldaten aus Marokko und Tunesien sowie aus den wichtigsten westafrikanischen US-Verbündeten Senegal und Nigeria. Eintausend US-Soldaten landeten für die Übung in der Region. Es ging um Kommunikation in schwierigem Terrain, Ausbildung für Scharfschützen, Landen per Fallschirm. »Dies ist hoffentlich der Beginn einer langen Beziehung«, erklärte danach Generalmajor Thomas Csmko im zuständigen US-Europahauptquartier Eucom in Stuttgart.

Kurz zuvor, am 3. Juni, hatte die Region quasi den Ernstfall erlebt. Ein Kommando der algerischen Islamistenguerilla GSPC (Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) war aus Mali kommend in Mauretanien eingefallen und lieferte sich dort Kämpfe mit der Armee, 15 Soldaten und fünf Islamisten starben dabei. Die GSPC bezeichnet sich selbst als Teil al-Qaidas und war vor zwei Jahren für die Entführung von 32 europäischen Touristen, darunter auch Deutsche, in Algerien verantwortlich. Die Touristen kamen im August 2003 nach langwierigen Verhandlungen und einer Militäraktion in Mali nahe der algerischen Grenze frei. Das Grenzgebiet zwischen Mali, Mauretanien, Algerien und Niger gilt als Rückzugsgebiet von Waffen- und Menschenschmugglern sowie Tuareg- Rebellen

und islamistischen Kämpfern. Sie alle nutzen den Umstand, dass diese riesige unwirtliche Gegend kaum staatlich zu kontrollieren ist. Die Geiselnahmer wurden im März 2004 bei einer gemeinsamen Militäroperation von Mali, Niger, Tschad und Algerien auf tschadischem Gebiet geschnappt, in einer vom Pentagon unterstützten Aktion.

Die Achse Washington-Bamako: Mali gilt als demokratisches Musterland in Westafrika. 1991 schüttelte es per Volksaufstand seine damalige Militärdiktatur ab und ist seitdem eine stabile Demokratie. Der Verantwortliche für den friedlichen Übergang damals, der Militär Amadou Toumani Touré, ist inzwischen Präsident des Landes und verlässlicher Partner des Westens. Sein Vorgänger Alpha Oumar Konaré ist Präsident der Kommission der Afrikanischen Union (AU) und damit der wichtigste afrikanische Politiker, was panafrikanische Militärinterventionen angeht – die AU hat die Aufstellung von Eingreiftruppen wie bereits im sudanesischen Darfur zu ihrer Priorität erklärt und wird dabei von der Nato unterstützt. Mali entwickelt sich inzwischen zum militärischen Hauptverbündeten der USA in Afrikas Nordhälfte außerhalb der bestehenden Nato-Zusammenarbeit mit den Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien. Schon im Sommer 2003 streute das Pentagon Pläne für ›mobile Militärbasen‹ in der Region. Im November 2003 verkündete die US-Regierung eine ›Pan-Sahel-Initiative‹, um Mauretanien, Mali, Niger und Tschad zu helfen, ›Schmuggel, internationale Kriminalität und terroristische Bewegungen‹ zu bekämpfen. Das 125 Millionen Dollar schwere Programm beinhaltet außerdem die Nutzung des Flughafens von Gao in Mali für US-Operationen. Der US-Kongress hat überdies 100 Millionen Dollar bewilligt, um ab 2007 fünf Jahre lang Militärübungen in der Region in einer ›Trans-Sahara-Initiative‹ durchzuführen. Mali bekommt von der US-Armee vor allem Fahrzeuge und ein Satelliten-Navigationssystem.

Die Bush-Regierung nominierte zudem im Mai als künftigen Botschafter in Mali einen Terrrorspezialisten: Terence Patrick McCulley, bisher Vizekoordinator für die Irakhilfe im State Department. Wie sehr Mali inzwischen durch die Terrorbrille gesehen wird, zeigt sich auch dadurch, dass Mali und Algerien von der französischen Regierung als Pilotländer für die Einführung von Visa mit biometrischen Daten ab 2006 ausgesucht worden sind. In der Militärachse Washington-Bamako gibt es allerdings noch einen dritten Partner: Südafrika. Mit keinem anderen Land in Afrika arbeiten die USA so intensiv militärisch zusammen. Dreißig gemeinsame Militärübungen sind in diesem Jahr vorgesehen. Als Pate von Friedensprozessen in der südlichen Hälfte Afrikas, wie Kongo und Burundi, spielt das Land am Kap mehr und mehr eine wichtige Rolle und gilt als afrikanischer Anwärter Nummer eins auf einen ständigen UN-Sicherheitsratssitz. Nicht von ungefähr baut nun Südafrika auch mit Mali seine militärische Zusammenarbeit aus. Am 5. Mai unterschrieben die Verteidigungsminister beider Länder

ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit. Malis Armee soll logistisch gestärkt werden, um ihre Interventionsfähigkeit zu verbessern. Es bahnt sich ein Dreierbündnis Washington-Bamako-Pretoria an.

Die Rolle des Öls: Für all dies gibt es nicht nur strategische Interessen. Mali ist Afrikas drittgrößter Goldproduzent, und drei südafrikanische Firmen fördern 90 Prozent von Malis Gold (Amalgam, Randgold und AngloGold-Ashanti). Südafrikas Stromgesellschaft Eskom betreibt das wichtigste Kraftwerk der Sahel-Region, Manantali, auf malischem Gebiet. Südafrikanische und US-Firmen interessieren sich überdies für Öl in Mali – die gesamte Sahel-Region, von Mauretanien bis Tschad, ist derzeit Objekt intensiver Ölprospektion. Fünf internationale Ölfirmen schürfen im Norden Malis nach dem schwarzen Gold. Die geologischen Bedingungen seien identisch mit denen in Südalgeriens Ölgebieten, sagt Mamadou Simpara, Direktor der staatlichen Ölbehörde Aurep. Er meint genau die Gegend an den Grenzen zu Algerien und Mauretanien, in der ›Terroristen‹ vermutet werden. Unter all diesen Umständen sorgt jede Unruhemeldung aus Mali für internationale Nervosität. Als am 27. März Malis Fußballnationalmannschaft zu Hause gegen die von Togo verlor, brachen in Bamako gewaltsame Unruhen aus, wie sie das Land lange nicht mehr erlebt hatte. Nicht nur Sporteinrichtungen fielen wütenden Hooligans zum Opfer, sondern auch Nachtclubs und Bars im Besitz westafrikanischer Ausländer, Libanesen und Chinesen. Zeitungen vermuteten rasch Islamisten hinter dieser offenbar gezielten Gewalt.

Schon in den Vorjahren hatte Mali tatsächlich mehrere Gewaltakte radikaler Muslime erlebt, 2002 vereitelten die malischen und algerischen Geheimdienste ein GSPC-Attentat auf die US-Botschaft in Bamako. Doch für Premierminister Ousmane Issoufi Maïga, im Volksmund ›Pinochet‹ genannt, ist all das eher Ausdruck sozialer Unzufriedenheit. Ein offensichtlicher Grund ist sicherlich die zunehmende Armut und die schlechte Ernährungslage: Die Heuschreckenplage von 2004 gekoppelt mit einer Dürre haben dieses Jahr zu einem Lebensmitteldefizit von 500.000 Tonnen und einer Hungersnot geführt. Ausgerechnet die USA sorgen dafür, dass sich die ökonomischen Zukunftsaussichten Malis eher verschlechtern. Die Subventionen für US-Baumwollbauern, die zu einer Überproduktion auf dem Weltmarkt führen, treiben Westafrikas Baumwollindustrie systematisch in den Ruin und damit auch einen Großteil der Landbevölkerung von Mali, Burkina Faso, Togo und Benin. Kein Land ist davon härter betroffen als Mali, dessen Exportwirtschaft zu Kolonialzeiten um den Baumwollanbau herum strukturiert wurde. Ob Gold, Öl und US-Militärs dafür einen Ersatz bieten können, ist fraglich.«

## XI. Schluss

In diesen Tagen der Artikelfertigstellung wird weltweit bekannt, dass in Niger eine akute Hungersnot gewaltigen Ausmaßes herrscht. Sie hatte sich seit langem angebahnt, aber es heißt, die Öffentlichkeit habe sie vorher nicht wahrnehmen wollen. Deswegen laufen erst jetzt die ersten internationalen Hilfsmaßnahmen an, wo es für viele Tausende, vor allem Kleinkinder, bereits zu spät ist. Seit spätestens 2003 bereisen den Niger und andere angrenzenden Staaten Fact-Finding-Missions, Experten und Vertreter Internationaler Organisationen. Ihr explizites Ziel ist es, die Ursachen von Flucht und Migration zu erkunden und Mittel zur Eindämmung der »irregulären« Wegwanderung zu empfehlen. Der zunehmende Hunger im Niger kann ihnen nicht entgangen sein. Doch in den flüchtlingspolitischen Strategiepapieren der letzten drei Jahre findet man dazu kein Wort. Auch dass Niger das Land ist, dessen Uran-Vorkommen weltweit an dritter Stelle stehen, wird bislang nicht in diesem Kontext diskutiert.

Das Containment der Fluchtbewegungen soll auch in Nordafrika, auch in der Sahel-Zone, mit einem neuen Grenzregime bewerkstelligt werden. Auch wenn hier nicht der Platz ist, um der Frage nachzugehen, welche Umstände diese Hungersnot im Niger produziert hat, so dürfte doch klar sein, dass die gegenwärtigen Militärmanöver, Razzien, Grenzüberwachungen und -schließungen die Hungersnot verschärfen. Handelt es sich um eine Hungersnot, die den Geopolitikern und Strategen eines neuen Nord-Süd-Verhältnisses gelegen kommt?

Wenn man am Schluss dieses Aufsatzes zurückblickt, so wird man feststellen, dass das Material und die Notizen zu Südeuropa am dichtesten sind. Das liegt daran, dass die nahen Verhältnisse einfacher zu dokumentieren sind. Aber es mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass die Ausweitung Europas in Europa selbst beginnt. Wenn die Lagerpolitik für die neue Expansion zentral ist, dann sind die in Kerneuropa entwickelten Sammellager, Ausreisezentren und Abschiebegefängnisse die ausgereiftesten Produkte einer neuen staatlich-gesellschaftlichen Formierung. Die großen Aufnahme- und Abschiebelager im Süden Südeuropas sind dagegen erst zwei, drei Jahre alt. Die Nutzung alter Lagerstrukturen oder der Aufbau neuer Lager in Nordafrika spielt sich in der Gegenwart ab, ebenso der Ausbau der Meeresüberwachung. All das ist eine Entwicklung in Widersprüchlichkeit und Unklarheit, vielfach verschleiert noch von der Zukunft.

Erst recht gilt dies für die Herausbildung eines neuen Grenzregimes in Nordafrika. Da es sich nicht nur gegen die afrikanischen Kriegsflüchtlinge richtet, sondern auch gegen die dortige ansässig-mobile Bevölkerung, wird es sich nicht um einen einfachen Transfer des Know-Hows von der Oder/Neisse (oder vom Rio Grande) in die Sahara handeln. Vielmehr stellt es ein Laboratorium gewaltigen geographischen Ausmaßes dar, in dem Petro- und Uraninteressen, Kriegsindus-

trien und die internationalen Dispositive des Antiterrorismus zusammenwirken. Es ist noch nicht so recht zu erkennen, ob die Bekämpfung der Mobilität lokaler Bevölkerungen und der Transit-Fluchtbewegungen das eigentliche Motiv dieses neuen Grenzregimes ist, oder ob es nur als Ticket eines polizeilich-militärischen Aufmarsches in der Region dient. Denn die Frage, wie der afrikanische Kontinent südlich der Sahara vom Überleben der Menschheit abgekoppelt wird, überragt den Fluchtaspekt.

Erinnert sei daran, dass Europa schon einmal an der Durchdringung Nordafrikas und der Sahara gescheitert ist. Den Vorstoß französischer, spanischer, italienischer – und auch deutscher Truppen säumten damals Lager, Eisenbahntrassen (die durch die gesamte Sahara führen sollten), Militärstützpunkte, Giftgasbomben und Minen. Der dortige Kolonialkrieg gehört zu den blutigen Kapiteln der europäischen Geschichte, und er endete mit einem Rückzug historischen Ausmaßes.

Sicher besteht kein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der neuerlichen Ausweitung Europas und der Erinnerungsarbeit an die Koloniallager, die in diesen Jahren in nordafrikanischen Geschichtswerkstätten einsetzt. Doch ist es eine Frage der Zeit, bis man die historischen Fäden der Gegenwart erkennen wird. Es ist nicht ausgemacht, ob, in welchem Umfang und in welcher Art die Lagerpläne des Nordens und die Planung eines neuen Grenzregimes Gestalt annehmen werden.

## Literatur

- ai (amnesty international) (2004): *Libya: time to make human rights a reality*. AI INDEX MDE: 19/002/2004, February 2004
- (2005a): <http://web.amnesty.org/report2005/mar-summary-fra>
  - (2005b): *Spain. The Southern Border. The State turns its back on the human rights of refugees and migrants*. London, June 2005. AI Index: EUR 41/008/2005
  - (2005c): *Immigration Cooperation with Libya: The Human Rights Perspective*. Amnesty International briefing ahead of the Justice and Home Affairs Council 12.4.2005
- apdha (Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía) (2004): *Informe sobre la inmigración clandestina durante el año 2004*. Diciembre 2004. <http://www.apdha.org/areas/documentos/inmigra2004.pdf>. Engl. Übersetzung: <http://www.statewatch.org/news/2005/apr/spain-migrants-deaths-report.pdf>
- Bernadot, Marc (2005): *Être interné au Larzac La politique d'assignation à résidence surveillée durant la guerre d'Algérie (1958 – 1962)*. In: *Politix. Revue des sciences sociales du politique* 69 (2005): *Etrangers : la mise à l'écart*, S. 39–61

- BKA (Bundeskriminalamt) (2004): Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2003. Kurzfassung, Wiesbaden
- BT(Bundestag)-Drucksache 15/2564: Anfrage der Abgeordneten Petra Pau im Deutschen Bundestag vom 3. März 2004
- BMZ-Spezial (2001): Erfolgsbedingungen der Euro-Mediterranen Assoziierungspolitik. Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirats beim BMZ. Bonn/Berlin ([http://www.bmz.de/infotehek/fachinformationen/spezial/spezial030/spezial\\_1.html](http://www.bmz.de/infotehek/fachinformationen/spezial/spezial030/spezial_1.html))
- Braudel, Fernand (Hrsg.): La méditerranée. L'espace et l'histoire. Les hommes et l'héritage. Paris. (dt. 1997: Die Welt des Mittelmeeres. Zur Geschichte und Geographie kultureller Lebensformen. Frankfurt am Main)
- CEPS (Centre for European Policy Studies) Brüssel/SITRA Foundation, Helsinki, Stefan Batory Foundation, Warschau (2001): A Political Declaration on Friendly Schengen Border Policy (FSBP). Recommendation to the European Union to adopt. Conference on New European Borders and Security Cooperation: Promoting Trust in an Enlarged European Union, Brüssel, 6.–7. Juli 2001
- Cimade, Bericht über Flüchtlinge in Gourougourou <http://www.cimade.org/downloads/rapportMaroc.pdf>
- CIVIPOL (2003): Feasibility study on the control of the European Union's maritime borders – Final report. Doc. 11490/1/03 REV 1. LIMITE. FRONT 102. COMIX 458. Transmitted to DG JAI on 4 July 2003.
- Cuttitta, Paolo (2004): Diritti negati e morte nel Canale di Sicilia. In: *Segno* 257 (2004)
- Deutschland, Bundesregierung (2003): Treffen von fünf EU-Innenministern. <http://www.bundesregierung.de/artikel-,413.487631/Treffen-von-fuenf-EU-Innenmini.htm>
- Dietrich, Helmut (2002): Polen: Das neue Grenzregime am Bug. In: *Cilip* 73, 3, S. 17–26.
- (2005): Polen: Flüchtlingsnotstand. Aber wo sind die Flüchtlinge? In: *Prokla* 3 (2005) i. E.
- Erf, Rob van der; Heering, Liesbeth (2002): Moroccan Migration Dynamics: Prespects for the Future. IOM, Den Haag.
- EU (2002): Integrierter Grenzschutz an den Außengrenzen. In: Tätigkeitsberichte der Europäischen Union. Zusammenfassungen der Gesetzgebung. <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l33205.htm>
- (2005): Basic facts about the External Borders Agency. MEMO/05/230, Brüssel <<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/05/230&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>>, 30.6.2005

- EU HLWG (High Level Working Group on Asylum and Migration) (1999):  
Draft Action plan for Morocco. SN 3770/2/99 REV2
- EU-Kommission (2002a): Auf dem Weg zu einem integrierten Grenzschutz an den Außengrenzen der EU-Mitgliedstaaten. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. [KOM(2002) 233 endgültig]
- (2002b): Euro-Mediterranean Partnership and MEDA Regional Activities. Euromed Information Notes. Juni 2002 ([http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/med/regional\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/europeaid/projects/med/regional_en.htm))
  - (2003a): Communication from the Commission to the European Parliament and the Council in View of the European Council of Thessaloniki on the Development of a Common Policy on Illegal Immigration, Smuggling and Trafficking of Human Beings, External Borders and the Return of Illegal Residents. COM(2003) 323 final. Brussels, 3.6.2003
  - 2003b: Mitteilung der Europäischen Kommission zu einem europäischen Asylsystem vom 3.6.2003 <[http://europa.eu.int/eurlex/de/com/cnc/2003/com2003\\_0315de01.pdf](http://europa.eu.int/eurlex/de/com/cnc/2003/com2003_0315de01.pdf)>
  - (2003c): European Commission produced its draft Regulation on the establishment of a »European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders« November 2003 (COM(2003) 687)
  - (2003d): Commission Report COM(2002) 700 final – SEC(2002) 1408 Not published in the Official Journal
  - (2003e): Commission Report COM(2003) 675 final – SEC(2003) 1207 Not published in the Official Journal
  - (2003f): Commission Proposal for a Council Regulation establishing a European Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders, 11.11.2003.
  - (2003g): On the development of a common policy on illegal immigration, smuggling and trafficking of human beings, external borders and the return of illegal residents, COM(2003) 323 final, 3 June 2003
  - (2003h): Communication to the Council and the European Parliament of 11 March 2003 on Wider Europe – Neighbourhood: A new Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours, COM(2003) 104 final, Brussels
  - (2004a): First annual report to the Council and the European Parliament on the implementation of the ARGO programme (2002–2003). Commission Staff Working Paper. Brussels, 17.2.2004 SEC(2004) 211
  - (2004b): Europäische Nachbarschaftspolitik. Länderbericht. Marokko. [Commission Staff Working Paper] COM (2004) 373 final
  - (2004c): European Neighboring Policy. Country Report. Tunisia. [Commission Staff Working Paper] Brussels

- (2005a): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Das Haager Programm: Zehn Prioritäten für die nächsten fünf Jahre. Die Partnerschaft zur Erneuerung Europas im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. KOM(2005) 184 endgültig, Brüssel 10.5.2005
  - (2005b): Technical Mission to Libya on Illegal Immigration. 27 Nov–6 Dec 2004. Report. Brussels 4.4.2005, Doc. 7753/05
- EU-Rat (2003): Schlussfolgerungen des Rates zu den wichtigsten Aspekten des Vorschlags der Kommission für eine Verordnung des Rates zur Errichtung einer Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union 27/11/2003 ST15446/03ORI
- (2003 a): COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION. Brussels, 13 June 2003. 6023/6/03 REV 6.
  - (2003b): Programm mit Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung an den Seegrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Brüssel, den 28. November 2003 (05.12) (OR. en) 15445/03
- FFM (Forschungsgesellschaft Flucht und Migration) (2000): Kosovo. Der Krieg gegen die Flüchtlinge (= Gegen die Festung Europa, FFM Heft 7)
- (2002a): Italien. Legalisierung von Flüchtlingen – Militarisierung der Grenzen? Gegen die Festung Europa (= Gegen die Festung Europa, FFM Heft 8)
  - (2002b): Marokko. Transit NON Stop. (= Gegen die Festung Europa, FFM Heft 9)
- Frankfurter Massenfestnahme 1996: Die Frankfurter Massenfestnahme von 250 Polen im Spiegel der deutschen und polnischen Presse, und die Auswirkungen auf das deutsch-polnische Verhältnis. Dokumentation, 22. Juli 1995, Frankfurt/Oder. In: Transodra 14/15 (1996), S. 85–121
- Frankreich, Innenministerium (2005): [http://www.interieur.gouv.fr/rubriques/c/c2\\_le\\_ministere/c21\\_actualite/2005\\_05\\_11\\_immigration/Synthese.pdf](http://www.interieur.gouv.fr/rubriques/c/c2_le_ministere/c21_actualite/2005_05_11_immigration/Synthese.pdf)
- Griechenland (2003): Note from the Greek Presidency, Progress Report for the implementation of the Plan for the management of external borders of the Member States of the European Union and the comprehensive Plan for combating illegal immigration, Council document 7504/03, 17 March 2003.
- Großbritannien, Innenministerium (2003): Control of Immigration Statistics 2002. 28.8.2003
- Großbritannien (2003): House of Lords Session 2002-03. 29<sup>th</sup> Report. Select Committee on the European Union. Ordered to be printed 1 July 2003. Proposals for a European Border Guard. With Evidence. <http://www.polizei-newsletter.de/pdf/Border%20Guard.pdf>. 7 January 2003. In verschiedenen Teilen, ein Teil unter: (<http://www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/ld200203/ldselect/ldeucom/133/13306.htm>)

- hrw (Human Rights Watch) (2002): *The Other Face of the Canary Islands: Rights Violations Against Migrants and Asylum-seekers*
- IAR-Noticias 06.7.2005 <[http://iarnoticias.com/ultimo\\_momento/europa/0478\\_expulsion\\_in\\_migrantes\\_06jul05.html](http://iarnoticias.com/ultimo_momento/europa/0478_expulsion_in_migrantes_06jul05.html)>
- IOM World Migration Report 2005
- Jedllaucnik, Herwig (1999): *Die Mission Alba. Europäisches Krisenmanagement im Land der Skipetaren*, in: ÖMZ 4/1999
- Kilani, Leïla (2002): [Film] *Tanger, le rêve des brûleurs*. Frankreich
- Kreienbrink, Axel (2004): *Einwanderungsland Spanien. Migrationspolitik zwischen Europäisierung und nationalen Interessen*. Frankfurt am Main; London
- Martin, Philip (2003): *Bordering on Control: Combating Irregular Migration in North America and Europe*. IOM 2003 ([http://www.iom.int//DOCUMENTS/PUBLICATION/EN/mrs\\_13\\_2003.pdf](http://www.iom.int//DOCUMENTS/PUBLICATION/EN/mrs_13_2003.pdf))
- Marokko-Portal (2004): *Zu Zehntausenden unterwegs* (<http://www.marokkoportal.de/modules.php?name=News&file=article&sid=53>)
- Monar, Jörg (2003): *The Project of a European Border Guard: Potential, Models and Challenges*. Sussex European Institute. Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF). Conference Paper 13.–15. März 2003
- Monzini, Paola; Pastore, Ferruccio; Sciortino, Giuseppe (2004): *L'Italia promessa. Geopolitica e dinamiche organizzative del traffico di migranti verso l'Italia*, CeSPI Working Paper 9/2004, Roma. (<http://www.cespi.it/PASTORE/Wp9-cnr.pdf>)
- Pécoud, Antoine; Guchteneire, Paul de (2005): *Migration without borders: an investigation into the free movement of people* (= *Global Migration Perspectives* Nr. 27, April 2005)
- Podolski, Antoni (2004): *European Security after Terrorist Attacks in Madrid – Polish Perspective*. The report was created in cooperation with the Konrad Adenauer Foundation. Centrum Stosunków Międzynarodowych/Center for International Relations: Reports&Analyses 8/04/A. 2004-05-06 ([http://www.csm.org.pl/en/files/rap\\_i\\_an\\_0804a.pdf](http://www.csm.org.pl/en/files/rap_i_an_0804a.pdf))
- Rodríguez, Jesús (1997): *Estrecho de Gibraltar. Una Alambrada de agua entre dos mundos*. *El País* semanal Nr. 1.100, 26. Oktober 1997
- Salgado, Sebastiao (2000): [Ausstellung] *Gibraltar, Grenze zwischen zwei Welten*. In: *Exodus. Fotografien von Sebastiao Salgado. Flucht und Heimatlosigkeit 1994–2000*. Berlin u.a.
- Solana, Javier (2003): *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*. Thessaloniki, 20.6.2003 (<http://ue.eu.int/pressdata/DE/reports/76257.pdf>)
- (2003): *European Security Strategy of 12.12.2003*.

- Statewatch online 3.7.2005 <<http://www.statewatch.org/news/2005/jul/03eu-g5-meeting.htm>>
- Thénault, Sylvie (2005): Personnel et internés dans les camps français de la guerre d'Algérie – Entre stéréotypes coloniaux et combat pour l'indépendance. In: Politix. Revue des sciences sociales du politique 69 (2005): Etrangers : la mise à l'écart, S. 63 – 81
- UNHCR (2003): [http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/268978e366f9a375\\_c1256e78002fe416/\\$FILE/G0410285.doc](http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/0/268978e366f9a375_c1256e78002fe416/$FILE/G0410285.doc)
- UNITED for Intercultural Action. European network against nationalism, racism, fascism and in support of migrants and refugees (2004): List of 5017 documented refugee deaths through Fortress Europe. Documentation on 09-06-2004 (<http://www.united.non-profit.nl>; <http://www.unitedagainstracism.org>)
- Vermeren, Pierre (2002): Von Marokko nach Europa – Schiffbruch der Illusionen. In: Le Monde Diplomatique 6

*Helmut Dietrich arbeitet beim Forschungszentrum  
Flucht und Migration (FFM) in Berlin.*

## Koloniale Lagergeschichte in Lybien

Die folgenden Fotos hat Rodolfo Graziani, der Vizegouverneur der italienischen Kolonie Libyen, Anfang der 1930er Jahre selbst aufgenommen und in einem Buch veröffentlicht, in dem er beschreibt, wie die Italiener unter seiner Verantwortung den libyschen Aufstand endgültig niedergeschlagen haben. (Graziani, Rodolfo (1932): *Cirenaica pacificata*. Milano) Italien hatte zuvor einen ergebnislosen zehnjährigen Krieg gegen den libyschen Widerstand geführt, aus der Luft mit Bombardierungen, auch mit Giftgaseinsätzen, und zu Lande mit großen Strafaktionen gegen die Zivilbevölkerung. 1929 setzte die italienische Regierung Pietro Badoglio als Gouverneur und Rodolfo Graziani als Vizegouverneur der Kolonie ein und begann damit einen umfassenden Besatzungskurs. Graziani beschreibt, sie hätten als Gouvernement vor der Alternative gestanden, entweder die gesamte libysche Bevölkerung zu vernichten oder aber einen großen Teil der Bevölkerung dauerhaft von ihrer Lebensgrundlage zu trennen, sie über mehrere Jahre in Konzentrationslager (»accampamenti« oder »campo concentramento«) zu sperren, die Märkte unter Kontrolle zu bringen, eine stacheldrahtbefestigte Grenzanlage zu Ägypten zu errichten, Straßen und Stützpunkte im ganzen Land zu bauen, um eine mobile Kontrolle zu ermöglichen – und dadurch den Widerstand von der Bevölkerung zu trennen und militärisch schlagbar zu machen. Denn die antikolonialistischen Bewegungen – bekannt unter dem Namen der Sanyusi-Bruderschaften – waren politisch, kulturell und wirtschaftlich auf das Engste mit der Bevölkerung vor allem im Landesinneren verflochten. Auf die Zahlung des Zakat, des Zehnten, an die religiösen Stiftungen stand fortan die Todesstrafe, denn der Widerstand war nicht nur mit dem Handel, sondern auch mit den kulturellen und islamischen Traditionen der Sahara eng verbunden.

Ab Mai 1930 errichteten die italienischen Truppen Konzentrationslager in der Umgebung ihrer Stützpunkte und umgaben sie mit einem doppelten Stacheldrahtzaun. Dann begann das, was die italienischen Kolonialisten selbst als »biblische Märsche« bezeichneten: die Entvölkerung ganzer Regionen, die Fußmärsche der Bevölkerung unter militärischer Bewachung äthiopisch-italienischer Truppen, und schließlich die Ankunft in der Hoffnungslosigkeit der Lager. In kürzester Zeit starben Abertausende Menschen. Gleichzeitig wurden das Weideland und die Äcker aufgeteilt. Wurde Vieh ausserhalb der Demarkation angetroffen, wurde es beschlagnahmt, das freie Weidenlassen galt als Widerstandshandlung. Die Repression richtete sich besonders gegen die nomadisierenden und mobilen Lebensweisen. Diesen Kolonialkampf verstanden Graziani und seine Truppen als zivilisatorische Mission. Den Lagern sprachen sie daher auch die Funktion zu, dass dort die »Eingeborenen« zur zivilisierten Lebensweise erzogen würden, und

rechtfertigten damit die massenhaften Opfer unter der Kolonialbevölkerung. Die Lagerverhältnisse nutzten die italienischen Kolonialisten dazu, um aus der drangsaliierten Bevölkerung einen Spitzeldienst zu rekrutieren, der die Militärs auf ihren Feldzügen gegen die Guerilla begleitete und zur Festnahme der Aufstandsleitung führte. 1931 war der Widerstand militärisch besiegt.

Ein Großteil der damals 700.000 BewohnerInnen des Landes war ab 1930 interniert worden. Schätzungen besagen, dass in den Wüsten-KZs in zwei Jahren mehr als 100.000 Menschen an Hunger und Krankheiten umgekommen sind.

Die 300 Kilometer lange Grenzanlage zu Ägypten errichteten zwischen April und September 1931 2.500 Libyer und 1.200 Truppenangehörige. Der Bau der Stacheldrahtgrenzanlage in der Wüste war in der Planungsphase durchaus umstritten. Das italienische Außenministerium, aber auch Kolonialpolitiker sprachen sich dagegen aus, weil erstens der grenzüberschreitende Nachschub längst zum Erliegen gekommen und die Begründung für die Anlage damit hinfällig sei, und zweitens wegen der befürchteten schlechten Reaktionen in Ägypten und in der gesamten arabischen und islamischen Welt. Dennoch konnten sich Badoglio und Graziani mit Rückendeckung von Mussolini durchsetzen. Es wurde zu einem überaus teuren Projekt, finanziell viel aufwändiger als die gleichzeitigen Eroberungs- und Strafexpeditionen ins Landesinnere.

Die Geschichte der Kolonial-Lager nicht nur Libyens ist weitgehend unbekannt geblieben. Nicht nur die metropolitane Geschichtsschreibung hat sie verdrängt, sondern auch die der Unabhängigkeit. Erst in den letzten Jahren haben Geschichtswerkstätten – auch in Tripolis – damit begonnen, die letzten Überlebenden der Lager aufzufindig zu machen und biographische Interviews mit ihnen zu führen.



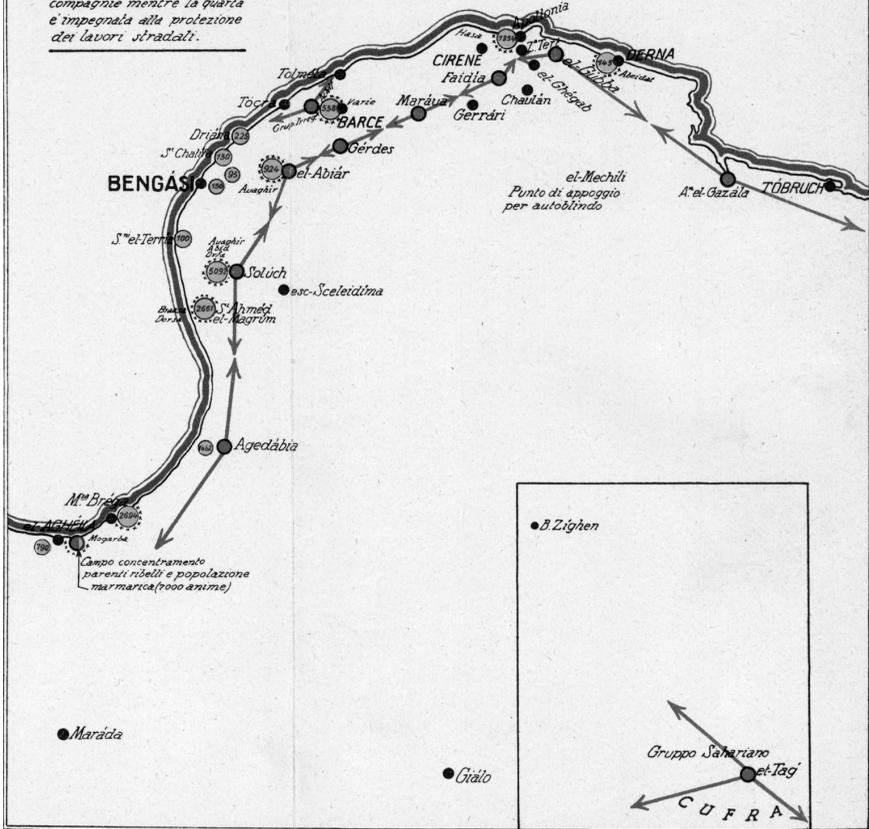
Verschiebung der Nomadenbevölkerungen

*Dislocazione dei Gruppi Mobili e delle popolazioni alla data  
1 Luglio 1931-IX*

*Leggenda*

- Gruppi Mobili
- Dislocazione accampamenti sottomesse - numero tende
- ⊙ Campo concentramento parenti ribelli e popolazione marmarica
- Presidi di sicurezza

*I battaglioni escono su tre compagnie mentre la guardia è impegnata alla protezione dei lavori stradali.*



Umsiedlung der Mobilien Gruppen und der Bevölkerung am 1. Juli 1931



»El Abiar« – Bevölkerungs-Lager



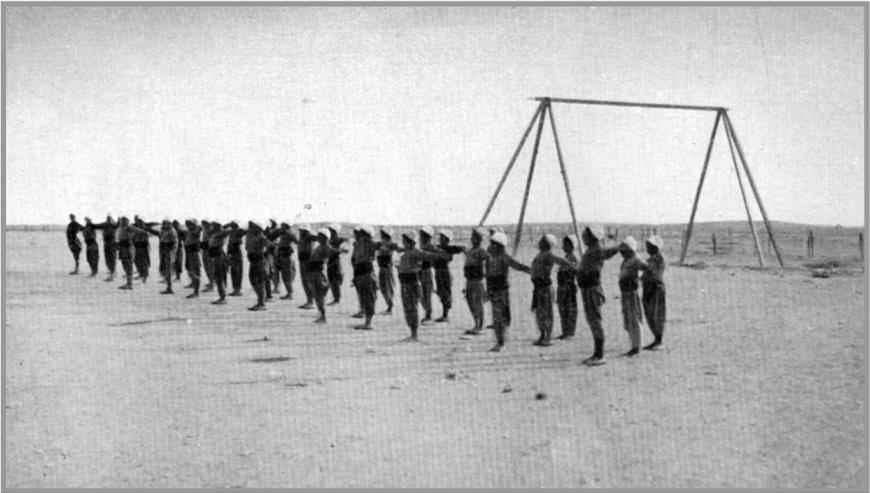
»Soluch« – Eine Straße im Lager



»Agedabia« – Haupteingang zum Kinderlager



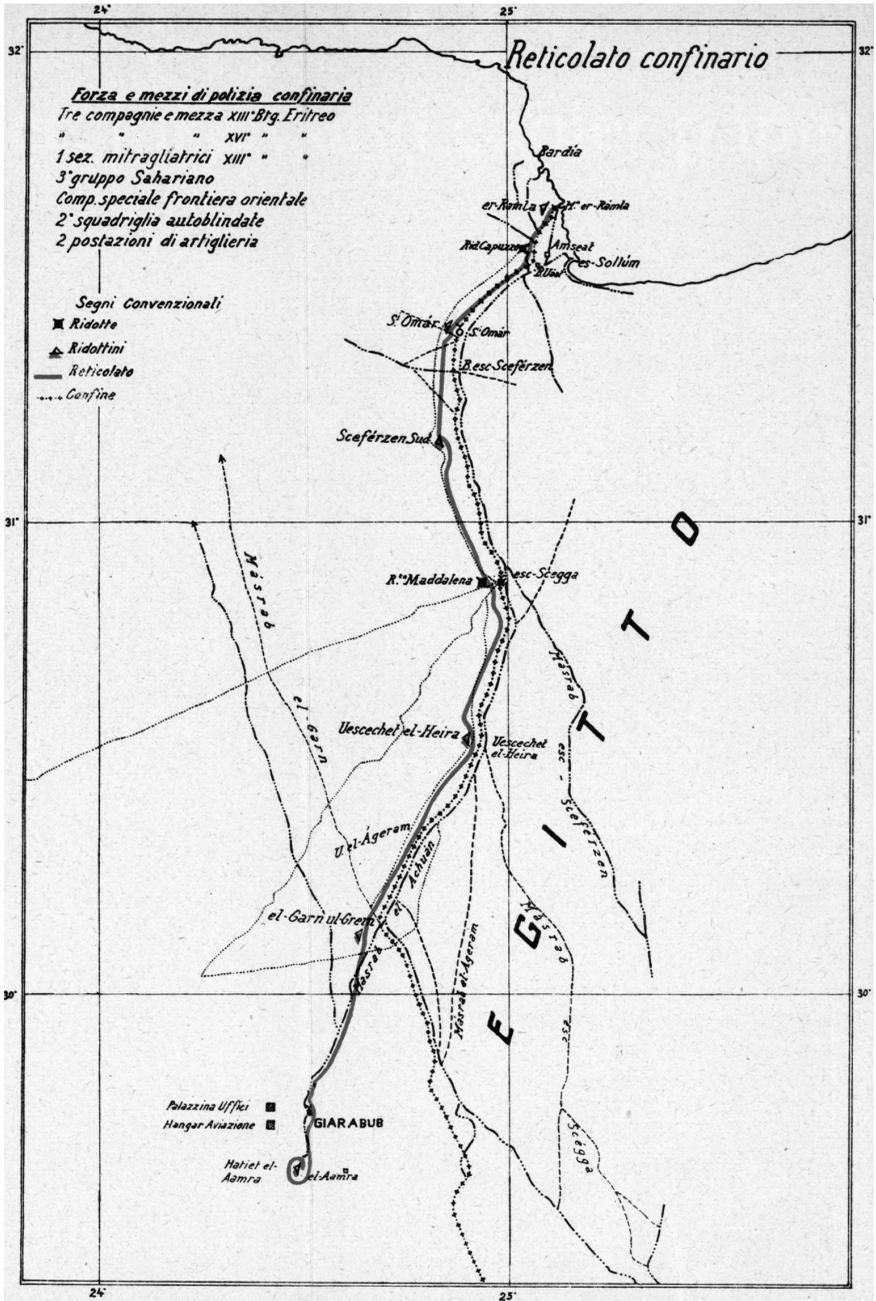
»Marsa Brega« – Übungen im Kinder-Lager



»Sidi Ahmed El Magrun« – Sport-Lager



Zaun entlang der ägyptischen Grenze



Grenzzaun

## Die Verdammten der Sahara

Durch die Wüste zwischen Libyen und Niger rollen täglich Lastwagen voller afrikanischer EinwanderInnen gegen Süden. Dieser vom Regime Gaddafis verordnete Exodus hat bereits über 100 Menschenleben gekostet. Der Hintergrund: das Übereinkommen mit Italien zur Verhinderung illegaler Einwanderung über das Mittelmeer.

Zwölf Tage und Nächte Fahrt auf einem Lastwagen, im Sand, das Leben abhängig von einem 20l-Wasserkannister. Von Al Gatrun, wo die asphaltierte Straße in Libyen endet, bis Agadez in Niger, wo eine Flotte von Bussen und Sattelschleppern die ausgewiesenen ImmigrantInnen zurück in ihre Herkunftsländer begleitet: 1490 Kilometer Hitze und Angst. Ein Unterfangen, das, wenn es einem europäischen Kind passierte, sicher im Fernsehen zelebriert würde. Aber hier handelt es sich um afrikanische Kinder. Für sie, ihre Familien und für alle anderen Fremden, die aus den armen Teilen Afrikas südlich des Sahel gekommen sind, gibt es keinen Platz mehr in Libyen. Sie müssen weg. Wer bleibt, riskiert in ein Anhaltelager eingewiesen und in die Wüste geschickt zu werden. Wer geht, riskiert ausgeraubt und in der Wüste ausgesetzt zu werden.

**Opfer** Seit September, dem Beginn der Ausweisungen: 106 Tote. Das ist nur die offizielle Zählung der Behörden. Im Oktober ereignete sich nach Informationen des Roten Halbmondes der schwerwiegendste Vorfall: 50 ImmigrantInnen starben erdrückt von einem überladenen Lastwagen. Im Januar wurde in Madama, im Grenzgebiet zwischen den beiden Ländern, ein Mädchen aus Ghana vor den Augen ihrer Mitreisenden von einer Meute wilder Hunde zerrissen. Die letzte bekannt gewordene Tragödie: Drei nigerianische Mädchen verdursteten eine Tagesreise entfernt von Tumu. Aber niemand weiß, wie viele Körper im Sand vergraben liegen: Reisende, die aus Erschöpfung starben, durch Unfälle oder ausgeraubt in den Dünen zurückgelassen von den Menschenhändlern, die sie nach Hause zurückbringen sollten.

**Bündnis** Die Lastwagen voll beladen mit ImmigrantInnen, Gepäck und Verzweiflung sind der Preis für das Abkommen zwischen Libyen und Italien, das Ergebnis der Razzien, die von der libyschen Regierung angeordnet wurden, nachdem der Vertrag am 25. August 2004 von Berlusconi und dem Diktator von Tripolis unterzeichnet worden war. Es sollte die Landungen an der italienischen Küste

beenden. Gaddafis Regime verpflichtete sich die von Italien abgewiesenen Fremden zurückzunehmen, die südliche Grenze zu Niger zu schließen und die Fremden, die aus dem Süden nach Libyen gekommen waren, zu repatriieren. Zweifel, die bei manchen EU-Ländern wie Frankreich gegenüber diesem Projekt aufgekomen waren, fußen auf der mangelnden Bereitschaft des Oberst, Übereinkommen zum Schutze von Menschenrechten und Flüchtlingen zu respektieren. Aber der Premierminister und das italienische Innenministerium hatten sich für Tripolis verbürgt: Niemand würde in die Sahara abgeschoben, es würden keine Anhaltelager in der Wüste errichtet, Rückführungen nur per Flugzeug durchgeführt werden. Der Unterstaatssekretär Alfredo Mantovano (Alleanza Nazionale) hatte in einem TV-Interview wiederholt: »Von einem gewissen Standpunkt gesehen ist Libyen in Wirklichkeit innerhalb der Schengenzone.«

**Vertreibung** Sechs Monate lang arbeitete der libysche Sicherheitsapparat auf Hochtouren. Alle abgeschobenen AusländerInnen erzählen von Polizeirazzien im Morgengrauen, von Haus zu Haus, in den Straßen oder vor ihren Arbeitsstätten. Und von zehntausenden Menschen, die im Sammellager von Al Gatrún (in der Wüste) eingesperrt und dann in die Sahara gebracht wurden. Das ist die Blockadeaktion, mit der Gaddafi versucht Italien zu erfreuen und gleichzeitig die AusländerInnen im eigenen Land zu reduzieren. Es sind mindestens zwei Millionen, die Hälfte geboren im subsaharischen Afrika, von Senegal bis Nigeria, Mali oder Kamerun. Der Oberst selbst hatte sie eingeladen in Libyen zu arbeiten und, als er sich während des Embargos selbst zum Führer des Kontinents erklärte, die Einreisevisa für sie abgeschafft. Jetzt, da er wieder ein Verbündeter Europas und der Vereinigten Staaten ist, hat er seinen Panafricanismus abgelegt. Über 100.000 Menschen wurden bereits gefangen genommen und überzeugt zu gehen. 14.000 AusländerInnen wurden allein im Februar im wahrsten Sinn des Wortes in die Wüste geschickt, auf 72 Lastwagen gepackt.

**Rettung** Mit den Verdammten zu reisen ist nicht einfach. Man muss Libyen austricksen und eine lange Reise aus dem Süden antreten: ohne Unterbrechung zehn Tage in der Sahara, zwischen Dünen und Bergen, Gewalt und Leid. Nichts zeigt den Grenzverlauf zwischen Libyen und Niger. Es gibt kein Wasser, keine Elektrizität, keine Telefone. Nachrichten verbreiten sich wie vor 1000 Jahren mündlich mit den Reisenden. Vor einigen Tagen ist ein Konvoi der französischen Organisation Les Enfants de l'Air durchgekommen, 14 große Geländewagen voller ÄrztInnen und Medikamente für die Region von Agadez. Ihre Fahrt bedeutete die Rettung für 15 Mädchen und vier Männer. Sie waren zu Skeletten abgemagert, als sie entdeckt wurden. Sie berichteten, dass sie bereits acht, vielleicht auch zehn Tage Fäkalien gegessen und ihren Urin getrunken hatten um zu überleben. Mitte Februar hatten sie, weil sie hofften so dem Anhaltelager Al Gatrún zu entgehen,

für die Fahrt in einem allradgetriebenen Wagen bezahlt. Aber nach einem Tag und einer Nacht zwangen sie die Fahrer auszusteigen und machten sich mit ihrem Gepäck, Geld und Wasser auf und davon. Ursprünglich waren sie 22, aber drei waren gestorben. »Wir haben sie aufgelesen und medizinisch versorgt«, berichten die Freiwilligen von Les Enfants de l'Air. »Am Abend sangen die Mädchen einen Gospel-Song, um Gott zu danken. Wir haben alle geweint. In Tumu haben die libyschen Soldaten sie in Gewahrsam genommen, um ihre Dokumente für die Rückschiebung vorzubereiten.«

**Schande** Ein weiterer Lastwagen: Als sie bemerkte, dass ein Italiener an Bord war, drehte sich die Frau, die vorne saß, um und stellte sich vor: Bessy Moody, 27 Jahre, Nigerianerin. Sie ist eine »freiwillig Deportierte« in dem Sinn, dass sie für ihre Rückschiebung selbst zahlt. Sie reist mit ihrem Bruder Jonathan, 25, mit einem Abschluss als Ingenieur in Lagos, einem Beautycase aus Plastik und einer Tasche mit dem elektrischen Mixer, den sie gerade noch schnappen konnte, als sie aus ihrem Haus in Tripolis abgeholt wurde. »Warum hat Italien uns das angetan?«, fragt Bessy. »Ich hatte einen Job, ich war Putzfrau. Ich wollte nicht nach Europa gehen. Vor einem Monat hat mich die Polizei aufgegriffen und in ein Konzentrationslager für AfrikanerInnen nahe Tripolis gebracht. Die Bedingungen in den Lagern sind fürchterlich. Sie nehmen die jüngsten Mädchen, sogar 14-Jährige, und bringen sie dazu sich für die Soldaten zu prostituieren, damit sie bleiben dürfen. Sie müssen die europäischen Regierungen und die nigerianische Regierung um Hilfe bitten. Das alles ist eine Schande.« Ihr Bruder Jonathan hat vier Monate in einem Anhaltelager verbracht. »Nach dem Übereinkommen mit Italien hat sich die Einstellung aller LibyerInnen gegenüber ImmigrantInnen verschlechtert. Mein Chef hat angefangen zu behaupten, dass ich meine Arbeit nicht gut mache und wollte nicht mehr bezahlen. Wer weiß, warum's bis dahin für ihn ok war. Jeden Tag entdeckte man, dass einer der Nachbarn oder Kollegen verschwunden war. Wir mussten im Verborgenen leben, wie die Ratten. Ich beschloss, dass es Zeit war nach Europa abzuhausen. Ich kam bis Lampedusa, für 700 Dollar. Die italienische Polizei hat uns geschnappt und mit dem Flugzeug zurück nach Tripolis gebracht. Ich blieb vier Monate in Haft, doch ich fand meine Schwester wieder. Ihr ist es gelungen einige Ersparnisse zu verstecken. So konnten wir sofort wieder entwischen, als sie uns in die Wüste nach Al Gatrún brachten.«

**Gewinn** Ahmed Mansour, der Besitzer des Lastwagens, ist 35 Jahre alt, Libyer. »Italien ist schön, ich würde gern im Urlaub hinfahren, aber jetzt wo all diese Leute zurückzubringen sind, gibt es zu viel Arbeit.« Das Übereinkommen zwischen Libyen und Italien sollte schmutzige Geschäfte der Menschenschmuggler ausrotten. Aber wieder sind sie es, die an den Abschiebungen verdienen. Bis August 2004 hat die Fahrt von Agadez nach Al Gatrún 40.000 Francs, wenig

mehr als 69 Euro, gekostet. Jetzt kostet die Rückfahrt von Al Gatrún nach Agadez 100.000 Francs, zweieinhalb Monate muss ein ausgebildeter Arbeiter aus dem Niger, sechs Monate ein ausländischer Erntehelfer oder Bauarbeiter in Libyen dafür arbeiten. Gegen Westen führt ein Tal zum Salvador Pass, der Schmugglerroute. Auf dieser Strecke haben sich zwei weitere Lastwagen mit ImmigrantInnen überschlagen. 29 Tote im einen, neun im anderen Fall. Nach offiziellen Quellen gab es keine Überlebenden. Unter den Toten sollen etliche Personen gewesen sein, die aus Italien abgeschoben worden waren. Der Horizont zeigt Dirkou, die Oase der Sklaven und weitere 650 Kilometer Dünen und Sand. Es ist noch weit bis Agadez.

*Übersetzt und gekürzt von H. Langthaler*

*Der Journalist Fabrizio Gatti ist für verschiedene italienische Zeitungen tätig, u. a. »L'Espresso« und »Corriere della sera«. Der Artikel »L'ultimo viaggio dei dannati del Sahara« ist ursprünglich im italienischen Wochenmagazin »L'Espresso« vom 24. März 2005 erschienen. Als deutsche Übersetzung zuerst in »Planet – Zeitung für politische Ökologie« (Österreich). Wir danken für die Abdruckgenehmigungen.*

## Der Krieg gegen die trikontinentale Massenarmut Migration, Flucht und die Rückkehr der Lager

Der nachfolgende Text will einen Blick werfen auf die Strategie und Logik der »Lager« in der deutschen, europäischen und internationalen Migrations- und Flüchtlingspolitik. Der Begriff des »Lagers« soll vor allem die Techniken der Entrechtung, Einsperrung, Abschreckung und Bestrafung identifizieren und benennen helfen – Techniken, die der gewaltsamen Aufrechterhaltung einer globalen Ungleichheitsordnung dienen. Bei allen Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Widersprüchen und Entsprechungen in der empirischen Entwicklung und Verwendung von Lagertechniken scheint uns eines festzustehen: Die »Rückkehr der Lager« im gesellschaftspolitischen Diskurs und in der Praxis ist ein untrügliches Indiz für die Schwächung der Menschenrechte – ein Vorgang, der vor allem in Anbetracht der unheilvollen deutschen Vergangenheit zutiefst beunruhigen muss.

### »Lager« als gesellschaftliche Normalität

*Das Wort Lager kann nicht länger tabuisiert werden.  
FAZ, 28.5.1980*

Seit Anfang der 1980er Jahre wurden neue Formen von Lagereinrichtungen in Deutschland für Flüchtlinge und Asylsuchende geschaffen. Ihre Zwangsunterbringung in lagerähnlichen Massenunterkünften wie z.B. in ausgedienten Kasernen, heruntergekommenen Heimen und Pensionen sowie in abgelegenen Baracken- oder Containersiedlungen findet weitgehend gesellschaftliche Akzeptanz. Die bundesweite Errichtung von Massenquartieren für Flüchtlinge war von Anfang an eingebettet in die vorurteilsschürende öffentliche Debatte um einen angeblichen »Asylmissbrauch« und um so genannte »Wirtschaftsflüchtlinge«, die sich Zugang zu den Wohlstandsinseln verschaffen wollten, ohne sich auf Asylgründe im Sinne der Rechtsprechung berufen zu können. Sammellager und Massenunterkünfte sollen, ebenso wie das speziell ausländerrechtlich geschaffene Arbeitsverbot und »Sachleistungsprinzip« für Asylsuchende (kein Bargeld, Wertgutscheine, Esspakete usw.), das Leben für Flüchtlinge möglichst beschwerlich und von Behörden abhängig gestalten und somit – nach dem simplen pull-push-Schema – den

»Anreiz« für Zuwanderung mindern. Die Lagereinrichtungen sind also Elemente eines Migrationsmanagements, das die Einwanderung zu steuern, kontrollieren und zu verwalten beabsichtigt.

Die Flüchtlingsverwaltung hat – in Verbindung mit der »Residenzpflicht«, mit der die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge räumlich auf den Landkreis oder den Regierungsbezirk der zuständigen Ausländerbehörde beschränkt wird –, ein Lagersystem geschaffen, das (sozialen) Ausschluss durch (räumlichen) Einschluss praktiziert. Dieses Lagersystem zielt auf ein Dreifaches. Erstens: Wer nach Deutschland auf der Suche nach Schutz, Einkommen oder Überlebensperspektiven einwandert und einen legalen Aufenthaltsstatus anstrebt, den erwartet zunächst ein entwürdigender, krank machender, von der ansässigen Bevölkerung separierender und behördlich/polizeilich kontrollierter Alltag. Dadurch sollen, zweitens, potentielle Schutzsuchende und Einwanderer vorab von einer Flucht bzw. von der Migration nach Deutschland abgeschreckt werden. Der deutschen Bevölkerung wird schließlich drittens signalisiert, dass es sich bei den Eingezäunten und nur notdürftig Behausten um Menschen handelt, die nicht erwünscht sind und die keiner menschenwürdigen Unterbringung und Behandlung bedürfen. Flüchtlinge und Asylsuchende werden öffentlich zu Objekten der Flüchtlingsverwaltung degradiert und als solche räumlich markiert. Diese Politik bestärkt und erzeugt dadurch das Gegen- und Feindbild des unerwünschten Fremden. Sie schafft eine Wirklichkeit, in der der Andere wegen seiner vermeintlichen Gefährlichkeit, wegen seiner Armut, seiner »Illegalität« und wegen unrechtmäßiger Ansprüche in Lager ein- und sozial ausgeschlossen werden muss. Diese Politik produziert erst die Unterscheidung zwischen den unerwünschten Fremden auf der einen und der einheimischen Bevölkerung auf der anderen Seite und macht diese sichtbar und der Alltagserfahrung zugänglich. (Vgl. Stephan Dünwald, Die Bundesrepublik als Lagergesellschaft, Infodienst des bayerischen Flüchtlingsrat 2/02, unter: [www.nolager.de](http://www.nolager.de))

Das rot-grüne »Zuwanderungsgesetz« wartet seit Januar 2005 mit einer weiteren Form der Lagerunterbringung von unerwünschten Flüchtlingen und MigrantInnen auf. Als Mittel zur »Durchsetzung der Ausreisepflicht« ergänzen künftig so genannte »Ausreiseeinrichtungen« die menschenrechtswidrige Institution der Abschiebungshaft. Was in der Verwaltungspraxis verschiedener Bundesländer bereits erprobt wurde, ist nunmehr auch gesetzlich vorgesehen: Die Zwangseinweisung von dem Gesetz nach »vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern« in »Einrichtungen«, in denen die »Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise gefördert« werden soll (§ 61 Abs. 2 AufenthG). Der gesetzliche Euphemismus bedeutet praktisch, dass Menschen, die in Deutschland womöglich bereits seit Jahren (ausländerrechtlich »geduldet«) leben, aus ihren Wohnungen, ihrem gewohnten Lebensumfeld, ihrem Bekanntenkreis herausgerissen und in herabwür-

digende Lagerunterkünfte eingewiesen werden können, in denen es unmöglich ist, einen persönlichen, intimen Bereich aufrechtzuerhalten und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. In diesen Einrichtungen sollen stete Verhöre, dauernder psychischer Druck, Entmündigung und soziale Deprivation zur »freiwilligen« Ausreise der Unglückseligen beitragen. Man könnte diese Institutionen auch als eine Art rechtstaatlicher »Umerziehungslager« bezeichnen: Wer nach Deutschland gekommen ist, um zu bleiben, soll gehen wollen.

## Das Universum der Lagereinrichtungen

Die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik hat ein unübersichtliches Lager-Universum von »Aufnahmeeinrichtungen«, desozialisierenden Massenunterkünften, Abschiebehaftanstalten und Ausreiselagern geschaffen, das darauf zielt, die unerwünscht Eingewanderten möglichst früh festzusetzen, auszusteuern, zu kontrollieren und abzuschieben. Diese neu geschaffenen Lagerformen verkörpern insofern einen Teil der materiellen Gewalt der politisch beabsichtigten Immigrationsbegrenzung *im Innern* des Landes.

Die nationalstaatliche Migrationskontrolle, gleich welcher parteipolitischen Couleur, unterscheidet sorgsam zwischen »rentablen« und »unrentablen« EinwanderInnen, zwischen Menschen, die »uns nutzen« (unausgesprochen können dies auch illegalisierte MigrantInnen sein, die sich im informellen Arbeitsmarkt verdingen müssen) und solchen, die »uns ausnutzen« (Bayerischer Innenminister Beckstein). Zum rot-grünen Zuwanderungsgesetz kommentiert der deutsche Bundesinnenminister grundsätzlich: »Wir wollen keinen unbegrenzten Zuzug. [...] Wenn wir international konkurrenzfähig bleiben wollen, und wir stehen in einem intensiven Wettbewerb, dann müssen wir die Möglichkeiten nutzen, die qualifizierte Zuwanderung bietet. Alle Besorgnisse, die mit Zuwanderung verbunden sind, richten sich ja auf den Zuzug in die Sozialsysteme, und wir sind uns einig, dass wir dort die Regelungen straffen müssen. Wir haben deshalb die Arbeitsmigration strikt an den Bedarf unseres Landes geknüpft« (FAZ, 29.1.2004). Die »zivilisierten« deutschen StandortpolitikerInnen aller Parteien und Konfessionen verfolgen eine offen darwinistisch und utilitaristisch grundierte Immigrationspolitik, die eine ausgewählte Zuwanderung von Fachkräften mit dem Ausschluss der »Überflüssigen« kombiniert: Die »Unerwünschten« werden als »Wirtschaftsflüchtlinge« oder als »parasitäre EinwanderInnen in die Sozialsysteme« stigmatisiert und entsprechend staatlich verwaltet. Vorurteilsschürend werden sie zum festen Bestandteil der Sicherheits- und Kriminalisierungsdiskurse gemacht. Ihre räumliche Ein- und gesellschaftliche Ausschließung in neue Lagereinrichtungen ist Teil einer Politik, die darauf ausgerichtet ist, jegliches mensch-

liche Mitgefühl mit den Betroffenen im Keim zu ersticken. So hat sich die anässige Bevölkerung an die Wiederkehr der Lager inzwischen ebenso gewöhnt wie an die gesetzesförmige Entrechtung und Ungleichbehandlung der Menschen, die damit einhergeht.

Diejenigen, die in Deutschland wie in anderen westeuropäischen Staaten zu den »Unerwünschten« gerechnet werden, gehören häufig zu den »Überlebens-tüchtigen« einer trikontinentalen Massenarmut, die, auch unter Einsatz ihres Lebens, in die weltweiten Wohlstandszentren und ihre Ökonomien migrieren, um einen Platz zum Leben zu finden und ihre Familien ernähren zu können. Damit verleihen sie ihrem Anspruch auf Leben, Freiheit und Gleichheit praktischen Ausdruck. Man könnte diesen Vorgang auch als den Einbruch der globalen Peripherie in die Metropolen bezeichnen.

Es liegt in der Logik der Abschottungsdoktrin, diese »Weltüberflüssigen«, wenn man sich ihrer weder durch »rechtsstaatlich korrekte« Abschiebungen noch durch Zwangsmaßnahmen zur »freiwilligen Ausreise« (»Ausreiseeinrichtungen«) entledigen kann, notfalls auch ohne »rechtsstaatliche Verfahren« ins osteuropäische oder auch nordafrikanische »Niemandland« zu deportieren. Oder »besser« noch, die »Unerwünschten« z. B. gar nicht erst bis an die Mittelmeer-Küsten vordringen zu lassen und sie noch auf afrikanischem Boden im Wüstensand einzuzäunen. Insofern steht der deutsche Vorstoß, Lager in Nordafrika einzurichten, in der politischen und verwaltungstechnischen Kontinuität deutscher, auf Abwehr getrimmter Ausländerpolitik.

## Der deutsche Vorstoß: Lager in Nordafrika

Die Bundesregierung versucht seit jeher, ihre restriktiven Vorstellungen in der Politik der Immigrationsbegrenzung europäisch zu verbreiten. Sie ist auch derzeit einer der strategischen Akteure, die die »unkontrollierte Migration« nicht nur an den Außengrenzen der EU, sondern bereits weit in deren Vorfeld koordiniert bekämpfen wollen. Es verwundert daher nicht, dass Bundesinnenminister Schily im Juli 2004 die Ereignisse um das Flüchtlingsschiff *Cap Anamur* zum Anlass nahm, »Auffanglager« für Flüchtlinge in Nordafrika zu fordern. Unterstützt wurde er dabei von seinem italienischen Kollegen Pisanu.

Der Vorschlag, Flüchtlingslager außerhalb der EU-Grenzen zu errichten, ist nicht neu. Bereits im März 2003 legte die britische Regierung eine Konzeption (»New vision for refugees«) für von der EU finanzierte und verwaltete »Transit Processing Centres« außerhalb des EU-Territoriums vor. Anerkannte Flüchtlinge sollten demnach nicht in die EU, sondern in »sichere Zonen« in Heimatnähe zurückgebracht werden. Das britische Konzept orientierte sich am Muster der

Flüchtlingslager, die in Mazedonien und Albanien während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien (Kosovo) zur vorgeblichen Verteidigung der Menschenrechte der albanischen Wohnbevölkerung errichtet wurden. Gemäß den britischen Vorstellungen sollten in diesen Flüchtlingschutz-zonen nach einer Karenzzeit Asyl-anträge entgegengenommen und bearbeitet werden. Migranten, die europäischen Boden erreichten, sollten kurzfristig interniert und so bald wie möglich in die »Schutz-zonen« zurückgeschafft werden. Die britische Regierung experimentiert(e) mit einigen entsprechenden Pilotprojekten auf dem Balkan und in Afrika.

In Auseinandersetzung mit den britischen Lagerplänen schlug der UNHCR ein ähnliches Modell für geschlossene Auffang- und Transitlager (Verfahrens-lager) an den ost- und südosteuropäischen Außengrenzen, jedoch noch *innerhalb* der erweiterten EU, vor.

In der Praxis gibt es solche Internierungslager für Flüchtlinge bereits, wenn auch nicht unbedingt nach den Vorstellungen des UNHCR, etwa in Bálková, Tschechien (vgl. FR vom 6.10.2004, »Die Flucht endet im Gefängnis«). Auch exterritoriale Auffanglager existieren schon, etwa in zwei Orten in der Ukraine, in der Nähe von Sumy, an der Grenze zu Russland, und im ehemaligen Militärstädtchen Pawschyno, an der Grenze zu Ungarn, der Slowakei und Rumänien (vgl. Valerij Gladko: »Im Osten werden Schilys Träume wahr«, taz, 2. August 2004).

Die deutsch-italienische »Lager-Initiative« ähnelt der britischen, soweit sich dies anhand der teilweise widersprüchlichen Verlautbarungen Schilys beurteilen lässt: MigrantInnen und Flüchtlinge, die beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, aufgegriffen werden, sollen demnach in nordafrikanische Lager zurück transportiert werden, um *dort* ihren möglichen Flüchtlingsstatus durch EU-BeamtenInnen überprüfen zu lassen. »Eine gerichtliche Kontrolle muss es nicht zwangsläufig geben. Wir sind außerhalb des Rechtsgebietes der EU« (Schily in der SZ vom 2.8.2004). Nach seiner Rechtsauffassung sollen als schutzwürdig anerkannte Flüchtlinge, allenfalls in kleiner Zahl »auf freiwilliger Basis« (Schily), von den Ländern der EU übernommen werden. Im Regelfall droht diesen jedoch eine Zwangsverbringung in »heimatnahe« Regionen mit »akzeptablen Schutzstandards«. Die als schutzunwürdig erachteten Flüchtlinge und MigrantInnen sollen hingegen aus diesen Auffanglagern umgehend in ihre Herkunftsländer ab- oder in andere so genannte »sichere Drittstaaten« weitergeschoben werden. Damit hätte EU-Europa einen neuen Typus von Lager geschaffen: exterritoriale, EU-finanzierte »Auffangzentren«, die zwar nicht der eigenen unmittelbaren Kontrolle unterstehen, die jedoch im Auftrage der EU-Staaten einen Vorposten bei der Bekämpfung der unerwünschten Flucht- und Migrationsbewegungen bilden.

Der deutsch-italienische Vorstoß steht grundsätzlich im Einklang mit den Plänen der EU-Kommission, möglichst viele Transitstaaten in »geeignete Erst-asylstaaten« umzuwandeln. Diese Strategie firmiert unter dem menschenrecht-

lich unverdächtigen Label »Den Flüchtlingsschutz auch außerhalb Europas stärken«. Das anvisierte außereuropäische Lagersystem ist Teil eines Aktionsplans, »illegale Wanderungsbewegungen« in Zusammenarbeit mit den Transit- und Herkunftsstaaten einzudämmen. Die Bekämpfung der »illegalen Migration« nach Europa hat innerhalb der EU inzwischen höchste Priorität erlangt. Es wurde ein repressiv ausgerichtetes, kurz- und langfristiges Maßnahmenbündel entwickelt, das darauf abzielt, Migration auch im Vorfeld der militarisierten EU-Grenzen zu unterbinden und das bislang Tausende von Menschenleben kostete. Der »Flüchtlingsschutz« soll in die wirtschaftlich ärmeren Anrainerstaaten der EU ausgelagert werden – und dies in Zeiten rapide zurückgehender Flüchtlingszahlen! Deutschland favorisierte bei dem Treffen der EU-Regierungschefs in Sevilla 2002 die Strategie, kooperationsunwillige Transit- und Herkunftsstaaten die Entwicklungs- oder Wirtschaftshilfe zu streichen bzw. zu reduzieren, um migrationspolitisches Wohlwollen zu erzwingen. Eine solche »Politik des Aushungerns« nimmt die Bevölkerungen in den Herkunfts- und Transitländern als migrationspolitische Geisel.

Nach dem nur vordergründigen »Scheitern« des Schily-Konzepts setzt die EU weiterhin darauf, »Auffanglager« – etwa in Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien – zu errichten, wobei diese in der Hoheit und Zuständigkeit der jeweiligen nordafrikanischen Staaten belassen bleiben sollen. Zugleich werden die EU-Außengrenzen mit Hilfe zwischenstaatlicher Abkommen grenzmilitärisch wirksamer befestigt. (Siehe dazu den Beitrag von Helmut Dietrich in diesem Heft) Dies Vorgehen folgt dem bewährten bundesdeutschen Konzept »sicherer Drittstaaten«, das seiner Logik nach langfristig zur vollständigen »Auslagerung« des Flüchtlingsschutzes aus Europa führen wird.

## Transnationale Migration, europäische Sicherheitspolitik und die »youth bulge«

Die EU-koordinierte Bekämpfung der »illegalen« Migrationsbewegungen muss unserer Ansicht nach in einem weiteren politischen Kontext und Zeithorizont verortet werden, den wir an dieser Stelle nur skizzieren können. In der europäischen, von Javier Solana entworfenen Sicherheitsdoktrin, die der EU-Rat am 12. Dezember 2003 verabschiedete (»A secure Europe in a better world«), wurde die Definition von »Sicherheit« entgrenzt und auf die europäischen Nachbarregionen ausgedehnt, die geopolitisch als europäischer Sicherheitsgürtel definiert werden. Nordafrika bildet dabei in den unterschiedlichen strategischen Überlegungen eine der zentralen sicherheitsrelevanten Regionen, in denen gegebenenfalls auch präemptiv militärisch interveniert werden soll. Für Herfried Münkler,

der inzwischen zum Ein-Man-think-tank der Bundesregierung avanciert ist, besteht die Differenz zwischen der US-amerikanischen, die seitens der Anti-Kriegsbewegung massiv kritisiert wurde, und der europäischen Sicherheitsstrategie, die nie gleichwertig ins kritische Blickfeld geriet, lediglich darin, dass erstere global und letztere hingegen regional angelegt sei, und dass »die ›Ausdehnung des Sicherheitsgürtels um Europa‹ das regionale Äquivalent einer globalen Präemptionstrategie darstellt« (Herfried Münkler, Angriff als beste Verteidigung? Sicherheitsdoktrinen in der asymmetrischen Konstellation, in: IPG 3/2004).

In dieser Europäischen Sicherheitsdoktrin werden Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Europa sowie »Bevölkerungsverschiebungen« infolge regionaler Konflikte als Bedrohungsfaktoren festgeschrieben. So erklärte beispielsweise der deutsche Verteidigungsminister Struck anlässlich des »15. Forums Bundeswehr und Gesellschaft« der *Welt am Sonntag* am 9. November 2004 in Berlin: »Die geographischen und materiellen Grenzen des europäischen sicherheitspolitischen Engagements müssen [...] bestimmt werden – in Europa, in Afrika und darüber hinaus. [...] Zu diesen (europäischen) Interessen gehören der Schutz gegen internationalen Terrorismus oder die Begrenzung der Auswirkungen destabilisierender Konflikte in der europäischen Nachbarschaft. Dazu gehören auch der Schutz vor illegaler Migration und organisierter Kriminalität oder der Schutz der Energie- und Rohstoffversorgung. Dies sind legitime gemeinsame Interessen, die gemeinsames internationales Handeln der europäischen Staaten erfordern können.« (Herausforderungen und Perspektiven der europäischen Sicherheitspolitik, unter: [www.bmvg.de](http://www.bmvg.de)) Diese Bedrohungswahrnehmung, in der die unkontrollierte, unerwünschte Migration im Spektrum der »organisierten Kriminalität« und der »gefährlichen arabischen Massen« identifiziert und definiert wird, wird inzwischen von der gesamten europäischen politischen Elite geteilt. Dies ist eine ausdrückliche »Feinderklärung« gegen die unerwünschten ImmigrantInnen, die impliziert, dass diese, in Europa angekommen, als Bedrohung angesehen, interniert, kriminalisiert und entrechtet und schließlich möglichst rasch wieder abgeschoben werden sollen. Im internationalen »Krieg gegen den Terror« fallen Maßnahmen zur Bekämpfung des (vermeintlichen oder tatsächlichen) Terrorismus mit denen gegen flüchtige Menschen ununterscheidbar ineinander, wie Dominic Johnson in einem taz-Artikel berichtet (»Abschiebung in die Sahara«, taz vom 25. August 2004): »Die Abschottung der Südgrenzen des Maghreb interessiert nicht nur die Migrationspolitiker der EU, sondern auch die Terrorbekämpfer der USA. Bessere Grenzkontrollen in der Sahara, Luftraumüberwachung und technische Hilfe durch mobile US-Militärteams sind die nordafrikanische Dimension des internationalen ›Kriegs gegen den Terror‹. [...] Das dient, wie auf NATO-Tagungen offen angesprochen wird, auch der Abwehr der illegalen Migration«. Es handelt sich hierbei um den »Pan-Sahel-Plan«, mit dem auf mög-

liche Rückzugsgebiete für »Terroristen« in der Sahelzone und ihr Einsickern über die Migrationsrouten militärisch reagiert werden soll und der anregt, die Grenzen des Tschad und die von Mali, Niger und Mauretanien gänzlich zu schließen. Das Budget für diesen Plan soll in den nächsten Jahren auf 250 Millionen Dollar aufgestockt werden (vgl. Marokko – der neue Gendarm Europas, in: Archipel 12/2004). Diese Beobachtungen über die US-militärische Präsenz in der Sahelzone korrespondieren mit den Untersuchungen und den kriegsbeschwörenden Schlussfolgerungen des Genozidforschers Gunnar Heinsohn, der im deutschen Feuilleton unter Überschriften wie »Der heranwachsende Krieg« oder »Zu viel Söhne« seine Theorie der Eskalation des Terrors ausbreiten konnte. Demnach bildeten vor allem der »Jugendüberschuss« (Youth bulge) in den islamischen und afrikanischen Staaten südlich der Sahara und die mangelnden Zukunftsperspektiven eines großen Teils dieser Jugendlichen »ein unendliches Reservoir für die Rekrutierung von Terroristen«. Diese bevölkerungspolitische Bedrohungskonstruktion der »gefährlichen arabischen Massen«, die aus dem »Überhang (bulge = Beule) perspektivloser junger Männer« im europäischen Armutsgürtel erwächst, wird in den politischen Denk- und Strategiefabriken vielfach geteilt. Heinsohn zitiert den inzwischen zurückgetretenen CIA-Direktor George Tenet: »Armut und politische Instabilität im Mittleren Osten und im Subsaharagebiet haben für die Rekrutierer von Terroristen einen überaus fruchtbaren Boden bereitet. In den kommenden zwei Jahrzehnten werden diese Regionen die größten Bevölkerungen an Jugendlichen haben, unter denen die Wahrscheinlichkeit, Terrorist zu werden, am höchsten ist.« (taz vom 6./7.4.2002)

Dies sind nur einige wenige Aspekte, die anzeigen mögen, wie vor dem Hintergrund der europäischen Sicherheitsdiskussion migrations-, bevölkerungs-, entwicklungs- und militärpolitische Dimensionen – übrigens ein Ansatzpunkt für die politisch lautstark geforderte zivilmilitärische Zusammenarbeit (CIMIC) – ineinander verwoben werden und wie migrationspolitische Bedrohungsszenarien dazu dienen, einen permanenten Kriegszustand heraufzubeschwören, der Europa einen soll.

Noch weitere Aspekte – von geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen an Öl und Gas, bzw. an dessen Transportkorridoren und allgemeinen Marktzugängen einmal ganz abgesehen – lassen vor allem Nordafrika zum »sicherheitsrelevanten Faktor« europäischer Politik werden: Wenn die Prognosen der UN stimmen, schreitet die weltweite Verwüstung stetig voran, so dass bis 2025 z.B. 2/3 des bebauten Ackerlandes in Afrika verschwunden sein werden. Weltweit werden laut UN dann 135 Millionen Menschen nach neuen Lebensgrundlagen suchen (vgl. FR vom 28.10.2004). Samir Amin, Direktor des Dritte Welt Forums in Dakar, beschreibt in einem kürzlich erschienenen Artikel, wie sich Landwirtschaft und Besitzverhältnisse auf dem Land global verändern würden, setzten sich

die Entwicklungskonzepte der WTO in der Landwirtschaft durch: Etwa 3 Milliarden Menschen, rund die Hälfte der Weltbevölkerung, würden ihre Lebensgrundlagen durch die Kapitalisierung der Landwirtschaft und die Kontrolle der imperialen Zentren über diesen Inwertsetzungsprozess verlieren! Dieser »kapitalistische Genozid«, als den Samir Amin diese landwirtschaftliche Durchkapitalisierung bezeichnet, habe längst begonnen – in China, Indien, Brasilien (vgl. Samir Amin, »Der kapitalistische Genozid«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juli 2004).

Die europäische Politik setzt in ihrer Sicherheitsdoktrin auf die Stärkung genau dieser destabilisierenden und gewaltproduzierenden Welt(un)ordnung und ihrer finanz- und handelspolitischen Institutionen (Weltbank, WTO und IWF). Dem entspricht ein flankierendes gewaltbereites Interventionsszenario, das die aus der neoliberalen Globalisierung erwachsenden Konflikte (exemplarisch: der zunehmende Migrationsdruck auf die Wohlstandszonen) eindämmen und pazifizieren soll. Das möglichst frühe »Abfangen« der Flüchtlinge und ihre »sichere« Internierung in Lagern außerhalb Europas gehören hierzu. Während im Inneren der Wohlstandszonen den Menschen ein Bleiberecht oder gar ein Recht zur Flucht politisch und gesetzlich abgesprochen wird, erhoffen sich die europäischen Sicherheitsstrategen, ein internationales Lagersystem könnte dazu beitragen, dass die VerliererInnen und Überflüssigen der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung Europa nicht erreichen. Perspektivisch werden der Druck und die Erwartungen der trikontinentalen Massenarmut auf die europäischen Wohlstandszentren anwachsen und in kollektiven Formen wie Migration und Unruhen Gestalt annehmen. In diesem Zusammenhang stehen die Europäische Sicherheitsdoktrin, die Lagerpläne und militärische Grenzaufrüstungen genauso wie z.B. die »Wider Middle East Initiative« des deutschen Außenministeriums, die präventiv den Raum und die Menschen einzuhegen, »demokratisch« zu stabilisieren und diese Gesellschaften neoliberal zu öffnen beabsichtigen: »Diese Region ist Teil der europäischen Sicherheit im 21. Jahrhundert.« (Außenminister Fischer)

### Lager, Grenzaufrüstung und »battle groups«

Die innereuropäische Diskussion um Auffanglager außerhalb der EU ist noch längst nicht abgeschlossen; einzelne Länder bringen immer wieder neue Initiativen hervor. So unterbreitete etwa der österreichische Innenminister Strasser Mitte September 2004 auf dem österreichisch-baltischen Sicherheitsgipfel (!) den Vorschlag, Lager für tschetschenische Flüchtlinge heimat- und »kulturkreisnah« in der Ukraine zu errichten.

Die italienische Regierung wiederum unterstützt Libyen beim Aufbau von Abschiebelagern in der Wüste durch die Lieferung von Zelten und Baumaterial. Verbunden ist diese Stärkung von Lagerstrukturen im EU-Ausland mit verschärften Abwehrmaßnahmen und immer rücksichtsloseren Deportationen. Die italienische Regierung ließ zur Abschreckung seit Oktober 2004 Hunderte über das Mittelmeer geflohene und auf Lampedusa gestrandete Flüchtlinge nach ihrer dortigen Internierung postwendend und offenkundig völkerrechtswidrig wieder zurück nach Libyen bringen. Nach Angaben des italienischen Fernsehsenders SkyTG 24 wurden viele der Deportierten anschließend in die Wüste an der südlichen Landesgrenze Libyens verfrachtet. Im Vorgriff auf künftige europäische Regelungen handelte der südliche »EU-Frontstaat« Italien bei dieser Aktion im Rahmen bilateraler Vereinbarungen. Italien hat diverse »Rückführungsverträge« mit nordafrikanischen Staaten abgeschlossen (Marokko, Libyen, Tunesien), zugleich bestehen Kooperationsabkommen hinsichtlich gemeinsamer Land- und Seegrenzkontrollen. Nachdem das EU-Embargo gegenüber Libyen aufgehoben wurde, stellte Italien dem nordafrikanischen Staat, der die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hat und dessen brutale Abschiebungspraxis bekannt ist, auch militärische Ausrüstung und VerbindungsbeamtenInnen zur Verfügung. Der italienische Ministerpräsident Berlusconi bezeichnete die Zusammenarbeit mit Libyen bei der Bekämpfung der »illegalen Einwanderung« als ein »Modell für Europa« (FAZ vom 30.8.2004).

Ein »Modell« der Rechtlosigkeit, der Lager und des Todes, wie das Beispiel Tunesiens zeigt. Der italienische Politologe Paolo Cuttitta beschreibt die konkreten Auswirkungen des europäischen »Kampfes« gegen unerwünschte MigrantInnen: »In Tunesien gibt es inzwischen dreizehn mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehafteinrichtungen. Eine davon befindet sich in der Nähe von Tunis, eine in der Nähe von Gabès. Die anderen liegen an geheimen Orten. Niemand außer Regierung und Polizei weiß, wo. Keiner soll erfahren, was mit den Flüchtlingen passiert, die aus Italien nach Tunesien zurückgeschoben oder schon vor der Überfahrt von der tunesischen Polizei aufgegriffen werden. [...] Laut inoffiziellen Informationsquellen werden viele Migranten von den italienisch-tunesischen Abschiebelagern einfach an die Südgrenze zu Algerien begleitet und dort in der Wüste abgesetzt« (vgl. Paolo Cuttitta, »Das diskrete Sterben«, in: FR vom 14. August 2004).

Auch die »Meister aus Deutschland« meldeten sich in Sachen Lager wieder zu Wort. Der Bayerische Innenminister Beckstein etwa schlug vor, »Auffanglager« in Nordafrika durch die Bundeswehr aufbauen und verwalten zu lassen, da die Bundeswehr im Jugoslawien-Krieg (Kosovo) bereits ähnliche Lager errichtet und entsprechende Erfahrungen gesammelt habe. Es sei ihm zwar lieber, wenn ein derartiger Einsatz auf europäischer Ebene geregelt werde, stimmten die nord-

afrikanischen Regierungen jedoch zu, sähe er keine »existenziellen Hindernisse« (Spiegel online, 19. Oktober 2004). Seit Jahren schon rüstet die Bundesregierung nordafrikanische Staaten mit militärischer Überwachungstechnik aus. Das Bundesverteidigungsministerium teilte mit, dass die tunesische Regierung drei Schnellboote zur Überwachung der Seegrenzen erhalten werde (Flüchtlingsrat NRW, Schnellinfo 17/2004 vom 25. Oktober 2004).

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), eine regierungsnahe Strategie-Schmiede, warb im August 2004 unter dem Titel »Flüchtlinge aus Afrika« (SWP-Aktuell 33) für eine kohärente deutsche und europäische Afrika-Politik, die u. a. auch die Bereitschaft zur militärischen Intervention erfordere. Deutschland, das sich an der Zusammenstellung so genannter »battle groups« (schnelle interventio-nistische Kampfgruppen) beteiligt, dürfe sich Überlegungen nicht verschließen, wo und unter welchen Bedingungen diese Einheiten eingesetzt werden sollen. Großbritannien und Frankreich hätten wiederholt betont, Haupteinsatzorte dieser »battle groups« sollten afrikanische Konfliktgebiete sein. Ihr Fazit: Da der Entwicklungsunterschied zwischen Europa und Afrika auf Jahrzehnte weiter Bestand haben wird, werde man, »will man den Zustrom nach Europa eindämmen und den Sprung in eine großzügige Zuwanderungspolitik nicht wagen, [...] weiterhin nicht um restriktive Maßnahmen herkommen«. Und weiter: »[...] auch ein frühes Filtern des Migrantenstroms und ein zielstrebiges Abschiebeverfahren werden dann Bestandteil der europäischen Flüchtlingspolitik sein müssen«.

Die euphemistisch in »Begrüßungszentren« (Schily) umdeklarierten Auf-fanglager in Nordafrika lassen sich als ein Element jener von der SWP angeregten »Migrationsfilter« in Hinblick auf kommende Auseinandersetzungen mit einer weltweit entwurzelnden Massenarmut und hiermit zusammenhängender Flucht-bewegungen begreifen. Insofern stellt das europäische Migrationsregime lediglich eine Facette im Rahmen der militärisch-machtpolitischen Aufrechterhaltung der globalen Ungleichheitsordnung, aus der sich der Reichtum der Metropolen fort-gesetzt speist, dar. Es dient, wie auch das nationale »Zuwanderungsgesetz«, vor allem dazu, das Eindringen aus den *Zonen der Armut und Gewalt* in die *Zonen des Reichtums* zu verhindern. Es ist Teil eines Krieges gegen die Massenarmut der drei Kontinente und ihren in der Migration verkörperten Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit – nach praktizierten Menschenrechten.

## Oujda – Oder: Das Sterbenlassen

Der portugiesische Journalist Paulo Moura hat in einer bemerkenswerten Reportage (»Im Wald von Missnana, ein Lager afrikanischer Flüchtlinge vor der Festung Europa«), die in Lettre International Herbst 2004 auszugsweise abgedruckt

wurde, das Überleben und Sterben »illegaler« afrikanischer Flüchtlinge im Wald von Missnana in der Nähe Tangars (Marokko) beschrieben. Er hat die Flüchtlinge in ihrem Waldversteck aufgesucht und mit ihnen gesprochen. Einige Hundert Flüchtlinge hausen dort in Erdhöhlen und warten auf eine Gelegenheit, nach Europa zu gelangen. Vielen fehlt das Geld für Schlepper, viele finden keinen Job, sind krank. Paulo Moura berichtet von den Razzien der Polizei im Wald und von den Überfällen marokkanischer Banditen, die hoffen, bei den afrikanischen Flüchtlingen Beute zu machen. Die Flüchtlinge selbst bezeichneten sich als *camarades* in der Überzeugung, es sei Arabisch und bedeute Ausländer. Moura schreibt, dass Marokko Geld von der EU erhalte, um das Problem der »Illegalen« an Ort und Stelle zu lösen, und Marokko tue dies auf seine Weise:

»Man »deportiert« sie, in Lastwagen, zu Hunderten. Männer, Frauen, Kinder, die, bis auf ihre Kleider am Leib, nichts bei sich haben. In verschlossenen Transportern geht es per Express in den Tod, unaufhaltsam, wie damals, in den Waggons nach Auschwitz.

Sie werden nicht in ihre Ursprungsländer abgeschoben, sondern zurückgebracht, auf die andere Seite der Tür, durch die sie gekommen sind, in die Gegend von Oujda. Hinter der Grenze, im Niemandsland zwischen Marokko und Algerien (das sie ebenfalls nicht aufnimmt), dort, mitten in der Wüste, werden die *camarades* ausgeladen.

In einem unwirtlichen, menschenleeren Landstrich, glühend heiß bei Tag und eiskalt bei Nacht. Dort irren die *camarades* halb verhungert, wie Zombies, durch die Sandstürme, verrotten zu Tausenden. Dort kreuzen sich Tag für Tag die Flüchtlingsströme aus dem Süden mit denen der »Deportierten« aus dem Norden. Dort sterben sie, auch wenn keiner zum Sterben gekommen ist.«

Hatte der deutsche Bundesinnenminister dies im Sinn, als er in der FAZ vom 23. Juli 2004 sagte: »Afrikas Probleme müssen in Afrika gelöst werden.«? »Ich finde [...] nichts moralisch Anstößiges daran«, so Schily jedenfalls in der SZ vom 2. August 2004, »Menschen an der illegalen Einreise nach Europa zu hindern und in ihr Herkunftsland zurückzuführen«.

Werden wir uns mit der Vorstellung sicherheitspolitisch legitimierter Lager in Nordafrika arrangieren, nachdem wir uns an die ausländerpolitisch legitimierten Lager in Deutschland längst wieder gewöhnt haben? Der Aufbau eines tödlichen Sicherheitskordons wird jedenfalls derzeit fortgesetzt, allein schon um ein globales soziales Apartheidsregime aufrecht erhalten zu können, das die trikontinentale Massenarmut von den Zitadellen des Wohlstands fernhält und sie in ihren »planet of slums« (Mike Davis) zurück verbannt.

## Migranten als Avantgarde der globalen Modernisierung?

Gibt es nicht auch eine optimistischere Sicht? In der NZZ vom 30. Dezember 2004 schlug Karl Schlögel einen Perspektivwechsel vor: MigrantInnen seien nicht nur als passive Opfer sondern auch als Akteure anzusehen; Nomadentum sei nicht als Schicksal, sondern als Chance zu verstehen. Schlögel skizzierte, wo überall in der Welt MigrantInnen am Werke sind und Gesellschaften verändern, dynamisieren und modernisieren. Er unterstrich: »Innovation, Improvisationsfähigkeit, ethnisch und kulturell bedingte Kohäsion der jeweiligen Diaspora, Elastizität, Anpassungsfähigkeit und Durchsetzungskraft und nicht zuletzt Vielsprachigkeit – all das macht die Migranten zu den idealen Agenten sozialer und kultureller Modernisierung.« Karl Schlögel hat recht: Überall auf der Welt haben MigrantInnen ihren Platz in Universitäten und Laboratorien, an Arbeitsplätzen und in Gesellschaften erkämpft und behauptet – mit oder ohne (vorhergehender) Erlaubnis der nationalstaatlichen Kontrollapparate. Sie haben gelernt, in Provisorien zu überleben, und sind Teil der Gesellschaften und ihrer klassenpolitischen Auseinandersetzungen geworden. Karl Schlögel schloss seine Aufforderung zu einem optimistischen Perspektivwechsel dementsprechend mit der Anmerkung: »Je mehr die Welt in Bewegung und die Menschenströme im Fluss sind desto wichtiger ist der Halt, der in stabilen und festen Institutionen liegt.« Das Lob der Migranten sei daher ohne ein Lob der Ordnung nicht zu haben. Doch welche Ordnung? Etwa die eines aussondernden Migrationsregimes und eines modernen Lagersystems, das die kapitalistische Expansion und die gewaltsame Neuordnung der Welt ergänzt? Menschenrechtlich will der optimistische Perspektivwechsel nicht gelingen, denn längst nicht alle MigrantInnen und Flüchtlinge schaffen den Sprung ins moderne Weltproletariat der global cities, längst nicht alle besitzen die erforderlichen Fähigkeiten, ihre Haut in den Metropolen einträglich zu Markte zu tragen. Die meisten von ihnen bleiben menschenrechtslos, hier wie dort.

*Thomas Hobfeld und Dirk Vogelskamp arbeiten im  
Komitee für Grundrechte und Demokratie.*



Konzeptionen

**Lagervisionen**



## Chronologie der EU-Lagerpläne Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge

Die ersten europäischen Pläne für Flüchtlingslager in Kriegs- und Krisenregionen und an den Rändern der EU entstanden nicht zufällig zeitgleich zum Beginn des Irakkriegs im Frühjahr 2003. Fast ein Jahr lang gab es nur in Spezialistenkreisen eine Diskussion über solche Lagerpläne. Mit dem Medienrummel um den »Fall Cap Anamur« im Juli 2004 tauchten sie plötzlich wieder auf, ausgelöst durch den Vorschlag des deutschen Innenministers Schily – in eiliger Abstimmung mit seinem italienischen Amtskollegen Pisanu – »Auffanglager« für Bootsflüchtlinge in Nordafrika einzurichten.

Die italienische Regierung hat Anfang Oktober 2004 begonnen, in Italien gelandete Bootsflüchtlinge nach Libyen zu verfrachten, wo sie bis zu ihrer Abschiebung in von Italien finanzierten libyschen Lagern untergebracht werden. Mittlerweile geben sich Regierungsmitglieder und Wirtschaftsvertreter aller wichtigen EU-Staaten die Klappe von Ghaddafis Zelt in die Hand. Ghaddafi meinte wohl kaum die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen und MigrantInnen, als er in seiner Rede zur Eröffnung eines Gasprojekts mit Berlusconi am 7.10.04 sagte: »There ist no life without mobility and mobility is brought about by energy.« Bundeskanzler Schröder erklärte am 15.10.04 im deutschen Fernsehen, er sei sich mit seinem libyschen Amtskollegen einig, dass man Flüchtlingen lieber in ihren Herkunftsländern helfen, sprich: sie gemeinsam zurück verfrachten und am Eindringen in die »Festung Europa« hindern sollte.

Die EU wird im dritten Anlauf voraussichtlich im Sommer 2005 sondieren, ob die EU in Nordafrika exterritoriale Flüchtlingslager errichten kann. Innenminister Otto Schily will die Regierungen Algeriens, Tunesiens, Libyens und Ägyptens besuchen, um frühere »Missverständnisse« in dieser Sache auszuräumen. Denn bis jetzt sind die Regierungen dieser Länder nicht bereit, auf einen Wink aus Berlin, Rom oder London hin, den Bau von EU-Lagern auf nordafrikanischem Territorium zu genehmigen. In Zeitungskomentaren hieß es dort sarkastisch, Deutschland sei als »Weltmeister« im Bau von Lagern bekannt, und dieses Know-How brauche es nun wirklich nicht zu exportieren. (Vgl. zu den aktuellen Entwicklungen den Beitrag von Helmut Dietrich) Die Chronologie der Lager-Debatten in den Jahren 2003 und seit Sommer 2004 zeigt die Menschenverachtung der EU-Flüchtlingspolitik, aber auch ihre internen Widersprüche.

## Lagerpläne 2003

Das erste Papier des britischen Kabinetts und Innenministeriums, zynischerweise »A New Vision for Refugees« genannt, stammt vom Februar 2003 und enthielt zwei Elemente:

1. Intervention, einschließlich mit militärischen Mitteln, in Ländern, die Flüchtlinge produzieren, um den »Strom« von Flüchtlingen zu stoppen und ihrer Rückkehr zu ermöglichen;
2. Schaffung eines »global network of safe havens«, später »Regional Protection Areas« (RPA, regionale Schutzzonen) genannt, sowohl nahe bei oder gar in Flüchtlinge produzierenden Ländern, als auch näher an oder in der EU.

Modell waren die Lager in Makedonien während des Kosovokriegs, in die Flüchtlinge von Militärs interniert und bewacht wurden und aus denen allenfalls eine kleine Minderheit nach festgelegten Kontingenten befristet in EU-Staaten einreisen durfte.

Ebenfalls vorgeschlagen wurde eine Ergänzung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, um die Rückführung von in Europa angekommenen Flüchtlingen in die »safe havens« zu ermöglichen.

Als zusätzliche Variante legte Blair dann im März 2003 dem EU-Ratspräsidenten ein Konzept für sog. »Transit Processing Centres« (TPC) außerhalb der EU-Grenzen vor, in die sowohl Flüchtlinge im Transit als auch aus der EU Zurückgeschobene zur Durchführung von Asylverfahren interniert werden sollten. Insbesondere gehe es um als »offensichtlich unbegründet« abgelehnte Asylanträge, vor allem von Flüchtlingen aus bestimmten als »sicher« definierten Herkunftsländern, die in den Lagern widerlegen könnten, dass sie »Wirtschaftsmigranten« seien.

Hintergrund dieser Vorschläge war, dass im Jahr 2002 Großbritannien zum Land mit der höchsten Zahl an AsylbewerberInnen in der industrialisierten Welt geworden war und Blair seiner Wählerschaft versprochen hatte, daran etwas zu ändern. Ähnlich wie Schily im Jahr 2004 behauptete er aber auch, so ein System sei »menschlicher«, da dann ja die gefährliche Reise zum Zielland wegfallen würde. Der britische Vorschlag wurde damals unterstützt durch die niederländische, die österreichische und die dänische Regierung.

Als Reaktion auf diese Konzepte präsentierte Ruud Lubbers, UNHCR, am 17.3.03 auf einem Treffen in London sein »three prong modell« (Drei-Säulen-Modell) für ein effektiveres Flüchtlings-Management: Der »domestic approach« hatte eine effizientere nationale Asylprüfung und Flüchtlingsbetreuung zum Ziel, mit der »Hilfe in Krisenregionen« sollten »Flüchtlingsströme« schon vor Ort gestoppt werden, und mit dem »EU prong« solle eine gemeinsame europäische

Bewältigung von Migrationswellen erreicht werden, u. a. durch die Einrichtung geschlossener Lager zur Durchführung von Asylverfahren auch für Flüchtlinge, die bereits Europa erreicht haben. Unterschied zu den britischen Plänen: Die Lager sollten innerhalb der Grenzen der (erweiterten) EU statt außerhalb errichtet werden. Die Flüchtlingszentren sollten laut UNHCR »den Asylmissbrauch eindämmen«, da derzeit bis zu  $\frac{3}{4}$  aller Asylbewerber, die es bis nach Europa schaffen, nicht die klassischen Kriterien eines Flüchtlings erfüllen würden. Deshalb seien auch Listen sicherer Herkunftsländer sinnvoll. Flüchtlinge aus diesen Ländern könnten ihr Verfahren in solchen Lagern durchführen und die wenigen anerkannten sollten nach einem Quotensystem auf die EU-Länder verteilt werden, die übrigen würden schnellstens »nach Hause geschickt«. Der UNHCR führte nicht zuletzt finanzielle Argumente ins Feld: Für Asylbewerber in Europa würden rund 10.000 Dollar jährlich an Unterstützung aufgewendet. Dagegen zahle der UNHCR für Millionen Flüchtlinge in der Welt im Durchschnitt nur 50 Dollar pro Jahr (nach: SZ 4.6.03). Hinter solchen Äußerungen des UNHCR steht u. a. eine zunehmende (auch und gerade finanzielle) Konkurrenz zur IOM, einer weltweiten Organisation, die vor allem von den Regierungen der reichen Industrieländer finanziert wird und sowohl think tank als auch praktischer Umsetzer von Konzepten zur Migrationskontrolle ist, die von sog. »freiwilliger« Rückkehr bis zu Lagern, z. B. auf der pazifischen Insel Nauru reichen (Näheres in der Broschüre »Stop IOM!« des Antirassismusbüros Bremen, [www.antirassismus-buero.de](http://www.antirassismus-buero.de)).

Auf einer Tagung der EU-Justiz- und Innenminister Ende März 2003 unterstützten die Niederlande, Italien und Spanien die UNHCR-Variante des britischen Konzepts, während der deutsche Innenminister Schily sich skeptisch äußerte. In einem Interview gegenüber dem »Observer« (11.5.03) sagte er, der britische Vorschlag werde die Zahl derjenigen, die nach Europa gelangen, eher erhöhen als reduzieren. Er stimme den Zielen zu, meine aber, diese Lager würden nicht funktionieren, sondern nur noch zusätzliche Flüchtlinge anziehen. Auf einem UNHCR-Symposium Ende Juni 2003 in Berlin betonte er demgegenüber die Wirksamkeit der deutschen Regelungen über »sichere Drittstaaten« und »sichere Herkunftsländer« und dass man doch alles tun müsse, um schon in den Herkunftsregionen Flucht zu verhindern. Die deutsche Regierung hat sich auf EU-Ebene schon immer gegen Quotenregelungen zur Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen und will sich nicht auf »Lastenteilung« mit Ländern einlassen, die (nicht zuletzt aufgrund ihrer EU-Außengrenzen) bei der Flüchtlingsabwehr nicht so »effektiv« sind.

Im Gegensatz zu Schilys Argumentation kritisierte die schwedische Regierung das Konzept aus rechtlichen und humanitären Gründen, ähnlich wie eine große Zahl an Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Die EU-Kommission ging deshalb Anfang Juni offiziell auf Distanz zu den britischen Plänen

und auch zum UNHCR-Konzept für die TPCs. Der Beschluss Nr. 26 auf der EU-Gipfelkonferenz Mitte Juni 2003 in Griechenland lautete wörtlich: Die EU-Konferenz fordert die EU-Kommission auf, »Mittel und Wege zu prüfen, wie die Schutzkapazität von Herkunftsländern erhöht werden kann. [...] Der Rat stellt fest, dass eine Reihe von Mitgliedsstaaten beabsichtigt, als Teil dieses Prozesses gemeinsam mit dem UNHCR die Möglichkeit für einen verbesserten Schutz der Flüchtlinge in ihrer Herkunftsregion zu prüfen.« Offiziell ließ Großbritannien seinen Vorschlag der TPCs fallen, und in den Medien wurde es meist so dargestellt, als habe die EU die britischen Vorschläge abgelehnt. Aber der EU-Gipfel gab grünes Licht für Pilotprojekte und beschloss eine 12-Monatsstudie sowie einen Bericht über »praktische Vorschläge«. »The idea is to bring safe havens closer to the people and their places of origin«, sagte ein EU-Kommissionssprecher zu Reportern auf dem EU-Gipfeltreffen. Das bedeutet eine klare Zustimmung zum Konzept der regionalen Verlagerung des Flüchtlingsschutzes in die Nähe der Herkunftsländer von Flüchtlingen. (Zu den aktuellen Entwicklungen vgl. den Beitrag von Christopher Nsoh in diesem Heft)

Nach der EU-Gipfelkonferenz 2003 gab es noch einige kleine Meldungen über geplante Transitlager für Flüchtlinge, z.B. in Kroatien und Bulgarien, wo die Regierungen diese aber dementierten, und »Regional Protection Areas«, z.B. in Kenia. Ansonsten wurde das Thema öffentlich kaum noch diskutiert.

## Schon existierende Lager, Verfahren und Abkommen zur Flüchtlingsabwehr und -rückführung

Neben den hier eher unbekanntem »Resettlement«-Programmen in Verbindung mit Flüchtlingslagern in verschiedenen Krisenregionen, wo Flüchtlinge sich um Aufnahme in bestimmten Zielstaaten bewerben können, gibt es an den Rändern Europas bereits etliche Lager zur Abwehr und Abschreckung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Beispielhaft seien hier nur einige erwähnt:

Die spanischen Exklaven Melilla und Ceuta in Marokko wurden erst vor weniger als zehn Jahren als Schlupflöcher nach Europa entdeckt. Deshalb wurden 1999 die alten Stacheldrahtzäune ersetzt durch drei Meter hohe Metallzäune, fluchtlichtbestrahlt, kamera-, mikrofon- und sensorüberwacht. Vor dem Zaun lagern Hunderte von AfrikanerInnen, und immer wieder schaffen es einige, den Zaun zu überwinden – und damit nach Europa einzureisen. Als Konsequenz wird jetzt der Zaun auf sechs Meter erhöht und die Bewachung verstärkt. In den Exklaven befinden sich Lager mit je 500 Plätzen, die immer voll sind. (Angaben nach: FR 16.8.04) Immer größer werden auch die Lager auf den Kanarischen Inseln, die zunehmend Ziel von boat people aus Westafrika wurden – eine Route,

die noch gefährlicher ist als die über das Mittelmeer. An der spanischen Küste wurde ein elektronisches Meeresüberwachungssystem (SIVE) installiert, das »pateras«, die Boote aus Afrika mit Zielrichtung Europa, auch im Dunkeln schon weit draußen auf dem Meer erkennt.

Auf der anderen Seite des Mittelmeers gibt es insbesondere in Italien zunehmend Lager. Auf der Afrika am nächsten gelegenen 20 qkm großen Insel Lampedusa kommen schon seit 20 Jahren »clandestini« an. Früher nahm niemand Notiz davon, und die ImmigrantInnen reisten weiter aufs italienische Festland. Seit einiger Zeit werden sie sofort in ein Lager gesteckt, mit einem Neubau wurde begonnen, angeblich um die Tourismusbranche vor den Flüchtlingen zu schützen. Gezielt wird Rassismus geschürt. Eine Restaurantbesitzerin meint jedoch: »Wir haben nichts gegen die Illegalen, aber sie sollen als freie Menschen kommen!« (SZ 28.7.03)

Auf Sizilien und dem italienischen Festland gibt es seit 1998 Abschiebelager, ironischerweise Centri di Permanenza Temporanea (CPT) – Zentren für den zeitweiligen Aufenthalt – genannt. Die geschlossenen Zentren in Agrigent und Caltanissetta wurden durch die Inhaftierung der Flüchtlinge von der Cap Anamur auch hier bekannt. Weitere CPT gibt es z. B. in Apulien, wo sie ursprünglich zur Inhaftierung der Flüchtlinge gedacht waren, die von Albanien über die Adria nach Italien gelangten. Deren Zahl wurde durch gemeinsame Patrouillen italienischer und albanischer Spezialtruppen fast auf Null gesenkt. Im CPT Regina Pacis in San Foca, direkt am Touristenstrand gelegen und im Sommer 2003 Ziel internationaler Proteste, sind deshalb vor allem Menschen ohne Papiere interniert, die über Libyen nach Sizilien gelangt sind. (Näheres zu den italienischen Lagern in dem Buch »Italien. Legalisierung von Flüchtlingen – Militarisierung der Grenzen?« herausgegeben von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) im Febr. 2002)

Auch auf griechischen Inseln kommen immer wieder boat people an, wie z. B. 23 Kurden Anfang Mai 2005 auf Santorini, die dort in ein Haus ohne Tageslicht eingesperrt wurden (siehe Presseerklärung auf [www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de)).

Wenig bekannt ist bisher über Lager in nordafrikanischen Ländern. Michael Howard, Chef der britischen Konservativen, behauptete im Wahlkampf, EU und UNHCR hätten bereits versuchsweise Zentren für Asylbewerber in Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen eingerichtet. Eine Sprecherin der UN-Flüchtlingskommission entgegnete, Howard habe das frei erfunden (taz 4.5.05). Insbesondere Italien hat jedoch in den letzten Jahren vor allem auf die Transitländer Libyen, Tunesien und Ägypten verstärkten Druck ausgeübt, um sie zu einem konsequenteren Einsatz bei der Überwachung sowohl der Küsten als auch der jeweiligen »grünen Grenzen« in der Sahara zu veranlassen. Die nordafrikanischen Länder sind dazu aber nicht ohne Gegenleistungen bereit, denn sie haben keine

Mittel, die Grenzen aufzurüsten und auch wenig Interesse daran. Die Geldüberweisungen der eigenen Staatsbürger aus dem Ausland stellen eine der wichtigsten Einnahmequellen dar. Deshalb benutzt Italien als Druckmittel Einwanderungsquoten und Entwicklungshilfe. Mit Tunesien wurde z.B. im Dezember 2003 ein neues Abkommen geschlossen, das Ausrüstung und Ausbildungshilfe für Grenzkontrollen, aber auch erhöhte Einwanderungsquoten enthielt. Daraufhin beschloss das tunesische Parlament strenge Strafen für Schleuser. Es gibt in Tunesien, das zwar die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, aber kein Asylverfahrensgesetz hat, 13 mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehafteinrichtungen, die meisten an geheimen Orten. Ägypten bekam erst im Oktober 2002 eigene Einwanderungsquoten, als sich ein Verbindungsbeamter der italienischen Polizei in Kairo niederlassen durfte. (Mehr zu diesen Abkommen in dem Artikel von Paolo Cuttitta, »Das diskrete Sterben«, FR 19.8.04).

Libyen ist nicht Auswanderungs- sondern Einwanderungs- und Transitland, deshalb galten für Italien keine Einwanderungsquoten, und aufgrund des EU-Embargos konnten keine (militärischen) Grenzschutzausrüstungen geliefert werden. All das ist jetzt anders, seit Libyen für die EU nicht mehr als »Schurkenstaat«, sondern als profitbringender Geschäftspartner gilt. Das zu analysieren, wäre einen eigenen Artikel wert; weiteres dazu in dem Beitrag von Helmut Dietrich in diesem Heft. Wenig bekannt ist aber auch die Wende der libyschen Politik nach Innen gegenüber Einwanderern, insbesondere aus Nigeria, Niger und Tschad sowie aus Ägypten und anderen nordafrikanischen Ländern, die lange als billige Arbeitskräfte willkommen waren. Die Wende begann schon im Herbst 2000, als Zusammenstöße zwischen Libyern und anderen Afrikanern bei Tripolis zu sechs Toten führten. Viele Nigerianer wurden abgeschoben. Seit März 2004 schränkt ein Gesetz die Einwanderung ein und sieht die Ausweisung arbeitsloser Ausländer vor. Die Abzuschiebenden »wohnen« in Zelten in der Wüste, und Massenabschiebungen, z.B. nach Eritrea, begannen zeitgleich mit der Ankunft eines italienischen Beamten. (Siehe dazu den Beitrag von Fabrizio Gatti in dieser Ausgabe)

Auch Marokko hat nicht aus eigenem Antrieb mit Massenabschiebungen schwarzer Afrikaner begonnen – am 30.11.03 per Charterflug mit 416 Personen nach Nigeria. Von der EU bekommt Marokko über drei Jahre 40 Millionen Euro zum »Kampf gegen illegale Migration«. Parallel dazu wächst der Rassismus gegen Schwarze (nach: taz 25.8.04). Das EU-Programm AENEAS soll im gesamten Mittelmeerraum »die Bereitschaft der Drittländer zum Abschluss von Rückübernahmeabkommen fördern«.

Es gibt jedoch auch Abschiebevereinbarungen, die aufgrund von Widerstand in den Herkunftsländern und in Europa gescheitert sind, wie z.B. das im Januar 2003 bereits unterzeichnete Abkommen zwischen der Schweiz und Senegal. Es

sah vor, abgelehnte afrikanische Asylsuchende, deren Identität nicht nachgewiesen werden konnte, nach Senegal abzuschicken und sie dort auf dem Flughafen zu internieren, wo afrikanische Botschaften sich dann »ihre« Staatsbürger herausuchen sollten. Aufgrund von Protesten von Menschenrechtsorganisationen und afrikanischer MigrantInnen, die sich gerade im Senegal aufhielten, weigerte sich das senegalesische Parlament im März 2003, das Abkommen zu verabschieden.

Relativ weit entwickelt ist jedoch die Politik der Lager, Internierungen und Rückübernahmeabkommen an den neuen Ostgrenzen der EU. Dies betrifft Flüchtlinge und MigrantInnen im Transit, aber auch bereits in die EU eingereiste Asylsuchende. Österreich und die drei baltischen Staaten sprachen sich vor kurzem für die Errichtung eines Aufnahmelagers für Flüchtlinge aus Tschetschenien außerhalb der EU, z. B. in der Ukraine, aus.

## Lagerpläne 2004 als Reaktion auf die Rettungsaktion der »Cap Anamur«

Am 19.7.04, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Rettung von 37 afrikanischen Flüchtlingen im Mittelmeer durch das Schiff »Cap Anamur« der gleichnamigen Hilfsorganisation (vgl. das Interview mit Elias Bierdel in diesem Heft), sprach der deutsche Innenminister Schily auf einem Treffen der EU-Justizminister zum ersten Mal von der Möglichkeit, Auffanglager für Bootsflüchtlinge in Nordafrika einzurichten. »Humaner als ertrinken« nennt Schily diese Lösung. Bei einer Umfrage des Fernsehsenders ntv am 20.7.04 sprachen sich 76% der ZuschauerInnen für Lager in Nordafrika aus. Allerdings ergab die turnusgemäße Wahlumfrage in diesem Zeitraum (»Wenn an diesem Sonntag Bundestagswahlen wären ...«), dass Schily damit vor allem beim konservativen Wählerpotential gepunktet hatte – bei der rot(-grünen) Stammwählerschaft zeigte der Lagervorschlag den gegenteiligen Effekt.

Was für Lager das genau sein sollen und für wen, wer darin das Sagen hat und wer über ihre Einrichtung entscheidet, darüber war bisher allerdings nur in täglich anders lautenden Medienberichten die Rede. Z. B. äußerten Schily und sein italienischer Amtskollege Pisanu in einer gemeinsamen Presseerklärung am 16.8.04, es solle für auf See aufgegriffene Flüchtlinge eine Einrichtung geschaffen werden, »die außerhalb der Grenzen Europas Asylgesuche entgegennimmt und prüft« (FR 17.8.04). Diese Institution solle dann für anerkannte Flüchtlinge eine Aufnahme in einem Drittland besorgen, in der Regel »in der Nähe ihres Heimatlandes mit Unterstützung der EU« (Schily lt. FAZ 22.7.04). Asyl in Europa sollten die Flüchtlinge hingegen nur auf »freiwilliger Basis der jeweiligen Staaten« erhalten. Zugleich solle außerhalb Europas eine Clearingstelle eingerichtet wer-

den, bei der EU-Staaten ihren Bedarf an legaler Einwanderung anmelden könnten. In der SZ vom 2.8.04 wird Schily mit folgenden Vorstellungen zitiert: »Es wird dort (in Nordafrika) eine Aufnahmeeinrichtung geben und eine Institution, die aus Beamten der Asylbehörden der EU-Mitgliedsstaaten zusammengesetzt ist. Diese Behörde prüft: Haben die Flüchtlinge einen Grund nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der einer Rückkehr ins Heimatland entgegensteht? Wenn sie keinen haben, müssen sie zurück. [...] Eine gerichtliche Kontrolle muss es nicht zwangsläufig geben. Wir sind außerhalb des Rechtsgebietes der EU.« Schily verwies immer wieder auf die in der am 29.4.04 von den EU-Innenministern beschlossenen Asylverfahrensrichtlinie verankerte Drittstaatenregelung, die auf deutschen Druck zustande kam.

All diese Vorstellungen hatte Schily ohne Absprache mit den anderen Regierungsmitgliedern und deren Parteien geäußert, und in den folgenden Wochen entstand darüber eine bundesdeutsche Debatte. Die Meinungen zu den Lagerplänen gingen dabei quer durch die Parteien, und auch bei den Wohlfahrtsverbänden gab es sowohl ablehnende als auch zustimmende Reaktionen.

Auf EU-Ebene kursierten die unterschiedlichsten Äußerungen zu und Interpretationen von Schilys Plänen. Beim Treffen der EU-Innenminister Anfang Oktober 2004 sprach Schily plötzlich nur noch von »Begrüßungszentren« für Flüchtlinge in Nordafrika, und in der Presse herrschte viel Verwirrung: »Schilys Lagerpläne gescheitert« schrieben die einen, »Sehr viel Zustimmung für die Überlegungen des deutschen Innenministers« die anderen. Beschlossen wurde die Einrichtung von fünf Aufnahmezentren für MigrantInnen in Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt. EU-Kommissar Vitorino betonte, in den Lagern könnten keine Asylanträge für die EU gestellt werden, sondern nur für das jeweilige Gastland. Der marokkanische Innenminister erklärte, sein Land sei nicht bereit, derartige Lager zu akzeptieren. UN-Flüchtlingshochkommissar Lubbers lehnte Schilys Ideen nicht grundsätzlich ab, sofern in den Lagern außerhalb der EU ein faires Asylverfahren gewährleistet und der UNHCR einbezogen sei. Lubbers musste allerdings im Februar 2005 von seinem Posten zurücktreten, da er wegen sexueller Belästigung von Mitarbeiterinnen angeklagt wurde.

Am 30.9./1.10.04 trafen sich in Scheveningen die Justiz- und Innenminister der EU und sprachen sich für Flüchtlingslager in Nordafrika aus, allerdings nicht unter EU-Leitung.

Am 14.10.04 sagte das EU-Parlament »Nein« zu Flüchtlingslagern außerhalb der EU, da sie die »offensichtliche Gefahr« mit sich brächten, dass »die Grundrechte verletzt werden«. Wenige Tage später stellte Schily seine Pläne auf dem G 5-Treffen in Florenz zur Diskussion. Italien unterstütze seine Pläne, Frankreich und Spanien sprachen sich dagegen aus, der Vertreter Großbritan-

niens reiste vor Ende der Sitzung ab. Am 5.11.04 trafen sich die 25 EU-Regierungschefs. Laut »Frankfurter Rundschau« vom 6.11.04 wurde dort folgendes beschlossen: »(Es) sollen bis 2010 einheitliche Asylbestimmungen für die Europäische Union verabschiedet werden, wobei ausdrücklich auch die Möglichkeit überprüft werden soll, Asylanträge außerhalb des Territoriums der EU bearbeiten zu lassen. In diesem Zusammenhang soll die Zusammenarbeit mit Transitstaaten für Flüchtlinge besonders im Mittelmeerraum und im Osten Europas ausgebaut werden. Damit wird laut Experten die Absicht verfolgt, Flüchtlinge möglichst weit außerhalb der EU-Grenzen an der Weiterreise zu hindern – ein Vorschlag, der dem italienischen und deutschen Dringen auf Auffanglager für Flüchtlinge in Nordafrika in zunächst unverbindlicher Form entgegenkommt.«

Am 25.11.04 gab es laut »Tagesschau« ein Treffen der Mittelmeeranrainerstaaten, auf dem die EU-Pläne abgelehnt wurden. In der deutschen Presse war über dieses Treffen nichts zu lesen, aber dass Innenminister Schily Mitte April 2005 ankündigte, demnächst in die nordafrikanischen Staaten zu reisen, um »Gespräche über eine Zusammenarbeit beim Kampf gegen illegale Einwanderung zu führen« (FR 15.4.05), hat sicher mit der zögerlichen Haltung der meisten Regierungen Nordafrikas gegenüber den EU-Plänen zu tun.

Inzwischen werden Fakten geschaffen: Italien schiebt seit Oktober 2004 unter den Augen der Öffentlichkeit Flüchtlinge ohne Asylprüfung von Lampedusa nach Libyen ab. Nach Aufhebung des Waffenembargos der EU gegen Libyen am 11.10. 04 verhandeln nicht nur Berlusconi und Pisanu, sondern auch Schröder und Schily mit Ghaddafi. Es geht dabei vor allem um Geschäfte mit Öl, Gas und Aufträgen für die europäische Wirtschaft, nicht zuletzt die Rüstungsindustrie. Flüchtlingsabwehr ist insofern für Europa nicht nur ein politisches Interesse, sondern es wird auch daran verdient, wenn die nordafrikanischen Länder mit Patrouillenbooten und Überwachungstechnik ausgestattet werden. Ob auch Zelte oder Baumaterial für Lager geliefert werden, wie es schon durch die Medien ging, ist dann eine zweitrangige Frage. Libyen hat jedenfalls bereits mindestens drei von Italien finanzierte Lager, in die Abgeschobene interniert werden. Im November/Dezember 2004 besichtigte eine 21köpfige EU-Delegation von Parlamentariern, Grenzschutz, Polizei, Behörden und anderen »ExpertInnen« die libyschen Lager und verfasste darüber einen über 70seitigen, äußerst »positiven« Bericht, der inzwischen auf einigen Websites steht. In einem der Anhänge ist der Geheimvertrag über die Rückübernahme von Flüchtlingen von Italien durch Libyen dokumentiert. Gegen die Abschiebungen von Italien nach Libyen gab es inzwischen massive Proteste von Menschenrechtsorganisationen, und am 11.5.05 stoppte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit einer einstweiligen Verfügung vorerst die Abschiebung von 11 Bootsflüchtlingen. In der Sache hat der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg aber noch nicht entschieden. Am

Tag des Gerichtsentscheids landeten wieder mehr als 1000 Flüchtlinge auf Lampedusa. Das Lager dort hat nur 190 Plätze – die meisten Menschen campieren im Freien. Außenstehenden bleibt der Zugang verwehrt. Die Tageszeitung »La Repubblica« berichtete, einige Flüchtlinge hätten gegen ihre Behandlung revoltiert, acht sei der Ausbruch gelungen. Um die Lage zu entspannen, begannen die italienischen Behörden, einen Teil der Lagerinsassen auszufliegen – nach Crotone auf dem italienischen Festland (taz 13.5.05).

Am liebsten hätten alle Machthaber nördlich und südlich des Mittelmeers unerwünschte Flüchtlinge und nicht (mehr) als billige Arbeitskräfte auszubeutende MigrantInnen dort, wo sie nach ihrer Meinung hingehören: in ihren Herkunftsländern. Dass hierbei bereits »Erfolge« zu verbuchen sind, berichtete z.B. die taz in einem kleinen Artikel am 21.8.04: Die Polizei in Sierra Leone habe ein Schiff mit mehr als 500 Flüchtlingen an Bord am Auslaufen Richtung Kanaren gehindert. Bei der gemeinsamen Aktion sierra leonischer, spanischer und guineischer Behörden seien der Kapitän und die Crew festgenommen worden.

Nicht nur die Besatzung der »Cap Anamur« landete also in diesem Sommer wegen Unterstützung von Flüchtlingen hinter Gittern. Dass zumindest von dieser Organisation solche Aktionen nicht mehr unternommen werden, machte »Cap Anamur« durch die Abwahl ihres Vorsitzenden Elias Bierdel Anfang Oktober 2004 klar – ironischerweise zeitgleich zu den Massenabschiebungen von Lampedusa.

## Kritik und Widerstandsstrategien

Die aktuellen Lagerpläne sind Ausdruck einer Zuspitzung und Militarisierung der europäischen Flüchtlingspolitik. Lager bedeuten nicht nur menschenunwürdige und konfliktgeladene Lebensbedingungen, sondern vor allem eine Entrechtung, Stigmatisierung und Isolation der in sie eingewiesenen Menschen. Sie fördern Ausgrenzung und Rassismus gegen Menschen, die durch die Internierung als Nicht-BürgerInnen gekennzeichnet werden. Dies gilt nicht nur, aber noch verstärkt für geschlossene, exterritoriale Lager, deren Extrembeispiel Guantánamo ist. Die von Schily vorgeschlagenen EU-Lager in Nordafrika sind eine Vorverlagerung der EU-Grenzen und könnten auf mittlere Sicht als »sichere Drittstaaten« deklariert werden, in die Flüchtlinge, die bereits nach Europa eingereist sind, abgeschoben werden können. Dass auch anerkannte Flüchtlinge nicht mehr in die EU einreisen dürfen, dazu dienen die Bemühungen um »heimatnahe Schutz-zonen«. In Gesprächen mit korrupten Herrschern wird Technik und know how zur Migrationsverhinderung als »Entwicklungshilfe« verkauft. Ausländerbehörden veranstalten Zwangsanhörungen zur »Identitätsfeststellung« mit dubiosen

Delegationen aus afrikanischen Ländern, damit sie für ein bisschen Schmiergeld Flüchtlinge zur Abschiebung freigeben, z.B. im März 2005 in Hamburg, wo fast 400 westafrikanische Flüchtlinge vorgeladen wurden (siehe Dokumentation).

Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Europa werden in EU-Dokumenten als Bedrohungsfaktoren festgeschrieben und verbunden mit dem Kampf gegen »Kriminalität« und »Terrorismus«. »Dabei hebt das europäische Migrationsregime gezielt die Unterscheidung von Vertriebenen, Flüchtlingen und MigrantInnen zugunsten konstruierter bedrohlicher »Migrationsströme« auf. Einzig die kleine Schar erwünschter ArbeitsmigrantInnen kann noch auf legalem Weg nach Europa einreisen.« Die menschenrechtlich argumentierende, defensive Kritik der asyl- und flüchtlingspolitischen Organisationen greift zu kurz, »weil sie ausblendet, dass die europäische Migrationspolitik eine Facette zur Aufrechterhaltung der globalen Ungleichheitsordnung darstellt, aus der sich der Reichtum der Metropolen speist« (Dirk Vogelskamp in »Krieg gegen die Armen«, Diskussionspapier Sept. 2004). Der Kampf für politische und soziale Rechte muss deshalb auf alle ausgedehnt werden, unabhängig von einem Flüchtlings- oder Aufenthaltsstatus.

Die Regierungen der europäischen Staaten, der Transit- und Herkunftsländer arbeiten bereits auf allen Ebenen zusammen. Es gibt jedoch Widersprüche in ihrer Politik: Die Grenzen der EU werden nie ganz geschlossen sein – nicht nur, weil bestimmte Kapitalfraktionen auf einen ethnisch hierarchisierten Arbeitsmarkt zur Profitmaximierung setzen und deshalb rechtlose MigrantInnen brauchen, sondern auch, weil Menschen beim Kampf ums Überleben sich nicht aufhalten lassen durch Stacheldraht und Patrouillenboote. Die aus-grenzende Politik der Herrschenden nimmt jedoch zunehmend den Tod der Unerwünschten in Kauf. Wenn wir dagegen Widerstand aufbauen wollen, müssen auch wir uns auf internationaler Ebene vernetzen: mit Flüchtlingen hier, ihren Landsleuten »zu Hause« und auf dem Weg, mit Menschenrechtsorganisationen in Europa, in Transit- und Herkunftsländern. Es geht um die Durchsetzung des Zugangs nach Europa, um den Kampf für gleiche Rechte hier und um den Widerstand gegen Abschiebungen. Letztlich geht es um politische und soziale Menschenrechte für alle.

*Im Mai 2005 aktualisierte Fassung eines Artikels, der in der Zeitung  
analyse + kritik (ak) vom 19.11.2004 erschienen ist.*

*Cornelia Gunßer arbeitet mit beim Flüchtlingsrat Hamburg*

## Konzepte der EU-Lagermodelle

### ›Transit Processing Centres‹ und ›Regional Protection Areas‹

Im Februar und März 2003 wurde von der britischen Regierung der Vorschlag ausgearbeitet, Asylsuchende, die in Großbritannien oder anderen EU Staaten ankommen, in ausgelagerte ›Transit Processing Centres‹ (TPC) abzuschieben, bzw. sie schon in den Krisenregionen in ›Regionalen Schutzzonen‹ (RPA) abzufangen. (Siehe den Beitrag von Cornelia Gunßer in diesem Heft) Obwohl als neue Idee unter dem Titel ›A new vision for refugees‹ vom Guardian veröffentlicht, hatten andere Regierungen ähnliche Pläne schon länger gehegt. Die dänische Regierung schlug 2001 die ›Aufnahme in der Region‹ vor, in Nachahmung einer Strategie der US Regierung. Diese wollte so Asylsuchende aus Haiti stoppen. Während des dänischen EU-Vorsitzes in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 erklärte der dänische Minister Bertel Haarder die ›Aufnahme in der Region‹ zu einer der Prioritäten im Bereich von Asyl und Migration. Laut Gregor Noll hatte Dänemark schon 1986 eine Resolution für ein internationales Vorgehen zum Schutz von Flüchtlingen in die UN-Generalversammlung eingebracht (Denmark, 12 November 1986, UN Doc. A/C. 3/41/L/51). 1994 brachten die Niederlande den Punkt ›Aufnahme in der Ursprungsregion‹ auf die Agenda der Intergovernmental Consultations (IGC). Der damalige niederländische Justizminister erläuterte in einer Rede die Möglichkeiten von regionalen Auffanglagern und ein System zur Abschiebung von Asylsuchenden in die Auffanglager ihrer jeweiligen Herkunfts-Region. (Rede von Aad Kosto vor der Fünften Konferenz der Europäischen Minister für Migrationsangelegenheiten, Athen, 18.–19. Nov. 1993)

### ›Transit Processing Centres‹ und ›Regional Protection Areas‹

Das Konzept von Transit Processing Centres (TPCs) sieht vor, Auffanglager für Asylsuchende vor den Außen-Grenzen der EU-Länder zu errichten, wo ankommende Asylsuchende aus verschiedenen Regionen der Welt ihre Asylanträge stellen könnten. Die Asylsuchenden würden dann dort festgehalten, solange ihre Asylanträge in den Zentren bearbeitet werden. Falls dem Asylantrag stattgegeben würde, könnte die Person in das EU-Land seiner/ihrer Wahl gebracht werden. Wird der Antrag abgelehnt, darf der/die Asylsuchende die EU-Staaten nicht be-

treten. Auch die Abschiebung von Flüchtlingen in die TPCs, die bereits in einem europäischen Land angekommen sind, wäre eine Option. Nach dem britischen Vorschlag einer »Neuen Vision für Flüchtlinge« war vorgesehen, dass Asylsuchende in Zentren festgehalten werden, die durch die IOM geleitet werden, einer Organisation ohne Schutzmandat. Dem UNHCR bliebe lediglich eine administrative Überprüfung der Entscheidung vorbehalten. Diese Strategie der britischen Regierung zielte darauf ab, den UNHCR in das Konzept mit einzubinden.

Das Konzept der »Regionalen Schutzzonen« (Regional protection areas, RPAs) meint die Errichtung von Asyl-Auffanglagern in den verschiedenen Regionen der Welt, die Flüchtlinge »produzieren«. Asylsuchende, die nach Europa wollen, müssten dort ihren Asylantrag stellen. Mit dieser Idee sollen Asylsuchende daran gehindert werden, aus ihren Herkunftsländern in die EU-Länder zu kommen. Würden sie dennoch in einem EU-Land ankommen, könnten sie in die »Regionalen Schutzzonen« abgeschoben werden, die ihrer Herkunftsregion am nächsten sind.

Diese »Regionalen Schutzzonen« sollen jeweils offen sein für Asylsuchende einer bestimmten Liste von Nationalitäten, die von den Gastländern der Region akzeptiert werden. Wenn z.B. Kamerun eines dieser »Schutzzonen-Lager« einrichtet, könnten Asylsuchende von Ost-, Nord- und Südafrika ihre Asylanträge dort in Kamerun stellen, da Kamerun in Zentralafrika liegt. Falls diese Asylsuchenden aber direkt in die EU-Staaten gehen, dann könnten die EU-Staaten sie schließlich in die »Sichere Schutzzone« nach Kamerun abschieben. Würde der Asylantrag in der »Schutzzone« in Kamerun positiv beschieden, gäbe es Papiere für eine Umsiedlung in ein europäisches Land der Wahl der/des Asylsuchenden.

Unterschiede zwischen »Regionalen Schutzzonen« (RPAs) und »Transit processing centers« (TPCs) bestehen darin, dass die »Schutzzonen« im nahen Umfeld der Länder liegen, in denen Flüchtlingskrisen verursacht werden. TPCs dagegen befinden sich an den Außengrenzen der EU und sollen unerwünschte MigrantInnen direkt vor den Toren Europas aufhalten. Beiden wäre gemeinsam, so ein Argument in der Diskussion der Vorschläge, dass die Kosten deutlich geringer wären als für die Unterstützung der Flüchtlinge innerhalb Europas: in Afrika gibt der UNHCR durchschnittlich lediglich 50 Dollar pro Jahr für jeden Flüchtling aus. Und ein weiteres Kostenargument: Es sei extrem schwierig, zeitaufwändig und teuer, Menschen deren Asylantrag abgelehnt wurde, wieder aus der EU zu entfernen. Mit diesem System wäre es einfacher, weil die Regionen für »Wirtschaftsflüchtlinge«, die sowieso den größten Teil unter den weltweiten Flüchtlingen ausmachten, nicht so attraktiv seien wie die EU Staaten. Das aktuelle Asylsystem wird von den Vertretern der neuen Vorschläge als ineffektiv beurteilt – in den neuen Lager-Visionen würde es zur Zufriedenheit von Asylsuchenden und der internationalen Gemeinschaft durchgeführt.

## Der dreiteilige UNHCR-Vorschlag

Da der UNHCR befürchtete, in diesen Projekten übergangen zu werden, hat es eine eigene Strategie ausgearbeitet, den »three prong approach«. Am 17. März 2003 stellte der UN High Commissioner für Flüchtlinge, Ruud Lubbers, seine Drei-Säulen-Strategie vor.

Der sogenannte »regionale Ansatz« zielt auf Flüchtlinge, die in einer zweiten Fluchtbewegung aus ihren Herkunftsregionen nach Europa kommen, nachdem sie aus der akuten Krisenregion geflohen sind. Diese Menschen sollen in ihrer Herkunftsregion bleiben, die »Schutzzonen« würden in angrenzenden Ländern oder »sicheren« Gebieten ihres Landes eingerichtet, wo sie registriert und ihre Asylanträge bearbeitet würden. Dies würde beinhalten, die Kapazitäten der Erstaufnahmeländer zu stärken, dauerhafte Lösungen in den Herkunftsregionen zu entwickeln und einen Weg für die Integration in der Region oder Umsiedlung zu ebnet.

Der zweite Ansatz beschäftigt sich mit solchen Asylsuchenden, die keine anerkannten Asylgründe haben, also Bürger aus Staaten, die nicht als asylproduzierende Staaten gelten (»Sichere Herkunftsländer«). Ihre Asylanträge werden »offensichtlich unbegründete« genannt. Für sie sind geschlossene Auffanglager innerhalb der EU-Außengrenzen, z.B. in einem der 10 neuen, nach 2004 hinzugekommenen EU-Staaten vorgesehen. Diese Fälle würden von EU-Teams mit UNHCR Beteiligung bearbeitet. Die akzeptierten Antragsteller würden in einem der EU Staaten aufgenommen, in Abhängigkeit von Faktoren wie Fähigkeiten, Familienanbindung, Bedürfnissen, Sprache etc. Diejenigen, die nach den Kriterien der dortigen Überprüfung keinen internationalen Schutz brauchen, würden unverzüglich in ihre Heimatländer zurückgebracht.

Das dritte Element zielt ab auf die jeweiligen Asylsysteme der einzelnen europäischen Länder. Unter Gewährleistung von Internationalem Schutz für diejenigen, die ihn benötigen, ist der UNHCR bereit, mit den Staaten in Hinblick darauf zusammenzuarbeiten, wie das Verfahren und das System effizienter gestaltet werden können.

## Erfahrungen mit regionalen Schutzzonen

Der erste Versuch, Flüchtlinge »auszulagern« und sie in andere Staaten zu bringen, um ihre Asylanträge dort zu stellen, fand lange vor den britischen Vorschlägen statt. Die Erfahrungen zeigen, dass die Länder, die dieses Projekt lancierten, die Menschenrechte verletzen. Ein Beispiel war der Gesamt-Aktionsplan (CPA) in Süd-Ost-Asien, eine Reaktion auf die Schutzkrise, die ihren Ursprung im Exodus

der vietnamesischen Boat People hatte. Wie die gegenwärtigen Vorschläge der TPCs und RPAs beruhte der CPA auf einem negativen Grundprinzip, das davon ausging, dass die meisten der Boat people keinen rechtmäßigen Asylanspruch hätten. (Arthur C. Helton, *Refugees Determination under the Comprehensive Plan of Action*, 5 *IJRL* 544, 1993). Dieses Grundprinzip folgte nicht der fairen, transparenten und humanen Umsetzung der Asylverfahren, sondern führte zu beschleunigten Verfahren, in denen Fairness minimiert, fragwürdige Annahmen über Glaubwürdigkeit gemacht und Kriterien falsch angewendet wurden. Die Folge waren langfristige Internierungen, am schlimmsten in Hong Kong. Flüchtlinge verbrachten bis zu acht Jahren in Lagern in Süd-Ost-Asien, mit skandalösen psycho-sozialen Konsequenzen. Ein Kommentator, der in Hong Kong arbeitete: »Niemand wird jemals in der Lage sein, den psychischen und emotionalen Schaden zu erfassen oder zu beschreiben, der diesen Tausenden Menschen – Kindern und Frauen, die die Verletzlichsten in jeder Gesellschaft sind –, angetan wurde. (Carole McDonald, *The CPA and the children: A personal perspective*, 5 *IJRL* 580 p, 581, 1993).

Ein anderes Beispiel: Die USA haben im Juli 1994 in der Bucht von Guantánamo auf Kuba ein Lager eingerichtet, um Asylsuchende aus Haiti in die USA zu bringen oder nach Haiti zurück zu schicken. Die USA nannten dieses Modell »safe haven«, »Sicherer Hafen«. In Havanna wurde ein weiteres Lager errichtet, um kubanische Asylsuchende aufzunehmen. Diese beiden Initiativen warfen das Dilemma der Menschenrechte und andere Fragen auf. Eine Untersuchung kam zu dem Schluss, dass die »exterritoriale« Option als solche nicht durchführbar sei und keine weitere Ausführung verdiene. Das IGC verlautbarte 1995, dass die USA diese Lösung bezüglich der Kosten als zu teuer erachtet hätten.

Die australische »pazifische Lösung« ist ein weiteres Beispiel: Flüchtlinge, die übers Meer nach Australien fliehen, werden abgefangen und nicht auf den australischen Kontinent gebracht, sondern in Lagern auf Inseln im Pazifik (z.B. Nauro) interniert. Dieses Verfahren kostete die australischen Steuerzahler etwa 900 australische Dollar zwischen dem Steuerjahr 2002/3 und dem Steuerjahr 2005/6.

## Aktuelle Entwicklungen

Im »Haager Programm«, dem aktuellen flüchtlingspolitischen 5-Jahres-Plan der EU (siehe Beitrag von Helmut Dietrich in diesem Heft), ist die »Ausarbeitung Regionaler Schutzprogramme« vorgesehen. Für den »Start von Pilotschutzprogrammen« wird das Jahr 2005 genannt. (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 10.5.2005, Kom (2005) 184 endgültig, Aktionsplan zur Umsetzung des Haager Programms, S. 18)

Am 31. Mai 2005 werden diese Planungen in einem Interview mit Franco Frattini, EU-Kommissar für Inneres und Justiz (»Für Freiheit, Sicherheit und Recht«), bestätigt. Demnach sollen zwei Pilotprojekte für »Regionale Schutzprogramme« (RPP) ab Juli 2005 beginnen. Frattini: »Ich spreche auch über zwei regionale Pilotprogramme. [...] Meine Idee ist, dass die beiden besten Möglichkeiten in der Region der Großen Seen (Afrika) und an den Ostgrenzen Europas sein könnten. [...] Die Große Seen-Region ist vielleicht die größte Herkunftsregion illegaler Einwanderer, sowie die östliche Dimension Europas, zum Beispiel Ukraine oder Georgia oder Belarus. Wir werden mit zwei Pilotprojekten starten, das erste für Afrika und das zweite vielleicht für die Ukraine.« (31. Mai 2005, Autor: Bruno Waterfield, <http://www.eupolitix.com/EN/News/200505/0aac6cfc-45c-4821-a74a-30a58738fd1f>)

Der Kommissions-Vorschlag für RPPs sehe finanzielle Unterstützung für die Entwicklung von Kapazitäten in Ländern vor, »die große Zahlen von Flüchtlingen auf dem Sprung nach Europa aufnehmen können«. Die Regionalen Schutzprogramme planen Unterstützung für Maßnahmen wie Schutzangebote für Flüchtlinge, Registrierung, Kooperation bei legaler Migration und Rückkehrabkommen für abgelehnte Asylbewerber oder illegale Immigranten in Länder außerhalb der EU. Laut den Planungen der EU-Kommission solle der UNHCR eine Rolle spielen, die Mitgliedschaft in Internationalen Flüchtlingsabkommen wird als Schlüsselfaktor genannt. Der Autor des Berichts bezeichnet das Programm als Antwort der EU-Kommission auf den kontrovers aufgenommenen britischen Vorschlag 2003 für »Transit Processing Center«.

Die sensible Frage der direkten Verknüpfung von Entwicklungshilfe mit politischen Migrationsabkommen werde dabei von Frattini heruntergespielt, der dazu ausführt: Die Pilotprojekte sollen eingebettet sein in einen gemeinsamen Rahmen von Partnerschaft mit den jeweiligen Ländern, der »auf der einen Seite gemeinsame Strategien in Migrationsfragen und auf der anderen Seite bessere Entwicklungsbedingungen« beinhalte. Die »Reduzierung illegaler Einwanderung« verbindet er dabei mit der Öffnung Europas gegenüber legaler Migration. Bis zum Ende diesen Jahres will Frattini dafür einen Vorschlag vorlegen – dies sei das erste Mal, dass diese zwei Dimensionen gleichzeitig als Vorschlag auf dem Tisch liegen werden, kündigt der EU-Kommissar an.

## Schluss

Die dargestellten Entwicklungen werfen die Frage auf: Warum lanciert Europa diese Projekte des Ausschlusses und der Externalisierung? Um seine patriarchale oder dominante Position in der Welt deutlich zu machen? Um Menschen aus

anderen Kontinenten zu stigmatisieren und ein Stereotyp der »unerwünschten MigrantInnen« zu etablieren? Um ein homogenes Europa zu kreieren, in dem Menschen aus anderen Teilen der Welt ausgeschlossen werden? Und um andere, neue europäische Länder einzuschließen?

Die Idee der »Regionalen Schutzzonen« kann die Anzahl der MigrantInnen, die nach Europa kommen, vielleicht reduzieren. Aber es ist völlig unmöglich, dass sie die Migration insgesamt stoppen kann, da es viele Faktoren gibt, die Migration verursachen. Die Welt von heute ist charakterisiert durch die Bewegung von Information, Kultur, Geld und Waren. Menschen werden weiterhin nach Europa kommen, weil die Regionen, aus denen sie kommen, sie nicht schützen können. Andere werden aufgrund von Armut kommen, um bessere Lebensbedingungen zu suchen. Obwohl Armut in der Genfer Konvention von 1951 nicht als Asylgrund aufgeführt ist, bleibt die Tatsache bestehen, dass es andere Gründe gibt, aus denen Menschen beschließen zu fliehen, und Armut ist einer davon. Die »Regionalen Schutzzonen« werden die Anzahl der Flüchtlinge erhöhen, die in die Hände von Schleppern geraten. Während die Europäer fortfahren, ihre Grenzen abzuschotten, werden sie neue Strategien entwickeln, um Flucht-Bewegungen zu ermöglichen. Die »Autonomie der Migration« besteht längst, sie ist bekannt als Brücke der Migration und wird immer Menschen veranlassen, umzuziehen. Beispiele sind hierfür Familienzusammenführungen, aber auch die Folgen der Kolonialisierung und der Besetzung anderer Kontinente durch Europäer und Amerikaner.

Um die Migration in die EU Staaten zu reduzieren müssen die EU Staaten zwangsläufig die folgenden Punkte beachten: Sie müssten ihre moralischen und rechtlichen Asyl-Kapazitäten stärken. Sie sollten Menschenrechtsverletzungen und Gewalt ahnden, die Asylsuchende veranlassen, aus ihren Ländern zu fliehen – und nicht autoritäre Regierungen aufgrund privater Interessen unterstützen. Falls diese Verletzungen nicht kontrollierbar sind, sollten EU Staaten bereit sein, die Asylsuchenden aufzunehmen und eine Gesamtlösung für die Situation zu suchen. Um den Bedürfnissen der Asylsuchenden in Europa gerecht zu werden, müssten die EU Staaten in den Herkunftsregionen beginnen und sich ernsthaft die Frage stellen, wie ihre Außenpolitik auf umfassendere Weise mit Flüchtlingsbelangen in Übereinstimmung gebracht werden kann.

*Übersetzung aus dem Englischen: Miriam Futterlieb, Maria Wöste  
Christopher Nsoh engagiert sich bei der Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB)*



Dokumentation  
**Gegenaktionen**



## Wer wir sind ... Warum wir mit euch reden ... Was wir wollen ...

... Am Anfang haben wir Hände gesehen, die sich an Gitterstäbe hielten, erschöpfte Gesichter, fragend, aber freundlich. Und wir haben uns geschämt, dass Menschen in CONTAINER eingesperrt werden im Hafen von Chios. Wir haben darüber diskutiert. Reagiert. ...Dann wurden sie in die leerstehende Fabrik BIAL transportiert. Da wurden wieder Menschen gestapelt in Zelten voller Löcher. Viel Kälte, sie versuchten sich aufzuwärmen mit Brennholz, wartend, dass die Dreimonats-Haft vorübergeht. Da haben auch welche reagiert, weil sie glauben, dass alle Menschen das Recht auf Respekt und die Suche nach einem besseren Leben haben. Dann entstand das neue Lager in MERSINIDI. Aber da wurden auch 20 Menschen in ein enges Zimmer gestapelt ohne Ausgang in die frische Luft und mit vielen Problemen. ...Wir haben uns gegen das Schweigen für das Handeln entschieden. Mit kleinen Schritten gewinnen wir ständig Zentimeter nach vorne und ganze Meter rückwärts. Das Solidaritätskomitee für die Flüchtlinge auf Chios existiert jetzt seit vier Jahren. Erst im Rahmen der demokratischen Zusammensetzung – jetzt kommen wir aus unterschiedlichen Zusammenhängen – treffen wir uns wöchentlich. Entscheidungen werden im Plenum getroffen. Wir sind aktiv für Menschen, die auf der Insel als Flüchtlinge ankommen. Wir sind kein eingetragener Verein, sondern Menschen die gemeinsame Ziele haben:

1. Moralische, materielle und juristische Hilfe für Flüchtlinge
2. Die Abschaffung von Abschiebungen, von Haft und die Legalisierung der Flüchtlinge und die Schaffung von Orten für Ankommende.
3. Missstände während der Haft aufzudecken und die Lösung der Probleme durch unsere Einflussnahme bei den Zuständigen zu erreichen.
4. Die Öffentlichkeit und die lokale Bevölkerung über die Probleme der Flüchtlinge zu informieren (Veranstaltungen, Filmvorführungen, Texte).
5. Herausgabe der Zeitung LATHRA, in der wir versuchen, alles was geschieht öffentlich zu machen.
6. Vernetzung mit anderen Gruppen in der Ägäis, um uns gegenseitig zu stärken und gemeinsam mit Problemen umzugehen.

Das alles in Zusammenarbeit mit RechtsanwältInnen, LehrerInnen (für das Lernen der griechischen Sprache) und Krankenhauspersonal in der Umgebung von Mersinidi.

Seit einiger Zeit hat die Polizeidirektion von Chios uns ohne Nennung von Gründen Besuchsverbot gegeben. Das ist ein Teil der Verschlechterung der Haftbedingungen.

Vielleicht haben wir mit unseren Aktivitäten der letzten Monate »gestört« ... Wir machen weiter ... Wir fordern unser Recht auf Besuch.

Solange die »Verdammten diese Erde« kommen werden – und sie werden immer weiter kommen, solange Ausbeutung von Menschen existiert. Solange die Zivilisierten die Unzivilisierten bombardieren.

Solange fanatische Religionsführer und Politiker auf der Seite der Ausbeuter stehen werden.

Solange Menschen wünschen, frei sprechen zu dürfen.

Solange Menschen wie Du und Ich versteckt in Haft gehalten werden, außerhalb der Städte, so dass wir sie nicht sehen, dass sie nicht existieren.

Wir haben beschlossen nicht die Augen zuzumachen.

Wir machen weiter in der gemeinsamen Sorge und fordern das Selbstverständliche: Kein Mensch ist Illegal ...

*Sommer 2005*

## Griechische Flüchtlingslager auf der Insel Chios

Die Insel Chios ist die Hauptankunfts-Insel für Bootsflüchtlinge in Griechenland. Sie kommen über das Mittelmeer und stechen überwiegend in der Türkei in See. Auf der Insel Chios angelandet, werden die Flüchtlinge umgehend interniert. Das »Solidaritätskomitee für die Flüchtlinge auf Chios« hat diese Lager in den Fotos und Beschreibungen dokumentiert. Die Fotografin Marily Stroux hat das Material vermittelt und die Texte aus dem Griechischen übersetzt. (Red.)

### Flüchtlingslager von 2000 bis Sommer 2002:

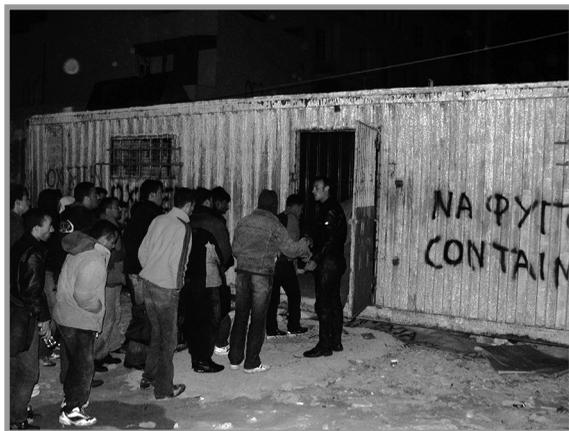
#### Zwei Metall-Container und ein Lagerraum

Im Hafen von Chios, neben der Polizei, gegenüber von der Wasserschutzpolizei. Sehr oft wurden bis zu 160 Flüchtlinge in diese zwei Container und den Lagerraum gepfercht, obwohl höchstens 80 Menschen hineinpassen. Eine improvisierte Toilette, ein sehr kleiner Vorplatz zum Rausgehen, unmögliche hygienische Bedingungen. Haftdauer: bis zu 2 Monaten.

Einer dieser Container wird bis heute an derselben Stelle als Haftraum von der Wasserschutzpolizei von Chios genutzt für die ersten administrativen Maßnahmen: Fingerabdrücke, Aufnahme, ärztliche Untersuchung. Dauer der Haft: 1 – 3 Tage.



Außenansicht des  
Containerlagers (2002)



Erstaufnahme-Container  
(2005)

## Flüchtlingslager von Herbst 2002 bis inklusive Juni 2003:

### Leerstehende Fabrik BIAL

Ein leerstehendes Fabrikgebäude, 7 km außerhalb der Stadt Chios, in der Nähe des Dorfes Chalkos. Innerhalb des großen Geländes der Fabrik wurde ein Teil eingezäunt und 20 Zelte aufgestellt. Elektrizität gab es nur nachts mit einem Notstromaggregat und nur für Sicherheitszwecke. Keine Heizung. Die Flüchtlinge improvisierten mit kleinen wärmenden Metallkanistern. Dann bekamen sie Heizungen, die mit Holz befeuert wurden, aber es gab nur sehr wenig Holz, obwohl es in dem Winter öfters geschneit hat auf der Insel. Die Flüchtlinge schliefen auf Holzpaletten, die für den Transport von Kacheln benutzt werden. Überlaufende Toiletten. Haftdauer für alle: 3 Monate. (Fotos 2003)



Fabrik-Halle mit Zelten



Unterricht



Freie Unterkunft



Unterkunft  
mit Bewohnern



Sanitäre Einrichtung

## Flüchtlingslager von Juni 2003 bis heute:

### Ein Ort im Freien bei Mersinidi

An einem Berghang mit starken Winden, das ganze Jahr lang. Das Flüchtlingslager befindet sich 10km nordöstlich der Stadt Chios. Es besteht aus 10 kleinen Fertighäusern (Pavillion-Dorf) mit einigermaßen guten Bedingungen für 12 Menschen. Öfters leben dort aber über 230 Flüchtlinge. Im Sommer 2003 waren es sogar 280, so dass die kleinen Häuser mit 22 Menschen überfüllt waren und andere in Zelten lebten. Sehr wenig Platz für freie Bewegung. Haftdauer: 3 Monate für alle bis April 2005. Seitdem hängt die Haftdauer von der Nationalität ab und reicht von ein paar Tagen bis zu 3 Monaten. (Fotos 2005)



Lager Außenaufnahme



Zimmer  
in einem der Häuser

## Cap Anamur: Italienische Gegenbewegungen

Die Cap Anamur war ein Schiff. Vor allem ein Schiff. Wir wussten eigentlich nicht woher es kam, jemand erklärte uns, dass Cap Anamur auch der Name einer Nichtregierungsorganisation sei. Ich bin am Nachmittag des 11. Juli 2004 in Porto Empedocle<sup>1</sup> angekommen, an der Hafenmole waren bereits Journalisten, Politiker und Aktivisten versammelt. An jenem Tag schien es, dass das Schiff endlich kommen müsse, endlich im Hafen anlegen. Aber nein. Nachdem es die Erlaubnis erhalten hatte, sich zu nähern, schickte es ein Gegenbefehl wieder zurück. Ich und meine »compagni«, ebenso aus Palermo gekommen, blieben die ganze Nacht dort, zusammen mit einigen Aktivisten aus der Umgebung. Wir blieben dort, um dieses Schiff vom Kai gleich außerhalb des Hafens zu beobachten und wachten, so gut wir konnten, über seine dunklen Umrisse und seine wertvolle Fracht an Menschenleben.

Wenn ich jetzt, ein Jahr danach, an diese Julinacht denke, dann sehe ich sie als Beginn von ganz Vielem. Ich erinnere mich an die Landung am Tag danach und die Freude, die sich sogleich in Schrecken verwandelte, als die 37 Schiffbrüchigen fortgebracht wurden, Bierdel mit Gewalt in ein Auto verfrachtet und anschließend verhaftet und die Vertreterin des UNHCR verlegen vom Abschiebelager in Agrigento zu sprechen begann – kurz darauf vom Komitee für Folterprävention geschlossen. Als ob es ein Aufnahmeort für diese Flüchtlinge sei. Ich erinnere mich an den Moment, in dem wir entschieden, diesen Menschen überallhin zu folgen, wohin auch immer sie gebracht werden sollten, um so gut wie möglich die Aktion dieses Schiffes zu unterstützen. Dieses Schiffes, das uns unbekannt war, jedoch ein System herausgefordert hatte, das uns nicht gefiel; indem es offen legte, wie unmenschlich Schengen und die italienischen Einwanderungsgesetze sind. Dieses Schiff war in gewisser Weise gekommen, um auf aufsehenerregende

1 Das deutsche Schiff hatte am 20. Juli im Mittelmeer 37 Bootsflüchtlinge aus Seenot gerettet und versucht, sie auf die italienische Insel Lampedusa vor Sizilien zu bringen, dort war jedoch der Hafen zu klein. Der nächstmögliche sizilianische Hafen war Porto Empedocle, dort angekommen wurde in einem unsäglichen, nervenzermürbenden Hin und Her die Einfahrt (in europäische Hoheitsgewässer) untersagt, bis das Schiff am 12. Juli nach einer Zuspitzung der Situation an Bord unter Berufung auf eine Notfall-Situation in den Hafen einlief. Vgl. dazu auch das Interview von Angela Huemer mit Elias Bierdel in dieser Publikation (Red.).

Art das zu erzählen, was wir seit Jahren zu vermitteln suchen – nämlich dass unser Mittelmeer, ebenso wie und viel mehr als andere Grenzen der sogenannten »entwickelten« Länder, ein riesiger Friedhof ist.

Ich erinnere mich, wie wir vor dem Abschiebelager von Agrigento grundlos verprügelt wurden, als wir Garantien zum Schicksal der Flüchtlinge verlangten. Ich erinnere mich daran, wie die Flüchtlinge von Agrigento zum Abschiebelager von Caltanissetta, Pian del Lago, gebracht wurden, und die Wärter dabei fast mit den Bussen über uns hinweg fuhren. Und wir immer hinterher, um diesen Flüchtlingen zu folgen mit dem Ziel, sie zu erreichen und zu schützen, stets von ihnen getrennt durch Mauern, Stacheldraht, Dutzenden Polizisten.

In Pian del Lago blieben wir lange, die ganze Zeit in der sie dort festgehalten wurden. Tag und Nacht vor der Gittertür. Ragazzi, Aktivisten aus allen Städten Siziliens, zusammen aus demselben Grund, wenig Schlaf, wenig Essen. Mit einem Generator und einem Mikrofon versuchten wir, von draußen mit dem Inneren des Abschiebelagers zu kommunizieren, wir versuchten, die Migranten aus der Distanz zu ermutigen so gut wir konnten, wir versuchten ihnen zu zeigen, dass es in Italien auch andere Menschen gibt als diejenigen, die sie unrechtmäßig gefangen halten. Vor diesem Abschiebelager konsolidierte sich das Antirassistische Netzwerk Siziliens, das Rete Antirassista Siciliana: kleine unabhängige Gruppen von Jugendlichen und Erwachsenen, die jeweils in ihrer Stadt versuchen, für die Rechte der Migranten zu kämpfen, also auch für die eigenen Rechte, spontan begannen sie, zusammen zu arbeiten.

Wir haben versucht zu informieren und aufzuzeigen, was vor sich ging, und dem unseren beharrlichen Widerstandswillen entgegenzusetzen. Uns gelang es, einige der Flüchtlinge zu treffen – ich und Ilaria haben als Übersetzer für die Anwälte das Abschiebelager betreten. Wir haben Stunden gebraucht um sie zu überzeugen, uns zu vertrauen: sie riefen uns an, als sie in der Nacht heimlich fortgebracht wurden. Zunächst 14 nach Rom in das Abschiebelager von Ponte Galeria. Dann, eine Woche später, weitere 22 nach Catania zum Flughafen, den wir alle betraten um verzweifelt zu versuchen, die Abschiebe-Flugzeuge aufzuhalten.

Wir haben immer in all diesen Tagen im voraus begriffen, was geschehen würde. Nach einem ersten Moment des Erstaunens ist uns bewusst geworden, dass alles geschehen konnte, so als ob die Welt auf den Kopf gestellt worden war. Aber niemand glaubte sofort daran. Wir waren dort und versuchten, die Politiker und Journalisten anzurufen und ihnen zu sagen: »Die Migranten haben uns aus dem Innern des Abschiebelagers angerufen, sie bringen sie weg!« Am Ende waren wir aber nur »Jugendliche«, oder im besten Fall »etwas zu sehr bewegte Bürger«, die genug Zeit zur Verfügung hatten. Die Journalisten verfolgten den Fall Cap Anamur während das Schiff noch auf offener See war. Die Politiker gingen einer

nach dem anderen an Bord. Wie in einem Wettlauf taten die Anwälte der großen Verbände ihre Meinung kund und heckten das Chaos aus, das sie hervorriefen. Am Ende jedoch ist die Aufmerksamkeit der Politiker der linken Parteien, abgesehen von einigen Abgeordneten und regionalen Vertretern, die sich vor Ort begeben hatten und dort mit uns blieben, abgeebbt. Vor dieser Gittertür waren wir nur rund 20 Menschen. Obwohl Bürgermeister diverser italienischer Gemeinden den 37 Bootsflüchtlingen sogar die Ehrenbürgerschaft und Aufnahme in ihren Gemeinden anboten<sup>2</sup>, vermochte unser Widerstand nicht, diese Menschen zu retten. Ich erinnere mich an den Anruf von Issa, einem der Flüchtlinge, in der Nacht des 21. Juli: »Sie schlagen uns, helft uns, helft uns!«. Sie waren auf dem Flughafen von Rom. Sie versuchten Widerstand zu leisten, um nicht nach Ghana gebracht zu werden. Am anderen Ende des Telefons hörte ich dumpfe Geräusche und Schreie. Es gab nichts, das ich tun konnte. Alle dort wurden ausgeflogen und wir hatten verloren.

Nun verstehe ich, wie sehr die Tage der Cap Anamur einen grundlegenden Wendepunkt darstellten. Seit damals hat sich viel verändert, mit einer neuartigen und unglaublichen Geschwindigkeit. Nachdem 37 Flüchtlinge, schuldig, weil sie überlebt hatten, festgehalten und dann mit Gewalt abgeschoben wurden, mit Methoden, die ganz offen internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte verletzen. Nachdem der, der sie gerettet hatte, wie ein Krimineller behandelt wurde, verhaftet und erniedrigt. Nachdem das Schiff, das sie aufgelesen und an Land gebracht hatte, wie irgendein Schlepperschiff beschlagnahmt wurde, nachdem all dies geschah, ist wirklich alles möglich geworden in unserem Land. Die italienische Politik gegenüber Einwanderern hat ohne Zögern ihr gesamtes unmoralisches, illegales, unmenschliches und rassistisches Antlitz gezeigt. Die Cap Anamur war wie ein Probelauf: Abgesehen von den 37 Opfern, abgesehen von diesen nebensächlichen Tatbeständen wurde dieses Ereignis von denen, die es bestimmten, auf höchst symbolische Weise interpretiert und durchlebt: Unsere Regierenden haben mit Recht gedacht, wenn sie unversehrt aus einer solch hässlichen Geschichte und den Verurteilungen der ganzen Welt hervorgehen, dass es dann möglich sein würde, jedwede Maßnahme zu ergreifen, ohne irgendjemanden fürchten zu müssen. Und so geschah es.

2 Diese Möglichkeit des Bleiberechts über Aufnahme in einer Kommune besteht im italienischen Einwanderungsrecht, für alle 37 Flüchtlinge der Cap Anamur hatten italienische Kommunen dieses Aufnahme-Angebot gemacht. Vertreter einiger Kommunen (auch ganz aus dem Norden Italiens aus der Provinz Venedig), die angereist waren um Flüchtlinge abzuholen, wurden jedoch ebenso abgeblockt und schließlich hintergegangen wie die Aktivisten, und die Flüchtlinge an den Protestierenden vor den Toren der Abschiebegefängnisse vorbei zu den Abschiebeflughäfen gebracht (Red.).

Das Bossi-Fini-Einwanderungsgesetz nimmt seinen Lauf, verschärft durch die Tatsache, dass in Wirklichkeit alles der Willkür der Ordnungskräfte überlassen ist, nunmehr einzige Befugte, um das Leben und das Schicksal der ankommenden Migranten zu verwalten. Die Internierung vor der Abschiebung, angewandt auch bei den Asylbewerbern, scheint zunehmend die einzige Antwort zu sein, die Italien gefunden hat – im Einverständnis mit den anderen Ländern des neuen Europas – um einer komplexen und wichtigen Frage der Zivilisation, wie sie von den Migrationsbewegungen aufgeworfen wird, zu begegnen. Während täglich Männer, Frauen und Kinder sterben, indem sie von einem Meer verschlungen werden, an das Tausende Touristen kommen um ihre Ferien zu verbringen, gehen die Revolten in den Abschiebelagern weiter, ebenso wie es weiterhin geheimnisvolle Todesfälle in diesen Lagern der Gegenwart gibt. Diese Regierung setzt die systematische Verletzung aller Rechte und der Menschenwürde fort, indem sie die Opfer abschiebt, einsperrt, zerstört, die Opfer stumm und alle anderen taub macht mit Kriminalisierungen und Lügen. Der Gipfel dieser Schande waren die Abschiebungen von Tausenden von Migranten aus den italienischen Abschiebelagern Lampedusa und Crotone nach Libyen. Keine Libyer, niemals richtig identifiziert, paarweise aneinandergesesselt, wurden sie mit militärischen Transportflugzeugen oder normalen Linienflügen in ein Land verfrachtet, von dem aus es ihnen einmal wunderbarerweise gelungen war, davonzukommen – indem sie all ihre Habseligkeiten zurück ließen, um einen besseren Ort zu erreichen, an dem sie glaubten, Demokratie und Respekt vorzufinden. 106 ist laut lybischer Regierung die offizielle Zahl der Toten unter den 1200 Migranten, die im Oktober 2004 von Lampedusa nach Tripolis, Libyen abgeschoben wurden. Und die Abschiebungen haben nicht mehr aufgehört.

Das Europa-Parlament und der Europäische Gerichtshof in Strassburg haben Italien für die Massenabschiebungen von Lampedusa verurteilt, so wie derselbe Gerichtshof dieselbe Regierung für den Fall Cap Anamur verurteilt hatte. Aber nun ist ein neuer Sommer angebrochen und die Bootsankünfte<sup>3</sup> sind erneut auf den Titelseiten der Zeitungen. Die Medien erzeugen Alarmstimmung, Ausnahmezustand, Angst. Und so gibt es weiterhin Internierungen und Abschiebungen, sie werden als die einzig mögliche Lösung angepriesen. Ich weiß nicht, ob in den nächsten Monaten wieder so etwas wie eine andere Cap Anamur kommen wird um erneut zu zeigen, wie wenig zivilisiert unser Europa geworden ist, wenn es darum geht, Menschenleben den ihm zustehenden Wert zu geben. Ich weiß, was bereits geschieht, und das reicht.

3 In den Sommermonaten steigt die Zahl der Boat People, die versuchen, in kleinen Booten über das Mittelmeer Europa zu erreichen, witterungsbedingt an. Siehe dazu ausführlich den Beitrag von Helmut Dietrich in diesem Heft.

Das einzig Gute was ich über dieses letzte Jahr in Sizilien seit der Cap Anamur sagen kann ist, dass das Antirassistische Netzwerk Siziliens weiterbesteht. Dass wir dort in Lampedusa erneut vor Ort am Abschiebelager waren und alles gefilmt haben: die widerrechtlichen Abschiebungen gefesselter Bootsflüchtlinge, die nicht einmal wussten wohin sie gebracht werden sollten – nämlich nach Lybien. Unsere ertrotzten Aufnahmen, diese skandalösen und eines zivilen Landes unwürdigen Bilder, haben in verschiedenen Zusammenhängen Verbreitung gefunden und waren wertvolles Material für die Anklagen von amnesty international und anderer wichtiger Vereinigungen. Das Gute ist, dass seit der Cap Anamur das Netzwerk »Rete Antirassista Siciliana« stetig gewachsen ist, trotz unzähliger Schwierigkeiten. Und dass wir stets versucht haben, dort zu sein, wo die Dinge geschehen, um uns ihnen entgegenzustellen und sie aufzuzeigen.

Von Licata nach Palermo, von Agrigento nach Messina, von Catania bis Caltanissetta und Ragusa reicht dieses Netzwerk. Etwas ist im Schatten der Cap Anamur entstanden, so wie im Schatten dieses Schiffs ganz viele Dinge entstanden sind und sich dann gemeinsam und unabhängig fortgesetzt haben, trotz allem – weil es sehr viel zu tun gibt.

*Übersetzung aus dem Italienischen: Angela Huemer  
Alessandra Sciurba ist engagiert beim Rete Antirassista Siciliana*

*Ihr sollt wissen, dass kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich.  
Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht.  
Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?*  
Elie Wiesel

**kein mensch ist illegal ♦ Karawane für die Rechte  
von Flüchtlingen und MigrantInnen ♦ kanak attack**

## **Aufruf zur Solidarität mit den Menschen von der Cap Anamur**

In den letzten Wochen rückte die europäische Politik der Abschottung und des Todes gegenüber Flüchtlingen an Europas Außengrenzen unübersehbar in den Blick der Öffentlichkeit. Die Cap Anamur forderte mit 37 schiffbrüchigen Flüchtlingen an Bord die Einreise in die EU. Mit Militärschiffen, Hubschraubern und Flugzeugen wurde das Schiff am Einlaufen in die italienischen Hoheitsgewässer gehindert, für eine lange Zeit der Ungewissheit wurde das Schiff zum »Lager auf dem Meer«. Trotz aller Verbote ist das Schiff am 11. Juli in den italienischen Hafen Empedocle eingelaufen – die Flüchtlinge kamen in ein Abschiebelager, das beschönigend »Aufnahmezentrum« genannt wird; der Kapitän des Schiffes und Teile der Besatzung wurden von italienischen Behörden verhaftet.

Während vielerorts eine »Lösung des Flüchtlingsproblems« gefordert wird, ist doch überdeutlich, dass sich die europäische Festung längst für einen Umgang entschieden hat: Sie bietet alle ihre Kräfte auf, um zu verhindern, dass sich Menschen auf den Weg in den europäischen Kontinent machen. Soldaten, Polizisten, Gefängnisse und Lager hält die EU für sie bereit. Sie werden zu »Illegalen« erklärt und ihre UnterstützerInnen zu Kriminellen, ihre Motive werden diffamiert. Die Cap Anamur hält diesem Europa der Abschottung in diesen Tagen den Spiegel vor. Und die schon nach offizieller Zählung 5000 Toten, die wir darin erblicken, sind in der Tat unerträglich. Um diesen Anblick zu verschleiern, wollen Regierungsverantwortliche und Teile der Medien schnell ein Leichentuch darüber werfen, gewebt aus Verleumdung, Zynismus und Repression.

Es ist eine Auseinandersetzung um die Ordnung dieser Welt, die sich in dem Konflikt um das Flüchtlingsschiff vollzieht. Ein Krieg gegen jene, die es wagen und schaffen, die Fundamente der herrschenden Ordnung zu unterlaufen: die Aufteilung der Welt in Zonen des Reichtums und der Armut, des Zugangs zu Rechten und der Rechtlosigkeit, in Zonen des Lebens und des Todes. Deren

Grenzen durchziehen die Welt und die Gesellschaften. Diese Aufteilung der Welt und das tägliche Sterben im Namen der Abschottung akzeptieren wir nicht.

Wir fordern für die Flüchtlinge der Cap Anamur Bleiberecht in einem Land ihrer Wahl. Wir fordern die sofortige Freilassung der Flüchtlinge und der gefangenen Besatzungsmitglieder. Wir fordern ein Ende der Politik des Schreckens, mit der die Festung Europa ihren auf allen Erdteilen zusammengerafften Reichtum auch gegen Flüchtlinge und MigrantInnen verteidigt.

Und wir rufen dazu auf, Flüchtlinge und MigrantInnen bei der Ein- und Weiterreise zu unterstützen, ebenso die Kämpfe um Bleiberecht und gegen die Entrechtung und Lagerunterbringung! Denn kein mensch ist illegal.

*Aufruf von den bundesweiten antirassistischen Netzwerken, 13.7.2004*

## *Komitee für Grundrechte und Demokratie*

### **Erklärung zur Cap Anamur**

Nicht die Rettungsaktion der »Cap Anamur« steht zur Debatte, sondern das europäische Migrationsregime, das für tausendfachen Tod verantwortlich ist. Statt den menschenrechtlichen Skandal, den die tödlichen Folgen der »Festung Europa« darstellen, zu thematisieren, wird inzwischen den Verantwortlichen der »Cap Anamur« von etlichen Seiten vorgeworfen, eine Hilfsaktion initiiert und zur Selbstdarstellung instrumentalisiert zu haben. Das ist jedoch leicht als ein politisches Manöver all derjenigen zu entlarven, die in den letzten Jahren die »entschlossene Bekämpfung der illegalen und unkontrollierten Immigration« zum verbindenden Moment einer europäischen Einwanderungspolitik erklärt, die Grenzen abgeschottet und dabei jegliches menschenrechtliche Maß, wie mit den »unerwünschten Einwanderern« umzugehen sei, aus den Augen verloren haben. Flüchtlinge und Migranten, die sich europawärts aufmachen, werden einem repressiven Migrationsregime unterworfen, das aus Kontrollen, Aussonderung, Einsperrung, Lager und Tod besteht. Das Mittelmeer markiert dabei die vielfach todbringende Grenze zwischen den Zonen der Gewaltsamkeit, der tödlichen Armut und denen des Wohlstands, zwischen wohlständigem Leben und elendigem Tod.

Nicht die Rettung von schiffbrüchigen Emigranten, die sich in diesem militärisch überwachten Grenzraum auf der Suche nach Zukunftsperspektiven,

Überleben und Schutz nach Europa aufgemacht haben, ist in irgend einer Weise verwerflich, sondern menschenrechtlich allein jene europäische Migrationspolitik, die bislang Tausenden von Einwanderern das Leben gekostet hat (das Netzwerk United hat seit 1993 den Tod von über 4.500 Flüchtlingen und Migranten an den europäischen Außengrenzen dokumentiert). Eine Migrationspolitik, die im wesentlichen auf Abwehr und Kontrolle von Wanderungsbewegungen möglichst weit im Vorfeld der europäischen Wohlstandsgrenzen ausgerichtet ist – unter Inkaufnahme unzähliger menschlicher Opfer. Die Rettungsaktion der »Cap Anamur« macht auf diesen menschenrechtlichen Skandal des todbringenden Grenzregimes zurecht aufmerksam. Und erst die rigide Haltung Italiens und Deutschlands, die Bootsflüchtlinge nicht aufnehmen zu wollen, produzierte das lautstarke Medienecho.

Jetzt soll an den Aktivisten ein Exempel statuiert, dieselben kriminalisiert und ihr berechtigtes Anliegen zu einer PR-Aktion herabgewürdigt werden. Das ist nur allzu durchsichtig. Denn es steht vielmehr die Frage zur Debatte, wie eine andere, eine menschenrechtsgemäße europäische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik aussehen kann. Dazu könnte die Rettungsaktion einen Anstoß gegeben haben. Gefragt ist jetzt zudem die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger mit den inhaftierten Aktivisten und den internierten Flüchtlingen der »Cap Anamur«.

*Köln, den 14. Juli 2004*

## Aktuelle Proteste gegen Flüchtlingslager in Italien

Bootsflüchtlinge, die lebend die italienische Insel Sizilien erreichen, werden in sogenannte Aufnahme-Zentren und Haft-Zentren gebracht. Vielen von ihnen droht nach einer Odyssee von Abschiebelager zu Abschiebelager, oder auch umgekehrt, die Abschiebung. Eine Chance, in andere europäische Länder weiterzureisen besteht dann, wenn sie nach der Ankunft der Internierung entkommen. (Siehe zu den Hintergründen den Beitrag von Helmut Dietrich in diesem Heft) Die ankommenden Boat People bekommen keine Rechtsberatung, und wie die Erfahrungen von UnterstützerInnen zeigen, sind sie oft weder über ihre Rechte noch die aktuelle Situation informiert und wissen auch nicht, dass und wohin sie abgeschoben werden. (vgl. den Bericht von Alessandra Sciorba)

Die Infrastruktur der Internierungslager (CPT) für MigrantInnen – alle Bootsflüchtlinge gelten als »illegal Eingereiste – ist in Italien in den letzten Jahren stark ausgebaut worden, immer mehr Lager wurden errichtet. Im April dieses Jahres wurden die Richtlinien für Asylverfahren geändert, so dass jetzt auch alle, die einen Asylantrag stellen, für 30 Tage in speziellen »Identifikationszentren« (CdI) interniert werden, wo ihre Asylbegehren geprüft werden sollen. Bei den Kollektivabschiebungen von Lampedusa seit Oktober 2004 durften weder UNHCR-Vertreter noch Parlamentarier noch Anwälte das Aufnahmelager in Lampedusa betreten, was den Flüchtlingen jegliche Chance raubt, gegen ihre widerrechtliche Abschiebung vorzugehen. Diese Entwicklung bleibt in Italien nicht unwidersprochen. Eine Initiative verschiedener Provinz-Präsidenten, die der kommunistischen Partei (in Regierungsbeteiligung) angehören, protestierten jüngst gegen die Flüchtlingslager. (Il manifesto) Amnesty international kritisierte im Juni 2005 scharf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in italienischen Internierungslagern und legte einen ausführlichen Bericht vor (<http://web.amnesty.org/library/index/engneur300042005>), und die Ärztevereinigung »Ärzte ohne Grenzen« monierte die Zustände in italienischen Flüchtlingslagern so massiv, dass ihnen von Behördenseite schließlich der Zutritt verwehrt wurde.

Nicht zuletzt sind Revolten in Italiens Abschiebe-Internierungslagern an der Tagesordnung. In Nachrichtensendungen ist zum Beispiel zu sehen, dass Wasserwerfer durch die Zäune auf protestierende Flüchtlinge im Lager gerichtet werden. Gegen die in Italien noch – im Vergleich zu Deutschland – neue Entwicklung eines ganzen Lagersystems hat es in den letzten Jahren viele Demonst-

rationen und teilweise spektakuläre Aktionen des zivilen Ungehorsams gegeben. In Bari und Gradisca wurden CPT vor der Inbetriebnahme »demontiert«, was ihre Eröffnung verzögerte oder verhinderte. Bei mehreren Protestaktionen an den Zäunen gelang es MigrantInnen, zu fliehen. (vgl. Sarah Sahara, *Gekämpft wird überall*, In: *interface* (Hg.), *Widerstandsbewegungen*, Berlin, 2005, S. 152–160)

In den letzten Jahren ist auch die Situation der überlebenden und toten Bootsflüchtlinge, die mittlerweile vor allem an Siziliens Küsten und denen der vorgelagerten Inseln anlanden, zum Thema von Solidaritätsaktionen geworden. Zuerst war es eine Initiative zu den verschwiegenen Toten im Mittelmeer, die vor drei Jahren versuchte, deren Schicksal und Identität aus dem Vergessen zu holen. Dann gründete sich nach der Rettungsaktion der *Cap Anamur* vor einem Jahr ein antirassistisches Netzwerk in Sizilien, das »*Rete antirassistica siciliana*«, dessen Gründungsprozess von Alessandra Scurba in diesem Heft eindrücklich geschildert wird. Und in diesem Sommer fand Ende Juli bis Anfang August auf Sizilien ein zweiwöchiges antirassistisches Camp statt, dessen Aktionen und Ergebnisse in folgendem Bericht vom 5. August dokumentiert sind.

*Enrica Rigo*

## Antirassistisches Camp auf Sizilien

»Sizilien war in den letzten Jahren der Ort, wo mehr als überall sonst in Italien von Regierungsseite eine Politik und Praktiken der Verletzung fundamentaler Menschenrechte praktiziert wurden. Das betrifft sowohl die Migranten, die an unseren Küsten ankommen als auch die, die bereits auf italienischem Territorium sind. Die Insel ist mittlerweile selbst zu einem Internierungslager geworden, außerhalb der bestehenden Rechtsordnung. Hier starten Abschiebe-Charterflüge in Länder wie Libyen, wo aus Italien abgeschobene MigrantInnen dem Tod entgegensehen – einige sind bereits ums Leben gekommen.«

So beginnt der Aufruf zum antirassistischen Camp vom 24. Juli bis zum 6. August in Sizilien. Das zweiwöchige Camp wollte konkret gegen das Dispositiv von Abschiebungen und Internierung intervenieren. Es brachte gute Ergebnisse: Blockaden der Busse, mit denen die MigrantInnen von Porto Empedocle (wohin sie aus dem Internierungslager auf Lampedusa kommen) in andere Internierungslager auf Sizilien gebracht werden. Die Aktionen der letzten Woche verhinderten die Abfahrt der Busse, um die MigrantInnen über ihre Rechte zu informieren.

Am Dienstag den 2. August nahmen 80 AktivistInnen an einer weiteren Blockade in Porto Empedocle teil. Als die MigrantInnen am Hafen ankamen, begannen die AktivistInnen die Zäune abzureißen, die den Weg der MigrantInnen zu den Bussen umgeben. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei setzten sich fort, während die MigrantInnen schon in den Bussen saßen. Die AktivistInnen umring-

ten den Bus und verhinderten die Abfahrt, dabei schlugen einige MigrantInnen die Fensterscheiben ein und flohen. 14 von ihnen schafften es, aus dem Hafen zu fliehen – sie sind immer noch frei.

Andere Aktionen erbrachten ebenfalls gute Ergebnisse: Am Montag den 1. August nahmen wir an einer Zusammenkunft außerhalb des Internierungslagers (>detention centre<) von Ragusa teil. Dies ist das einzige Lager in Italien, wo nur Frauen interniert werden, sie werden aus ganz Italien dorthin gebracht. Am Morgen betrat eine offizielle Delegation das Abschiebelager, zusammen mit einem Parlamentsmitglied. In der Zwischenzeit gelang es einigen von den AktivistInnen, mit MigrantInnen durch die Zäune zu sprechen, und wir fanden heraus, dass einige die Asylanträge gestellt hatten schon länger als 30 Tage dort festgehalten wurden. (30 Tage ist die Höchstdauer für Asylbewerber, danach müssen sie aus den »Identifikationszentren« wieder entlassen werden). An diesem Punkt, als klar wurde, dass die offizielle Delegation solche wichtigen Tatsachen wie das illegale Festhalten der Flüchtlinge übersehen hatte, brachen die AktivistInnen in das Zentrum ein und betraten einen Teil des Gerichtsareals. Die »Invasion« dauerte viele Stunden und wurde unterstützt von den Frauen, die auf dem anderen Teil des Geländes protestierten. Wir verlangten, dass eine zweite Delegation mit vier AktivistInnen des Protestcamps das Haftzentrum inspizieren dürfen. Wir wurden von einem anderen Mitglied des Parlaments begleitet (dies ist die einzige Möglichkeit in Italien, ein Haftzentrum für MigrantInnen zu betreten, außer einzubrechen) und wir verlangten Garantien, dass die sechs Asylbewerberinnen freigelassen werden und eine Frau in einem sehr ernsten Zustand ins Krankenhaus gebracht wird. Die Frau wurde am nächsten Tag ins Krankenhaus gebracht. Heute fuhr eine weitere Delegation wieder nach Ragusa und verlangte die Entlassung der sechs Asylbewerberinnen. Das wurde realisiert, dank der Mobilisierung der AktivistInnen. Heute gab es auch eine weitere Versammlung der AktivistInnen des Protestcamps und eine Pressekonferenz in Agrigento. Diese verlangte von den Behörden Auskunft über das Schicksal eines Bootes, das Lybien zwei Tage zuvor verlassen hatte. 130 MigrantInnen waren an Bord, das Boot wird vermisst. Dann wurden Straßenblockaden organisiert, weil die Behörden entschieden hatten, die Suche nach den Vermissten einzustellen.

Weitere Informationen aus der vergangenen Woche: Letzte Woche konnten weitere 40 MigrantInnen aus einem Gebäude in Porto Empedocle fliehen, wo fast 200 von ihnen vorübergehend, vor den Registrierungsformalitäten, untergebracht worden waren. Dieses Gebäude hatte eine Gruppe von AktivistInnen aus dem antirassistischen Camp aufgesucht und die MigrantInnen über ihre Rechte und die Konsequenzen der Internierung informiert. Nach der Flucht (die von den MigrantInnen unabhängig initiiert wurde), erlaubten die Behörden den AktivistInnen nicht, das Gebäude erneut zu betreten.

Morgen endet das antirassistische Camp auf Sizilien mit einer Demo in Messina. Weitere Aktionen gegen Abschiebelager sind für September geplant: ein dezentraler Aktionstag in September gegen Abschiebelager – inklusive eines Boykotts von Firmen und Nichtregierungsorganisationen, die Lager betreiben. Zwei Demonstrationen im Oktober, um die Eröffnung des Internierungslagers in Bari und in Gradisca d'Isonzo zu verhindern. Und eine landesweite Demonstration gegen das italienische Einwanderungsgesetz im November.

*Weitere Berichte vom antirassistischen Camp:*

*<http://www.globalproject.info/art-5445.html>*

*<http://indymedia.org/news/2005/07/844539.php>*

*Übersetzung aus dem Englischen: Maria Wöste*

## Proteste gegen Lager in Deutschland

Ausge-Lager-t sind die Flüchtlinge auch im Inneren Europas – aus der Gesellschaft. Trotz europaweit sinkender Zahlen derjenigen, denen eine Flucht ins Zentrum der EU noch gelingt, wird das Lagersystem hierzulande weiter ausgebaut – in dem Bestreben, noch mehr Flüchtlinge noch früher in Lagern zu isolieren und so früher und einfacher wieder loswerden zu können. Nachdem die sog. Ausreisezentren per »Zuwanderungsgesetz« seit Anfang dieses Jahres institutionalisiert wurden, ist aktuell eine Expansion einer anderen Variante der Abschiebelager zu beobachten: ähnlich wie in Bramsche in Niedersachsen wird jetzt auch in Horst, Mecklenburg-Vorpommern, ein Abschiebelager mit der Zielsetzung frühestmöglicher Ausreise nach der Einreise in die Erstaufnahmeeinrichtung integriert, und die »freiwillige Ausreise« propagiert. Vielleicht werden diese Lager-Modelle unter dem Begriff »Rückführungslager«, wie schon jetzt in NRW, bald bundesweit etabliert sein. Vielleicht ist das aber auch nur ein Wunschtraum derjenigen, die sich als Verantwortliche für das Lager Bramsche in Legitimationszwängen sehen. Die »Aktionstour gegen das europäische Lagersystem« wird im September von der »Öffentlichen Inspektion« in Bramsche nach Horst führen, um die unsichtbare Aus-Lager-ung sichtbar zu machen und zu unterlaufen. Flüchtlings(-Sammel)-Lager sind in den letzten Jahren auch in Deutschland wieder zu Orten des organisierten Protestes geworden: Aktionstage gegen das »Ausreisezentrum« in Fürth (Bayern) 2003, Anti-Lager-action-Tour durch mehrere Bundesländer 2004, und im Jahr 2005 gleich drei Mal: Europaweiter Aktionstag für Bewegungsfreiheit im April in Bahnsdorf (Brandenburg), Euromayday im Mai in Hamburg, Aktionstour gegen das europäische Lagersystem nebst Öffentlicher Inspektion in Bramsche und Horst (Mecklenburg-Vorpommern) am 24. und 25. September 2005. Während Proteste und Aktionen von Flüchtlingen innerhalb der Lager oft nicht in die öffentliche Wahrnehmung gelangen, versuchen die jüngsten Protestaktionen, die Flüchtlinge und ihre Forderungen von außen zu unterstützen. Eine Bilanz der Aktionstage gegen das »Ausreisezentrum« Fürth war im Flüchtlingsrat 100 (März 2004, S. 23 – 25) zu lesen. Einen Rückblick auf die Erfahrungen der letztjährigen Protestaktion gibt der folgende Artikel. Auf diesen Webseiten sind die aktuellen Aktionen und Diskussionen der letzten Jahre gut dokumentiert: [www.nolager.de](http://www.nolager.de); [www.ausreisezentren.de](http://www.ausreisezentren.de). (Red.)

## Netzwerk Anti-Lager-Tour

Ein Jahr ist es her, dass die Anti-Lager-Action-Tour im Sommer 2004 17 Tage lang mit Bussen und PKW durch mehrere nördliche und östliche Bundesländer gezogen ist (einschließlich dreier Aktionscamps), und gegen die zwangsweise Unterbringung von Flüchtlingen und papierlosen MigrantInnen in Heimen, Abschiebelagern und -knästen demonstriert hat.

Nicht nur die Tour selbst ist ein facettenreicher Mix äußerst unterschiedlicher Ereignisse, Abläufe und Dynamiken gewesen – mit insgesamt etwa 1.500 bis 2.000 beteiligten AktivistInnen. Auch die Zeit danach hat sich durch hohes politisches Tempo ausgezeichnet: Erstens, weil mehrere an der Tour beteiligte FlüchtlingsaktivistInnen unmittelbar im Anschluss akut von Abschiebung bedroht waren (unter ihnen das bekannte Karawane-Mitglied Akubuo Chukwudi), zweitens, weil der Widerstand mindestens in einem der Lager direkt nach der Tour weitergegangen ist, drittens, weil am Ende der Tour ein beträchtlicher Schuldenberg stand und viertens, weil der überregionale antirassistische Terminkalender im letzten Jahresviertel ungewöhnlich voll gewesen ist – stellvertretend seien nur die von der Brandenburger Flüchtlingsinitiative maßgeblich mitorganisierte AntiColonial Africa Conference in Berlin und der spektakuläre Residenzpflicht-Prozess des The Voice-Aktivisten Ahmed Sameer in Erfurt genannt.

### Ausschluss durch Einschluss

In der Summe hatte das zur Folge, dass seitens der Tour-Vorbereitung bis heute so gut wie keine individuellen oder gemeinsamen Auswertungstexte veröffentlicht wurden. Das ist zweifelsohne ein Manko, zumal mittlerweile bereits neue Aktionen im Rahmen eines europäischen Aktionstags am 2. April angedacht sind. In diesem Sinne möchten die hier angestellten Überlegungen Versäumtes nachholen, ihr Bezugspunkt sind die vier grundlegenden im Aufruf zur Anti-Lager-Action-Tour ursprünglich proklamierten Zielsetzungen.

Isolation unterwandern: Lagerpolitik ist Ausschluss durch Einschluss. Sie zielt im Kern zusammen mit rassistischen Sondergesetzen wie der Residenzpflicht oder dem Arbeitsverbot auf Separierung und Isolierung. Widerstand gegen Abschiebungen – vor allem von außen – soll auf diese Weise verunmöglicht werden. Eine zentrale Devise der Anti-Lager-Action-Tour lautete deshalb, durch praktische Schritte die politisch gewollte Isolation von Flüchtlingen bewusst zu unterwandern.

Realisiert wurde diese Devise am weitestgehenden auf der Ebene des Tour-Wir's. Nicht nur in der Vorbereitung, sondern auch während der Tour ist dieses ein gemischtes gewesen, d. h., Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge waren gleicher-

maßen vertreten. Von den beteiligten Flüchtlingen waren einige bereits in Flüchtlingsgruppen organisiert (vornehmlich in der Brandenburger Flüchtlingsinitiative, The Voice und der Karawane), andere sind erst im Zuge der Tour dazu gestoßen. Letzteres gilt insbesondere für InsassInnen aus dem inzwischen geschlossenen »Dschungelheim« Tramm in Mecklenburg Vorpommern. In den Aktionen wurde die Isolationspolitik ebenfalls direkt attackiert: Immer wieder wurde versucht, unmittelbar an die Zäune der Lager heranzukommen und diese zu überwinden. Mancherorts haben die Zäune auch kleine Blessuren davongetragen (in Bramsche sind nächtens sogar 15 Meter Zaun abhanden gekommen); in Halberstadt sind etwa 150–200 Leute über den Zaun geklettert und haben zusammen mit ca. 50–70 InsassInnen der Zentralen Aufnahme- und des Ausreisezentrums auf dem Lager-Gelände demonstriert. Beim Abschiebeknast in Hannover ist die Demo am Ende sehr still geworden, wodurch ein Straßen-Fenster-Gespräch mit einigen Gefangenen ermöglicht wurde.

Dass die gezielte Unterwanderung von Isolation ins Mark herrschender Lagerpolitik trifft, ist natürlich auch den staatlichen Behörden nicht entgangen. Sie haben deshalb keine Mühen gescheut, das Isolationsregime auch während der Tour aufrechtzuerhalten. So wurde für sämtliche der von der Tour angesteuerten Lager ein komplettes Besuchsverbot erlassen. Das hatte seinerseits zur Folge, dass die Tour an jedem Lager von einem (mitunter übergeschnappt großen) Polizeiaufgebot in Empfang genommen wurde. Außerdem sind Flüchtlinge massiv eingeschüchtert sowie gezielt desinformiert worden. Im Abschiebelager Bramsche wurden etwa alle Flüchtlinge vor der Tour in größeren Gruppen zum Lagerleiter Bramm einbestellt. Dort wurde ihnen zwar freigestellt, an den Protesten der Tour teilzunehmen, es wurde aber eindringlich davon abgeraten; ja es wurden sogar ausdrücklich Urlaubsscheine für die Tage der Tour ausgestellt (in Abweichung von der ansonsten ja geltenden Residenzpflicht). Darüber hinaus wurde den InsassInnen in Bramsche von verschiedenen MitarbeiterInnen erzählt, dass es sich bei den Tour-AktivistInnen um Neonazis handeln würde, eine Lüge, die zumindest für Verunsicherung gesorgt hat.

Öffentlichkeit herstellen: Lager sind »Orte, die auf keiner Landkarte verzeichnet sind« – heißt es im Aufruf. Es müsse deshalb darum gehen, diese Orte aus ihrer Anonymität zu reißen; nur so könnten die Verhältnisse innerhalb der Lager (inklusive Widerstandspraxen) bekannt gemacht und mit den Protesten von außen öffentlichkeitswirksam kurzgeschlossen werden. In dieser Hinsicht hat die Tour so manches erreicht. Ablesbar war das nicht nur an der intensiven Berichterstattung in der jeweiligen Lokalpresse, sondern auch an mehreren Artikeln in überregionalen Zeitungen sowie fünf Fernsehbeiträgen in den Abendnachrichten der Dritten Programme. In Bramsche ist es mit Hilfe der (konservativen) Osnabrücker Zeitung außerdem gelungen, für einige Tage die Aufmerksamkeit auf den Umstand

zu lenken, dass Bramsche mitnichten eine »Landesaufnahmestelle« ist, wie es die großen Hinweisschilder bereits auf der Autobahn Glauben machen wollen, sondern ein regelrechtes Abschiebelager für 550 Menschen.

## Aneignung des öffentlichen Raums

Dass es die Anti-Lager-Action-Tour streckenweise mit außergewöhnlich engagierter Berichterstattung zu tun hatte (inhaltliche Verkürzungen eingeschlossen!), dürfte nicht zuletzt mit dem Gegenstand Lager selbst zu tun haben: Lager sind konkrete Orte; die Gewaltförmigkeit rassistischer Verhältnisse materialisiert sich in ihnen auf krass sichtbare Weise – sichtbarer als z.B. bei Abschiebungen, von denen es gemeinhin kaum aussagekräftige Bilder gibt. Einmal an einem solchen, häufig mitten im nirgendwo gelegenen Ort angekommen, ist es gar nicht so einfach, sich diesem wieder zu entziehen. Das geht JournalistInnen nicht anders als anderen Menschen.

Die Behörden wissen um solche Effekte; sie sind deshalb während und nach der Tour mindestens drei Mal gegen kritische Berichterstattung in den Medien vorgegangen. Ihnen dürfte wahrscheinlich auch das Beispiel Bayern als Schreckgespenst im Nacken gesessen sein: Nachdem sich dort sogar die Kirchen kritisch zu Wort gemeldet hatten, musste nämlich die Landesregierung von ihren ursprünglichen Plänen wieder ablassen, in Bayern flächendeckend Abschiebelager, d. h. so genannte Ausreisezentren, einzuführen. Ausgangspunkt des dortigen Protests ist im übrigen die ausschließlich von der Karawane und anderen linken Gruppen getragene Kampagne gegen das Abschiebelager Fürth gewesen (vgl. [www.ausreisezentren.de](http://www.ausreisezentren.de)).

Selbstorganisation unterstützen: Mehrere hundert Flüchtlinge sind im Zuge der Anti-Lager-Action-Tour auf die eine oder andere Weise aktiv geworden: Ob beim Protestfrühstück vor dem Tor in Bramsche oder in der afrikanischen Volksküche auf dem Camp in Crivitz/Tramm, ob auf Kundgebungen vor den Lagern oder an offenen Mikrofonen in den Innenstädten, ob durch punktuelle oder kontinuierliche Beteiligung, überall haben Flüchtlinge das Wort ergriffen, haben von alltäglichen Entrechtungserfahrungen und ihrem Widerstand dagegen berichtet. Nicht nur kurzfristig konnte so dem Lagerregime eine Praxis von Selbstbehauptung und Aneignung des öffentlichen Raums entgegengesetzt werden; zumindest in Parchim (wo die InsassInnen von Tramm mittlerweile leben) dauern die Proteste bis heute an – von den ohnehin aktiven Flüchtlingsselfstorganisationen ganz zu schweigen.

Und doch: Es sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die Behörden mit ihren repressiven Einschüchterungsstrategien durchaus erfolgreich gewesen sind. Bereits das riesige, in Bramsche und Tramm sogar auf dem Lagergelände selbst

stationierte Polizeiaufgebot hat nicht wenige Flüchtlinge davor zurückschrecken lassen, sich der Tour anzuschließen. In diesem Sinne mag es zwar zutreffen, dass Widerstand ohne Inkaufnahme eines gewissen Maßes an Risiko nur schwer zu haben sei, wie insbesondere die betagteren FlüchtlingsaktivistInnen immer wieder betont haben; es sollte aber dennoch darüber nachgedacht werden, wie derartigen Situationen zukünftig (relativ) umsichtiger als auf der Tour begegnet werden könnte.

### Aktionstag für Bewegungsfreiheit am 2. April

Handfeste Erfolge erringen: Die Kernforderung der Anti-Lager-Action-Tour war von Beginn an unmissverständlich: »Keine Lager, nicht hier und auch nicht anderswo!« Erwartungsgemäß ist es im Zuge der Tour nicht zur Schließung irgendwelcher Lager gekommen. Erfolge konnten indes im Kleinen errungen werden, insbesondere in Bramsche. Dort hatten ja bereits in den Wochen und Monaten vor der Tour Flüchtlinge – vornehmlich tschetschenische Familien – eigene Proteste organisiert, unter anderem ist es zu zwei Torblockaden gekommen, die jeweils von einem regen Medienecho begleitet waren. Mit direktem Blick auf die bevorstehende Tour hatten sich die Behörden schließlich entschieden, den Forderungen der Familien zumindest teilweise nachzukommen. Die meisten von ihnen wurden noch vor der Tour auf private Wohnungen umverteilt. Dieser Erfolg ist nicht zu unterschätzen, auch wenn es aus Sicht der Behörden lediglich darum gegangen ist, das Konfliktlevel etwas herunter zu schrauben. Immerhin zeigt dieser Erfolg, dass die Behörden druckempfindlich sind – spätestens wenn sich lokale mit überregionalen Protesten zu verknüpfen drohen.

Am 2. April 2005 findet ein auf dem Europäischen Sozialforum in London beschlossener Aktionstag für »Bewegungsfreiheit« und »Legalisierung« statt. Das Anti-Lager-Tour-Netzwerk wird wohl mit von der Partie sein. Angedacht ist derzeit, einigen Lagern in Brandenburg die Aufwartung zu machen. In diesem Kontext gilt es außerdem, (praktische) Antworten auf diverse, zum Teil noch vom Sommer übrig gebliebene Fragen und Probleme zu finden:

Viele AktivistInnen aus dem Anti-Lager-Tour-Netzwerk sind akut von Abschiebung bedroht. Es sind also in nächster Zeit erhebliche kollektive Anstrengungen erforderlich – als eine entscheidende Voraussetzung dafür, um überhaupt mit gemeinsamen Aktionen fortfahren zu können.

Obwohl es eines der Top-Themen im Sommer gewesen ist, ist der von der Anti-Lager-Action-Tour vorgenommene Brückenschlag zwischen Lagerpolitik in Deutschland und der Diskussion über Lager in Afrika seinerzeit von den Medien schlicht ignoriert worden. Diese Scharte gilt es auszuwetzen, zumal die aktuelle Entwicklung in Libyen zeigt, wohin die Reise in Sachen Lager gehen soll.

Unter dem Titel »Sonst frisst der Löwe alle« ist in der vierseitigen Zeitung der Anti-Lager-Action-Tour dargelegt worden, inwieweit die aktuelle Verschärfung des weltweiten Lagerregimes eng mit dem derzeit ebenfalls global forcierten Ausbau prekarierteter Arbeits- und Lebensverhältnisse verschränkt ist. Bedauerlicherweise hat sich diese Einsicht während der Tour noch nicht in entsprechenden Bündnissen niedergeschlagen. Das darf auf gar keinen Fall so bleiben!

Während der Tour ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden – vor allem seitens der FlüchtlingsaktivistInnen – inwieweit es politisch angesagt sei, terminologische oder inhaltliche Bezüge zwischen derzeitigen Flüchtlingslagern und den Lagern der Nazis herzustellen. Die diesbezüglichen Debatten sind noch in vollem Gange.

*Aus: ak – analyse+ kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis /Nr. 492 /18.2.2005*



Mai 2005

Aktion im Hafen von Hamburg, am 26. Tag der Internierung von kurdischen Flüchtlingen auf der griechischen Insel Santorin. Die Boat People waren nach ihrer Ankunft auf der griechischen Insel in ein Gebäude ohne Tageslicht eingesperrt worden, das vorübergehend zum Lager erklärt wurde – ohne Kontakt und die Möglichkeit, an die Luft zu gehen.

Auf dem Transparent steht auf griechisch: »Freiheit für die Kurden auf Santorin.« Die Wasserschutzpolizei in Hamburg, die die Barkasse festnahm und das andere Transparent beschlagnahmte, ließ dieses hängen mit der Begründung, dass es sowieso keiner lesen könne. Das Foto wurde dann bei indymedia Athen von über 400 Menschen angesehen.

*Marilyn Stroux*

## Proteste gegen Abschiebehelfer Dubiose Delegation aus Guinea in Hamburg

Ein Beispiel dafür, wie die Kooperation zwischen deutschen Behörden, EU und Herkunftsstaaten von Flüchtlingen zum »Kampf gegen illegale Einwanderung« funktioniert, aber auch, welchen Widerstand es dagegen gibt, sind die sogenannten »Botschaftsanhörungen« in Hamburg, die in der letzten Zeit nicht mehr mit Vertretern der Botschaften, sondern mit Delegationen aus dem jeweiligen Land stattfanden – zum ersten Mal im Jahr 2002 aus Burkina Faso und im März 2005 aus Guinea-Conakry.

Fast 400 westafrikanische Flüchtlinge aus ganz Deutschland waren zwischen dem 7. und dem 17.3.05 in Hamburg zur »Vorsprache bei der Ausländerbehörde und dort bei der guineischen Delegation zur Ausstellung eines Heimreisedokuments bzw. zur Identitätsfeststellung« vorgeladen. Bei Nichterscheinen wurde die zwangsweise Vorführung und die Abschiebung ohne erneute Ankündigung angedroht.

Für die Ausstellung von Identitätspapieren ist eigentlich die Botschaft des jeweiligen Herkunftslands zuständig. Um die diplomatischen Vertretungen dazu zu bewegen, die Abschiebung passloser Flüchtlinge möglich zu machen, hat die Ausländerbehörde Hamburg seit 1999 mehr als 25 sogenannte »Botschaftsanhörungen« veranstaltet, bei denen reichlich deutsche Steuergelder flossen für die Ausstellung von Passersatzpapieren, Reisekosten, Musicalbesuch und ähnliche »Anreize« für die angereisten Vertreter vor allem afrikanischer Staaten. Damals gab es massenhafte Proteste von Flüchtlingen vor der Ausländerbehörde sowie eine Demonstration vor verschiedenen Botschaften in Bonn gegen deren Kollaboration mit den deutschen Abschiebebehörden. Die guineische Botschaft, die im November 1999 in der Hamburger Ausländerbehörde residierte, hat nach Meinung der Behörden in den letzten Jahren nicht genug Flüchtlinge als Guineer/-innen identifiziert und mit Reisepapieren ausgestattet, so dass sie bisher nicht abgeschoben werden konnten.

Deshalb wurde jetzt eine Delegation direkt aus Guinea eingeladen, deren Legitimation, Identitätspapiere auszustellen, mehr als fraglich ist. Die guineische Botschaft war nicht beteiligt und distanzierte sich von den Verhören. Proteste gegen die rechtswidrige Einladung der nicht einmal der Botschaft namentlich bekannten Delegation haben in Guinea Debatten bis auf Regierungsebene ausgelöst und deren Abreise verzögert. Aber es überwog dann wohl der Druck von Seiten

der deutschen Behörden (eine Mitarbeiterin der Hamburger Ausländerbehörde wurde eigens dafür nach Guinea entsandt). Und auch Geld lockte, sowohl für die Delegationsmitglieder persönlich als auch für die Staatskassen des korrupten Landes: Innensenator Nagel soll laut guineischen Presseberichten die Unterzeichnung von Kooperationsverträgen versprochen haben, wenn die Delegation den Hamburger Behörden bei der Steigerung der Abschiebezahlen behilflich ist. Auf Nachfrage dementierte die Innenbehörde diese Meldung. Zeitgleich mit den Hamburger Anhörungen hielt sich allerdings eine Delegation der EU in Guinea auf, und am 23.3.05 wurde in guineischen Medien gemeldet, sie sei zufrieden mit der dortigen Entwicklung der Demokratie. Pressefreiheit sei gewährleistet, Korruption werde bekämpft. Am 6. April war zu lesen, dass die EU jetzt Guinea für 93 Millionen Euro Projekte finanzieren wird, u.a. im Straßenbau. Dass die guineische Delegation in Hamburg einen großen Teil der Vorgeladenen als GuineerInnen identifizierte und damit zur Abschiebung freigab sowie einen weiteren Besuch der Ausländerbehörden-Vertreterin in Conakry und Anhörungen im August in Nordrhein-Westfalen ankündigte, ist als Hintergrund dafür sehr viel plausibler als dass die guineische Regierung plötzlich einen demokratischen Wandel eingeleitet hätte.

Tatsächlich existiert Demokratie in Guinea allenfalls auf dem Papier, und abgeschobene Flüchtlinge müssen Haft oder gar den Tod fürchten – so wie mindestens sieben Guineer, die 1999 beim ersten Abschiebeversuch von BGS-Begleitern brutal misshandelt wurden und nach der zweiten Abschiebung in Guinea spurlos verschwanden. Der guineische Präsident, Lansana Conté, der am 19.1.05 nur knapp einem Attentat entging, hat am 9.3.05 – vermutlich im Zusammenhang mit der Suche nach den Schuldigen für den angeblichen Putschversuch – drei Minister abgesetzt, darunter auch die Vorgesetzten der vier Delegationsmitglieder. Eine offizielle Begründung wurde nicht genannt. Vorher wurden bereits willkürlich Dutzende von Menschen, u.a. bekannte Journalisten und Anwälte, verhaftet. Einer der Festgenommenen, ein islamischer Geistlicher, starb in Haft unter Folter. Trotz Ressourcenreichtum (u.a. Bauxit) lebt der größte Teil der guineischen Bevölkerung in extremer Armut. Die Lebenserwartung beträgt 47 Jahre, und die Kindersterblichkeit ist eine der höchsten des Kontinents.

Der Ablauf der Verhöre in Hamburg hatte mit rechtsstaatlichen Verfahren nichts zu tun. »Ich kam mir vor wie in einer südamerikanischen Diktatur!« äußerte ein Rechtsanwalt, der am 10.3.05 einen Mandanten zu einer Anhörung begleitete. Die Ausländerbehörde war voller Polizei. »Die Beamt/-innen trugen alle Kampfanzüge und schwere Stiefel sowie Waffen«. Vor dem Verhör wurde der Flüchtling von Uniformierten mit Gummihandschuhen bis auf die Unterhose durchsucht und fotografiert, ohne dass der Anwalt dabei sein durfte. Die Delegation stellte sich nicht vor. »Drei der Männer trugen schwarze Sonnenbril-

len. [...] Der Disput der schwarzen Herren ging darum, dass man sich empörte, mit der Behörde sei das Erscheinen von Anwälten nicht abgesprochen« (Vollständiger Bericht sowie weitere Informationen auf [www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de)). Die Ausländerbehörde, die die Vorladungen organisiert hatte, reagierte auf öffentliche Kritik mit der Behauptung, mit dem Verlauf der Anhörungen habe sie nichts zu tun, da es sich hierbei um »hoheitliche Aufgaben des Staates Guinea« handele.

Während der zwei Wochen haben fast täglich mehr als hundert Flüchtlinge und UnterstützerInnen mit Kundgebungen vor der Hamburger Ausländerbehörde und zweimal auch mit Demonstrationen in der Innenstadt gegen die dubiose Delegation und die drohenden Abschiebungen protestiert. Die aus jungen Flüchtlingen bestehende Theatergruppe Hajusom!, von der zwei Mitglieder ebenfalls vorgeladen waren, mobilisierte mehr als 100 KünstlerInnen für einen Appell gegen Abschiebungen und intervenierte mit künstlerischen Darbietungen, u. a. im Schauspielhaus. Wann und wie die als GuineerInnen Identifizierten abgeschoben werden, ist bisher noch unklar, da Behörde und Delegation sich in Schweigen hüllen.

## Marokko: Alarmierende Situation in den Lagern von Bel Younech

Hunderte von MigrantInnen, die mehrheitlich aus Afrika südlich der Sahara kommen, sind festgenommen und abgeschoben worden. Einige haben ausgesagt, dass die Sicherheitskräfte bei ihrer Festnahme einen übertriebenen Gebrauch von Gewalt gemacht haben; andere haben beklagt, in Haft gefoltert oder misshandelt worden zu sein. Zwei Nigerianer waren im April durch die Sicherheitskräfte in der Nähe der Grenze zur spanischen Enklave Melilla erschossen worden. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Menschenrechtssituation von MigrantInnen hat im Januar einen Bericht veröffentlicht, abgefasst nach einem Besuch in Marokko im Oktober 2003. Sie hat ihre Besorgnis über die Situation von MigrantInnen aus Ländern südlich der Sahara zum Ausdruck gebracht, die unter *»erbärmlichen Bedingungen leben«*. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, dass *»viele unter ihnen, die aus ihren sich in Konflikten befindenden Ländern geflohen sind, nicht immer die Garantie haben, im materiellen Sinn den Schutz des Flüchtlingsstatus' zu erhalten und ihre Anträge prüfen lassen zu können, bevor sie zur Grenze zurückbegleitet werden.«* (Auszug aus dem Bericht 2005 von amnesty international, <http://web.amnesty.org/report2005/mar-summary-fra>)

Im Mai wurden nach der Schließung des Lagers von Gourougou (im Nordosten) durch das Militär weitere Razzien und Zurückschiebungen durchgeführt. Heute ist das Lager von Bel Younech (im Norden) an der Reihe, wo die MigrantInnen versteckt im Wald unter unmenschlichen Bedingungen leben und die Behörden den Druck erhöhen, um sie zu vertreiben. Mehrere Hilfs-Aufrufe sind bei Organisationen und MenschenrechtsaktivistInnen angekommen – sie haben entschieden, zu reagieren.

Wir bitten Euch / Sie, den nachfolgenden Appell zu unterschreiben und über Eure Netzwerk zu verbreiten! Mobilisieren wir uns, damit die Respektierung der Menschenwürde kein hohles Wort bleibt!

## Ein kleines Stück vom europäischen Traum

»Wir sind ganz normale Leute. Alles was wir fordern, ist ein normales Leben, arbeiten, eine Familie gründen ...«

Mit diesen Worten drückt sich Roland aus, einer der zahlreichen Migranten von südlich der Sahara, die an den Grenzen Europas blockiert werden, im Wald von Bel Younech, im Norden Marokkos, einige Kilometer entfernt von der spanischen Enklave Ceuta. Roland ist diplomierter Kaufmann und besitzt auch ein Zeichner-Diplom. Er hat schon zahlreiche Entwürfe realisiert für ein Cartoon-Projekt. Neben ihm andere junge Männer mit Diplomen, frühere Beamte oder Angestellte von Unternehmen, frühere Händler, Studenten, ruhige, ausgeglichene Leute. Es gibt auch Frauen und Kinder, und einige ältere Männer. Sie wurden alle gezwungen, ihre Länder zu verlassen, sei es weil sie in Gefahr waren, sei es weil sie Mittel suchen mussten, um ihre Familie am Leben zu erhalten. Weil das Exil nie eine Wahl ist, sondern die letzte Möglichkeit zu überleben für diese Männer und Frauen, die sich heute verstecken.

Aber Europa hat seine Tore geschlossen, und in Marokko warten sie auf eine bessere Zukunft, unter erbärmlichen Lebensbedingungen.

Mit dem Ziel, diese Männer und Frauen auf der Suche nach einem einfachen menschlichen Glück weiter weg zurückzuschieben, übt Europa seit einigen Jahren erheblichen Druck aus auf die an die EU angrenzenden Länder, wie z. B. Marokko. Um die Forderungen der europäischen Regierungen zu erfüllen, hat Marokko akzeptiert, seine externen Grenzen zu überwachen und besonders repressiven Eifer bewiesen gegen diese harmlosen zivilen Bevölkerungsgruppen. Im Februar haben die Ordnungskräfte den Eingang zum Wald, der zu den Lagern von Bel Younech führt, blockiert und so die Leute an freiem Ausgang und Zugang zum nächsten Dorf gehindert, wo sie normalerweise hingingen, um sich Essen und Trinken zu besorgen.

Trotz der Aufhebung dieser täglichen Überwachung wurden die Durchkämmungs-Operationen im Mai wieder aufgenommen. Diese Razzien sind generell begleitet von Festnahmen, Diebstahl von Nahrungsmitteln, Plünderung von Hütten, Gewalt gegen und Verletzungen der geflüchteten Personen, die in die Berge stürzen, um zu versuchen zu entkommen. Diejenigen, die festgenommen werden, werden in Richtung der algerischen Grenze zurückgeschoben, ohne die geringste Berücksichtigung ihrer Rechte, ihres Herkunftslandes und dessen, was mit ihnen geschehen wird.

Bei dieser Hetzjagd sind alle Mittel erlaubt. Vergessen sind die schönen Reden über Menschenrechte. Diese Rechte gelten nur für die Menschen, die ein

Schengen-Visum haben. Die andern sind ein bisschen weniger als Menschen, sie sind Freiwild, Kriminelle, die man zurückweisen, kontrollieren, abschieben, einsperren muss.

Die Verantwortung für diese Razzien und Zurückschiebungen obliegt sicher den marokkanischen Behörden, aber es ist auch eine Entscheidung Europas. Menschen werden verletzt, ausgehungert, andere sterben durch Ertrinken vor den spanischen Küsten oder unter den Achsen eines LKWs. Das ist die Entscheidung der europäischen Regierungen.

Wir fordern die sofortige Beendigung der Razzien und die Respektierung der grundlegenden Menschenrechte der Personen, die im Wald von Bel Younech Zuflucht gesucht haben. Wir wollen, dass die marokkanischen und europäischen BürgerInnen sich den sowohl unmenschlichen als auch illusorischen Charakter dieser Politik ins Bewusstsein rufen, die Immigration nur unter dem Blickwinkel der Repression betrachtet. Wir rufen sie auf, mit uns zu handeln, um wissen zu lassen, dass diese Repression, diese Verachtung, nicht in ihrem Namen entschieden wurden.

*Marokko, Mai 2005*

*Kontakt: Marokko: [programme\\_migrants@yahoo.fr](mailto:programme_migrants@yahoo.fr); Spanien: [andalucia@apdba.org](mailto:andalucia@apdba.org);  
Frankreich: [national@atmf.org](mailto:national@atmf.org); [contact@cimade.org](mailto:contact@cimade.org); Belgien: [serge\\_noel1@hotmail.com](mailto:serge_noel1@hotmail.com)*

*Übersetzung aus dem Französischen: Cornelia Gunßer*

## Aufruf gegen die Errichtung von Lagern an den Grenzen Europas

Beim Treffen der EU-Innenminister am 1. Oktober 2004 scheint der Vorschlag an Zustimmung gewonnen zu haben, außerhalb der Grenzen der EU Zentren zur Bearbeitung von Asylanträgen einzurichten – ein Vorschlag, dessen Behandlung beim Europäischen Rat in Thessaloniki 2003 zunächst auf Eis gelegt worden war.

Diplomatisch spricht man von »Unterstützungszentren«, verfolgt jedoch konkret das Ziel, Lager in an die EU angrenzenden Ländern zu errichten. Ausländer, die nach Europa einreisen wollen – um hier Asyl zu beantragen oder aus anderen Gründen, z.B. auf der Suche nach Schutz oder nach einem besseren Leben – würden dann in diese Zentren eingewiesen oder dort festgehalten. Es hat den Anschein, als seien zu diesem Zweck bereits nicht unwesentliche Finanzmittel im Prinzip bewilligt worden.

Laut den Aussagen mancher EU-Politiker soll die bereits außerhalb der Union erfolgende Bearbeitung von Asylanträgen humanitäre Probleme bekämpfen. Um das Leben der Menschen zu retten, die jede Woche versuchen, Europas Küsten zu erreichen, sei es besser, sie in Lagern auf der anderen Seite des Mittelmeeres festzuhalten.

Eine Verwirklichung dieses Vorschlags würde einen nie dagewesenen Rückschritt darin bedeuten, wie Europa seine Verantwortung gegenüber denjenigen Menschen wahrzunehmen versucht, die vor Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Armut fliehen. Dies wäre die Fortsetzung einer zynischen Logik, die Europa in den letzten zehn Jahren vor den Opfern einer problematischen Weltlage zu schützen versucht hat, statt die grundlegenden Ursachen der erzwungenen Migration zu bekämpfen. Wir würden das Risiko eingehen, Flüchtlingslager zu errichten, die dunkle Erinnerungen an die Lager der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts oder, in jüngerer Vergangenheit, während des Krieges in Bosnien wachrufen würden.

Am 5. November 2004 werden die 25 EU-Staats- und Regierungschefs Entscheidungen über die Zukunft der europäischen Migrations- und Asylpolitik treffen müssen. Ihre Entscheidungen betreffen uns alle. Das Europa, das wir wollen, kann seine Verantwortung nicht leugnen, denn schließlich hat die EU verschiedene einschlägige internationale Abkommen und Verträge unterzeichnet (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Genfer Konvention, Europäische Menschenrechtskonvention). Das Europa, das wir wollen, muss dieser orientierungslosen

Vorgehensweise bei der Behandlung von Asylsuchenden und MigrantInnen ein Ende setzen.

Wir lehnen Lager an den Grenzen Europas ab. Wir möchten die Staats- und Regierungschefs auffordern, diese entschlossen zurückzuweisen. Wir fordern, dass die EU in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des internationalen Rechts den Zugang zu Schutz erleichtert, statt die Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen auf andere Länder abzuschieben.

12. Oktober 2004

*ErstunterzeichnerInnen: CCME (Kommission der Kirchen für Migranten in Europa), FIDH-AE (European Association for the Defence of Human Rights), FIDH (International Federation for Human Rights), Human Rights Watch; Deutschland: Pro-Asyl; Belgien: LDH (Ligue belge des droits de l'Homme), MRAX (Mouvement contre le Racisme l'Antisémitisme et la Xénophobie); Großbritannien: JCWI (Joint Council for the Welfare of Immigrants), Liberty; Spanien: APDHA (Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía), SOS-Racismo; Frankreich: Cimade, GISTI, LDH (Ligue des Droits de l'Homme); Italien: ARCI, FCEI (Federazione delle Chiese Evangeliche in Italia).*

*Einige diese Organisationen sind am Netzwerk MIGREUROP beteiligt.  
Unterstützt von Mitgliedern des Europäischen Parlaments: Daniel Cohn-Bendit (Grüne), Hélène Flautre (Grüne), Adeline Hazan (SPE)  
Email: [no-camps@migreurop.org](mailto:no-camps@migreurop.org)*

## Internationaler Appell Exterritoriale Flüchtlingslager der Europäischen Union

Wir fordern eine öffentliche Inspektion der menschenrechtswidrigen Internierungslager von Flüchtlingen und MigrantInnen in den Mittelmeerländern, um der Forderung nach ihrer Schließung Nachdruck zu verleihen.

**Worum geht es?** Die EU wird im dritten Anlauf voraussichtlich im Mai 2005 sondieren, ob sie in Nordafrika exterritoriale Flüchtlingslager errichten kann. Der deutsche Innenminister Otto Schily will die Regierungen Algeriens, Tunesiens, Libyens und Ägyptens besuchen, um frühere »Missverständnisse« in dieser Sache auszuräumen. Denn bis jetzt sind die Regierungen dieser Länder nicht bereit, auf einen Wink aus Berlin, Rom oder London hin, den Bau von EU-Lagern auf nordafrikanischem Territorium zu genehmigen. In Zeitungskomentaren hieß es dort sarkastisch, Deutschland sei als »Weltmeister« im Bau von Lagern bekannt, und dieses Know-How brauche es nun wirklich nicht zu exportieren. Die Idee, Flüchtlingslager zu externalisieren, hatte Tony Blair zu Beginn des Irakkriegs (2003) aufgebracht. Die EU-Länder sollten Asylsuchende zurück in Lager vor den EU-Außengrenzen bringen. Einige wenige Flüchtlinge könnte man dort ausliefern, die dann kontingentiert in die EU einreisen dürften. Im letzten Sommer (2004) hatte Giuseppe Pisanu, der italienische Innenminister, mit Otto Schily die Lager-Idee aufgegriffen, um von der EU-Verantwortung für den tausendfachen Tod von Boat-People im Mittelmeer abzulenken. Der neue Vorstoß Schilys im Mai 2005 wird vermutlich im Namen der »globalen Terrorismusbekämpfung« geführt werden. Denn die europäische Sicherheitsdoktrin unterstellt, dass es dieselben nordafrikanischen Netzwerke seien, über die der Terror und die Boat-People-Migration organisiert werden.

Zahlreiche Initiativen und Personen haben in einem europaweiten Appell vom 12.10.2004 bereits gefordert, die exterritorialen EU-Lager zu schließen beziehungsweise keine weiteren Lager zu errichten (siehe <http://no-camps.org/>). Da Menschenrechtsgruppen der Zugang zu solchen Lagern verwehrt ist und einige Indizien dafür sprechen, dass dennoch heimlich Lager entstehen, ist es nun an der Zeit, die bestehenden Lager und Haftzentren rund ums Mittelmeer öffentlich zu inspizieren.

**Boat People im Fahndungsvisier.** Ein senegalesischer oder algerischer Flüchtling braucht nicht allzu viel Geld, aber viel Entschlossenheit, um auf eines der Holzboote (pateras) zu steigen, das ihn nach Europa bringen soll. Dieser Wagemut, mit dem die Armen ihr Leben riskieren, entfacht in Europa diffuse Ängste. Seit der Errichtung des Visaregimes gegenüber den nordafrikanischen Ländern (1992) sind schätzungsweise 10.000 Boat-People im Mittelmeer umgekommen. Jedoch nicht die Frage der Wiedergutmachung wird diskutiert, oder, wer für den massenhaften Tod auf See verantwortlich ist, sondern der volkswirtschaftliche »Schaden«, den die Boat-People bei gelungener Überfahrt in der EU anrichten.

Nach offiziellen Angaben machen die Boat People nur einen sehr kleinen Prozentsatz der schätzungsweise 500.000 Menschen aus, die Jahr für Jahr heimlich und unerlaubt die EU-Südgrenze passieren. Es sind die »Armen«, die sich der Gefahr der riskanten Meerüberquerung aussetzen. Wer es sich leisten kann, kauft sich einen gut gefälschten Pass und nimmt ein Flugzeug. Oder er nutzt seine Verbindungen zu Verwandten und Bekannten in Europa und setzt mit einer der großen Autofähren über. So ist im Fall der Begüterten und Etablierten die irreguläre Migration ein aufwändiges Geschäft, und es wird behauptet, dass »kriminelle Netzwerke« das Wegegeld zentral abschöpfen. Diese Netzwerke haben sich jedoch bereits in Osteuropa überwiegend als polizeiliche Konstrukte erwiesen. Als kriminell wird jeweils das diffamiert, was den menschenrechtlich verkürzten Legalitätsformen der europäischen Migrationspolitik zuwider läuft.

Das Grenzregime, das die Migration in die »Illegalität« treibt, entspricht europäischen Wirtschafts- und Verwertungsinteressen. Innerhalb Europas wurde der Arbeitsmarkt mit den Irregulären unterschichtet. Die Abschottungsmaßnahmen der EU markieren gerade in der Mittelmeerregion ein stark abschüssiges Wohlstandsgefälle. Mit dem Visaregime haben die europäischen Innenpolitiker selber die Voraussetzungen geschaffen, die vielen Flüchtlingen und MigrantInnen nur die Möglichkeit lassen, heimlich das Mittelmeer zu überqueren. Schrittweise Reiseerleichterungen in der Sichtvermerkspolitik, wie sie die EU gegenüber Mittelosteuropa eingeräumt hat, gibt es gegenüber den Ländern des Südens nicht. Dabei haben viele nordafrikanischen Staaten mit den westeuropäischen Ländern die gleichen folgenschweren Rückübernahmeabkommen abgeschlossen, sie fahnden ebenfalls nach Transitflüchtlingen und schieben sie in großem Ausmaß ab. Im Gegenzug haben Spanien und Italien lediglich der Einreise minimaler legaler Arbeitskontingente aus ausgesuchten nordafrikanischen Ländern zugestimmt. Insgesamt bleiben Gegenleistungen der EU für das migrationspolitische Entgegenkommen der nordafrikanischen Staaten aus oder finden allenfalls auf dem Energiesektor statt (Investitionen in die nordafrikanische Erdöl- und Erdgasförderung). So scheint die Servilität der nordafrikanischen Regierungen in der Frage der exterritorialen EU-Flüchtlingslager an ihre Grenzen zu stoßen.

Doch die Hartnäckigkeit der dortigen Regimes ist nicht von prinzipiellen menschenrechtlichen, flüchtlingspolitischen oder Lager-feindlichen Erwägungen geleitet. Deswegen wird es in Zukunft um die Frage gehen, wie viel finanzielle und politische Gegenleistungen die EU für die Errichtung der Lager bereit ist zu erbringen.

**Die heimliche Infrastruktur der exterritorialen Lager.** Seit zwei, drei Jahren entstehen die größten Abschiebelager der EU auf den Kanarischen Inseln, in Spanien und auf den süditalienischen Inseln. Sie werden paramilitärisch bewacht und sind für den UNHCR, für Menschenrechtsgruppen und JournalistInnen nahezu unzugänglich. Diese Lager bilden die organisatorische Voraussetzung für Massenabschiebungen in zukünftige Lager in Nordafrika. Die erste Luftbrücke für Massenabschiebungen in der europäischen Nachkriegsgeschichte wurde im Oktober 2004 eingerichtet: Unter militärischem Befehl wurden über eintausend Flüchtlinge ohne Ansehen ihrer Person, ohne individuelle Identifizierung und Prüfung ihrer Fluchtgründe, aus Süditalien nach Libyen deportiert. Dies stellte einen eklatanten Bruch der Genfer Konvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention dar.

Zur gleichen Zeit versicherte der designierte, später abgelehnte EU-Kommissar für das Innen- und Justizressort(!) Rocco Buttiglione bei seiner Anhörung vor dem Europäischen Parlament, er habe niemals vorgeschlagen, »Konzentrationslager in Nordafrika einzurichten, um illegale Immigranten dorthin zu deportieren« und er beabsichtige auch nicht, so etwas vorzuschlagen (Protokoll des Hearings, Handelsblatt, 5. Oktober 2004). Buttiglione war von einigen ParlamentarierInnen scharf angegangen worden, weil er zuvor in verschiedenen Interviews (u. a. im Deutschlandfunk – 27. August 2004) die Lagervisionen eine »gute Idee« genannt hatte. Buttiglione präziserte seine Vorstellungen von »Aufnahmezentren« dahingehend, dass diese nur mit Zustimmung und unter Mitarbeit der souveränen Staaten auf der anderen Seite des Mittelmeeres eingerichtet werden sollten. Sie könnten zugleich dazu dienen, die erwünschte Arbeitsmigration nach Europa auszusondern (vgl. Die Welt, 31. August 2004; Frankfurter Rundschau, 6. Oktober 2004).

Der Vorschlag, exterritoriale EU-Lager einzurichten, hat in Europa Proteststürme ausgelöst. Die nordafrikanischen Regierungen haben zudem keine Ländereien für künftige EU-Auffangzentren (Schily. FAZ, 23.07.2004) bereitgestellt. Dennoch wird Stück für Stück an der Idee gearbeitet, diese Lager zu realisieren, auch wenn in offiziellen Erklärungen dies immer wieder dementiert wird: So haben die Justiz- und Innenminister der EU auf ihrem informellen Treffen am 30.9. / 1.10.2004 in Scheveningen verkündet, dass die EU die Errichtung von »Aufnahmezentren für Asylbewerber« in Algerien, Tunesien, Marokko,

Mauretanien und Libyen anstrebt, aber nicht unter Leitung der EU, sondern der jeweiligen Länder. Und am 31.01.2005 hieß es aus Kreisen der EU-Innenministerkonferenz in Luxemburg, dass die Idee exterritorialer Lager »beerdigt« sei. Man wolle wegen der Boat-People im Mittelmeer künftig einige ausgesuchte Kontingentflüchtlinge aus Nordafrika aufnehmen.

Wie die Lager-Visionen dennoch zur Realität werden können, lässt sich an den exterritorialen Lagern und Haftzentren studieren, die die USA zwecks Folterhaft auch in einigen nordafrikanischen Ländern unterhalten (vgl. Jane Mayer, *Outsourcing Torture*, in: *The New Yorker*, 14. Februar 2005): Heimlich werden die Infrastrukturen – die Gefängnisse, die Flughäfen, die Foltereinrichtungen und das Folterpersonal – mitgenutzt, die ohnehin in den Ländern vorhanden sind.

Auch bei der Errichtung von EU-externalisierten Flüchtlingslagern wird es vermutlich keine Werbetafeln geben, auf den geschrieben steht: »Hier baut die EU!« Die Konzeption der exterritorialen Lager setzt stattdessen auf gedungene Komplizenschaft. Zugleich sollen die nordafrikanischen Transitstaaten in »geeignete Erstasylstaaten« umgewandelt werden. Dies geschieht unter der menschenrechtlich unverdächtigen Strategie, den Flüchtlingsschutz außerhalb Europas zu stärken. Wie auch immer die europäischen Lagervisionen rechtlich und materiell verwirklicht werden: Für die Lagerinsassen werden weder Grundrechte noch Rechtswegegarantie gelten (Schily, SZ, 02.08.2004), und man wird auch die Spuren der Finanzierung, der Verwaltungszuständigkeit und der Verantwortung zu verwischen wissen.

Nicht erst nach den italienischen Massenabschiebungen nach Libyen im Oktober 2004 tauchten beunruhigende Berichte über Kettenabschiebungen nach Mali, Niger, Nigeria und Ghana auf: Flüchtlinge, die aus südeuropäischen Ländern abgeschoben worden waren, berichteten von militärisch genutzten Wüstenlagern nordafrikanischer Länder, in denen auch sie dann zeitweise interniert waren. Anschließend wurden sie in Grenzregionen in der Sahara ausgesetzt. Viele MigrantInnen hätten diese Maßnahmen nicht überlebt, sie seien zusammengebrochen und verdurstet.

Zu befürchten ist: Sind die exterritorialen Lager erst einmal institutionalisiert, wird die Luft für Flüchtlinge und irreguläre MigrantInnen innerhalb Europas noch dünner. Der Druck auf die unkontrollierte Migration wird sich folgeschwer erhöhen. Der weitreichende Vorschlag von Tony Blair sieht, wie gesagt, die Verbringung aller Asylsuchenden zurück hinter die EU-Außengrenze vor. Gibt es diese Kapazitäten, so werden sie auch genutzt – und ein Europa der umfassenden Bevölkerungskontrolle wäre die Folge, zu dem nur noch angeworbene und ausgelesene MigrantInnen und Flüchtlinge Zutritt hätten.

Deswegen fordern wir, dass Delegationen von nationalen und EU-ParlamentarierInnen und Menschenrechtsgruppen aus der EU und aus den nordafrika-

nischen Ländern die Regionen der exterritorialen Lager und der EU-finanzierten und externalisierten Haftzentren auf den Migrationsrouten so bald wie möglich aufsuchen und auf ihre Schließung hinwirken. Auf der Agenda steht sowohl die Inspektion der großen Abschiebelager in Südspanien und Süditalien als auch der Wüstenlager. Es gilt, eine kritische Öffentlichkeit gegenüber den menschenrechtswidrigen Lagerstrategien am Rande Europas zu schaffen und die sich abzeichnende Lagerbau-Komplizenschaft bloßzustellen.

*Berlin / Köln im März 2005*

*Helmut Dietrich / Forschungsgesellschaft Flucht und Migration  
Dirk Vogelskamp / Komitee für Grundrechte und Demokratie*

**Unterstützung des Aufrufs:** *Wir wollen uns mit diesem Aufruf in diesem Sommer an die europäische Öffentlichkeit wenden und ihn den nationalen und EU-ParlamentarierInnen zukommen lassen. Bitte verbreitet den Aufruf. Übersetzungen unter [http://www.grundrechtekomitee.de/ub\\_showarticle.php?articleID=151](http://www.grundrechtekomitee.de/ub_showarticle.php?articleID=151) . Menschen, die wirkend in der Öffentlichkeit stehen und bereit wären, eine solche Delegation, so sie zustande kommt, werbend zu begleiten, melden sich bitte ebenfalls unter Angabe ihrer Anschrift und eMail-Adresse beim Komitee für Grundrechte und Demokratie.*

*email: [info@grundrechtekomitee.de](mailto:info@grundrechtekomitee.de)  
[appell@grundrechtekomitee.de](mailto:appell@grundrechtekomitee.de)*

## Statement calling for Solutions to end the Warehousing of Refugees

The 1951 Convention and the 1967 Protocol Relating to the Status of Refugees provide that persons fleeing persecution across borders deserve international protection, including freedom from forcible return (refoulement) and basic rights necessary for refugees to live a free, dignified, and self-reliant life even while they remain refugees. These rights include the rights to earn a livelihood to engage in wage-employment, self-employment, the practice of professions, and the ownership of property freedom of movement and residence, and the issuance of travel documents. These rights are applicable to refugees independently of whether a durable solution, such as voluntary repatriation, third-country resettlement, or naturalization in the country of first asylum, is available. They are part of the protection mandate of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). Of the nearly 12 million refugees in the world today, more than 7 million are warehoused, confined to camps or segregated settlements or otherwise deprived of these basic rights, in situations lasting 10 years or more. Warehousing refugees not only violates their rights but also often reduces refugees to enforced idleness, dependency, and despair. In light of the foregoing, the undersigned:

1. denounce the practice of warehousing refugees as a denial of rights in violation of the letter and spirit of the 1951 Convention and 1967 Protocol and call upon the international community, including donor countries, host countries and members of the Executive Committee of UNHCR to do the same;
2. call upon the international community to develop and implement strategies to end the practice of warehousing, including examining how refugee assistance can enable the greater enjoyment of Convention rights;
3. call upon UNHCR to monitor refugee situations more effectively for the realization of all the rights of refugees under the Convention, including those related to freedom of movement and the right to earn a livelihood;
4. call upon those countries that have not yet ratified the Convention or the Protocol to do so;
5. call upon those countries that have ratified the Convention and/or the Protocol but have done so with reservations on key articles pertaining to

the right to work and freedom of movement to remove those reservations;  
and

6. call upon all countries to pass legislation, promulgate policies, and implement programs providing for the full enjoyment of the basic rights of refugees as set forth in the Convention.

*March 2005*

**Organizations** Action Réfugiés Montréal Africa Humanitarian Action (Angola) Africa Internally Displaced Persons Voice Africa and Middle East Refugee Assistance (Egypt) Al Mezan Center for Human Rights (Gaza) Al Sharqiyah Orient House for Forced Migration (Jordan) American Immigration Lawyers Association American Jewish World Service American Refugee Committee International Amnesty International Anglicare Refugee and Migrant Services (Australia) Arab Program for Human Rights Activists (Egypt) Asian Forum for Human Rights and Development Thailand) Asian Research Center for Migration, Chulalongkorn University (Thailand) Association of Human Rights Activists Bhutan Asylum Seekers Project, Hotham Mission (Australia) Australian Catholic Migrant and Refugee Office Boaz Trust (UK) British Refugee Council Canadian Council for Refugees Caritas Sweden Center for International Policy (U.S.) Centro de Derechos Humanos Fray Bartolome de las Casas (Mexico) Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín pro Juárez (Mexico) Centro de Investigaciones Económicas y Políticas de Acción Comunitaria (Mexico) Church World Service, Immigration and Refugee Program (U.S.) Churches Commission for Migrants in Europe Comité Internacional de Rescate (Spain) Commission d'entraide pour les migrants et les Réfugiés International Committee in Defence of Democracy and Human Rights (Israel) Committee for the Somali Interest, Conservation and Community Affairs (Yemen) Concern America Darfur Organization for Human Rights and Development Doctors of the World (U.S.) Dutch Refugee Council Egyptian Organization for Human Rights Eminent Persons Group on Refugee and Migratory Movements in South Asia (Sri Lanka) Episcopal Migration Ministries (U.S.) Ethiopian Community Development Council Ethiopian Human Rights Council European Council on Refugees and Exiles Finnish Red Cross Freedom House (U.S.) Frontiers (Lebanon) Fundación Restrepo Barco (Colombia) Genocide Watch Greek Refugee Council Group 484 (Serbia and Montenegro) Heartland Alliance for Human Needs and Human Rights (U.S.) Hmong National Development Hodi (Zambia) Human Rights Council of Bhutan Human Rights First Human Rights Network (Uganda) Human Rights Watch Institute of Cultural Affairs in the U.S.A. Inter Pares (Canada) International Catholic Migration Commission International Journal of Refugee Law International Refugee Research Institute (U.S.) International Refugee Rights Initiative International Rescue Committee (U.S.) Iranian Refugees Alliance Irish Refugee Council Italian Council for Refugees Jammu and Kashmir Council for Human Rights Jesuit Refugee Service Jubilee Partners (U.S.) Kenya Human Rights Commission Kurdish Human Rights Watch Legal Resources Foundation (Zambia) Lexington Institute (U.S.) Lutheran Immigration

and Refugee Service (U.S.) Lutheran World Federation Lutheran World Relief (U.S.) Maluku Masa Depan (Indonesia) Mercy Corps Memorial Human Rights Center (Russian Federation) National Human Rights Society (HAKAM, Malaysia) National Society for Human Rights (Namibia) Norwegian Organisation for Asylum Seekers Office Africain pour le développement et la cooperation (Senegal) Organization for Aid to Refugees (Czech Republic) Physicians for Human Rights Pro Asyl Human Rights Organization for Refugees in Germany Red Nacional de Organismos Civiles de Derechos Humanos Todos los Derechos para Todos (Mexico) Refugee Center for Human Rights (Egypt) Refugee Consortium of Kenya Refugee Council of Australia Refugee and Immigration Legal Centre (Australia) Refugee Law Project, Makerere University Refugee Relief Workers International Refugees International Rencontre Africaine Pour la Défense des Droits de l'Homme (Senegal) Representatives of the Massaleit Community in Exile RESPECT Refugees Ghana Save the Children (Canada) Self-help Initiative for Sustainable Development (Ghana) South Asia Human Rights Documentation Center Southeast Asia Resource Action Center South Center for Human Rights (Egypt) Spanish Commission for Refugee Assistance Stichting Vluchteling (Dutch Refugee Foundation) Sudan Emancipation & Preservation Network Tanganyika Christian Relief Service Thai Catholic Commission for Migrants and Prisoners Tibetan Refugee Welfare Office UN Association of the Philippines Unitarian Universalist Service Committee (U.S.) U.S. Committee for Refugees and Immigrants West African Refugees and Internally Displaced Persons Network Women Empowerment Literacy and Development Organization (Pakistan) Women's Commission for Refugee Women and Children (U.S.)

**Notable individuals (affiliations listed for identification only)** Thomas F. Anders, M.D. President-Elect, American Academy of Child and Adolescent Psychiatry Jagdish Bhagwati Director, Program on International Migration Columbia University School of Law *The Wind of the Hundred Days: How Washington Mismanaged Globalization* Copenhagen Consensus participant Carolyn P. Blum Clinical Professor of Law, Emeritus Boalt Hall Law School University of California at Berkeley Rosemary Byrne Director, International Process and Justice Project Trinity College Dublin, *The Reader in Refugee Law: Cases, Documents and Materials* (ed.) Stephen Castles Director, Refugee Studies Centre University of Oxford *The Age of Migration: International Population Movements in the Modern World* Guy S. Goodwin-Gill All Souls College, University of Oxford *The Refugee in International Law* Barbara E. Harrell-Bond *Forced Migration and Refugee Studies* American University in Cairo *Rights in Exile: Janus-Faced Humanitarianism* (forthcoming) James C. Hathaway Director, Program in Refugee and Asylum Law University of Michigan Law School *The Rights of Refugees under International Law* Karen Jacobsen Director, Refugees & Forced Migration Project Fletcher School and Feinstein International Famine Center, Tufts University Tamar Jacoby Manhattan Institute *Reinventing the Melting Pot: The New Immigrants and What it Means to Be American* (ed.) Khoti Kamanga Director, Centre for the Study of Forced Migration University of Dar es Salaam, Tanzania

# Anhang

# Material

## Literatur

Haasen, Bettina: *Chambres toujours occupées*, KHIASMA Edition Paris, 2005  
Arbeitsmigranten auf dem Weg von der Küste Nigerias nach Lybien / Europa. Photos und Interviews.

Immigration Advisory Service: *Directory of Detention Conditions*

The *Directory of Detention Conditions* is a detailed report on the conditions in detention in the following countries: Algeria, Bangladesh, Burma, Cameroon, Democratic Republic of Congo, Ethiopia, India, Iran, Nigeria, Pakistan, Rwanda, Sri Lanka, Sudan, Turkey, Uganda, Zimbabwe. This directory is available for sale at the Research and Information Unit stand for 25 Pound. [www.iasuk.org](http://www.iasuk.org); e-mail: [detention@iasuk.org](mailto:detention@iasuk.org)

Jesuit Refugee Service Europa: *Detention in Europe. Administration Detention of Asylum-Seekers and Irregular Migrants*, Februar 2005. Updates available at [www.detention-in-europe.org](http://www.detention-in-europe.org)

Sossi, Federica: *Storie migranti. Viaggio tra i nuovi confini. DeriveApprodi*, 168 Seiten, 11.50 Euro (<http://www.deriveapprodi.org/estesa.php?id=211&stato=novita>)

Talebian, Arian: *Weltreise ohne Pass. Hamburg, Mainz 2005. Eine vierzehnjährige Jugendliche aus Afghanistan erzählt ihre Flucht. Ein Projekt der Afghanischen Frauengruppe des Wohnschiffs Altona e.V.* 200 handsignierte Expl., Bezug und kontakt: [strouxphotos@busyshadows.org](mailto:strouxphotos@busyshadows.org) oder [afggirl16@yahoo.de](mailto:afggirl16@yahoo.de)

## Internetseiten zum Thema Lager

**England** <http://www.barbedwirebritain.org.uk/>

**Frankreich** <http://pajol.eu.org/rubrique42.html>

**Italien** [www.cestim.org](http://www.cestim.org);

[www.meltingpot.org](http://www.meltingpot.org);

[www.digilander.libero.it/asgi.italia](http://www.digilander.libero.it/asgi.italia);

[www.italia.indymedia.org/features/migranti](http://www.italia.indymedia.org/features/migranti)

<http://www.ngvision.org/mediabase/378>

(Video über die Deportationen von Lampedusa nach Lybien)

**Deutschland** <http://www.nolager.de/>;

<http://www.ausreisezentren.de>

<http://www.abschiebehaft.de/index.htm>

<http://thecaravan.org/>; <http://lola.d-a-s-h.org/~rp/az/index.php>;

<http://www.aktivgegenabschiebung.de/offimits.html>

**International** [www.no-camps.org](http://www.no-camps.org)

[http://noborder.org/news\\_index.php](http://noborder.org/news_index.php)

[www.detention-in-europe.org](http://www.detention-in-europe.org)

<http://www.refugees.org/data/wrs/04/pdf/38-56.pdf>

(Hintergrundmaterial zur weltweiten Lagerpolitik)

Aktualisiert im Juni 2005

# Migrant/innen-Lager in Europa und in den Ländern des Mittelmeerraums

Bemerkung zur Methodik

Das Netzwerk Migreurop verwendet eine breite Definition des "Lagers", die viele verschiedenartige Orte einschließt. Auf der Karte sind jedoch nur Inhaftierungszentren oder "geschlossene" Lager dargestellt - Orte, wo Migranten in Gewahrsam genommen und ihrer Bewegungsfreiheit beraubt werden.

Die Lager sind wie folgt eingeordnet :

Weiß - Lager für Menschen, die auf die Erlaubnis warten, das Gebiet eines Staates zu betreten, vor allem solche, die einen Antrag auf Asyl stellen möchten oder Einwanderer, deren Situation und Berechtigung zur Einreise überprüft wird. Nach der Überprüfung wird den hier festgehaltenen Menschen entweder die Einreise gestattet oder sie werden zurückgewiesen und wieder an die Grenze oder zum Hafen gebracht.

Grau - Lager für Menschen, die auf dem Gebiet eines Staates als irreguläre Migranten festgenommen wurden und auf ihre Abschiebung warten.

Schwarz - Die meisten der so bezeichneten Orte dienen dazu, beide erwähnte Gruppen von Menschen in Gewahrsam zu nehmen, zum Teil können sie auch als Identifikations-/Überprüfungsstellen genutzt werden.

Wir haben auch einige Ausnahmen in die Karte aufgenommen, wie etwa die offenen Lager in Ceuta und Melilla, wo die Bewegungsfreiheit vor allem verwaltungstechnischen Beschränkungen unterliegt. Diese offenen Lager stehen für die Verschiebung der Grenzen nach außen.

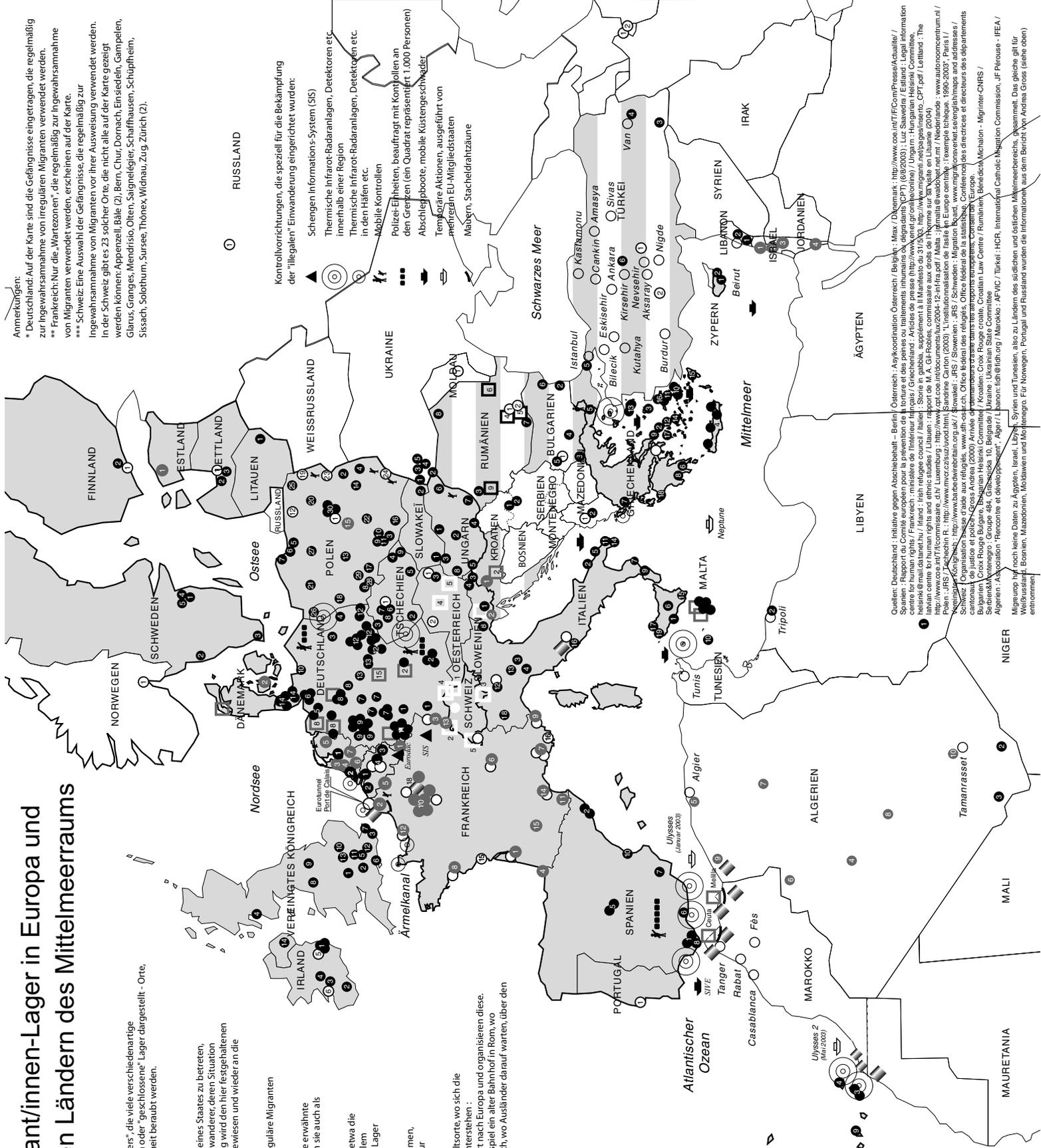
In einigen Fällen wurden auch nationale Besonderheiten aufgenommen, wie etwa Gefängnisse in Deutschland und Irland, da diese hier oft zur Ingewahrsamnahme von Migranten verwendet werden.

Manche der auf der Karte gezeigten Lager sind informelle Aufenthaltsorte, wo sich die Migranten sammeln, ohne direkt der Aufsicht durch Behörden zu unterliegen :

- Im südlichen Mittelmeerraum waren Migranten auf ihre Überfahrt nach Europa und organisieren diese. Informelle Aufenthaltsorte in europäischen Ländern sind zum Beispiel ein alter Bahnhof in Rom, wo Migranten auf ihre Einreiseerlaubnis warten, oder Galais in Frankreich, wo Ausländer darauf warten, über den Ärmelkanal nach Großbritannien einzureisen.

- Europäische Union
- Beitrittskandidaten
- Grenze des Schengen-Raums
- Geschlossenes Lager
- Offenes Lager
- Für Ausländer, die auf Beschuld über eine Aufenthaltsgenehmigung warten
- Für Ausländer, deren Ausweisung aus dem Gebiet eines Staates abhängig ist
- Beide Funktionen (Aufenthaltsgenehmigungen und Ausweiskandidaten)
- Informelle Lager
- Informelle Aufenthaltsorte in Randvierteln der Großstädte des südlichen und östlichen Mittelmeerraums

© Migreurop 2004



Anmerkungen:  
 \* Deutschland: Auf der Karte sind die Gefängnisse eingetragen, die regelmäßig zur Ingewahrsamnahme von irregulären Migranten verwendet werden.  
 \*\* Frankreich: Nur die „Wartezonen“, die regelmäßig zur Ingewahrsamnahme von Migranten verwendet werden, erscheinen auf der Karte.  
 \*\*\* Schweiz: Eine Auswahl der Gefängnisse, die regelmäßig zur Ingewahrsamnahme von Migranten vor ihrer Ausweisung verwendet werden. In der Schweiz gibt es 23 solcher Orte, die nicht alle auf der Karte gezeigt werden können: Appenzell, Bâle (2), Bern, Chur, Dornach, Einsiedeln, Gampelen, Glarus, Granges, Mendrisio, Olten, Saiguelégier, Schaffhausen, Schupfheim, Sissach, Solothurn, Sursee, Thônex, Widnau, Zug, Zürich (12).

Kontrollvorrichtungen, die speziell für die Bekämpfung der "illegalen" Einwanderung eingerichtet wurden:  
 ▲ Schengen Informations-System (SIS)  
 Thermische Infrarot-Radaranlagen, Detektoren etc. innerhalb einer Region  
 Thermische Infrarot-Radaranlagen, Detektoren etc. in den Häfen etc.  
 Mobile Kontrollen  
 Polizeieinheiten, beauftragt mit Kontrollen an den Grenzen (ein Quadrat repräsentiert 1.000 Personen)  
 Abschließboote, mobile Küstengeschwader  
 Temporäre Aktionen, ausgeführt von mehreren EU-Mitgliedstaaten  
 Mäuzen, Stacheldrahtzäune

Quellen: Deutschland - Initiative gegen Abschiebehaft - Berlin; Österreich - Asylkordinations Österreich - Belgien - Max / Diemermark - <http://www.coe.int/TFCOMP/Presse/Actualite/Immigranten>  
 Zentrum für humane Rechte / Frankreich - <http://www.coe.int/TFCOMP/Presse/Actualite/Immigranten>  
 Helsinki (mailto:datanet@helsinki.fi) / Irland - Irish Refugee Council / Italien - <http://www.italyrefugees.org/> (Lupano - Hungarian Helsinki Committee)  
 Latvian Centre for Human Rights and Ethnic Studies / Litauen - <http://www.lituanianrefugees.org/>  
<http://www.coe.int/TFCOMP/Presse/Actualite/Immigranten>  
 Luxembourg - <http://www.coe.int/TFCOMP/Presse/Actualite/Immigranten>  
<http://www.coe.int/TFCOMP/Presse/Actualite/Immigranten>  
 Schweiz - <http://www.schweizerische Eidgenossenschaft.ch/>  
 Spanien - <http://www.migracion.es/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.asyl.at/>  
 Belgien - <http://www.asyl.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien - <http://www.migration.gov.si/>  
 Spanien - <http://www.migration.gov.es/>  
 Syrien - <http://www.migration.gov.sy/>  
 Türkei - <http://www.migration.gov.tr/>  
 Ungarn - <http://www.migration.gov.hu/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Belgien - <http://www.migration.gov.be/>  
 Bulgarien - <http://www.migration.gov.bg/>  
 Dänemark - <http://www.migration.gov.dk/>  
 Deutschland - <http://www.migration.gov.de/>  
 Frankreich - <http://www.migration.gov.fr/>  
 Griechenland - <http://www.migration.gov.gr/>  
 Irland - <http://www.migration.gov.ie/>  
 Italien - <http://www.migration.gov.it/>  
 Litauen - <http://www.migration.gov.lt/>  
 Luxemburg - <http://www.migration.gov.lu/>  
 Malta - <http://www.migration.gov.mt/>  
 Niederlande - <http://www.migration.gov.nl/>  
 Österreich - <http://www.migration.gov.at/>  
 Portugal - <http://www.migration.gov.pt/>  
 Schweden - <http://www.migration.gov.se/>  
 Schweiz - <http://www.migration.gov.ch/>  
 Slowakei - <http://www.migration.gov.sk/>  
 Slowenien -